

Eine Universität für das 21. Jahrhundert?

10 Jahre ›Leuphana‹
Eine kritische Festschrift

Hrsg.:
AStA Universität Lüneburg

Herausgeber*innen:

Kevin Kunze, Natalia Sophie Leipholz, Linda Macfalda
Allgemeiner Student*innenausschuss der Universität Lüneburg
Universitätsallee 1, Gebäude 9
21335 Lüneburg

Redaktion: Kevin Kunze, Natalia Sophie Leipholz, Linda Macfalda

Texte und Interviews: Torsten Bultmann, Christa Cremer-Renz, Corinna M. Dartenne, Susanna Dedring, Jürgen Deller, Julius Flinks, Lisa Habigt, Sebastian Heilmann, Ronja Hesse, Caspar Heybl, Jörg Hillmer, Heike Hoja, Jana Höbermann, Jasper Kahrs, Lea Konow, Jonas Korn, Franziska Krämer, Kevin Kunze, Linda Macfalda, Ferdinand Müller-Rommel, Michèl Pauly, Victor Perli, Thorben Peters, Peter Pez, Ernst Roidl, Matthias von Saldern, Matthias Schröter, Jörg Stauch, Miriam Staudte, Dorothea Steffen, Daniela Steinert

Mitwirkende: Benjamin Christodoulou, Susanna Dedring, Julius Flinks, Julia Haase, Lisa Habigt, Hanna Kotan, Silke Mumme, Verena Pintatis, Doris Ritter, Charlotte Wiesner, Miriam Winzer, Adrian Wulf

Fotos: Léa Oltmanns (Umschlag), Aljoscha Al-Badri (wenn nicht anders benannt)

Satz: Stephan Baglikow

ISBN 978-3-00-058908-9

1. Auflage, Lüneburg im Februar 2018

Druck: unidruck GmbH, Hannover. Zur Herstellung wurden ausschließlich FSC- und PEFC-zertifizierte Papiere und mineralölfreie Druckfarben verwendet. Im klimaneutralen Druck wurde vollständig auf Isopropanol verzichtet.

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche, auch teilweise, Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigung und sonstige Verwertungen der in dieser Publikation enthaltenen Texte und Grafiken bedürfen der Zustimmung des Herausgebers, sofern die Zwecke nicht durch das UrhWissG einer abweichenden Regelung unterliegen.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des AStA Universität Lüneburg und der Herausgeber*innen dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Für alle, die offen für Kritik sein wollen und den kritischen Diskurs suchen, für alle, die erst anfangen, ihre Gegebenheiten zu untersuchen und zu hinterfragen und für alle, die sich kritisch mit ihrem Umfeld auseinandersetzen, sich engagieren und vermeintlicher Alternativlosigkeit, Sachzwangherrschaft, Verwertungs- und Standortdenken den Schleier entziehen, den Spiegel vorhalten und Alternativen anbieten, die, oft geleugnet, eben doch existieren und möglich sind.

Unser Dank gilt allen, die das Projekt auf irgendeine Art und Weise unterstützt haben. Allen, die ihre Erfahrungen und ihr Wissen mit uns geteilt haben, sei es in eigenen Texten, Interviews oder durch die Beantwortung von Fragen und zahlreichen weiteren Nachfragen. Danke an die Autor*innen für die Geduld, die sie bei der Einarbeitung unserer Anmerkungen aufgebracht haben. Danke für die Hilfe bei der Korrektur fertiger Texte ebenso wie für Layout, Satz und Fotos.

Danke auch an die, die uns angeboten haben, sonntags Kaffee, Aspirin und Torte im AStA-Büro vorbeizubringen und danke an die Person, die verantwortlich für die »Zurück in die 80er«-Spotify-Playlist ist, die auch am Wochenende lange Abende im Büro gleich viel erträglicher werden ließ.

Inhalt

Kevin Kunze Natalia Sophie Leipholz Linda Macfalda	10	Vorwort
Michèl Pauly Miriam Staudte Jörg Hillmer	16 18 20	Grußworte
	24	Zeitstrahl: Leuphana
Caspar Heybl	26	Die Wiedergeburt der Universität Lüneburg als Leuphana – Ein historischer Rückblick
Kevin Kunze Linda Macfalda Prof. Dr. Müller-Rommel	28	An der Spitze des Elfenbeinturms? Zum Konzept Stiftungsuniversität
Linda Macfalda Prof. Dr. Christa Cremer-Renz Prof. Dr. Peter Pez Dr. Ernst Roidl	34	Szenen einer Ehe – Über die Fusion der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit der Universität Lüneburg
Torsten Bultmann	64	Vor den Trümmern eines Leitbildes oder: warum die ›unternehmerische Hochschule‹ nicht funktionieren kann
Kevin Kunze	76	Info: Bologna – Studierende auf Punktejagd
Linda Macfalda	90	Wie ›Leuphana‹ nach Lüneburg kam
Daniela Steinert	100	Von der ›Universität Lüneburg‹ zur ›Leuphana‹: Eine Übernahme durch das Unternehmertum
Susanna Dedring Jasper Kahrs Sebastian Heilmann Matthias Schröter	120	Kein Branding für die Bildung! Der Markenname ›Leuphana‹ früher und heute
Julius Flinks Kevin Kunze Nathalia Sophie Leipholz Linda Macfalda	128	Leuphana und die Wirtschaft – Hochschulfinanzierung in Schlüsselbegriffen

Kevin Kunze Thorben Peters	134	Die bauliche Umsetzung des Unternehmens Hochschule
	150	Zeitstrahl: Zentralgebäude
Lea Konow	154	Klein, braun, unscheinbar – groß, glänzend, auffällig: Haubenlerche vs. Zentralgebäude
Victor Perli	158	Der Libeskind-Bau der Leuphana-Universität – oder wie sich die Landespolitik hat vorführen lassen
Lisa Habigt Jonas Korn	164	Nachhaltigkeit: Ein gelebtes Handlungsprinzip an der Leuphana?
Heike Hoja	172	Die Schließung der Sozialpädagogik: »Wir sollten Stunk machen«
Kevin Kunze	178	Am Höhepunkt der ›Leuphanisierung‹: Wahlkrimi in zwei Akten
Prof. Dr. Matthias von Saldern	194	Das Studienmodell der Leuphana: Anmerkungen eines Ehemaligen
Linda Macfalda	204	Das Studienmodell des Leuphana-Bachelors – eine kritische Bewertung aus Student*innenperspektive
Ronja Hesse	216	Startwoche – Der erste Kontakt mit dem Leuphana-Studium
Jana Höbermann	226	Psychologie und Studienplatzwahl – Das Leuphana-Auswahlverfahren
Franziska Krämer	234	10 Jahre Leuphana - 10 Jahre Diskurs
Corinna M. Dartenne	242	Zehn Denkfehler und Irrwege nach Rolf Dobelli, die Sie auch an der Leuphana besser anderen überlassen – Erfahrungen aus vielen Jahren kritischer Gremienarbeit
Kevin Kunze Natalia Sophie Leipholz Linda Macfalda	256	Nachwort

Vorwort

Februar 2018. Die Lüneburger Erstsemester-Studierenden befinden sich in den letzten Zügen des zehnten *Leuphana-Semesters*. Zehn Jahre liegt die Neuausrichtung der Universität Lüneburg als *Leuphana* nun schon zurück. Ein Grund zum Feiern? Für die einen schon, für andere wohl nicht. Aber ein Grund zum Reflektieren und zum Zurückschauen auf die Ereignisse der Vergangenheit allemal.

Februar 2006. »Grüne Rasenflächen, grüne Bäume, keine Autos, davor sollte ein großes Tor stehen - das wird ein Campus wie in England«, beschreibt Sascha Spoun seine Vorstellungen von der neuen Gestaltung des Universitätscampus kurz nach seiner Wahl in einem Interview mit Spiegel Onlineⁱ. Was uns an tatsächlichen tiefgreifenden Veränderungen des Campus erwarten würde, klingt hier noch nicht durch. Aber dass das neue Präsidium große Pläne für die Zukunft hat und sich so einiges ändern sollte, das wird schnell deutlich. Schon im darauffolgenden Jahr kommt es zur Umtaufung: Man arbeitet, forscht und studiert nicht mehr an der Universität Lüneburg, sondern an der *Leuphana*.

Es lasse sich in Lüneburg Vieles erreichen, wenn alle an einem Strang zögen, sagt Spounⁱⁱ. Doch es gab und gibt viel Kritik an den Entscheidungen, die unter der Marke *Leuphana* getroffen wurden und den Ereignissen, die zur Marke beigetragen haben. Und sogar der Widerstand ist, wie all die anderen Prozesse, untrennbar mit der Marke verwoben. Viele Universitätsmitglieder, darunter vor allem Studierende, brachten ihren Missmut zur Sprache; sei es bezüglich der Umbenennung, der Etablierung des neuen Studienmodells, oder eben bezüglich der Entschlüsse, die zum prominentesten Beispiel führten: dem Libeskind-Gebäude.

Wenn in der Entwicklung der Universität an einem Strang gezogen wurde, ähnelte dies wohl eher einem unbalancierten Tauziehen. Aber liegt das an einer prinzipiellen Antipathie, an mangelnder Kooperationsbereitschaft oder einer grundlegenden Abneigung einiger Ewiggestriger gegenüber Veränderungen? Zu erläutern, was hinter der Kritik an *Leuphana* steckt, was überhaupt passiert ist und warum dem AStA immer nachgesagt wird, er sei »anti«, ist die Idee dieser »kritischen Festschrift«: Sammeln von kritischen Argumenten, Herstellen von

Verknüpfungspunkten und der resümierende Blick zurück, welche Kritik angemessen und sinnvoll war, welche nicht und was es daraus zu lernen gibt. Dabei soll nicht aus den Augen verloren werden, in welchem Kontext *Leuphana* entstanden ist und in welchem Rahmen sich Universitäten heute allgemein bewegen. Viele der Entscheidungen, die die Universität an ihre heutige Position gebracht haben, wurden nicht in Lüneburg, sondern in Hannover, Berlin oder Bologna getroffen. Doch letztendlich ist die Universität, wie wir sie heute haben, ein Zusammenspiel vieler Faktoren, ein Zusammenspiel von regionalen und überregionalen Kontexten. Wer neu an diese Universität kommt, soll die Möglichkeit haben, sie als Ergebnis von vergangenen Entscheidungen wahrzunehmen: *Leuphana* ist weder naturgegeben, noch alternativlos.

Was ist also passiert, bevor die Universität Lüneburg zur *Leuphana* geworden ist? Kontinuierliche Unterfinanzierung, Gerüchte über die Schließung der Universität, aber gleichzeitig eben doch solide Beliebtheit unter den Studierenden und gut angenommene Innovationen wie die Einrichtung des Studiengangs Umweltwissenschaften dominieren das Bild der Universität. Es gibt sie also: die Universität Lüneburg, die nicht *Leuphana* ist.

Mit dem Übergang in die Trägerschaft einer Stiftung öffentlichen Rechts ereignet sich Anfang des neuen Jahrtausends die erste weitreichende Veränderung an der Lüneburger Universität. 2005 wird das nächste große Experiment der Hochschulentwicklung in Lüneburg durchgeführt. Die Universität fusioniert mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen: es soll eine ›Modelluniversität für den Bologna-Prozess‹ entstehen.

Als das neue Präsidium gewählt ist, wird ab 2007 die Neuausrichtung der Universität als *Leuphana* realisiert. Nach und nach werden das Leuphana-College, die Leuphana-Graduate School und die Leuphana-Professional School eröffnet. Sowohl lokal als auch national regt sich in den darauffolgenden Jahren Protest. In Lüneburg herrscht großer Unmut über die Schließung des Studienganges Sozialpädagogik. In ganz Deutschland findet 2009 der Bildungstreik statt, der sich gegen die Ökonomisierung von Bildung richtet und mehr Mitsprache in Bildungsinstitutionen fordert.

In Lüneburg bringt jedes der darauffolgenden Jahre weitere Neuigkeiten: 2009 wird das EU-Förderprojekt ›Innovations-Inkubator‹ genehmigt, 2010 die vier Fakultäten in ihrer heutigen Form gegründet und im Jahr 2011 folgt die Grundsteinlegung für das neue Zentralgebäude, welches nicht nur in Lüneburg alle Beteiligten noch lange beschäftigen sollte.

Die Wiederwahl von Sascha Spoun und Holm Keller verläuft – im Anschluss an die Erfahrungen mit den ersten Jahren *Leuphana* – alles andere als rund. Von

einigen Seiten ist die Unzufriedenheit mit dem eingeschlagenen Kurs deutlich spürbar. Schließlich werden die beiden 2012 wieder an die Spitze der Universität gewählt.

Bis zum Regierungswechsel 2013 ebbt die Kritik an *Leuphana* ab, doch recht schnell gibt es weitere Anlässe zum Protest. Die Preissteigerungen beim Zentralgebäudebau können nicht mehr geleugnet werden. 2014 verfasst die Oberfinanzdirektion eine baufachliche Stellungnahme und äußert scharfe Kritik. Der Allgemeine Student*innenausschuss und das Student*innenparlament fordern den Rücktritt von Spoun und Keller.

Doch das Präsidium bleibt im Amt und mit der Zeit scheinen die Wogen sich zu glätten. Holm Keller verlässt die Universität auf eigenen Wunsch im Jahr 2016. Das Zentralgebäude wird 2017 eröffnet: viel später als geplant und deutlich teurer als versprochen.

Im Oktober 2017 beginnt das zehnte *Leuphana-Semester* mit der Startwoche. Die Erstsemester werden von Präsident Spoun begrüßt. Für viele an der Universität schon fast Routine. Wohl alle, die hier im Bachelor eingeschrieben sind, haben ihr Studium so begonnen. Doch es gibt auch Mitglieder der Universität, die schon an der Fachhochschule gelehrt und geforscht haben und ganz andere Seiten der Hochschule(n) in Lüneburg kennen.

Diese Studierenden und Lehrenden sitzen in den gleichen akademischen Gremien und sollen über die zukünftige Entwicklung der Universität mitentscheiden. Es erscheint nur fair, den Studierenden und Lehrenden die Möglichkeit zu geben, sich auch mit der vergangenen Entwicklung der Universität differenziert auseinanderzusetzen. Der AStA, als Teil der studentischen Selbstverwaltung, kann Prozesse in den akademischen Rahmenbedingungen begleiten, ohne selbst aktiv daran teilhaben zu müssen. Er kann damit die ständig benachteiligte Studierendenperspektive unterstützen und einen emanzipativ orientierten Gegendiskurs zum dominanten Narrativ von Regierungen und universitären Akteur*innen öffnen. *Leuphana* verstehen zu können, ist ohne einen Blick auf ihre Vorbedingungen, auf ihre (Vor-)Geschichte nicht möglich. Daher haben wir verschiedenste Themen und Perspektiven ausgewählt, die von unterschiedlichsten Menschen verfasst wurden: von Studierenden, Mitarbeiter*innen der Universität, Dozierenden und Ehemaligen.

Im Eröffnungsartikel schreibt **Caspar Heybl** das ›alte Testament‹ und skizziert die Universität Lüneburg vor der *Leuphana*-Apotheose. Nachdem erklärt wird, was es eigentlich mit der Gründung der Stiftungsuniversität im Jahre 2003 auf sich hat, bewertet **Prof. Dr. Müller-Rommel** in einem Interview mit der Landeszeitung Lüneburg aus dem Jahr 2012 die Umsetzung des Modells. Dass die

Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen keine leichte Aufgabe darstellte, wird neben einem kleinen Überblick über die Geschehnisse durch Interviews mit wichtigen Zeitzeug*innen deutlich werden: die ehemalige Fachhochschulpräsidentin **Prof. Dr. Christa Cremer-Renz**, Universitätsdozent **Prof. Dr. Peter Pez** und der ehemalige AStA-Sprecher der Fachhochschule **Dr. Ernst Roidl** geben uns interessante Einblicke in die damaligen Ereignisse.

Torsten Bultmann kritisiert das Prinzip der unternehmerischen Hochschule und geht damit auf einige zentrale Rahmenbedingungen von *Leuphana* ein. Auch die Bologna-Reform als Voraussetzung findet Eingang in unsere Schrift.

Was passierte eigentlich genau, als Sascha Spoun – der amtierende Präsident der *Leuphana* – die Präsidentschaft übernahm? Den Prozess der Berufung, die folgende Neuausrichtung und den Umgang damit hat **Linda Macfalda** aus Aussagen mehrerer Zeitzeugen*innen, Presseberichterstattung und Originaldokumenten rekonstruiert. Wie sich die Wiederwahl von Spoun und Keller abspielte, beschreibt **Kevin Kunze** in seinem Artikel und betont die Ungereimtheiten genau wie die Polarisierung, die dabei zustande gekommen sind.

Daniela Steinert fasst die Ergebnisse ihrer Magisterarbeit zusammen, in der sie den Diskurs um die Neuausrichtung und die Selbstdarstellung der Universität als *Leuphana* untersucht hat. Warum häufig bewusst auf *Leuphana* verzichtet wird, wird nicht nur aus einer früheren Stellungnahme zur Umbenennung der Universität von **Matthias Schröter** und **Sebastian Heilmann** deutlich, sondern auch aus dem Kommentar aus der heutigen Perspektive von **Susanna Deding** und **Jasper Kahrs**. Wirtschaftliche Verflechtungen und die Krux mit der Hochschulfinanzierung werden anhand einiger Schlüsselbegriffe kritisch erklärt.

Das Libeskindgebäude: ein Symptom neoliberaler Hochschulpolitik. So argumentieren **Kevin Kunze** und **Thorben Peters**, indem sie den geschichtlichen Ablauf und Werdegang des Gebäudes noch einmal rekonstruieren. Dass dort, wo jetzt das neue Gebäude steht, eigentlich mal wer anders gelebt hat, beleuchtet **Lea Konow**: Sie erinnert daran, dass einst die Haubenlerche, die zum Protestmaskottchen gegen das Zentralgebäude wurde, auf dem ehemaligen Parkplatz hauste. Wie sich der Bauprozess aus landespolitischer Perspektive gestaltete, legt **Victor Perli** als früherer Landtagsabgeordneter dar.

Lisa Habigt und **Jonas Korn** haben analysiert, inwiefern Nachhaltigkeit – ein stark fluktuierender Begriff an der *Leuphana* – auch wirklich in die Tat umgesetzt ist und welches Verständnis von Nachhaltigkeit in der Universität eigentlich kursiert. Die Schließung des Studiengangs Sozialpädagogik hat viel Protest zur Folge gehabt. Wie die Universität mit diesen Protesten umgegangen ist, berichtet uns **Heike Hoja** aus ihrer eigenen Erfahrung.

Als Student*innenschaft ist Schwerpunkt unserer Arbeit zur Universitätsentwicklung das Studium. Das Studienmodell der Leuphana wird von **Prof. Dr. Matthias von Saldern** aus Lehrendenperspektive und von **Linda Macfalda** aus Studierendenperspektive bewertet. **Ronja Hesse** hat einen Blick auf die bisher stattgefundenen Startwochen geworfen und zusammengefasst, welche Kritik angebracht ist. Das Auswahlverfahren, das eine weitere Besonderheit des Studiums an der Leuphana darstellt, wurde von **Jana Höbermann** analysiert.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre wurden die Entwicklungen, die in dieser Schrift als Gesamtbild betrachtet werden, selbstverständlich auch immer wieder kommentiert und bewertet. **Franziska Krämer** fasst diese Stimmen in ihrem Beitrag zu zehn Jahren Diskurs zusammen und macht verschiedene Standpunkte deutlich. Wir wollen zurückblicken, um Vergangenes kritisch zu reflektieren. Dennoch soll die Reflexion nicht einzig Selbstzweck sein. Nein, vielmehr soll der Einblick in die Kritik der vergangenen Jahre aufzeigen, was gut war und was besser gemacht hätte werden können. Und vor allem ermutigen, selbst aufmerksam und engagiert am universitären Leben teilzuhaben. Was kritische Gremienarbeit bewirken kann und wie Fehler umgangen werden können, wird daher abschließend in einem Beitrag des Senatsmitgliedes **Dr. Corinna M. Dartenne** thematisiert.

Wir freuen uns sehr, dass drei ehemalige Studierende der Universität Lüneburg, die jetzt in der Politik aktiv sind, sich bereit erklärt haben, ein Grußwort für unsere Schrift zu verfassen: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Sprecher für Wissenschaft und Kultur – **Jörg Hillmer** – sagt uns, warum das zehnjährige Bestehen der *Leuphana* für ihn ein Grund zum Feiern sei. **Miriam Staudte** – stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis'90/Die Grünen im Landtag – betont, dass die Geschichte der Universität Lüneburg von guten, aber auch schlechten Geschehnissen durchzogen sei. Und schließlich erzählt uns der Fraktionsvorsitzende der Partei die LINKE im Rat der Stadt Lüneburg – **Michèl Pauly** – was er mit der Geschichte der *Leuphana* assoziiert, die er als Student und als aktives Gremienmitglied noch bis vor Kurzem miterlebt und -gestaltet hat.

Wir wünschen viel Freude, neue Erkenntnisse und Inspirationen bei der Lektüre!

Kevin Kunze, Natalia Sophie Leipholz und Linda Macfalda

Herausgeber*innen der Schrift im Namen des AstA Universität Lüneburg

Endnoten

ⁱ Spiegel (2006): Deutschlands jüngster Uni-Präsident. ›Viele Studenten verlieren sich im zehnten Praktikum«. <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/deutschlands-jaengster-uni-praesident-viele-studenten-verlieren-sich-im-zehnten-praktikum-a-396416.html>

ⁱⁱ Vgl. ebd.

Ein ›Sandwich-Bachelor‹ und ein (un)Libeskind: die Marke Leuphana

Als ich anfang zu studieren, wurde etwas Brandneues eingeführt: der Bachelor. Er löste alte Diplom- und auch Magisterstudiengänge ab, jedenfalls in der Theorie. Doch oft genug fand man sich als Student*in mit den Inhalten des Diplomstudiengangs konfrontiert. Gleiche Klausuren, gleicher Stoff, ein Jahr weniger Zeit und eine geringere Reputation des eigenen Abschlusses. So die – falsche – Selbstwahrnehmung. Mein Studiengang hieß ›empirische Wirtschafts- und Sozialwissenschaften‹. Als Bachelor gab es diesen Studiengang weder vor uns noch nach uns. Denn was folgte, war der ›Leuphana-Bachelor‹. Unmittelbar nachdem die Prä-Bachelorstudiengänge ihre Reformen beendet hatten, wurde erneut alles verworfen und neu angefangen. Dieses Mal mit einem kompletten Konzept, von Startwoche bis zu Major- und Minor-Studiengängen und den Masterfächern der Graduate School. Es war die Zeit der Studiengebühren, der Ökonomisierung der – nie so wirklich freien – Bildung. Und es war die Zeit eines ›Vollgerüchts‹. Aus der Universität Lüneburg wurde ›Leuphana‹.

Ein Kunstname für eine Universität die – man mag es bedauern oder nicht – den Zeitgeist traf. Die einstmalige Universität Lüneburg wurde als Marke Leuphana an einem akademischen Markt positioniert. Mit einigem Erfolg. War einstmals die Wissenschaft dem Streben nach Wahrheit verpflichtet, so fand sich im Leitbild der Leuphana quasi definitorisch die Verwertungslogik wieder: »Sie leistet durch Forschung, Studium, Weiterbildung und wissenschaftliche Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen und fördert alle Mitglieder der Universität bei Gründeraktivitäten.« Mit der ›Professional School‹ wurde ganz offiziell eine akademische Werkstatt der freien Wirtschaft installiert. Würde heute eine neue Universität gegründet, sie hätte wohl wenig von Humboldt, aber viel von Spoun.

Doch es regte sich Widerstand. Gegen die Ökonomisierung der Bildung, die Schließung der Sozialpädagogik, gegen Studiengebühren und gegen einen monumentalen Zentralbau mit unkalkulierbaren Folgen. Als sich die Studierendenschaft an dieser Frage polarisierte, war ich mittendrin. In zwei Studierendenparlamenten als Vorsitzender, deren Mehrheiten ganz unterschiedlich waren. Die nüchterne Bilanz: Die allermeisten Kämpfe wurden verloren. Manche mussten

auch verloren werden, waren Sie doch nichts anderes als Abwehrkämpfe gegen alles was ›anders‹ war. Doch wie teuer mancher Sieg des ›Duo Infernale‹ von Prof. HSG Sascha Spoun und seinem ›Vize‹ Holm Keller erkaufte war, hat sich gezeigt und wird es womöglich weiterhin tun. Ob die erhoffte Bewirtschaftung Realität werde und ob eine starke private Nutzung des Audimax' überhaupt wünschenswert ist, wird sich zeigen. Auch wer die nunmehr neunstelligen Baukosten, etwa eine Verdopplung der Ursprungsplanung, tragen soll, steht noch aus. Glaubt man den politischen Beteuerungen aller Finanzierungspartner*innen, müsste die Leuphana auf den Mehrkosten sitzen bleiben. Doch es wird anders kommen. Im Falle des Falles wird sich auch der Rat der Stadt, dem ich seit 2011 – damals noch Student – angehöre, fragen müssen ob man die eigene Universität durch den Ausschluss von Nachfinanzierungen im Regen stehen lassen würde. Die Logik, die in den kommunalen Gremien vertreten wird, ist ebenso pervers wie sie dennoch funktioniert: Das Zentralgebäude hat die Universität zu teuer gemacht, um bei drohenden Universitätsschließungen in Betracht zu kommen. Dabei ist es fast egal, ob wirklich eine Landesregierung den unbedingten Willen besessen hätte, Hochschulstandorte zu schließen. Leuphana wurde ›too big to fail‹.

Diese Schrift wird zurückblicken auf eine Zeit voller Umbrüche. Sie wird Chronist für jenen Teil der eigenen Vergangenheit sein, der nicht in Corporate Identity in Hochglanz erscheint. Sollte es diese Publikation aus Lüneburg heraus schaffen, kann es mehr sein. Es kann Mahnung sein. Mahnung vor Entscheidungswegen, die attraktiv erscheinen, weil sie kurz sind und ohne viele Veto-Spieler, aber dabei die demokratische Kontrolle der Universität durch das Modell Stiftungsuniversität aus den Händen geben. Oder, um es mit den Worten eines ehemaligen Vizepräsidenten zu sagen: Um zu sehen, dass präsidentielle Systeme zum Abbau der Demokratie neigen, muss man nicht nach Osteuropa schauen.

Michèl Pauly

Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat der Stadt Lüneburg

Bundestagskandidat 2012 und 2016

Oberbürgermeisterkandidat 2014

10 Jahre Leuphana - eine Geschichte von positiven Entwicklungen und Konflikten

Dass Lüneburg im letzten Jahrhundert eine Universität bekommen hat, ist das Beste, was der Stadt überhaupt passieren konnte. Die Konversion der Kaserne von der militärischen Nutzung hin zu einem Ort der Bildung ist für mich immer ein Symbol dafür gewesen, dass gesellschaftspolitische Entwicklungen sich zum Guten wenden können. Viele Menschen sind über das Studium nach Lüneburg gekommen und aufgrund seiner Attraktivität hier geblieben. Auch bei mir hat der sogenannte Klebeeffekt nach meinem Studium an der Fachhochschule Nord-Ost-Niedersachsen gewirkt. Die Zusammenlegung von Fachhochschule und Universität in einer doch relativ kleinen Uni-Stadt wie Lüneburg würde ich im Nachhinein positiv bewerten. Dass danach der Studiengang Sozialpädagogik eingestampft wurde, ist jedoch aus meiner Sicht einer der ganz großen Fehler gewesen. Lüneburg mit den vielen verschiedenen sozialen Einrichtung oder auch den psychiatrischen Kliniken hat immer von den ›Soz.päd.-Absolventinnen und -Absolventen profitiert. Theorie und Praxis konnten auch während des Studiums für beide Seiten gewinnbringend kombiniert werden. Dieser Studiengang fehlt Lüneburg nachhaltig.

Von außen betrachtet ist es schwer, die inneruniversitären Konflikte der Leuphana zu beurteilen. Dass es sie gegeben hat, war jedoch nie zu übersehen. Ich denke, dass viele der Konflikte im Vorfeld hätten vermieden werden können.

Ein Grußwort, ohne auf den Libeskind-Bau einzugehen, wäre wohl unvollständig. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich von Anfang an von den Planungen und auch dem Prozedere der Entwurfserstellung nicht überzeugt war, um es freundlich auszudrücken. Immer wieder ist mir dabei das ›Märchen von des Kaisers neuen Kleidern‹ eingefallen. Ich kann nicht sagen, dass mir das Gebäude an sich nicht gefällt. Es ist interessant anzusehen, auch wenn es sich nicht wirklich von anderen Libeskind-Gebäuden in der Welt unterscheidet, aber es wirkt an dieser Stelle für mich weiterhin deplatziert: Als ob man mit einem Abendkleid zum Frühstücksbrunch kommt. Die Schließung des ›Vamos‹ als kultureller Treffpunkt der Studierenden und der Bevölkerung in der Region, weil

es scheinbar neben dem Audimax stört, ärgert mich sehr. Mit Nachhaltigkeit hat dieser Bau für mich nie etwas zu tun gehabt.

Trotz allem habe ich immer den Eindruck gehabt, dass Lehre und das Engagement der Lehrenden sich bei der Leuphana auf einem ganz hohen Niveau bewegen. Den Namen finde ich inzwischen auch sehr eingängig und ich denke, er ist gut etabliert. Wir selbst als grüne Landtagsfraktion haben Absolventinnen aus dem Bereich Umweltwissenschaften der Leuphana angestellt und sind mit dem umfassenden Studium, das sie genossen haben, sehr zufrieden.

Ich wünsche allen Studierenden und Lehrenden bereichernde Jahre an der Leuphana. Meine Erfahrung ist, dass man aus Kontroversen eh am meisten lernt.

Miriam Staudte
Landtagsabgeordnete
Bündnis '90/Die Grünen

10 Jahre Leuphana Universität in Lüneburg ist ein Grund zum Feiern!

Das ist uneingeschränkt mein Eindruck als aktiver Begleiter der Leuphana mit Einblick in alle Hochschulen in Niedersachsen.

Diese Hochschule hat einen Plan und verfolgt ihn sehr konsequent. Für eine junge Universität ist es nahezu unmöglich, den in Jahrzehnten erarbeiteten Vorsprung der etablierten Hochschulen in den klassischen Disziplinen aufzuholen. Die Ausrichtung auf Zukunftsthemen ist daher klug und richtig. Leuphana hat den Anspruch, mit seinen Studienangeboten erste Wahl zu sein. Das muss nicht jedem gefallen, der auch gerne noch das ein oder andere weitere Angebot von seiner Universität gehabt hätte. Viele gute Angebote gerade der alten Fachhochschule Nord-Ost-Niedersachsen hätte auch ich gerne fortgeführt gesehen. Aber wie viel spannender sind die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Studiengänge.

Die Universität Lüneburg hatte keinen leichten Start und manches Mal stand auch schon das Wort Schließung im Raum. Ich bin froh, dass wir damals durch die Fusion mit der starken Fachhochschule Nord-Ost-Niedersachsen den Standort Lüneburg retten und stärken konnten. Heute ist die Leuphana-Universität stabil aufgestellt und hat eine vergleichsweise hohe Grundfinanzierung durch das Land.

Meine Beziehung zur Leuphana ist vielfältig: Da ist zunächst meine persönliche Verbundenheit durch die eigene Studienzeit von 1987 bis 1991 an der Universität Lüneburg. Als Sprecher meiner Fraktion für Wissenschaft trage ich seit 2010 Verantwortung für alle Hochschulen in Niedersachsen. Aber natürlich gilt das besondere Augenmerk als Abgeordneter aus Nord-Ost-Niedersachsen den hiesigen Standorten. Das sind in staatlicher Verantwortung nur die Leuphana in Lüneburg und die Ostfalia in Suderburg. Verglichen mit anderen Teilen Niedersachsens haben wir weiterhin einen Aufholbedarf und das provoziert die etablierten Standorte, weil es immer auch um Geld geht.

Eine innovative Hochschule wie die Leuphana geht auch sonst unkonventionelle Wege, die Politik und insbesondere Verwaltung herausfordern. So geschehen beim Bau des Zentralgebäudes. Im Ergebnis hat die Hochschule ein dringend

benötigtes Gebäude schneller und wahrscheinlich mit weniger Landesmitteln erstellt als es in der normalen Routine des Hochschulbaus der Fall gewesen wäre. Zusätzlich ist dieses Gebäude so markant, dass es die Leuphana deutlich sichtbar vom Kasernencampus zum Zukunftsstandort emanzipiert.

Leuphana formuliert inhaltlich und äußerlich einen Anspruch, der weit über Lüneburg und Niedersachsen hinausweist. Das freut mich. Diesen Weg würde ich gerne weiter aktiv begleiten, weil er wichtig für unsere gesamte Region ist.

Jörg Hillmer MdL
Stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Sprecher für Wissenschaft und Kultur

03.05.1946
Gründung der
Pädagogischen
Hochschule Lüneburg

1971
Gründung der
Fachhochschule
Nordostniedersachsen

1989
Umwandlung der
Pädagogischen
Hochschule in
Universität Lüneburg
durch Gesetz des
niedersächsischen
Landtages

1998
Abschluss des
Umzuges in
die ehemalige
Scharnhorstkaserne

2003
Umwandlung
der Universität
Lüneburg in eine
Stiftungsuniversität

01.01.2005
Fusion der
Fachhochschule
Nordostniedersachsen
mit der Universität
Lüneburg gemäß
einem Beschluss des
niedersächsischen
Landtags vom
16.9.2014 (Die
Maßnahme ist
Teil des vom
Wissenschaftsminister
2003 vorgeschlagenen
»Hochschulop-
timierungskonzept«
für Niedersachsen,
welches Lüneburg als
»Modelluniversität für
den Bolognaprozess«
vorsieht.)

Oktober 2005
Einführung von 13
neuen Bachelor- und
Masterstudiengängen
zum Wintersemester
und Planung weiterer
neuer Bachelor- und
Masterstudiengänge

26.10.2005
Wahl Sascha Spouns
zum Präsidenten der
Universität Lüneburg

2006
Wahl Holm Kellers
zum hauptamtlichen
Vizepräsidenten
erste Gerüchte
zum Bau eines
Zentralgebäudes

2007
Neuausrichtung der
Universität:
Umbenennung in
Leuphana nach
Beratung durch die
Werbeagentur Scholz&
Friend;
Implementierung des
neuen Studienmodells;
Beginn des Leuphana
College: erster
Jahrgang Leuphana-
Bachelor und erstes
Leuphana-Semester

2008
Beginn der Leuphana
Graduate School:
Neuorganisation
der Master- und
Promotions-
studiengänge

2008
Schließung des
Studienganges
Sozialpädagogik

Zeitstrahl: Von der Pädagogischen Hochschule zur »Leuphana«

ZEITSTRAHL: VON DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE ZUR LEUPHANA



Quellen

- Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen: Bildungstreik 2009. Unter: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/2966309.html> (Stand 13.01.2018)
- de Rudder (2016): Hochschule Lüneburg ist 70: Ehemaliger Rektor blickt zurück. Unter: <https://www.landeszeitung.de/blog/lokales/325883-hochschule-lueneburg-ist-70-ehemaliger-rektor-blickt-zurueck> (Stand 13.01.2018)
- Fachhochschule Nordostniedersachsen. Unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Fachhochschule_Nordostniedersachsen
- Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (2004): Niedersächsischer Landtag beschließt einstimmig Fusion von Universität und Fachhochschule Lüneburg. Unter: <http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/18106.html> (Stand 13.01.2018)
- Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (2003): Hochschuloptimierungskonzept (HOK). Unter: <https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/17917.html> (Stand 13.01.2018)
- Struve/ Gierczak (2014): Die Geschichte der Universität. Unter: <http://www.leuphana.de/universitaet/profil/geschichte.html> (Stand 13.01.2018)





Die Wiedergeburt der Universität Lüneburg als Leuphana - Ein historischer Rückblick

von Caspar Heybl

Wenn die Leuphana Universität Lüneburg in Medien erwähnt wird, wird oft 2007 als ihr Gründungs- und Startjahr genannt. Zwar gibt es ›Leuphana‹ als Markenname und strategisches Konzept tatsächlich erst seit 2007 – aber die Universität Lüneburg existierte bereits lange vorher. Und auch wenn es – ob aus Unwissenheit oder Absicht – oft so dargestellt wird, als wäre die Leuphanisierung die einzige Rettung einer ›der schlechtesten deutschen Unis‹ gewesen, so war die Universität Lüneburg nach Ansicht des Autors zwar eine kleine und arme Provinz-Uni, aber gleichzeitig auch engagiert und erfüllte trotz aller Widrigkeiten ihre Aufgaben.

Wahr ist: Nach jahrelangem Trommelfeuer von politischen Akteuren und massiven Umbauten der unterfinanzierten Universität waren

Ressourcen und Leistungsfähigkeit der Hochschule arg belastet. Der strategische Entwicklungsplan und das von der Werbeagentur Scholz&Friends entworfene, neue Corporate Design wurden von vielen als alternativlose Neu-Erfindung kommentiert, zumal Umfang und Geschwindigkeit der erneuten Veränderungen die Hochschulangehörigen überwältigten und kritische Stimmen nach fruchtlosem Widerstand die Uni verließen oder verstummten.

Werfen wir einen Blick auf die Vorgeschichte – die ist im Vergleich mit derer klassischer Universitäten aus dem Mittelalter recht kurz. 1946 wurde auf Veranlassung der britischen Besatzungsmacht in Lüneburg eine pädagogische Hochschule (PH) gegründet. Deren Studierende waren von Anfang an in der Verfassten Studierendenschaft organisiert, die von den Alliierten als wichtiger Akteur der politischen Bildung eingerichtet wurde, Stichwort ›Re-Education‹.

Diese Hochschule, an der nur angehende Lehrkräfte studierten, wurde 1978, nach kurzem Intermezzo in der ›Pädagogischen Hochschule Niedersachsen‹ zu einer wissenschaftlichen Hochschule mit Promotionsrecht und Diplom-Pädagogik als zusätzlichem Studiengang.

1989 kam dann die Aufwertung zu einer echten Universität. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch bereits Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften gelehrt. Insbesondere der Magisterstudiengang ›Angewandte Kulturwissenschaften‹ entwickelte bundesweite Ausstrahlung und konkurrierte mit anderen Standorten – beispielsweise der Uni Konstanz, am anderen Ende der Republik.

Der Kulturwissenschaftsschwerpunkt ›Ökologie und Umweltbildung‹, allgemein nur ›Öko-Kuwi‹ genannt, führte dann in den 90ern zur Gründung der Umweltwissenschaften, des ersten Studienprogramms in Deutschland, das Umweltfragen wirklich interdisziplinär anging (im damaligen Diplom noch mit einem höheren Anteil an Naturwissenschaften als in späteren Bachelorprogrammen). Auch dieses Angebot wurde schnell angenommen und erwarb sich einen bundesweiten Ruf.

Nachhaltigkeit – ein alter Hut

Diverse weitere Maßnahmen machten die Universität Lüneburg zu einer Vorreiterin in Sachen Nachhaltigkeitsorientierung an Hochschulen. Der Beitritt zur COPERNICUS-Charta der europäischen Hochschulrektorenkonferenz, die bereits zur Jahrtausendwende vom Senat verabschiedeten Nachhaltigkeitsrichtlinien, das umfangreiche von der Bundesstiftung Umwelt finanziell geförderte Projekt ›Agenda 21 und die Universität Lüneburg‹ (aus dem unter anderem Umweltmanagementsystem und EMAS-Zertifizierung der Uni hervorgehen),

die Einrichtung des UNESCO Lehrstuhls zu ›Hochschulbildung für eine nachhaltige Entwicklung‹ als einem der ersten in Deutschland und nicht zuletzt die vielen von Studierenden organisierten Projekte und Initiativen (wie z.B. die erste Photovoltaikanlage der Uni auf Gebäude 9, die Fahrradselbsthilfewerkstatt der Verfassten Studierendenschaft ›KonRad‹) werden bundesweit wahrgenommen. Selbst die Einführung des Semestertickets wurde mit den Daten aus der Mobilitätsforschung eines Projektseminars im Rahmen der BSU-Förderung maßgeblich ermöglicht. Nachhaltigkeit war (und ist) ein fester Bestandteil sowohl des Alltages als auch der strategischen Ausrichtung der Hochschule.

Mit den vier großen Fachbereichen für Umweltwissenschaften, Kulturwissenschaften, Wirtschaft und Erziehungswissenschaften hatte sich damals die Binnenstruktur etabliert, die bis heute besteht. Auch wenn Fachbereiche durch Fakultäten ersetzt wurden und die aktuellen Bezeichnungen leicht variieren: die jetzige Fakultätsstruktur der Leuphana ist keine Neustrukturierung, sondern schreibt lediglich die existierenden Strukturen fort.

Die vergessene Hochschule

Wer oftmals unter den Tisch fällt, ist die Fachhochschule Nordostniedersachsen (kurz: FH NON). Diese FH wurde 1971 gegründet, auf Grundlage zweier technischer Akademien in Buxtehude und Suderburg, 1978 kam dann Lüneburg als Standort mit Sozialwesen und Wirtschaftswissenschaften hinzu und wurde 1981 zum Hauptsitz der FH, gerüchtheilber aufgrund von Planungen für eine ›Gesamthochschule‹. Die Idee einer Gesamthochschule in Nordostniedersachsen – oder noch spezifischer Lüneburg – war bereits 1969 aufgekommen und 1980 beerdigt worden, wurde aber in den 2000er Jahren erneut aufgegriffen.

1992 kam dann noch ein ingenieurwissenschaftliches Angebot hinzu, für welches der Neubau in Volgershall errichtet wurde, natürlich auch mit öffentlichen Mitteln (ca. 22 Millionen Euro). Herzstück des Neubaus: die Maschinenhalle, die maßgeschneidert wurde für die Großgeräte, die im technischem Studium benötigt wurden. Die FH NON galt als Erfinderin der Studiengänge ›Wirtschaftspsychologie‹, ›Wirtschaftsrecht‹ und ›Wirtschaftsinformatik‹, die schnell überregionales Renommee erwarben und stark nachgefragt wurden. Der Standort Suderburgs erfreute sich sogar außerordentlicher Nachfrage aus dem außereuropäischen Ausland. Neben beachtlichen Drittmittel-Einwerbungen konnte die Fachhochschule mit moderner Personalpolitik aufwarten. So war die Gleichstellungspolitik sehr erfolgreich und

mehrfach ausgezeichnet, der Anteil von weiblich besetzten Stellen und insbesondere Lehrstühlen war deutlich überdurchschnittlich.

Schließung der Universität?

Das Damoklesschwert, das jahrzehntelang über der Universität hing, war die Schließung. Dieses Argument wurde immer dann geschwungen, wenn Lüneburg mal wieder als Versuchskaninchen herziehen sollte, und zieht sich als roter Faden durch Gremiensitzungen, Debatten in Instituten und Lehrstühlen, in studentischen WGs, auf öffentlichen Podien, an Stammtischen, sowie durch redaktionelle Kommentare und Leserbriefe; selbst in Landtagsdebatten taucht dieses Gerücht auf.

Bereits seit Beginn der 90er wurde in der Landeshauptstadt Hannover über die Schließung einer Hochschule in Niedersachsen gemunkelt, wenn aufgrund des demographischen Wandels die Zahl der Studierenden um das Jahr 2025 sinken sollte. Als Abschusskandidat wurde dann ›natürlich‹ die Universität Lüneburg genannt. ›Natürlich‹, weil die Universität angeblich aufgrund unterdurchschnittlicher Forschungsleistung und Mangelfinanzierung nicht wettbewerbsfähig sei. Noch weitaus prekärer war vermutlich aber die Situation der Hochschule Vechta, die aufgrund ihres Status, ihrer Größe (einige hundert Studierende) und Lage auch schon mal als Bauernhochschule und ›Hostienversuchsbäckerei‹^d verunglimpft wurde. Prekärer, da der Wissenschaftsrat, immerhin das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium, in Gutachten eine schnellstmögliche Schließung forderte. Diese Hochschule ist nun die Universität Vechta, die mit Wachstumskurs und innovativen Studiengänge zeigt, dass Totgesagte oftmals länger leben – und dass bildungspolitische Prognosen oftmals weit danebenliegen.

So hat sich die Studienanfängerquote in Deutschland von etwa 33% im Jahr 2000 auf über 45% erhöht, ohne dass die Politik hierfür adäquate Vorsorge getroffen hatte (Ausstattung mit Studien- und Wohnheimplätzen, Betreuungsquoten, etc.). Demographische Vorhersagen im Bildungsbereich könnten in ihrer langfristigen Genauigkeit also auch davon abhängen, wieviel Geld das Finanzministerium ausgeben will.

Schwerter zu Pflugscharen

Um den Platzbedarf der aus allen Nähten platzenden Universität zu decken (Quellen sprechen von bis zu 400% Auslastung), wird die Scharnhorst-Kaserne in einem Konversionsprojekt als Campus um-

gebaut. Dieses Bauvorhaben wird in der Lokalpolitik als wichtigstes Bauprojekt der Nachkriegszeit bezeichnet und später dann auch stolz auf der Weltausstellung EXPO 2000 der Weltöffentlichkeit als vorbildhaft für die friedlich-zivile Umnutzung ehemaliger Militäreinrichtungen präsentiert. Auch das Argument, mit der Konzentration aller Einrichtungen der Uni an einem Standort einen echten Universität-Campus zu schaffen, war bereits explizit benannt. Die Kosten für die Konversion lagen bei etwa 80 Millionen DM, also ungefähr 40 Millionen Euro.

Arm, aber sexy

Der neue Campus wird mit Begeisterung angenommen und steigert die Attraktivität der Universität weiter. Viele Studieninteressierte nennen als explizite Motivation für eine Bewerbung den überschaubaren Campus als echte Alternative, beispielsweise zur anonymen Massenabfertigung in der Betonburg der Universität Hamburg. Die Anzahl der Bewerbungen übersteigt in den meisten Studiengängen die Plätze um ein Vielfaches, fast alle Angebote sind zulassungsbeschränkt. Wurden mehr Studienplatzzusagen angenommen als prognostiziert, waren Studiengänge auch schnell mal überfüllt. Dass das Lehrangebot in den meisten Studiengängen so knapp wie möglich kalkuliert ist, stellenweise auch erhebliche Lücken aufweist, ist kein besonderer Mangel der Heidehochschule, sondern sollte als besonders ausgeprägtes Beispiel für die flächendeckende Unterfinanzierung der deutschen Hochschullandschaft (Stichpunkt: Öffnungsbeschluss 1977) gelten.

Allerdings konnte die Universität Lüneburg regelmäßig große Teile der sogenannten ›Überlastmittel‹ abrufen, die das Land Niedersachsen für solche Unterversorgung in der Lehre bereit stellte. Inwiefern sich hier eine bewusste Strategie zeigte, die Universität mittels ›Masse statt Klasse‹ zu betreiben und den Leidensdruck der Hochschulangehörigen zu nutzen, um politischen Druck auf das Land auszuüben, sei hier offen gelassen.

Perfektion der Selbstaussbeutung

Trotz deutlich schlechterer Personalausstattung konnte die Universität in vielen Bereichen mit anderen Hochschulen im Bundesland mithalten. Bei den üblichen Kriterien für ›Qualität‹ an Hochschulen schneidet die Universität gar nicht so schlecht ab: Bei Abbrecherquote, Studiendauer, Absolventenquote und anderen Kriterien landet die Uni im Landesvergleich oft im Mittelfeld. Auch die Qualifikation

der Absolvent*innen scheint weder auf dem Arbeitsmarkt, noch in Behörden, Schulen und Forschungskarrieren Anlass zu vermehrter Kritik zu geben. Eine Dozentin prägt eine passende Bezeichnung für diesen Effekt: Diese beruhen auf der ›Perfektion der Selbstaussbeutung‹ bei großen Teilen des (Lehr-)Personals.

Die lang erwartete, ›formelgebundene Mittelverteilung‹, bei der die Finanzierung der Hochschulen durch das Land zum Teil an ihre Leistungsdaten gekoppelt werden soll, hätte dies wohl belohnt. Jedes Rechenmodell, das in Hannover durchgespielt wird, würde zu teils geringen, teils drastischen Erhöhungen des Uni-Etats führen, so wird der Stand der Arbeit im Ministerium der Universität zugetragen.

Dass die Formel dann mit einigen Jahren Verspätung kam, und auch nur wenige Prozente des Jahresetats betraf, mag dann auch dem politischen Gewicht Lüneburgs in Hannover geschuldet sein. Personen mit Einblick in die Landespolitik vermuten, dass Lüneburgs Mangelausstattung auch auf ganz banale Aushandlungsprozesse in Parlament und Landesregierungen zurückgeht, bei denen die Region Nordost-Niedersachsen einfach weniger Gewicht hat.

Versuchskaninchen im Dauerstress

Ob diese beständige Drohung mit der Schließung nun begründet war oder nur hohle Drohkulisse, die Universität wurde zu mehreren grundlegenden Versuchen mit Modethemen der aktuellen hochschulpolitischen Paradigmen gedrängt.

Als erstes wäre da die Umwandlung in eine Stiftung zu nennen. Dieses Modell, bei dem die Trägerschaft einer Hochschule vom Land an eine Stiftung öffentlichen Rechts abgegeben wird, wurde 2002 in der Komplett-Überarbeitung des Hochschulgesetzes NHG unter Wissenschaftsminister Oppermann (SPD) eingeführt. Minister Oppermann zeigte sich in Medienberichten beeindruckt vom Stiftungsvermögen der großen Ivy-League Universitäten wie Harvard und wollte dieses Vorbild in Deutschland nachahmen. Der Gesetzgeber versprach sich von Stiftungshochschulen neben einer marktfähigeren Profilbildung auch größere Spendenbereitschaft der Privatwirtschaft. Die Idee? Da die Zustiftungen vor einem direkten Zugriff des Finanzministers sicher sind, wären solvente Spender*innen sicherlich viel spendabler. Eine Idee, die dann später in der Fachwelt als weit übersteigerte Hoffnung beerdigt wurde. Dass das Land einfach die Finanzierung im gleichen Maße senken könnte, wurde verneint, immerhin sähe das Gesetz eine ›angemessene Finanzierung‹ vor. Das Argument, ›eine Stiftungsuni kann das Land nicht einfach schließen‹, gab dann vermutlich den Ausschlag für die Zustimmung – dies und ein Geheim-

papier. Denn damit es im akademischen Senat eine Mehrheit für den Antrag auf die Überführung in eine Stiftung gab, mussten auch konservative Professoren zustimmen... und die studentischen Senatoren. In klandestinen Geheimverhandlungen wurden von diesen ›Oppositionellen‹ mit der Hochschulleitung mehrere strukturelle Zugeständnisse für Grundordnung und Universität ausgehandelt. Mittlerweile sind diese Punkte entweder durch Veränderungen der Binnenorganisation überholt – oder schlicht in Vergessenheit geraten. 2003 wurde die Uni Lüneburg dann also zusammen mit vier anderen Hochschulen in die Trägerschaft einer öffentlichen Stiftung übergeben.

Wie autonom und selbstständig diese neue Stiftung tatsächlich war, wurde dann zum Jahresende durch die neue, CDU/FDP-geführte Landesregierung klargemacht. Mit dem zynisch ›Hochschuloptimierungsprogramm‹ getauften Sparprogramm wurden in Niedersachsen 50 Millionen Euro Sofortkürzungen im Hochschulbereich angekündigt. Dabei wurden an allen Hochschulen, ob Stiftung oder Landesanstalt, Stellen und Studienplätze gestrichen, es gab massenhafte Vorgaben zu Studiengangsentwicklungen, auch Verlagerungen oder direkte Schließungen wurden angeordnet.

Der Stiftung Universität Lüneburg wurde die gesamte Fachhochschule Nordostniedersachsen einverleibt (mit Ausnahme des Standortes Buxtehude, welcher kommentarlos geschlossen wurde). Darüber hinaus wurden ihr diverse Vorgaben zum Studienangebot gemacht.

Und sie wurde, aus heiterem Himmel und ohne Anpassung der Grundfinanzierung, zur ›Modellhochschule für den Bologna-Prozess‹ erklärt und sollte sämtliche Studiengänge in kürzester Zeit auf Bachelor/Master umstellen. Der vom Minister für die Moderation und Durchführung der Fusion eingesetzte Thinktank der Bertelsmann-Stiftung, das ›Centrum für Hochschulentwicklung‹ machte dann auch gleich klar, was er mit der Universität anstellen will: In der Süddeutschen Zeitung erschien ein ganzseitiger Kommentar des CHE-Chefs Detlef Müller-Böning, in dem er die Schaffung der ersten echten Gesamthochschule Deutschlands begrüßte. Die Mitwirkung seines Beratungsunternehmens an dieser ›Innovation‹ fand merkwürdigerweise keine einzige Silbe Erwähnung.

Die im Rahmen der Fusion eingeführten gestuften Studiengänge wurden zur Eröffnung von allen Fraktionen des Landtages ausdrücklich als vorbildhaft gelobt. Zwei Jahre später wurden sie dann von der neuen Hochschulleitung als mangelhafte Umsetzung des Bologna-Gedanken herabgeputzt und dann komplett durch das Leuphana-Studienmodell ersetzt.

Der zur Schließung freigegebene FH-Standort Buxtehude der FH NON wurde übrigens aufgrund regionaler Proteste und Bedürfnisse als private, studiengebührenpflichtige Hochschule 21< weitergeführt. So ganz nebenbei konnte hier also eine echte Hochschulprivatisierung beobachtet werden. Der Standort Suderburg, dessen materielle Ausstattung Stiftungsvermögen darstellte, wurde dann auch einige Jahre später form- und klaglos an die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (heute Ostfalia) abgegeben; über einen Ausgleich für das abgetrennte Stiftungsvermögen ist nichts bekannt.

Wie schließe ich eine Uni?

Wie real und gefährlich war denn nun die Androhung der Schließung? Machen wir ein schnelles Gedankenexperiment und spielen als Wissenschaftsministerium eine Universitäts-Schließung durch. Vermutlich werden im Folgenden ein oder zwei (personal-)rechtliche Details unsauber behandelt, aber um den Problemumfang grob zu umreißen, sollte eine oberflächliche Betrachtung reichen. Das Vorhaben ist eigentlich ganz einfach: Es müssen nur eine Anstalt des Landes (oder Stiftung öffentlichen Rechts) geschlossen, alle Studiengänge aufgelöst, alle Personen entfernt, alle Verträge gekündigt, das Inventar verhökert und ein paar Gebäude samt Grundstück abgestoßen werden. Die resultierenden Folgen in der Region sind zwar auch erheblich, aber nicht in unserer Zuständigkeit als Wissenschaftsministerium.

Fangen wir mit der größten und aus Sicht der Politik wohl auch unwichtigsten Gruppe an: den Studierenden. Wem der Studiengang geschlossen wird, hat dennoch das Anrecht, diesen in angemessener Zeit zu beenden – als Daumenregel setzen wir eine Frist von Regelstudienzeit plus vier Semester. Mit dem damals üblichen Diplom und Magister wären dies dann bis zu 6,5 Jahren – es dauert also einige Jahre, bis die Uni abgewickelt ist. Alternativ können die Studiengänge auch verschoben werden, wie es z.B. im Hochschuloptimierungskonzept mit dem Lehramt an der Uni Hannover geschah, dieses wurde nach Hildesheim verlegt – Studierende können ja pendeln. Das ist natürlich nicht möglich für Studiengänge, die es so kein zweites Mal gibt – in Lüneburg waren dies unter anderem Umweltwissenschaften, angewandte Kulturwissenschaft, Wirtschaftspsychologie und -recht. Professor*innen: Da diese verbeamtet sind und das auch meist auf Lebenszeit, ist eine Entlassung nur schwer durchführbar, also versetzen wir sie einfach an andere Hochschulen im Bundesland. Ihre Forschungsvorhaben können sie mitnehmen, vielleicht ist ihre neue Uni auch so nett, ein oder zwei Mitarbeiter zu übernehmen. Ob Drittmit-

telprojekte mitgenommen werden könnten, hängt vermutlich vom Geldgeber ab... haben wir Glück, bewerben sie sich in einem anderen Bundesland, aber nicht zu schnell, denn es muss noch Lehrangebot für die auslaufenden Studiengänge verbleiben. Mit allen anderen Lehrenden und Angestellten ist einfacher zu verfahren: Wer nicht sowieso befristet angestellt ist, erhält halt eine Kündigung. Auch hier gilt: Ein paar Leute müssen bleiben – für die Auslaufbetreuung.

Nun haben wir noch die Ausrüstung: im Falle der Universität Lüneburg unzählige Büroausstattungen, Zentral- und Institutsbibliotheken, ein Rechenzentrum voll mit Computern, Servern und Multimedia-Ausstattung, ein Stockwerk voll mit Chemielabor... Ein paar Stunden auf Ebay, ein oder zwei Flohmärkte sollten das ganze erledigt haben – wobei, Moment, die öffentliche Hand darf nicht so einfach ihr Inventar verhökern (sonst könnte sich so manches Gymnasium mit dem Verkauf der eingelagerten Lehrmittel aus der Kaiserzeit sanieren). Rufen wir also die Müllabfuhr und bestellen ein paar (Hundert) Container für Sperrmüll.

Bleiben noch die Gebäude: der Campus ist mit erheblichen Mitteln ausgebaut worden, um für eine Bildungseinrichtung mit mehreren tausend Menschen Platz zu bieten. Eine sinnvolle Nachnutzung muss also Verwendung für Hörsäle, Labore, Büros und Bibliothek haben. Vielleicht will eine private akademische Einrichtung z.B. die Jacobs University eine Außenstelle eröffnen?

Das Studentenwerk OstNiedersachsen (früher STW Braunschweig), mit seinen unter enormem finanziellen Kraftaufwand gebauten Wohnheimen mit Hunderten von Plätzen, stände ansonsten auch im Regen. Aber die finanzielle Lage der Studentenwerke hat in Hannover in den letzten Jahrzehnten eher selten Interesse gefunden...

Ob das obige Szenario realistisch ist, lässt sich schnell überprüfen, indem man es mit den bisherigen Hochschulschließungen in der BRD vergleicht. Hier finden sich neben der Abwicklung von akademischen Institutionen aus der DDR eigentlich keine richtigen Schließungen. Abgesehen von Kleinst-Hochschulen finden sich mit den Pädagogischen Hochschulen Lörrach und Esslingen gerade mal zwei Beispiele einer echten Schließung ohne Überführung der Einrichtung oder zumindest von Lehrangeboten in benachbarte Hochschulenⁱⁱ.

Ein pikantes Detail der Angelegenheit ist, dass seit der Jahrtausendwende rechnerisch bereits ein bis zwei Hochschulen im Bundesland verschwunden sind. Durch das „Hochschuloptimierungskonzept“ sind landesweit etwa 1200 Stellen und genug Studienplätze wegoptimiert worden, um in der Summe eine kleinere Hochschule zu ergeben. Und zum anderen ist die FH NON als eigenständige Institution nun verschwunden, obwohl ihr nie mit der Schließung gedroht

wurde... Als Fazit kann also die Erkenntnis bleiben, dass mit genug politischem Druck und Zwang die Hochschulautonomie immer hinter dem Landeshaushalt zurückstehen muss. Und dass Hochschulen so gut wie nie geschlossen werden, mag wohl dem Punkt geschuldet sein, dass Kürzungen organisatorisch gesehen viel einfacher sind als eine komplette Schließung. Was man aber auch nicht aus den Augen verlieren sollte ist der Fakt, dass die Universität sich trotz wenig Unterstützung seitens des Landes gut geschlagen hat.

- **Caspar Heybl** hat 1998 mit großer Begeisterung sein Studium in Diplom-Umweltwissenschaften in Lüneburg begonnen, wechselte aber später auf Erziehungswissenschaften. Schon in seinem ersten Semester wurde er zum Referenten des Ökologiereferats – heute als Öko?-logisch! bekannt – im AStA gewählt. Seitdem hat er sich bis zur Schließung seines Studiengangs für progressive Hochschulpolitik eingesetzt, dabei den Werdegang der Universität mitbegleitet und möglicherweise sogar mitgestaltet. Caspar hatte so einige hochschulpolitische Ämter inne: von der Tätigkeit als AStA-Sprecher, über die Mitgliedschaft und den Vorsitz im Studierendenparlament, bis hin zum Engagement in Fachschaft, Fakultätsrat, Senat, Studienkommission, im Studentenwerk Ostniedersachsen, sowie im Studierendenverband fzs und vielen anderen Gremien.

Endnoten

ⁱ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489682.html>

ⁱⁱ Vgl. <https://de.wikipedia.org/>

wiki/Kategorie:Ehemalige_deutsche_Hochschule

Quellen

Klaus Flebbe, Nachhaltigkeit bei der Konversion militärischer Liegenschaften zu Hochschuleinrichtungen untersucht am Beispiel der Universität Lüneburg, Promotion (Dr.-Ing.) an der Universität Kassel. URL: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2010122135251/1/DissertationFlebbe.pdf>

Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur, Nichtmonetäre hoch-

schulstatistische Kennzahlen, 1980 – 2013, Erschienen am 17.12.2014, Artikelnummer: 2110431137004

URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431137004.pdf?__blob=publicationFile
<https://leuphanawatch.blogspot.de/>
<https://leuphano.blogspot.de/>





An der Spitze des Elfenbeinturms? Zum Konzept ›Stiftungsuniversität‹

von Kevin Kunze und Linda Macfalda

2008 traten der Stiftungsratsvorsitzende Jens Petersen und die Stiftungsrätin Elke Sellmann aus dem Gremium zurück, aus Protest gegen Intransparenzen und mangelnde Beteiligung des Rates. Doch in der Debatte über Vorgänge an der Universität wurde der Stiftungsrat immer als quasi-magische Blackbox verstanden, in der alles durchgewunken wird, was die Universitätsgremien abgelehnt hätten. Aber es ist einen Versuch wert, diese Blackbox zu öffnen, die Struktur Stiftungsuniversität zu ergründen und zu bewerten.

Die Änderung des niedersächsischen Hochschulgesetzes des Jahres 2002 ermöglichte die Umwandlung von Universitäten in Stiftungsuniversitäten. Eine Stiftungsuniversität ist keine direkt staatliche Anstalt mehr, die Universität als Körperschaft öffentlichen Rechts befindet sich in Trä-

gerschaft einer Stiftung öffentlichen Rechts. Niedersachsen war das erste Bundesland, das Universitäten diese Rechts- und Organisationsform ermöglichte. Die Vorteile, die man sich erhoffte, waren vielfältig. Erhofft wurden unter anderem: eine bessere Identifikation von Studierenden und Beschäftigten mit der Institution, eine Erhöhung des Stiftungsvermögens durch Spenden oder auch eine weniger bürokratische Berufung von Professor*innen. Die Universität Lüneburg wurde schon 2003 als eine der fünf ersten Universitäten Deutschlands zur Stiftungsuniversität – nach zähen Verhandlungen mit der Studierendenschaft und anderen Kritiker*innen des Modells.

Sehr erfolgreich wird das Modell, Hochschulen mit Stiftungen zu finanzieren, in den USA praktiziert. Ein vergleichbarer Erfolg, was die Finanzierung von Stiftungsuniversitäten durch Spenden betrifft, ist aber in Deutschland bisher weder eingetreten noch realistischerweise zu erwarten. Es gibt im deutschen Hochschulwesen – anders als in Harvard oder ähnlichen Einrichtungen – keine Kultur, durch die Alumni ihren ehemaligen Universitäten Geld spenden. Vielmehr herrscht die Überzeugung, die Finanzierung von Hochschulen sei eine staatliche Aufgabe, was die Spendenbereitschaft verschwindend gering hält.

Inwiefern das Modell der Stiftungsuniversität zu einer besseren Identifikation der Studierenden und Beschäftigten mit der Universität führen soll, ist auch nicht erkennbar. Die Rechtsform ihrer Universität ist für viele Studierende vermutlich kein großes Thema, sondern eher Quelle vieler Irrtümer über die Entscheidungsstrukturen. Eine höhere Identifikation mit der Universität kann über viele andere Wege besser entstehen: ein langes, spannendes Studium, Mitgestaltung in Gremien oder schlichtweg die Erfahrung, als Mitglied der Institution behandelt zu werden.

Die erhöhte Autonomie wird wohl am häufigsten als Argument für Stiftungshochschulen angeführt. Auch diese werden jedoch zum größten Teil vom Land finanziert und auch sie müssen mit den Landesregierungen Zielvereinbarungen abschließen. Eine echte Autonomie im Sinne von gänzlicher Unabhängigkeit ist also nicht gegeben. Es stellt sich ebenso die Frage, inwiefern die Autonomie von Hochschulen durch Konstrukte wie die Stiftungsuniversität gefördert werden muss. Schließlich schreibt das Grundgesetz Freiheit von Forschung und Lehre vor. Die Erfahrungen aus Lüneburg zeigen eher, dass die vermeintliche Autonomie zu ganz realer Überforderung führt: Die Stiftung als Bauherrin des Zentralgebäudes hatte keine Fachleute im Haus oder in anderen Behörden, sondern musste sich auf Expertise Dritter verlassen und den Prozess in Eigenregie, neben

dem Tagesgeschehen von Forschung und Lehre, koordinieren. Die Folgen sind bekannt.

Die Gremien einer Stiftungsuniversität sind das Präsidium der Universität und der Stiftungsrat. Im Stiftungsrat sitzen Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die gute Kenntnisse des Hochschulwesens haben sollen. Außerdem sitzen ein vom Senat gewähltes Mitglied der Universität sowie eine Vertretung des Fachministeriums im Rat. Für größere Transparenz sind außerdem seit Anfang 2016 Vertretungen von Personalrat, Studierendenschaft sowie Gleichstellungsbeauftragte als beratende Mitglieder vorgesehen. Die Stiftungsräte sollen externe Expertise an die Universität bringen. Da die Sitzungen des Stiftungsrates nur zwei bis drei mal im Jahr stattfinden, ist diese Expertise allerdings nur selten wirklich ›an der Universität‹. Und selbst wenn die Sitzungen stattfinden: Das Echo der externen Expertise wird an der Universität wenig wahrgenommen und aufgenommen. Der Einfluss des Stiftungsrates auf die Hochschulöffentlichkeit wird durch die Vertraulichkeit seiner Sitzungen stark eingeschränkt. Eine echte Verschränkung von Wissenschaft und Gesellschaft kann nicht durch eine Hand voll außeruniversitärer Führungspersonen in einem wenig transparenten Gremium realisiert werden.

Doch der Struktur ›Stiftungsuni‹ oder dem Stiftungsrat als Gremium können nicht alle unliebsamen Entscheidungen oder alle Ohnmachtserfahrungen zugeschrieben werden, die in der Anstrengung, Veränderungen an der Universität zu bewirken, gemacht werden. Der Stiftungsrat hat einige Verantwortlichkeiten, das eigentliche operative Geschäft wird jedoch vom Präsidium übernommen, wo auch – ebenso wie beim Stiftungsrat hinter verschlossenen Türen – wegweisende Entscheidungen getroffen werden. Der Stiftungsrat ist eher eine Art Aufsichtsrat mit beratender Funktion. 2016 wurde dies im Hochschulgesetz auch noch weiter klargestellt. Die Probleme zu externalisieren und auf den Stiftungsrat, der kaum als Teil der Institution wahrgenommen wird, zu schieben, ist vielleicht attraktiv. Doch der Kern des Problems liegt nicht im Stiftungsrat, sondern viel eher im Präsidium: Präsidien haben spätestens seit den Neunzigerjahren einen großen Machtzuwachs zu verzeichnen. Der Umgang mit den aktuellen Anforderungen von Hochschulen – Unterfinanzierung und Wettbewerb – wird seitens des Gesetzgebers vor allem dem Präsidium als Managementstruktur zugetraut. Es beschließt die Wirtschaftspläne, die Fakultätenstruktur, die Schließung von Studiengängen, die endgültige Genehmigung von Prüfungsordnungen und die Mittelverteilung innerhalb der Institution. Als oberster Dienstherr hat der Präsident außerdem Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse der Beschäftig-

ten und die Zulagen für Professor*innen im Rahmen ihrer Besoldung und er sucht sich aus, ob wirklich Platz 1 einer Berufungsliste gefragt wird, oder doch eine andere Person von der Liste. Viele dieser Aufgaben lagen in der Vergangenheit in Senaten oder Fakultätsräten, die heutzutage häufig nur noch Stellung nehmen, nicht aber entscheiden dürfen. Eine der Entscheidungen, welche zum Rücktritt der anfangs erwähnten Stiftungsräte führte, war die Genehmigung der Nebentätigkeiten von Holm Keller. Dies fällt jedoch dem Wissenschaftsministerium zu – egal, ob es um eine Stiftungsuniversität geht, oder eben nicht.

Die Kompetenzverlagerung macht die Struktur natürlich komplizierter – die Senatsmitglieder sind nicht mehr für jede Entscheidung verantwortlich und ansprechbar, Hörensagen und Flurfunk vermitteln vielleicht ein falsches Verständnis, Kritik wird falsch adressiert, oder in Erwartung, dass ein übermächtiger Stiftungsrat sowieso alles abbugelt, gar nicht mehr geäußert. Doch die Hochschulen sind trotz Stiftung weiterhin demokratisch organisiert, die akademische Selbstverwaltung kann ganz elementaren Einfluss ausüben. Stiftungshochschulen sind nicht privatisiert und aktionärgesteuert. Der Senat kann sich sowohl das Präsidium aussuchen, als auch die Mitglieder des Stiftungsrates. Zwar nur verhältnismäßig selten, aber es ist eine essentielle Gestaltungsmöglichkeit, die es immer gegeben hat.

Einblick in das Präsidium und damit auch in den Stiftungsrat hatte Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel, der von 2006 bis 2012 nebenamtlicher Vizepräsident war und die Konzeption des Stiftungsmodells auf Landesebene begleitet hat. Er bezog in einem Interview mit der Landeszeitung im Jahre 2012 Stellung zum Konzept der Stiftungsuniversität und erläuterte, wo es bei der Umsetzung in Lüneburg Schwierigkeiten gibt, die dazu führen, dass sich die Erwartungen nicht erfüllen konnten.

AN DER SPITZE DES ELFENBEINTURMS?

Stiftungs- hochschule ist gescheitert

von Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Seit der Senatssitzung am vergangenen Mittwoch ist der Wachwechsel vollzogen: Das neue Präsidium der Leuphana ist im Amt. Die Verlängerung der Amtszeit von Uni-Präsident Sascha Spoun und des hauptamtlichen Vizepräsidenten Holm Keller sorgte für Schlagzeilen. Fast unmerkelt hat sich ein weiterer Wechsel vollzogen: Prof. Dr. Markus Reihlen löst als für die Graduate School zuständiger, nebenberuflicher Vizepräsident Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel ab, seit 2006 im Amt. Mit seiner ersten Amtszeit von 1994 bis 1998 bringt es der Politikwissenschaftler auf zehn Jahre an der Uni-Spitze. LZ-Redakteur Jörg Stauch sprach mit dem 60-Jährigen über seine Bilanz, die politische Hochschullandschaft und die Pläne für die persönliche Zukunft.

Im Jahr 2005 waren Sie Chefredakteur für einen Tag, tauschten den Stuhl mit Christoph Steiner von der LZ. Welche Überschrift würden Sie als Zeitungsmann über die vergangenen sechs Jahre der Leuphana stellen?

Ich bin ja beileibe kein Journalist. Aber es könnte so aussehen: Leuphana auf dem Weg ›nach oben‹.

So positiv, trotz all der kritischen Nebengeräusche zum Beispiel zum Libeskind-Bau?

Deshalb vielleicht die Anführungszeichen. Aber meine Überzeugung ist: Für die Zukunft der Universität ist der Libeskind-Bau nicht entscheidend. Für die Zukunft der Leuphana ist es wichtiger, dass wir Qualität liefern in Forschung und Lehre.

Sie haben die alte ›Heide-Uni‹ miterlebt und Sie kennen die Leuphana. Wenn Sie den Unterschied auf einen Nenner bringen sollten, wie hieße der?

Die alte Universität war eine unterfinanzierte Hochschule, die auf Ausbildung möglichst vieler junger Menschen ausgerichtet war. Hochwertige Forschungsergebnisse konnten wegen der Belastung der Professoren nicht erbracht werden. Dem heutigen Präsidenten ist es gelungen, die Mittelausstattung zu verbessern und gleichzeitig die Studentenzahlen deutlich zu reduzieren, trotz

Fusion mit der Fachhochschule, um die Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studenten zu verbessern. Parallel dazu wurde durch Neuberufungen die Forschungskraft deutlich erhöht. Auf einen Nenner gebracht würde ich es als ›Professionalisierung durch Wissenschaftsmanagement‹ bezeichnen.

Wo steht die Uni Lüneburg in zehn Jahren?

Faktisch gibt es zwei Szenarien. Entweder der Uni gelingt es, gute und international beachtete Forschungsergebnisse hervorzubringen und junge Menschen adäquat für den internationalen und den regionalen Arbeitsmarkt auszubilden. Oder der jetzige Aufschwung verpufft und die Universität wird auf das Niveau einer Berufsakademie zurückfallen. Hier steht der Härtestest noch bevor. Ich hoffe auf die erste Entwicklung.

Entscheidend ist dafür auch das Innenleben. Sie haben den Lehrstuhl für ›Vergleichende Politikwissenschaft‹ inne. Mit der Erfahrung von zehn Jahren an der Uni-Spitze und dem Blick des Experten: Wie fällt Ihre Diagnose aus zum politischen System Hochschule?

Das Hochschulsystem hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die demokratisch legitimierte Gruppenuniversität existiert eigentlich nicht mehr. Zwar gibt es demokratische Beteiligungsformen, faktisch kann das Präsidium jedoch in allen Bereichen durchregieren. Seit über zehn Jahren gibt es in Niedersachsen ein geändertes Hochschulgesetz und damit den Wandel vom Rektorats- zum Präsidialsystem. Die Fakultäten und der Senat wurden faktisch entmachtet. Sie können dem Präsidium Empfehlungen aussprechen, aber keine Entscheidungen treffen. Mit einer Ausnahme.

Die da wäre?

Die Wahl des Präsidenten und des hauptamtlichen Vizepräsidenten. Das ist dann der Punkt, an dem sich der geballte Frust der Professoren und Studenten entlädt, nicht nur in Lüneburg. Und da gibt es Kandidaten, die mehr provozieren als andere. Vor allem jene, die nicht an Universitäten sozialisiert wurden.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Das ist schwer zu sagen. Es muss ein Mindestmaß an demokratischer Mitsprache garantiert sein. Baden-Württemberg ist beispielsweise bei einem Rektor geblieben, der nur für wenige Jahre gewählt wird. In Niedersachsen werden die Uni-Präsidenten zunächst für sechs und dann für acht Jahre gewählt. Das ist viel zu lang. Gleichzeitig sind die Präsidenten mit sehr viel Macht ausgestattet. Das führt zu machtpolitischer Konzentration. Und das ist nicht immer gut für eine Organisation. Andere Präsidialverfassungen haben das anders geregelt. Der US-Präsident kann beispielsweise aus gutem Grund nur zweimal für vier Jahre im Amt bleiben.

Die Konsequenz?

Das Hochschulgesetz muss wieder geändert werden. Es bedarf dringend politischer Korrekturen.

Wie sieht es mit dem Modell Stiftungshochschule aus?

Die Idee der Stiftungshochschule, wie sie seit 2003 umgesetzt wurde, ist aus meiner Sicht gescheitert. Die Idee war, den Hochschulen mehr Gestaltungsfreiheit, mehr Autonomie zu ermöglichen. Ich habe damals selbst mit Thomas Oppermann und Sigmar Gabriel am Entwurf gefeilt. Aber nach sechs Jahren Praxis auch in Lüneburg muss man sagen: Es hakt an mehreren Stellen.

Welche sind das?

In Lüneburg ist es beispielsweise den hauptamtlichen Mitgliedern des Präsidiums bislang nicht gelungen, Stiftungsgelder in nennenswertem Umfang einzuwerben. Gleichzeitig ist die demokratische Kontrolle durch das Land nicht mehr da. Der Stiftungsrat, der nicht von der Universität legitimiert ist, trifft Entscheidungen, die früher ein Fachministerium getroffen hat, welches mit höheren Sach- und Fachkenntnissen ausgestattet ist, als die Mitglieder des Stiftungsrates – bei allem Respekt vor den Personen.

Zu Ihrer persönlichen Bilanz: Eine Ihrer Herzensangelegenheiten als Vizepräsident war die Internationalisierung. Wie weit ist die Leuphana auf diesem Weg gekommen?

Wir haben das Portfolio unserer ausländischen Partneruniversitäten verändert, indem wir vermehrt Verträge mit Universitäten abgeschlossen haben, die eine vergleichsweise hohe wissenschaftliche Reputation haben. Wir haben das Lehrangebot in englischer Sprache vergrößert, wir haben zahlreiche Gastprofessoren bei uns zu Besuch gehabt. Insgesamt geht der Trend deutlich nach oben, aber man muss ehrlich konstatieren, dass wir noch keinen unmittelbaren Anschluss an die herausragenden internationalen Universitäten gefunden haben.

Ein anderer Schwerpunkt war Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Graduierten, mit dem Start der Graduate School als Meilenstein.

Die Graduate School und der wissenschaftliche Nachwuchs haben sich in den vergangenen Jahren an der Leuphana hervorragend entwickelt. Die Nachfrage ist deutlich gestiegen. Wir haben weit über 100 Promotionsstipendien, als ich angefangen habe, waren es fünf. Im Uni-Haushalt stehen mehr als 100 000 Euro für die Förderung von wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Verfügung, die sie zum Beispiel nutzen können, um an Tagungen und Summer Schools teilzunehmen.

Wie sieht es mit ihrer persönlichen Zukunft aus? Wie investieren Sie die freigewordenen Energien?

Ich werde meine Energie in Forschung, Lehre und Politikberatung stecken und möchte nach zehn Jahren Hochschulmanagement auch wieder mehr Zeit für Familie und Hobbys aufbringen.

Wollen Sie nach dem Bundeskanzleramt in Bonn auch das Gegenstück in Berlin von innen kennenlernen?

Ich kenne auch das Kanzleramt in Berlin schon von innen. Vielleicht lerne ich es ab 2013 noch besser kennen. Das tagespolitische Management in Berlin möchte ich aber Jüngeren überlassen.

Dieser Artikel wurde am 22.5.2012 in der Landeszeitung, Ausgabe Nr. 118, veröffentlicht; er ist hier unverändert abgedruckt. Das Interview führte Jörg Stauch.



Leuphana Universität

Campus Rotes Feld

Gebäude Wirtschaftspsychologie

- Institut für Experimentelle Wirtschaftspsychologie
- Institut für Strategisches Personalmanagement
- Zentrum für Angewandte Gesundheitswissenschaften
- Seminarräume W312 – W313

Wilschenbrucher Weg 84a



Szenen einer Ehe - Über die Fusion der Fachhochschule Nordostnieder- sachsen mit der Universität Lüneburg

von Linda Macfalda

Eine grundlegende Veränderung für das Hochschulwesen in Lüneburg – noch vor der Neuausrichtung der Universität als *Leuphana* – war die Fusion der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit der Universität Lüneburg. Ohne diesen Einschnitt und die Rahmenbedingungen dieser Entscheidung ist auch die Entwicklung hin zur *Leuphana* schwer vorstellbar. Der Blick zurück muss also mehr als die letzten zehn Jahre berücksichtigen und sich auch solchen Fragen widmen: Was hat es mit der Fusion auf sich? Wie kam es dazu? Was ist passiert? Welche strittigen Punkte gab es bzw. welche besonderen Herausforderungen waren zu bewältigen? Und nicht zuletzt: Wie hat die Fusion zur Neuausrichtung als *Leuphana* und dem heutigen Gesicht der Universität beigetragen?

Nach einem Überblick über den Ablauf der Fusion, lassen wir Zeitzeug*innen in Interviews zu Wort kommen, um uns diesen Fragen zu nähern.

Wie kam es zur Fusion?

Ausgangspunkt für die Fusion der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit der Universität Lüneburg war das ›Hochschuloptimierungskonzept‹. Dieses Konzept wurde vom Wissenschaftsministerium unter Lutz Stratmann (CDU) für den niedersächsischen Hochschulraum entwickelt und vom Landtag im Herbst 2003 beschlossen. Ziel des Konzeptes war es, »trotz extrem schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen die Hochschulen für den zunehmend internationalen Wettbewerb zu stärken«¹. Lüneburg war von den Sparmaßnahmen, die mit dem Optimierungskonzept einhergingen mit am meisten betroffen. Das Konzept war aber zumindest in der Kommunikation nach außen kein reines Sparprogramm, sondern eben auch ein Gesamtkonzept für Hochschulentwicklung in Niedersachsen, das sich den damalig aktuellen Herausforderungen im Hochschulwesen stellen wollte. So sah es unter anderem vor, aus der Universität Lüneburg eine ›Modelluniversität für den Bologna-Prozess‹ zu machen.

Die Fusion der Universität Lüneburg mit der Fachhochschule war, neben anderen Maßnahmen, die bedeutendste Weichenstellung auf dem Weg zur ›Modelluniversität‹. Der niedersächsische Landtag ebnete den Weg für diese Weichenstellung, als er 2004 einstimmig das Gesetz zur Fusion der beiden Hochschulen beschloss. Bei diesem großen Schritt wurde bildungspolitisches Neuland in der Bundesrepublik betreten: Bis dahin hatte es keine Fusion einer Fachhochschule mit einer Universität in Deutschland gegeben.

Was ist bei der Fusion passiert?

Der Wissenschaftsminister teilte den Präsident*innen von Universität und Fachhochschule in einem Dienstgespräch den Plan zur Fusion mit. Auf deren Forderung hin erklärte er später auch öffentlich in der Industrie- und Handelskammer in Lüneburg die Hintergründe der Entscheidung.

Die Vorbereitung der Fusion in Lüneburg begann 2003. Es wurde ein Präsidienausschuss aus den Spitzen von Fachhochschule und Universität eingerichtet. Dieser leitete den Fusionsprozess. Zusätzlich wurden verschiedene Umsetzungsteams gebildet, die sich mit folgenden Themen beschäftigten:

- Information und Kommunikation
- Konzeption neuer Studiengänge
- Rahmenbedingungen der Organisation
- wissenschaftliches Personal
- Finanzierung (intern und extern)
- Verwaltungszusammenführung
- neues Profil der Universität
- Organisation der Forschung

Zusätzlich wurden eigene Umsetzungsteams für Anliegen der Gleichstellung, der Personalräte und der Studierenden gebildet. Die Hochschulleitungen der beiden Hochschulen und das Wissenschaftsministerium beauftragten gemeinsam das ›Centrum für Hochschulentwicklung‹ mit der Moderation der Fusion. Dieser Think Tank wurde 1994 auf Initiative des Gründers der Bertelsmann-Stiftung und des damaligen Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz gegründet und versteht es als seine Aufgabe sich für ein leistungsstarkes und faires Hochschulwesen einzusetzen.

Der Zusammenschluss der Hochschulen wurde per Gesetz zum 1. Januar 2005 wirksam. In diesem Jahr übernahm ein Übergangspräsidium die Leitung, ein Übergangssenat wurde gewählt. Der Stiftungsrat wurde von sieben auf dreizehn Mitglieder ausgeweitet – die früheren Mitglieder des FH-Hochschulrates wurden Mitglieder des Stiftungsrates.

An der Fusion waren die Standorte Lüneburg und Suderburg der Fachhochschule Nordostniedersachsen, sowie die Universität Lüneburg beteiligt. Abgesehen von den beiden genannten Standorten hatte die FH noch einen Standort in Buxtehude. Nach Protesten gegen die geplante Schließung dieses Standortes wurde dort eine private Hochschule, die das Studienangebot fortführte, neugegründet.

Welche Veränderungen brachte die Fusion mit sich?

Die Universität Lüneburg war vor der Fusion eine Campus-Universität, die ihren Sitz auf dem heutigen Hauptcampus in der ehemaligen Scharnhorstkaserne hatte. Durch die Fusion hatte die neue Universität Lüneburg dann vier Standorte: Volgershall, Rotes Feld, Scharnhorststraße und Suderburg. Abgesehen von dieser scheinbaren Dezentralisierung durch mehr räumliche Standorte brachte die Fusion natürlich in vielen Punkten eine Zentralisierung und Bündelung von Aktivitäten mit sich. Ein wichtiger Schritt war die Zusammenlegung von zentralen Einrichtungen, die im Vorfeld getrennt an beiden Institutionen existiert hatten: Bibliotheken, Immatrikulationsämter,

Rechenzentren und auch die Frauenbüros wurden zusammengelegt. Die zentrale Verwaltung war wie heute in Gebäude 10 auf dem Campus Scharnhorststraße zu finden. Der Ausbau des dortigen Dachgeschosses schaffte mehr Platz für die Verwaltung der neuen Universität. Auch die Schaffung des Studierendenservice in Gebäude 8 fällt in die Zeit der Fusion.

Neben der sich die räumlichen Umstrukturierung der Universität gestaltete die Versetzung von Professor*innen im Rahmen der Neustrukturierung der Universität als besondere Herausforderung. Einige wechselten von Suderburg oder Buxtehude nach Lüneburg, einige verließen aber auch die Universität.

Zur Präsentation der neuen Universität brauchte es auch ein neues Logo. Hier waren die großen Veränderungen jedoch nur eher dezent erkennbar: lediglich ein Element des ehemaligen Uni-Logos wurde in der Farbe des Schriftzugs der ehemaligen Fachhochschule umgestaltet.

Insgesamt hatte die ehemalige Fachhochschule sieben Fachbereiche, die ehemalige Universität vier:

Fachbereiche der Universität Lüneburg	Fachbereiche der FH Nordostniedersachsen
Erziehungswissenschaften	Architektur, Bauingenieurwesen, Immobilienwirtschaft
Wirtschaft- und Sozialwissenschaften	Automatisierungstechnik
Kulturwissenschaften	Bauingenieurwesen (Wasserwirtschaft, Umwelttechnik)
Umweltwissenschaften	Sozialwesen
	Wirtschaft
	Wirtschaftsrecht
	Wirtschaftspsychologie

Abbildung 1: Fachbereiche der Hochschulen in Lüneburg 2004, Quelle: Hener 2004: 14

Nach der Fusion wurden zunächst einfach die jeweiligen Fachbereiche in der neuen Universität weitergeführt. Diese hatte dadurch Mitte 2005 zehn Fachbereiche. ›Architektur, Bauingenieurswesen, Immobilienwirtschaft‹ war in Buxtehude beheimatet und dementsprechend an der ›Modelluniversität‹ nicht mehr zu finden.

Im Zuge der Fusion waren insgesamt eine Neustrukturierung und eine Reduzierung der Fachbereiche angestrebt. Wie in der Übersicht der Fachbereiche erkennbar wird, bestanden bereits gewisse Über-

schneidungen zwischen den Fachbereichen der beiden Vorgängerinstitutionen der Modelluniversität. Der Stiftungsrat verhandelte über eine zukünftige Binnengliederung, die drei bis fünf Fakultäten umfassen sollte. Diese Bandbreite sollte von den Hochschulgremien weiter diskutiert werden. Im Oktober 2005 beschloss das Präsidium nach Abstimmung mit der Dekane-Konferenz die Einrichtung von drei Fakultäten:

1. Bildung und Kultur
2. Wirtschaft und Gesellschaft
3. Umwelt, Technik und Informatik

Die Studiengänge der Universität und der Fachhochschule wurden nach der Fusion zunächst an der Universität weitergeführt. Spätestens zum Wintersemester 2006/07 sollten die Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengänge geschlossen werden. Student*innen, die in alten Studiengängen eingeschrieben waren, hatten bis zum Sommersemester 2011 die Möglichkeit, ihr Studium abzuschließen. Im Zuge der Fusion sollten auch eine ganze Reihe von neuen Studiengängen entwickelt werden. Schließlich galt es ›Modelluniversität‹ zu werden.

Bei der Konzeption der neuen Studiengänge für die ›Modelluniversität‹ wurden einige Ansprüche formuliert, die wir heute noch im *Leuphana*-Studienmodell erkennen können, die sich aber auch aus der besonderen Vermischung von Fachhochschule und Universität ergaben. Interdisziplinarität sowie der Einbezug von internationalen und Gender-Aspekten spielten schon damals eine Rolle. Dieser Weg wurde mit dem *Leuphana*-Modell weiter beschritten. Zugleich sollten Praxisanteile eine wichtige Rolle spielen und der Aspekt ›Berufsorientierung‹ klar in den Programmen erkennbar sein. Hier lässt sich die Handschrift der Institution Fachhochschule mit ihrer anwendungsbezogenen Schwerpunktsetzung in der Lehre erkennen.

Wie ging es weiter? Welche Auswirkungen hatte die Fusion auf die Universität, die wir heute kennen?

Zum Wintersemester 2005/2006 wurden 16 neue Studiengänge angeboten. Die Umstellung auf das Bachelor/Master-System wurde zügig vorangetrieben. Ein neues Präsidium unter der Führung Sascha Spouns löste das Übergangspräsidium unter der Führung Hartwig Donners und Christa Cremer-Renz' ab. Zwei Jahre nach der Einführung der neuen Studiengänge 2005/2006 wurden zum Wintersemester 2007/2008 die *Leuphana*-Bachelor-Studiengänge eingeführt.

Der Campus Suderburg ging 2009 an die Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften über. Einige Aspekte, die durch die Fusion an die Universität gebracht wurden, wie beispielsweise eine stärkere naturwissenschaftliche Ausrichtung der Umweltwissenschaften oder die technischen Studiengänge, wären an der alten Universität Lüneburg nicht denkbar gewesen. Einige Studiengänge, die an der alten Fachhochschule sehr erfolgreich waren, wie beispielsweise Sozialpädagogik oder Wirtschaftspsychologie, haben die Fusion und die anschließende Neuausrichtung zumindest nicht in dieser Form überlebt. Die Fakultäten unserer heutigen Universität gleichen zumindest in ihren Bezeichnungen den Fakultäten der ehemaligen Universität Lüneburg.

Ein heute sehr markantes Merkmal unserer Hochschule, das zumindest teilweise auf die Fusion zurückzuführen ist, mag die vielfach hochgehaltene Interdisziplinarität an der *Leuphana* sein. Insgesamt gab die Fusion Raum, aber auch Bedarf, für sehr weitreichende Reformen. In diesem Rahmen war auch die Neuausrichtung als *Leuphana* möglich, wenngleich sie sicher nicht der einzig denkbare Weg nach der Fusion war.

- **Linda Macfalda** (24) studiert den Bachelorstudiengang Environmental and Sustainability Studies mit Raumwissenschaften im Nebenfach und engagiert sich seit Mitte 2017 als Sprecherin im AStA. In dieser Rolle war sie auch an der Erstellung dieser Schrift beteiligt.

Endnoten

ⁱ Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur 2003

Quellen

Buhse, Malte (2014): Wachst zusammen!. Unter: <http://www.zeit.de/2014/42/hochschule-uni-fusion-fachhochschule> (Stand: 12.01.2018)

Hener, Yorck (2004): Fusionsprozess Neue Universität Lüneburg - Zwischenbilanz. Vortrag auf der 24. Sommerschule Sylt. Unter: http://www.che.de/cms/?getObject=260&strAction=show&PK_Projekt=222&getLang=de (Stand: 12.01.2018)

Fachhochschule Nordostniedersachsen (2005): Studiengänge. Unter: <https://web.archive.org/web/20041222193005/http://www.fhnnon.de:80/studieren/index.html> (Stand: 12.01.2018)

Niedersächsischer Landtag Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (2004): Entwurf eines Gesetzes zur Fusion der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen. Unter: <http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/18106.html> (Stand: 12.01.2018)

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (2005):

Wissenschaftsminister Stratmann an der neuen Universität Lüneburg. Unter: <https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/18140.html> (Stand 12.01.2018)

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (2003): Hochschuloptimierungskonzept (HOK). Unter: <http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/17917.html> (Stand: 12.01.2018)

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (2004): Niedersächsischer Landtag beschließt einstimmig Fusion von Universität und Fachhochschule Lüneburg. Unter: <https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/18106.html> (Stand: 12.01.2018)

Präsidentin und Präsident der Universität Lüneburg (Hg.) (2005): LUCAS Lüneburger Campus Seiten, Heft 37

Präsidentin und Präsident der Universität Lüneburg (Hg.) (2005): LUCAS Lüneburger Campus Seiten, Heft 38

Prof. Dr. Christa Cremer-Renz war während der Fusionsphase Übergangspräsidentin. Davor hatte sie den Posten der Präsidentin der Fachhochschule Nordostniedersachsen inne. Seit 2007 lehrte sie als Professorin an der Universität Lüneburg und war als Beauftragte des Präsidiums, unter anderem für Hochschuldidaktik, tätig. Seitdem sie 2010 in den Ruhestand eingetreten ist, ist sie noch als Lehrbeauftragte im College der Leuphana beschäftigt. Im Interview erzählt sie, wie sie von der Fusion erfahren und wie sie sie wahrgenommen hat, aber auch, welche Folgen das Vorhaben hatte.

In welcher Rolle haben Sie die Fusion erlebt?

Von 1996 – einschließlich bis Ende 2004 – war ich Präsidentin der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit den Hochschulstandorten Buxtehude, Lüneburg und Suderburg. Ab 2005 nahm ich gemeinsam mit Herrn Prof. Donner, der vorher Präsident der Universität Lüneburg war, den Posten der Übergangspräsidentschaft ein. Seit 2006 war ich dann auch als Professorin an der Universität Lüneburg tätig. Mit dem einstimmigen Beschluss im Niedersächsischen Landtag wurde die Fusion beider Hochschulen beschlossen und den beiden Hochschulleitungen der Auftrag erteilt, die beiden Hochschulen zusammenzuführen. Dies geschah auf Basis eines Fusionsgesetzes, welches von Juristen beider Hochschulen und den Juristen im MWK in enger Abstimmungsberatung mit Herrn Prof. Donner und mir beschlossen wurde.

Wann und wie haben Sie von der Fusion erfahren?

Nach den Landtagswahlen im Jahre 2003 in Niedersachsen wechselte die Regierungsverantwortung von einer SPD-geführten Regierung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Gabriel und dem Wissenschaftsminister Oppermann zu einer CDU-geführten Regierung mit Ministerpräsident Wulff und Wissenschaftsminister Lutz Stratmann. Dass die CDU-geführte Regierung eine Fusion beider Hochschulen am Standort Lüneburg plant, haben Herr Donner und ich in einem Dienstgespräch mit dem Minister Stratmann und dem damaligen Staatssekretär Herrn Dr. Lange, zu dem wir im Herbst 2003 eingeladen wurden, erfahren.

Was hat aus Ihrer Sicht zu der Entscheidung geführt? War es eine absehbare Entscheidung?

Die Entscheidung für eine Fusion beider Hochschulen war aus mehreren Gründen nicht absehbar.

1. Noch in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2003 hatten beide Hochschulen mit der SPD-geführten Landesregierung und in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsminister Oppermann ihre Hochschulentwicklungspläne und die Zielvereinbarungen abgeschlossen. Damit schienen die Entwicklungsoptionen für die Hochschulen vereinbart, fixiert und für die Zukunft eindeutig geregelt. Alle Gremien beider Hochschulen haben auf Verlässlichkeit mit der Politik gesetzt! Es war nicht damit zu rechnen, dass bei einem Regierungswechsel bereits ein halbes Jahr später die Verträge gekündigt und die Vereinbarungen damit aufgehoben wurden!
2. Mit dem Hinweis auf die völlige Verschuldung des Landes Niedersachsen und der Entwicklung eines sogenannten ›Hochschuloptimierungskonzepts‹ der neuen Landesregierung, dass sie am 21. Oktober 2003 beschlossen hat, wurde festgelegt, dass beide Hochschulen aufgrund der hohen Einsparpflichten ›fusionieren müssen‹, um den Hochschulstandort Lüneburg langfristig zu erhalten. Gründe und Zielsetzung erläutert der Wissenschaftsminister Lutz Stratmann in einem eigenen Beitrag (vgl. Battke, Cremer-Renz, S.58 ff.).¹
3. Obwohl es bereits in den 80er Jahren eine Arbeitsgruppe zur Gründung einer Gesamthochschule am Standort Lüneburg gegeben hat, deren Aufbau und Gründung jedoch von einer CDU-geführten Regierung verworfen wurde, und die Entscheidung für zwei Hochschulen unterschiedlichen Typs gefallen war, konnte nicht damit gerechnet werden, dass es im Jahre 2003 ein neues ›hochschulpolitisches Experiment‹ am gleichen Standort geben sollte.
4. Beschäftigte man sich intensiver mit den hochschulpolitischen Konzepten und Programmen der beiden großen bürgerlichen Parteien wie CDU und SPD in Deutschland, dann war nicht damit zu rechnen, dass Fusionen von Fachhochschulen und Universitäten konzeptionell von CDU-Vertretern als Modellversion in die Öffentlichkeit getragen werden. Denn solche Modellvorstellungen wurden historisch gesehen – seit der Weimarer Republik – ausschließlich seitens der SPD in realpolitische Strukturen umgesetzt. Deshalb war man auch von Vertretern der CDU sehr bemüht zu betonen, dass das ›Lüneburger Modell‹, auf keinen Fall eine Gesamthochschule sein soll. (Vergleicht man das Modell mit den Gesamthochschulen in NRW, soweit es sie noch gibt oder gegeben hat, trifft das vom Leitbild, dem impliziten Selbstverständnis, der Personalstruktur und auch den organisatorisch-strukturellen Bedingungen auch zu.)

Wie wurde das Vorhaben in der Universität aufgenommen? Wie haben sich Gremien und Vertretungen dazu verhalten?

Mit den öffentlichen Bekanntmachungen durch die Landesregierung in den Medien und der Verkündung der Fusionsabsichten in Lüneburg durch den Wissenschaftsminister Stratmann begann in beiden Hochschulen eine intensive und inhaltlich kontroverse Diskussion in allen Fachbereichsräten, in den Senaten und in der Personalvertretung beider Hochschulen. Der bildungspolitische Auftrag bestand darin, im Kontext der ›Bologna-Reform‹ eine Modellhochschule mit neu zu profilierenden Studiengängen entlang der BA/MA-Struktur gemeinsam zu entwickeln. Erschwert wurde diese Aufgabenstellung durch die angekündigten und erwartbaren finanziellen Einsparungen durch die Landesregierung. Diese Situation stellte alle Selbstverwaltungsgremien, die jeweilig verantwortlichen Dekane/Dekaninnen, die Professorenschaft, die Studierenden und ihre Gremien sowie die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen aus Technik und Verwaltung, den Studierendenservice, die Bibliotheken und Rechenzentren, Forschungsinstitute und Personalräte vor eine ihrer größten Aufgaben, die am Standort Lüneburg zu realisieren waren.

Welche Arbeit war zur Realisierung der Fusion nötig?

Der Fusionsprozess erfolgte auf der Basis von Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit aller Beteiligten, ohne die jeweiligen kulturellen Unterschiede und Differenzen außer Acht zu lassen. Alle Gremien, Hochschuleinrichtungen, die jeweils doppelt an beiden Einrichtungen vorhanden waren, sollten zusammengelegt werden. Im Jahre 2004 gab es eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, die jeweils Zielvorgaben und Konzepte für ihren Veränderungsprozess erarbeiteten. Diese Teams wurden arbeitsteilig begleitet von Mitgliedern aus dem fusionierten Präsidium. Je nach Fusionsphase, Pre-Merger oder Merger-Phase, hatte ich unterschiedliche Aufgaben. Beispielsweise übernahm ich abwechselnd mit dem Präsidenten der alten Universität (Donner) den Vorsitz im Senat, war verantwortlich für die Zusammenlegung der Bibliotheken, der Gleichstellungsbüros, der Studienberatung, arbeitete mit bei Fragen der Neuorganisation des Hochschulzugangs. Zusätzlich hatte ich den Auftrag, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen der FH- Außenstandorte von Buxtehude und Suderburg zu beraten und sie hinsichtlich eines Versetzungswunsches nach Lüneburg zur Universität oder auch an einen anderen Hochschulstandort in Niedersachsen zu unterstützen. MitarbeiterInnen und ProfessorInnen wurden auf Antrag von beiden Standorten zur Universität Lüneburg versetzt. Der Standort Buxtehude ist heute die Hochschule 21, der Standort Suderburg gehörte eine Zeit lang zur Universität Lüneburg

und wurde dann ein Standort der Ostfalia Hochschule.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Professor*innen der ehemaligen Fachhochschule erlebt?

Seit der Bekanntgabe der Fusionsentscheidung durch den Landtag und die Landesregierung war die Zusammenarbeit im Präsidium, im Senat der Fachhochschule und auch später in der Universität von Konstruktivität und engagierter Unterstützung geprägt. Es gab einen Grundkonsens darüber, dass wir gemeinsam diese Herausforderung annehmen und den Veränderungsprozess mitgestalten wollen. Trotz Bedenken und nach langer Debatte und reflektierter Einschätzung der Lage hat der Senat der Fachhochschule der Fusion mit der Universität Lüneburg mehrheitlich zugestimmt.

Welche Probleme sind aufgetreten?

Die sogenannten Probleme würde ich als besondere Herausforderungen benennen. Sie ergeben sich aus den zu überwindenden binären Systemstrukturen der deutschen Hochschullandschaft und der damit verbundenen hochschulpolitischen Forderung auf größere Autonomie der Hochschulen. Das sehr komplexe Aufgabenfeld, welches zu bearbeiten war, bedeutete, bei laufendem Hochschulbetrieb die Fortführung aller Lehr- und Forschungsvorhaben beider Vorgängereinrichtungen zu gewährleisten – bei gleichzeitigem Umbau/Aufbau und der Entwicklung einer Bolognaorientierten Universität neuen Typs. Kurz: Eine Mammutaufgabe für die Beschäftigten, die Professorinnen und Studierenden beider Hochschulen!

Hierzu gehörten unter anderem folgende Kernbereiche, die zu lösen waren:

- Aufbau einer modernen Hochschulverwaltung, eines Studierendenservice und einer neuen zentralen Prüfungsverwaltung,
- Neuregelung des Hochschulzugangs und studiengangsspezifischer Zulassungsmöglichkeiten,
- Ausbau des Handlungsfeldes Forschung und Transfer zu einem erkennbaren Profilierungsfeld der neuen Universität,
- Entwicklung eines neuen Profils im Bereich der Studienangebote und eine klare Positionierung im Bereich Praxis/Transfer,
- Aufbau einer gemeinsamen Bibliothek, Verstärkung des Wissens- und Informationsmanagements und des Studierendenservices im Bibliotheks- und Medienbereich,
- neue Fakultätsstruktur und disziplinäre/interdisziplinäre Zuordnung von Fachbereichen, spezifisch-individuelle Neuordnung von Professuren, Umwidmung vorhandener Denominationen, Gestaltung von Überleitungsverfahren für die Professorenschaft

- der Fachhochschule,
- Neuorganisation der Lehrbelastungen in der Gruppe der Professorenschaft, Flexibilisierung im Kontext von Forschungsengagement etc.
 - Gender und Diversity, Nachhaltigkeit und Internationalität als besonderes Profilierungsfeld der neuen Universität,
 - Aufbau eines neuen flächendeckenden Angebots von Bachelor- und Masterstudiengängen, das die herkömmlichen Studienabschlüsse ersetzt und die internationale Ausrichtung der Universität unterstreicht,
 - Aufbau eines funktionierenden Systems kontinuierlicher Lehr- und Lernevaluation und die Schaffung einer Möglichkeit für den Lehrkörper, sich im Kontext von innovativer didaktisch-methodischer Fortbildung kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Welche Konflikte gab es? Sind sie heute noch zu spüren?

Besondere Konflikte gab es an den Außenstandorten der Fachhochschule in Buxtehude und Suderburg. Die Landesregierung hatte hier Schließungsabsichten aufgrund des Auslastungsvolumens im Verhältnis zur Kostenstruktur bekanntgegeben. Da beide Standorte aus der Tradition der kaiserlichen Bauschulen eine Geschichte von weit über 100 Jahren aufwiesen und sie tief in die lokal-regionalen Strukturen bis heute eingebunden sind, war der Widerstand gegen die Schließungsabsichten intensiv und vehement. Im Zuge des damaligen Wahlkampfes hat Ministerpräsident Wulff persönlich vor Ort neue Lösungsoptionen mit den regionalen Vertretern verhandelt und Bestandsgarantien formuliert. An diesen Verhandlungen war ich nicht beteiligt.

Beide Vorgängereinrichtungen haben eine zu unterscheidende Entwicklung in der Region Nordostniedersachsen in ihrer Geschichte erlebt. Die Gründungshintergründe prägten die jeweiligen Hochschul- und Fachkulturen und damit Leitbilder von Lehre, Forschung und Transfer. Wertvorstellungen, das eigene Selbstbild bei den Beschäftigten und der ProfessorInnenschaft entwickelten sich über Jahrzehnte. In den Arbeitsgruppen entwickelten sich nicht nur kontroverse Debatten oder auch Konflikte über den richtigen Weg, die Interpretation von Zielen oder Vorgehensstrategien. Diese mussten gelöst und überwunden werden. Der gemeinsame Arbeitsprozess führte jedoch auch eine neue Form des Kennenlernens, der Akzeptanz und gegenseitigen Wertschätzung jenseits von Konkurrenz oder Geringschätzung. Mit der Klärung und dem Aufbau neuer Strukturen, der Einstellung neuer MitarbeiterInnen und neuer ProfessorInnen stellen sich neue Aufgaben und neue Ziele. In der Folge reduzieren sich alte Konfliktfelder.

Was heute noch zu spüren ist, muss jede/jeder Hochschulangehörige für sich selbst erspüren, darüber möchte ich nicht spekulieren.

Wie wurde aufkommenden Problemen oder Konflikten begegnet?

In der Fusionsphase wurden die Arbeitspakete in den jeweiligen Aufgabenfeldern definiert und in Arbeitsgruppen arbeitsteilig bearbeitet. Zur Unterstützung der Arbeit und der Arbeitsgruppen wurde auf die Moderation der Arbeitsprozesse durch das Centrum für Hochschulentwicklung in der Zeit von 2003-2005 zurückgegriffen. Diese Unterstützung von außen war für viele Gruppen hilfreich und produktiv. Die externe Beratung verhalf zur Konfliktregulierung und Optimierung kooperativer Arbeitsprozesse. Parallel wurde sowohl ein Beratungsangebot für alle Beschäftigten und ProfessorInnen angeboten; ergänzend hierzu eine Ringvorlesung zum Thema der Fusion und den innovativen Aspekten und Standpunkten mit anschließender Diskussion durchgeführt.ⁱⁱ

Gab es Gewinner und Verlierer bei der Fusion?

Alle, die mit dem Start der Fusion erwarteten, dass beide Vorgängereinrichtungen im neuen System generell bestehen bleiben, empfinden sich oft als Verlierer der Fusion. Diejenigen aber, die sich mit den Zielen einer universitären Neugründung identifizierten und diesen Prozess mit ihrem vollen Einsatz unterstützten, sehen sich heute – bei dem exzellenten Stand der Leuphana Universität in der Hochschullandschaft und ihrer nationalen und internationalen Anerkennung – als Gewinner. Es kommt hierbei nicht nur auf die jeweilige Perspektive an, sondern auch, wie man sich selbst in diesen Veränderungsprozess mit sehr komplexer Struktur eingebracht hat.

Welche Vorteile hat die Fusion gebracht?

Die Vorteile der Fusion liegen auf verschiedenen Ebenen: Die Zielsetzungen aus den Anfängerjahren wurden erreicht. Der Hochschulstandort in Lüneburg ist – soweit die auskömmliche Finanzierung langfristig mit dem Land vereinbar ist – gesichert. Die Leuphana Universität als Neugründung hat in der Bundesrepublik ein beispielgebendes und einmaliges Profil – in Lehre, Forschung und Transfer – entwickelt. Sie ist ein Arbeits-, Studien- und Forschungsort, der strukturell und organisatorisch sehr gut aufgestellt ist. Die Leistungsstärke wird in vielen Bereichen sichtbar und öffentlich anerkannt. Die Innovationen in Lehre und Weiterbildung, Hochschulzugang, Qualifizierung der NachwuchswissenschaftlerInnen, die Profilbildung und die Struktur der Leuphana Universität insgesamt sind beispielgebend.

Welche Auswirkungen hatte die Fusion auf Lehre und Forschung?

Alle Studienangebote der Fachhochschule und der alten Universität Lüneburg wurden auf der Basis des Fusionsgesetzes inhaltlich neu ausgerichtet und im Kontext der Bologna-Vorgaben erfolgreich akkreditiert. Auf der Basis eines Gutachtens der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsens wurden Empfehlungen für Studiengangschließungen und/oder Verlagerung auf andere Hochschulen vorgenommen. Der Forschungsbereich wurde völlig neu konzipiert, mit Personal aufgestockt und als Serviceeinrichtung für das wissenschaftliche Personal profiliert.

Mit dem Aufbau des College, der Professional School, den neuen Fakultäten, den zukunftsweisenden Studienprogrammen, einer serviceorientierten Hochschulverwaltung und einem neu aufgebauten Bibliotheks- und Medienbereich hat die Hochschule einen grundlegenden Wandel vollzogen, der in Deutschland nach wie vor einmalig ist.

Welche Rolle spielte das neue Präsidium bei der Bewältigung der Fusion?

Die Rollen des Übergangspräsidiums von 2004-2006 und die des neuen Präsidiums von 2006 bis einschließlich heute sind eindeutig und klar zu unterscheiden. Das Übergangspräsidium hatte im Rahmen des Fusionsgesetzes die Funktion, beide Einrichtungen in der Übergangsphase arbeitsfähig zu halten und die vorbereitenden Arbeiten zur Zusammenlegung der einzelnen Abteilungen, Fachbereiche und Institutionen beider Hochschulen zu initiieren. Die neue Hochschulleitung steht für die konzeptionelle Neuausrichtung entsprechend der Zielvorgaben der Landesregierung und für die Umsetzung in neue Strukturen und Profilbildung.

Inwieweit war die Fusion Ausgangspunkt für die Neuausrichtung der Universität als *Leuphana*?

Ohne die Fusion hätten beide Hochschulen im Rahmen der Einsparpolitik am Standort Lüneburg keine Zukunft gehabt. Die jeweiligen Budgets der Hochschulen waren zu klein, um ihre Ausstattung und ihren Personalbestand im Verhältnis zu den wachsenden Aufgaben in der Zukunft weiter zu entwickeln. Ohne den politischen Willen der Landesregierung, beide Hochschuleinrichtungen nebeneinander weiterhin finanziell zu fördern und zu unterstützen, blieb als einzige Lösung die Fusion, da eine Schließung nur einer Einrichtung den regionalen Widerstand noch stärker befördert hätte als die Nachricht der Fusionsabsicht. Die Fusion war die Voraussetzung dafür, dass

eine Neuausrichtung eines universitären Standortes mit vorhandenen Ressourcen möglich wurde.

Zum Gesetzgebungsverfahren und zum Fusionsgesetz wird folgende Lektüre empfohlen: Chantelau, Frank (2015), Der verfassungsrechtliche Rahmen für Fusionen von Universitäten und Fachhochschulen, Baden-Baden, Nomos Verlag

Das Interview wurde schriftlich geführt und redaktionell von Natalia Sophie Leipholt überarbeitet.

Endnoten

ⁱ Battke, Kathleen, Cremer- Renz (Hg.)(2011): Hochschulfusionen in Deutschland: Gemeinsam stark?! Bielefeld, Universitätsverlag Webler

ⁱⁱ Cremer- Renz, Christa, Donner, Hartwig (Hg)(2005): Die

innovative Hochschule, Aspekte und Standpunkte, Beiträge zu einer Vortragsreihe anlässlich der Fusion von Fachhochschule Nordostniedersachsen und Universität Lüneburg, Bielefeld, Universitätsverlag Webler

Peter Pez ist außerplanmäßiger Professor in der Fakultät Kulturwissenschaften der Universität Lüneburg und als Geograph im Institut für Stadt- und Kulturräumforschung tätig. Im Interview berichtet Pez aus der Perspektive seiner damaligen Position als Studiendekan des Alt-Fachbereiches Kulturwissenschaften, in der er auch an der Umsetzung der Fusion mitwirkte.

Können Sie sich noch an den Moment erinnern, als sie von der Idee der Fusion erfahren haben?

Ja, ich kann mich noch gut daran erinnern. In einer Zeitungsmeldung, in der es um ein Gespräch ging, das der damalige Minister für Wissenschaft und Kultur mit den Leitungen von FH und Universität geführt hatte, las ich die Meldung, dass aus diesem Gespräch politisch initiiert eine Fusion folgen sollte. Hintergrund dabei war auch, dass – zumindest gerüchteweise – die Universität, oder beide Hochschulen eigentlich, einer stärkeren Aufstellung zugeführt werden sollten. Das war eine Zeit, in der damals, zumindest für den Wirtschaftsbereich der Universität, auch gewisse Defizite registriert worden sind. Es gab eine Evaluation, in der eben der Bereich der Ökonomie gar nicht gut abschnitt und die Ökonomie hat natürlich hinsichtlich der Lehrenden- und Studierendenzahlen ein großes Gewicht an der Alt-Universität gehabt. Und es ging sogar so weit, dass Schließungsgerüchte umgingen. Da muss man sicherlich konstatieren, Schließungsgerüchte hat die Hochschule hier in Lüneburg immer erlebt; immer schien so eine Art Damoklesschwert über unseren Köpfen zu schweben, Jahre später wurde aber genau dieser Umstand vehement negiert. Es hätte niemals eine Schließungsabsicht für die Universität Lüneburg gegeben. Aber im Nachhinein ist schwierig zu beurteilen, was dran gewesen ist oder eben nicht.

Könnte der Fakt der Defizite in den ökonomischen Disziplinen ein Grund für die Fusion gewesen sein?

Ich sehe da eher andere Gründe. Ich glaube, dass man von der hochschulpolitischen Sicht her hier im Lande Niedersachsen generell nicht sehr erpicht davon war und vielleicht auch immer noch ist, dass relativ viele Hochschulen in diesem Bundesland etabliert sind. In Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Hannover, Göttingen, Hildesheim, Vechta. Das ist eine relativ vielgestaltige Hochschullandschaft, in der es aber auch durchaus Überschneidungen gibt. Im Zuge der Finanzeinsparung – ich glaube eher dieses Argument ist da entscheidend gewesen – schaute man einfach nach Optionen, um Studienprogramme zu straffen, parallele Studienprogramme zueinanderzuführen, zu integrieren, um damit letztendlich Kosten zu sparen. Und wenn ich

eben von Hochschulstandorten sprach, dann hab ich natürlich die Universitätsstandorte genannt; aber es gab und es gibt nach wie vor eben auch FH-Standorte. Überschneidungen bleiben also nicht aus. Sowohl Universität als auch FH hatten BWL und Sozialpädagogik im Angebot. Auf landespolitischer Ebene taucht dann die Frage auf, ob man hier denn eigentlich zweigleisig fahren muss? Ist das wirklich nötig? Die Antwort schien ›nein‹ zu heißen.

Wie wurde, aus ihrer Perspektive, die Idee in der Universität, vielleicht im Gegensatz zur Wahrnehmung der Fachhochschulseite, aufgenommen?

Ich glaube, dass bei beiden Seiten zunächst in hohem Maße Skepsis überwog; und zwar dahingehend, dass es sich um unterschiedliche Hochschulkulturen handelte, die man nicht ohne Friktionen und nicht ohne Hindernisse oder Widerstände zueinander führen konnte. Es klingt jetzt vielleicht ein bisschen nach Dünkel, aber es hat auch einen konkreten Hintergrund, wenn ich sage, dass Universitätsausbildung und universitäre Lehre sehr darauf erpicht ist, Wissenschaftler*innen auszubilden, die mit dem Stoff frei denken, sich neue Forschungsfragen überlegen, letztendlich den wissenschaftlichen Fortschritt vorantreiben. Und mit gewissen zweischneidigen Blicken wurde das gesehen, was auf der Fachhochschulebene abließ; dort ging es zumindest aus universitärer Sicht weniger um Forschung, sondern vor allem um Lehre, was sich etwa auch darin manifestiert, dass FH-Dozent*innen eine Lehrverpflichtung von zunächst mal 18 SWS hatten; im Vergleich dazu bei den Universitätsprofessor*innen nur 8 SWS. Das hat sich alles inzwischen ein bisschen geändert, aber die Bedeutung der Lehre, die Bedeutung der Weitergabe etablierten Wissens wird auf der FH-Ebene deutlich. Und das war im Übrigen auch der Ursprung der Fachhochschulentwicklung, das kommt also nicht von ungefähr. Es gibt hier also unterschiedliche traditionelle Richtungen und von daher haben Universitätsprofessor*innen hier immer eine Distanz zu den FH-Kolleg*innen gesehen, auch dahingehend, dass deren Wirkungsgrad, auch deren Ausbildung und letztendlich Besoldung, immer einen Schritt hinter dem, was an der Universität üblich war, zurückblieb. Von daher glaubte man eben, die beiden nicht so einfach zueinander führen zu können. Ich will auch die andere Perspektive nicht unberücksichtigt lassen: Ich glaube, dass auch die FH-Kolleg*innen in dieser Hinsicht gewisse Schwierigkeiten hatten, in diese Fusion einzumünden. Sie sind dahingehend unter einen Anpassungsdruck geraten, dass es plötzlich um den Aspekt der Überleitung ging, der Überleitung in eine Universitätsprofessur, das ist erst einmal etwas sehr Positives, denn es gibt sowohl vom Status

als auch von der Besoldung her einen Unterschied. Mit der Überleitung in eine Universitätsprofessur wäre etwa unmittelbar verbunden, dass die Lehrverpflichtung gesenkt wird, eben auf das Maß einer Universitätsprofessur. Von daher ist das also etwas sehr Positives; aber Anpassungsdruck bedeutet, dass dann im Zuge der Treffen der Umsetzungsteams auch ein Weg eruiert wurde, wie wissenschaftliche Leistungen auf universitärem Niveau auch zunächst einmal nachzuweisen gewesen sind. Es hat insofern also keinen Automatismus in der Überleitung gegeben. Das erzeugt einen gewissen Druck, der auch als unangenehm wahrgenommen worden ist.

In welcher Rolle haben Sie die Fusion erlebt?

Als Studiendekan des Alt-Fachbereiches Kulturwissenschaften arbeitete ich an der Umsetzung mit: Wir hatten 6 oder 7 Umsetzungsteams – UT abgekürzt. Ich gehörte zum, und hier bin ich fast geneigt zu sagen, wichtigsten Umsetzungsteam, zum UT 2. Hier ging es darum, die Studienorganisation im Zuge der Fusion neu zu gestalten. Erschwerend kam damals hinzu, dass auch die Umstellung auf Bachelor und Master, also die Umsetzung der Bologna-Reform, mit auf dem Plan stand. Und wir sollten im Grunde hier beide Stränge zusammenfügen, das heißt, die Ausbildungsinhalte der Alt-FH und Alt-Universität integrieren und gleichzeitig auch für die neue Studienstruktur rüsten. Und von daher war die Aufgabe dieses Umsetzungsteams eine sehr weitreichende Angelegenheit; wir haben am meisten getagt von allen Umsetzungsteams und tatsächlich auch viele Spuren hinterlassen.

Welche Arbeit war vonnöten während der Realisierung?

Ganz viele Gespräche. Gespräche und Zeit für Vertrauensbildung und Vertrauensschaffung. Die Skepsis, die war auf beiden Seiten durchaus ausgeprägt, vielleicht nicht so sehr bei den jüngeren Kolleg*innen, zu denen ich mich damals auch noch rechnen durfte. Das sieht natürlich jetzt, über zehn Jahre später, anders aus, aber ich glaube gerade so in den jüngeren Chargen war man recht offen. Aber das war nicht unbedingt etwas, was die gesamte Diskussion prägte. Die Umsetzungsteams hatten entscheidenden Anteil daran, dass auf dieser Gesprächsebene dieses neue Vertrauen geschaffen werden konnte und letztendlich auch schon, bevor das neue Präsidium kam, die Fusion in gute Bahnen gelenkt wurde.

Welche Rolle hat das neue Präsidium zur Zeit der Fusion – bei ihrer Umsetzung – gespielt?

Es hat recht viele Funktionen erfüllt. Das neue Studienmodell, das wir heute noch haben, war eine durchaus wichtige Bereicherung in diesem Prozess der Transformation. Denn kritisch rückblickend muss ich sagen, haben wir damals in diesem Umsetzungsteam 2 die, ich will nicht sagen, Schwierigkeiten der Umstellung unterschätzt, aber wir hatten damals Studiensysteme entworfen, die aus der heutigen Perspektive betrachtet noch nicht hinreichend ausgereift waren. Vielleicht auch noch nicht ausreichend gestaltet werden konnten, weil die dafür notwendigen Erfahrungen fehlten. Das ebenfalls, was in dieser Umbruchszeit mit dem Leuphana-Modell implementiert wurde, war hinsichtlich der Umstellung auf Bachelor und Master letztendlich besser geeignet als das, was damals in den gemeinsamen Gesprächen von FH und Universität in diesem Umsetzungsteam 2 kreiert worden ist.

Ein anderer Einfluss hat – zumindest zeitweise – eher für Friktionen gesorgt. Ich kann mich noch gut an die Phase erinnern, in der es darum ging, dass zunächst einmal keine Wiederbesetzung von Stellen vorgenommen werden sollten. Das hatte zum Ziel, dass eine möglichst große Zahl von professoralen Stellen en bloc auszuschreiben waren. Das ist dann tatsächlich auch so erfolgt, aber die ursprüngliche Regelung besagte, es sollte auch keine Vertretungen für die Stellen geben. Es war völlig realitätsfern und damit auch eine Fehleinschätzung. Es wurde zwar häufig kommuniziert, dass vor allem die alte Universität personell extrem schlecht ausgestattet sei; mit dem FH-Zuwachs hat sich das etwas nivelliert, aber nach wie vor war die Situation äußerst kritisch. Und dann gab es durch Pensionierung oder durch Wegbewerbung von Kandidat*innen eine ganz normale Fluktuation. Wenn man diese freiwerdenden Stellen dann nicht besetzt, dann bricht der Laden binnen kurzem zusammen. Das war uns Altetablierten natürlich klar, weil wir diese Situation kannten. Auf der Hochschulleitungsebene war das zunächst noch nicht einsichtig geworden, was zur Folge hatte, dass man hier anfangs in eine recht fatale Richtung steuerte und nachkorrigieren musste. Es kam zu Vertretungen, die diese Lücken dann auch stopften, das heißt, man hat sehr schnell aus diesen Erfahrungen gelernt und Schlüsse gezogen. Von daher hat man die anfänglichen Friktionen auch schnell beseitigen und bereinigen können.

Wie lange hat der Realisierungsprozess gedauert?

Ich denke, sieben bis acht Jahre, bis die größten Wehen überstanden waren. Es gab auch eine Reihe von Personen, sowohl in der Uni als

auch in der FH, die relativ nahe am Pensionierungsalter waren und heute gar nicht mehr im aktiven Dienst sind. Das heißt, die Beseitigung von solchen Friktionen hängt natürlich auch von einer gewissen Personalfluktuatation ab. Wenn ich heute glaube sagen zu können, dass die Fusion vollständig abgeschlossen ist, es hier eigentlich keine Friktionen mehr gibt, dann hängt das sicherlich auch davon ab, dass ein großer Teil der früheren Professorenstellen, die aus FH und Uni eingebracht worden sind, heute völlig neu besetzt worden sind. Das liegt letztendlich auch daran, dass das gesamte Studienprogramm an dieser Universität umgebaut wurde und manch einer entweder pensioniert wurde oder sich umorientierte, an eine andere Hochschule gegangen ist.

Welche Probleme sind vor und bei der Umsetzung aufgetreten?

Viele Reibereien. Nehmen wir das schon zitierte Beispiel der Überleitung: Sie können sich gar nicht vorstellen, wie lange es gedauert hat, bis eine so genannte Überleitungsordnung oder ein sogenannter Übergangslitfadens, also ein Regularium, geschaffen worden ist. Es wurde lange lange beraten, bis etwas entschieden wurde. Wir haben viel Zeit gebraucht, um ein neues Bachelor-Master-System auf die Beine zu stellen, obwohl das eigentlich nicht etwaigen Diskrepanzen von FH und Uni geschuldet war. Der Umstand, dass das nicht leicht gewesen ist und auch seine Zeit in Anspruch nahm, ist eher darauf zurückzuführen gewesen, dass für alle, also nicht nur FH und Uni, sondern generell auch alle Hochschulen in Niedersachsen und sogar bundesweit ein neuer Anpassungsmechanismus ausgelöst worden ist, eine Art Studienreform. Da gelang eben der Transfer dieses alten Studiensystems in einen völlig neuen Aufbau, eine neue Struktur. Das war nicht einfach, das brauchte Zeit, ist an dieser Stelle aber kein Fusionseffekt.

Andere oder indirekte Folgen sind vielleicht auch nicht durch die Fusion im engeren Sinne bewirkt worden oder durch Diskussionen ausgelöst worden, sondern durch andere Impulse; das war, nachdem das neue Präsidium die Leitung übernahm, etwa die Einstampfung des sozialpädagogischen Studienganges. Wir haben die Sozialpädagogik heute nur noch im Lehramtsbereich, und zwar für die beruflichen Schulen; ursprünglich gab es eben seitens der FH und eben auch seitens der Universität einen eigenen, separaten, nicht lehramtsbezogenen Sozialpädagogikstudiengang. Der hatte ein hohes Renommee, war in der Lage, einen erheblichen Teil, wenn nicht sogar den größten Teil, der Nachfrage in Niedersachsen und darüber hinaus durch die hier ausgebildeten Absolventen zu bedienen. Letztendlich ist sicherlich für die Abschaffung der Sozialpädagogik entscheidend

gewesen, dass gerade in diesem Metier ein sehr hoher Prozentanteil der Lehrenden vor der Pensionierung stand. Das war eine Art Zufallseffekt, und das hat viel böses Blut gegeben. War aber auch kein Fusionseffekt. Die Abschaffung der Sozialpädagogik war keineswegs fusionsintendiert. Ganz im Gegenteil, eigentlich erwartete man dadurch erstmal eine Stärkung. Dass es dann aufgrund völlig anderer Umstände zum Einstampfen dieses Bereiches kam, entbehrt auch nicht einer gewissen Tragik. Nicht ohne Grund war es dann die Hochschule Ostfalia, die eigentlich gar nichts mit Sozialpädagogik am Hut hatte, aber das damit auftretende Defizit der Nachfragedeckung am Arbeitsmarkt folgerichtig erkannte und einen Sozialpädagogikstudiengang auf FH-Basis aufbaute. Dadurch ist uns im Grunde damals auch ein wichtiges Klientel verloren gegangen.

Inwieweit war die Fusion auch für die Neuausrichtung der Leuphana wegweisend und zusammenhängend?

Es gab keinen unmittelbaren Zusammenhang, sondern vielmehr neue Gedanken, die nach der Fusion durch das Präsidium implementiert worden sind; es war insgesamt eine große Zeit des Umbruchs, einer geradezu radikalen Veränderung von Universitäts- und Studienstrukturen. Dass das zeitlich zusammenfiel, war reiner Zufall und bewirkte innerhalb kurzer Zeit für alle, auch jene, die in der Verwaltung arbeiten, enormen Anpassungsdruck, eine enorme Belastung. Und von daher kann ich gut verstehen, wenn es vielen in 2008 und 2009 so erging, dass sie jegliche weitere Veränderungen scheuten. Das ist auf die Dauer natürlich nicht schön, weil man sich als Hochschule auch permanent anpassen und verändern muss. Und inzwischen, glaube ich, sind die Wehen dieser äußerst friktionsträchtigen Zeit abgeflacht und auch die Einstellung, bloß keine Änderungen mehr vorzunehmen, heute gar nicht mehr existent.

Gibt es Konflikte, die heute noch spürbar sind?

Aus meinem Umfeld ist mir nichts bekannt. Ich glaube das wirklich so sagen zu können; das ist passé. Das hat sich alles eingeregelt, hat seine Zeit gedauert, aber letztendlich war es tatsächlich ein glücklicher Umstand, dass daraus eine Universität hervorgegangen ist, die heute eine sehr starke Positionierung am Ausbildungsmarkt für sich beanspruchen kann.

Was hat es für Sie im Speziellen bedeutet, dass Universität und Fachhochschule verschmolzen sind?

Ich habe eine Art Verbesserung gespürt, dahingehend, dass die Abteilung, die sich mit Raumfragen auseinandergesetzt hat, einen Zu-

wachs bekam, und zwar von zwei Professorinnen aus dem Bereich Architektur. Mit der Fusion ist der Architekturzweig im Alt-FH-Wesen komplett aufgegeben worden und die beiden Architektinnen, die ursprünglich in Buxtehude lehrten, sind zu uns nach Lüneburg gekommen. Eine weitere Kraft, ein Bauingenieur, kam ebenfalls zur Alt-Universität Lüneburg, aber nicht zu uns in die Fakultät Kulturwissenschaften, sondern in die Ökonomie. Solche Überleitungen hat es an vielen anderen Stellen gegeben; unmittelbar für unseren raumbezogenen Forschungs- und Lehrbereich bedeutete es einen Zuzug, wenn auch nicht im engeren Bereich der Geographie, so doch aber in einem sehr verwandten Bereich. Denn sowohl die Geographie als auch die Architektur befassen sich schlussendlich mit Siedlungs- und Städtebau. Bei der Architektur sind es eher Einzelobjekte, die den Gegenstand von Lehre und Forschung bilden, in der Geographie größere zusammenhängende Bereiche, Areale, Viertel, Stadtgebiete, die bestimmten Funktionen dienen, wie zum Beispiel Gewerbegebiete oder die City, als Hauptstandort des Handels und so weiter. Von daher ist das eine Bereicherung gewesen, die in einem neuen Gebiet innerhalb der Vertiefungsbereiche der Kulturwissenschaften mündete: der Baukultur, die heute zusammen mit der Geographie ein Vertiefungsgebiet bildet. Das ist eine sehr befruchtende Zusammenarbeit. Und zumindest dem Hören-Sagen nach glaube ich, dass auch von anderen Bereichen so berichten zu dürfen. Sowohl im Bereich der Ökonomie als auch im Bereich der Umweltwissenschaften hat es gewisse Zuwächse gegeben und das ist letztendlich als sehr positiv, sehr befruchtend wahrgenommen worden.

Haben Sie auch Meinungen von der Studierendenschaft wahrgenommen?

Hin und wieder ja. Insbesondere dann, wenn es um fachliche Ausweitungen ging, so wie bei uns. Dann ist das sehr dankbar konnotiert worden. Man hat also einen deutlichen Zuwachs an Fachkompetenz gespürt und das war es letztendlich auch. Und von daher ist, so glaube ich, die Position der Studierenden durchweg positiv gewesen.

Erkennen Sie heute noch spezifisch fachhochschulische Charakteristika auf der einen und universitäre Charakteristika auf der anderen Seite wieder?

Ich glaube, dass in diesem Gesamtprozess der Fusion ein Zug besonders stark zum Tragen gekommen ist und heute noch spürbar ist: der Anwendungsbezug. Dem stehe ich selbst sehr nahe, obwohl ich von der Alt-Universität komme. Aber als Geograph, als Raumwissenschaftler ist man eigentlich automatisch versucht, angewandt

und anwendungsbezogen zu arbeiten, weil Raum etwas sehr Greifbares ist. Von daher habe ich immer schon so eine Ader in mir gespürt und auch ausgelebt. Durch die Fusion ist mein Bewusstsein, Anwendungsbezüge in der Ausbildung zugunsten einer besseren Ausbildung für die Studierenden zu integrieren, stärker geworden. Das schätze ich wert, das halte ich für sehr gut. Auch wenn man sagt, die Universität soll vorrangig forschen und eher grundständig, also allgemein, fachrichtungsunabhängig ausbilden, schließt das Anwendungsbezug nicht aus. Und es gab in der Vergangenheit durchaus die Tendenz, dass man etwas zu abgehoben sei, sich zu sehr im akademischen Elfenbeinturm oder in der Theorie bewegte und daher dieses Angewandte, den Praxisbezug, vernachlässigte. Nicht unbedingt in den Kulturwissenschaften, die von seiner Tradition her anwendungsorientiert arbeitete, aber in anderen Gebieten. Die Fusion hat letztendlich diesen Trend, anwendungsbezogen zu arbeiten, doch ein wenig verstärkt.

Wer waren die Gewinner und wer die Verlierer der Fusion?

Die Gewinnerin war die Gesamtinstitution an sich, die hat wirklich eine maßgebliche Stärkung dadurch erfahren. Und ansonsten gab es sicherlich auf der individuellen Ebene eine breite Streu von Gewinnern oder auch solchen, die sich zu den Verlierern rechneten. Das mag bei letzteren vielleicht jene betreffen, die als FH-Professor*innen keine Überleitung erlangten. Sie strebten diese vielleicht auch gar nicht an, weil sie sich ausrechneten, dass ein solcher Antrag nicht genehmigt werden würde. Aber auch die, die von daher mit einer erhöhten Lehrbelastung hier an der Universität tätig waren oder auch vielleicht noch tätig sind. Das ist keine große Anzahl mehr. Und ob die sich im Einzelfall wirklich als Verlierer sehen, das ist damit noch nicht gesagt. Es bestände nur so ein potentieller Verdacht dahingehend, dass sie sich gegenüber ihren Kolleg*innen, die deutlich weniger Lehre leisten müssen, entweder durch die Universitätsprofessur oder die Überleitung in diesen Stand, dadurch benachteiligt sähen. Aber das ist keine zwangsläufig folgende Einstellung. Das ist nur eine Möglichkeit.

Sie bewerten das Gesamtergebnis also eher positiv?

Ich denke eindeutig ja. Der Hochschulstandort wurde dadurch schlagkräftiger und arrondiert in einer Weise, so dass man sich im bundesweiten Umfeld gut behaupten kann und keinen Vergleich in dieser Hinsicht scheuen muss.

Kann man Fusionen dieser Art im Allgemeinen als positiv bewerten?

Ja, vielleicht dahingehend, dass man durch Fusionsprozesse, dafür ist die heutige Universität Lüneburg sicherlich ein gutes Beispiel, einiges bewegen und auch auf einen guten Weg bringen kann; dass aber auch, rückblickend betrachtet, die Traditionen von FH und Uni jeweils ihren eigenen Wert haben. Ich würde also aus den letztendlich positiven Schlussfolgerungen, die ich aus der Fusion für den Standort Lüneburg ziehe, noch kein zu verallgemeinerndes Beispiel machen. Das kommt dem glaube ich nicht zu. Es ist vielmehr so, dass Fachhochschulen stark sind in Bereichen, in denen etabliertes Wissen konzentriert, auch in verschulter Form, an Auszubildende weitergegeben werden soll. Diese forschen auch, aber die Forschung hat hier einen geringeren Stellenwert und ist eher im Bereich der Universitäten verhaftet. Es ist eine durchaus sinnvolle Arbeitsteilung, die man betreiben kann, und von daher wünsche ich mir an dieser Stelle eigentlich, dass man den Eigenwert der jeweiligen Ausbildungs- und Institutionseinrichtungen erkennt und wertschätzt und nicht den Fehler begeht, überall nur noch Fusionierungen anzustreben. Das wäre für die Hochschullandschaft in Niedersachsen ein fataler Fehler. Das, was im Einzelfall funktioniert hat, ist nicht unbedingt als Paradebeispiel geeignet.

Das Interview wurde geführt und redaktionell überarbeitet von Natalia Sophie Leipholz.

Ernst Roidl war zur Zeit der Fusion Student der Wirtschaftspsychologie an der Fachhochschule Nordostniedersachsen. Später promovierte er an der Universität Lüneburg zum Thema Emotionen und Verkehr. Im Interview berichtet er darüber, wie er die Fusion in seiner Funktion als Fachschaftsrat der Wirtschaftspsychologie und später als AStA-Sprecher der Fachhochschule (FH) Nordostniedersachsen erlebt hat.

Wann und wie haben Sie von der Fusion erfahren?

Die Meldungen der Zusammenlegung mit der Universität Lüneburg kamen schon zu Beginn meines Studiums im Oktober 2003 auf, in der Zeit wurde das Konzept auch offiziell verabschiedet. Aber der Studienalltag war einnehmend und der Campus Scharnhorststraße weit weg – wir von der Fachschaft Wirtschaftspsychologie kümmerten uns die erste Zeit nicht weiter darum. Erst mit meinem Einstieg beim AStA im Sommer 2004 gewann das Thema langsam an Fahrt, zum Beispiel im Studierendenparlament, aber vor allem weil es von der Studierendenschaft der Uni zu uns herangetragen wurde.

Was hat aus Ihrer Sicht zu der Entscheidung geführt? War es absehbar?

Aus verwaltungstechnischer Sicht war die Zusammenlegung absolut nachvollziehbar – warum sollte eine Kleinstadt wie Lüneburg zwei Hochschulen unterhalten, wo es auch durchaus Schnittmengen in den Studiengängen und vor allem der Verwaltung gab. Aus ökonomischer Sicht machte das Vorhaben schon Sinn, auch weil mit Bologna eine gewaltige Umwälzung in Gang war, dessen Momentum man auch gleich für Anpassungen auf der Verwaltungsebene nutzen konnte. Es war aber von Beginn an klar, dass das Fusionsvorhaben nicht nur Freunde haben würde (s.u.).

Wie wurde das Vorhaben in der Universität aufgenommen? Wie haben sich Gremien und Vertretungen dazu verhalten?

Wir Studierenden von der Fachhochschule standen der ganzen Sache eigentlich relativ entspannt gegenüber. Uns wurde kommuniziert, dass sich am Studium/der Lokalität nichts verändern würde – die Einführung neuer Studiengänge stand erst für 2006 an – und kulturell gesehen ergab sich unsere Identität eh nicht aus der Zugehörigkeit zur Fachhochschule (oder einer Modelluniversität), sondern vielmehr aus der Kleingruppe der Wirtschaftspsycholog*innen oder Wirtschaftsrechtler*innen – daher hatten wir nicht viel zu verlieren. Auch waren wir nie in diesem Maße politisch im Vergleich zu den Gremien der Universität, welche von Anfang an eine Blockadehal-

tung zeigten und uns mehrmals aufforderten, uns den Protesten anzuschließen. Das taten wir aber meist nicht und wurden dann gerne als ›Verräter‹ hingestellt. Das Studium war dermaßen einnehmend – zum Teil 14 Klausuren in zehn Tagen und das zweimal pro Jahr –, dass wir uns nicht wirklich auf Hochschulpolitik konzentrieren konnten.

Welche Arbeit war zur Realisierung der Fusion nötig und womit waren Sie persönlich befasst?

Als es spürbar wurde, dass die Fusion umgesetzt wird – bisher war das für uns immer nur etwas Abstraktes, ein distales Ereignis –, waren wir vom AStA bestrebt, die Zusammenlegung mit dem AStA der Universität voranzutreiben. Es gab dann kurze Zeit im Jahr 2005 den so genannten Übergangs-AStA, welcher aus zwei AStA-Gremien gleichzeitig bestand – und dann sechs Sprecher*innen umfasste. Dieses Gremium war eigentlich nur mit politischer Selbstfindung und Vermeidung von Reibung beschäftigt: zum Beispiel war das Politik-Referat des Uni-AStAs notorisch links, unseres wurde (leider) von Burschenschaftlern gekapert, womit wir einen derart starken politischen Kontrast hatten, dass eine konstruktive Arbeit – zum Beispiel Kommunikation mit weiteren Hochschulgremien – unmöglich wurde.

Welche weiteren Probleme sind aufgetreten und wie wurde den aufkommenden Problemen oder Konflikten begegnet?

Ein weiteres Problem war ein gewisser Standesdünkel des Universitäts-AStAs: Diese neigten manchmal dazu, uns FHler*innen eher als Studierende zweiter Klasse zu bezeichnen, der allgegenwärtige ›Niveauperfalle‹ wurde befürchtet und wir waren damit beschäftigt, dem Vorurteil Einhalt zu gebieten, zum Beispiel, indem wir dagegenhielten, wie viel Zeit wir pro Woche mit Studieren verbrachten im Gegensatz zu den in unseren Augen doch recht trägen Langzeitstudierenden – 16 plus Semester waren damals an der Uni keine Seltenheit. Ergo: Vorurteile auf beiden Seiten, die nicht einfach auszuräumen waren. Dieser Kulturunterschied war auch außerhalb des FH-/Uni-Lebens regelmäßig zu spüren, in Kneipen, auf Feiern etc. Der Veränderungsprozess durch Fusion und Bologna zwang die ehemals strikt getrennten Gruppen FH- & Uni-Studierende, sich erstmals miteinander zu befassen.

Es gab dann ein ›Findungswochenende‹, in dem das gesamte Übergangsgremium ins Wendland fuhr, um in zwei Tagen in Workshops den neuen AStA zu gestalten: Gremien, Aufgaben, Prozesse, Logo – das heutige AStA Logo ist damals dort entstanden. Hier wurden tatsächlich Freundschaften geschlossen und Kriegsbeile begraben; die Stimmung war danach wesentlich konstruktiver.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Professor*innen der ehemaligen Fachhochschule erlebt?

Man kann hier nicht von Zusammenarbeit sprechen, es war eher ein informatorisches Austauschverhältnis: Die Professor*innen hatten ihre eigenen Kämpfe auszutragen: welchen Status werden sie an der neuen Uni erlangen, wie werden sie dort aufgenommen, wie verändert Bologna Lehre und Forschung? Auch wusste man, dass es im Rahmen des Bologna-Prozesses zu einer Veränderung der Studiengänge kommen wird, Profile sich auflösen und neue Leitbilder für die Lehre gefunden werden müssen. Dies war ein aufreibender Prozess, wir Studierenden wurden hier aber kaum aktiv eingebunden und waren eher passive Empfänger*innen von Entscheidungen.

Wie hat sich Ihre Arbeit nach der Fusion verändert?

Nach der Fusion wurde der Übergangs-AStA aufgelöst und die Posten neu gewählt und vergeben, ich zog mich aus dem hochschulpolitischen Geschäft zurück, um mich auf das Studium konzentrieren zu können. Ich kümmerte mich dann im Rahmen meiner Tätigkeit im Fachschaftsrat Wirtschaftspsychologie noch um die Integration der neuen Bachelorstudierenden in den folgenden Jahren.

Welche Auswirkungen hatte die Fusion auf Lehre und Forschung?

Zur Forschung kann ich keine Auskunft geben. Die Lehre hat sich insofern verändert, dass nun der Campus Scharnhorststraße perspektivisch genutzt wurde. Auch wurden im Verlauf des Fusionsprozesses und der Umstellung auf Bachelor und Master neue Studienprofile geschaffen, welche mit Haupt- und Nebenfächern potenziell mehr Auswahl und Vielfalt in der Lehre schafften – effektiv hat sich das Lehrkollegium vervielfacht. Durch die jährliche Immatrikulation und die Aufnahme von bis zu 150 Studierenden im Bereich Wirtschaftspsychologie erlebten wir allerdings die Grenzen von räumlicher Kapazität und inhaltlichen Betreuungsverhältnissen. Aus den kleinen, sehr übersichtlichen 30 Personengruppen pro Semester wurde eine neue anonymere Masse von Bachelorstudierenden, was sich gravierend auf die Qualität der Lehre und die wissenschaftliche Arbeit der Professor*innen auswirkte – zum Beispiel auf die Betreuung empirischer Abschlussarbeiten.

Welche Rolle spielte das neue Präsidium bei der Bewältigung der Fusion?

Wir vom AStA Fachhochschule waren immer bestrebt um den Austausch mit dem Präsidium vor und während der Fusion und suchten in mehreren Terminen den Kontakt. Politisch wurde die Fusion immer als alternativlos dargestellt, das gab dem Prozess etwas sehr

Fatalistisches. Insofern war eine aktive Verhandlung eher schwierig und die Ausrichtung der Fusion wirkte gewollt konfrontativ (an der Fachhochschule sprach man teils von ›feindlicher Übernahme‹). Im Nachhinein hätte ein Mehr an Zuhören und ein Eingehen auf die Bedenken, vor allem mit Blick auf die Studierenden, geholfen, den Prozess etwas glatter zu gestalten. Ich glaube noch zu wissen, dass zum Beispiel die Hochschulgremien der Universität sich gar nicht weiter mit dem Präsidium an den Tisch gesetzt hatten, sondern eher über Protest und Blockaden den Prozess moderierten.

Inwieweit war die Fusion Ausgangspunkt für die Neuausrichtung der Universität als ›Leuphana‹?

Ich denke, dass der Fusionsprozess und die Lerneffekte die Basis für den zweiten großen Wandel in Form der Leuphana bereitet haben. Man wusste, wozu die Organisation fähig war, inwiefern Wandel von innen heraus gestaltet werden konnte und wie entsprechende Positionen und Gremien reagieren. Auch waren die Widerstandskräfte nach Fusion und Bologna weitestgehend erschöpft, die Universität war quasi ›sturmreif‹ geschossen für die zweite Phase.

Welche Vorteile hat die Fusion gebracht?

Ich glaube, die Fusion hat den Universitätsstandort vorbereitet auf das, was mit dem Bologna-Prozess ›grosso modo‹ folgen sollte: Bachelor-/Master-Studiengänge, jährliche Immatrikulation etc. Die Zusammenlegung machte perspektivisch insofern auch Sinn, dass hiermit unnötige Kulturdifferenzen angesprochen und verhandelt werden konnten. Im Endeffekt konnte man sich darauf einigen, dass keine der beiden Seiten so ›schlimm‹ ist, wie man sich das ausmalte. Die Zwangsehe hatte also im Endeffekt einen positiven Annäherungseffekt verschiedener Studierendenkulturen.

Gab es Gewinner und Verlierer bei der Fusion?

Gute Frage. Vieles wurde durch den Bologna-Prozess moderiert, der gefühlt viele Verlierer auf Seiten der Studierenden und Lehrenden geschaffen hat. Es ist im Nachhinein schwer zu sagen, wie die Fusion getrennt hiervon funktioniert hätte. Gewinner waren auf jeden Fall zum Teil die Fachhochschulprofessuren, welche – sofern die Personen eine entsprechende Hochschulhabilitation nachweisen konnten – auf den Status von Universitätsprofessor*innen gehoben wurden. Als Verlierer fühlten sich – so glaube ich – viele Studierende der Universität, welche jetzt mit den FHlern in einen Topf geworfen wurden.

Das Interview wurde schriftlich von Kevin Kunze geführt.





Vor den Trümmern eines Leitbildes oder: warum die ›unter- nehmerische Hoch- schule‹ nicht funk- tionieren kann

von Torsten Bultmann

Viele Beobachter der Hochschulentwicklung haben sich gewundert, dass die ehemalige Reformuniversität Bremen in der Förderrunde der Exzellenzinitiative im Jahre 2012 zur ›Eliteuniversität‹ gekürt wurde. Im Jahrbuch 2013 der Uni beschwert sich ein Chronist darüber, dass die Landesregierung von der Hochschule verlangt, 130 Stellen in Wissenschaft und Verwaltung zu streichen: »Zwar fließt durch die Exzellenzinitiative viel Geld in die Forschung. Die Grundausrüstung der Uni durch das Land ist jedoch seit Jahren rückläufig.« Sie habe sich seit 2006 nicht mehr erhöht. Das wird so dargestellt, als seien dies zwei komplett verschiedene Vorgänge, die nichts miteinander zu tun hätten. Der naheliegende Gedanke, dass das eine die logische Kehrseite des anderen sei, kommt unserem Chronisten nicht. Dabei

spiegelt sich an diesem Beispiel nur im Kleinen, auf der Ebene einer Einzelhochschule, wider, was der Blick auf das deutsche Hochschulsystem und seine Finanzierungsmuster im Großen eigentlich nur bestätigt. Die Grundfinanzierung für die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen ist seit mehr als zwei Jahrzehnten eingefroren - alle etablierten Wissenschaftsorganisationen bestätigen dies. Natürlich hat es numerische Zuwächse gegeben, die allerdings mit der Steigerung

1
Ein eiserner Indikator dafür ist die ständige Verschlechterung der Betreuung relations, d.h. Studierende im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personal. Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sind die laufenden (staatlichen) Grundmittel pro Studierendem von 6130 Euro im Jahr 2000 auf 5770 Euro (2011) zurückgegangen.

der Studierendenzahlen nicht mithalten konnten.¹ Erhebliche finanzielle Zuwächse werden allerdings befristet über diverse Wettbewerbe verteilt. Folglich darf zumindest der Gedanke riskiert werden, das Zusammenwirken dieser Umstände sei politische Absicht.

Reichtum erzeugt Armut

In dem Sinne stellte etwa der Kasseler Hochschulforscher Ulrich Teichler fest, dass nach der Jahrtausendwende offenbar ein stillschweigender Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik stattgefunden habe, künftig Qualitätsunterschiede zwischen den Hochschulen durch eine zunehmend ungleiche Verteilung von Finanzen politisch-systematisch zu produzieren.¹ Zu diesem Zweck werden die durch Wettbewerbe verteilten Mittel, etwa das Drittmittelvolumen (Steigerungsrage in den letzten zehn Jahren: etwa 100 Prozent), ständig aufgestockt und sogar neue Wettbewerbe synthetisch konstruiert: zuletzt die sog. Exzellenzinitiative als ein amtlich so deklariertes ›Sonderprogramm zur Förderung der universitären Spitzenforschung‹², in deren Rahmen etwa in der gegenwärtigen Förderperiode (2012-2017) 2,4 Mrd. Euro zusätzlich verteilt, wenn auch an ganz wenigen Standorten konzentriert werden, denen dann das Prädikat ›Eliteeinrichtung‹ durch die Medien angeheftet wird. Die Kehrseite dieser Politik ist, dass die seit mehr als zwei Jahrzehnten eingefrorene Grundfinanzierung für die gesetzlichen Aufgaben der Hochschule eingefroren bleibt, schlimmer noch: die unterfinanzierten Bereiche können gegenüber den ›Siegern‹ der diversen Wettbewerbe als rechtmäßige Verlierer, d.h. als ›leistungsschwächer‹ dargestellt werden, obwohl sie gerade aufgrund dieser Unterfinanzierung nicht mal mehr eine theoretische Chance haben, zu den Siegern, d.h. zur Finanzkonzentrationspolitik an der Spitze der diversen wettbewerblichen Rankings (s.u.) jemals aufzurücken. Die ›unternehmerische Hochschule‹ nun hat diese Verhältnisse nicht erzeugt, sie ist vielmehr die institutionelle und juristische Entsprechung ex post jener Finanzierungsmuster, die sich seit zwei bis drei Jahrzehnten herausgebildet haben. Aufgrund der chronischen Unter-

finanzierung wird es etwa zu einer Hauptaufgabe der Hochschulleitungen, Geld zu beschaffen. Dazu müssen sie ihre Hochschule in den staatlich inszenierten Wettbewerben profilieren. Das geschieht dadurch, indem sie etwa für ›forschungsstark‹ (oder besonders drittmittelträchtig) gehaltene Bereiche stärken, andere hingegen durch den dafür erforderlichen Finanzmittelentzug schwächen. Dies erfordert in zunehmendem Umfang Management- und Marketingqualifikationen an der Spitze der Hochschulen – oder gegenüber den Benachteiligten dieser Entwicklung schlicht Durchsetzungskompetenz. Dies hat uns schließlich die neuartigen autokratischen Hochschulleitungsstrukturen beschert, deren Kehrseite die Quasi-Abschaffung der akademischen Selbstverwaltung ist: form follows function.

Politische Umverteilung statt Wissenschaft

Die recht starken Indizien dafür, dass hinter der verteilungspolitischen Produktion von ›Qualitätsunterschieden‹ zwischen den Hochschulen eine im Kern politische Absicht steckt, die sich durch die akademischen Gutachterapparate, welche die ›wettbewerbspolitischen‹ Verteilungsentscheidungen letztlich treffen, lediglich tarnt, können natürlich nicht verschwörungstheoretisch interpretiert werden. Hier wirken mehrere Umstände zusammen. Die neoliberale Bildungsökonomie behauptet seit Jahren, dass eine bloße Aufstockung der defizitären Grundfinanzierung der Hochschulen nach Flächenrichtwerten ›leistungsindifferent‹ sei. Schuldenbremse und Vermeidung von Steuererhöhungen kräftigen diesen Blickwinkel. So kann die Einfrierung der finanziellen Grundausrüstung seit Jahrzehnten auch als Versuch gewertet werden, die Akzeptanz wettbewerblicher Finanzierungsmuster zu stärken; zumal den unterfinanzierten Hochschulen gar nichts anderes übrig bleibt, als sich in diese Wettbewerbe zu stürzen. »In der Außendarstellung erzeugen solche Wettbewerbe Beruhigung. Es wird der Eindruck vermittelt, es geschehe etwas, die Politik tue etwas für die Wissenschaft.«ⁱⁱⁱ Zumal die ständige Aufstockung des Drittmittelvolumens (davon 75 Prozent aus öffentlichen Quellen) und Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative von den zuständigen Ministerien als Erhöhung der Wissenschaftsfinanzierung abgefeiert werden. Schließlich ist es auch spektakulärer und medienwirksamer, ›Eliteuniversitäten‹ und ›Exzellenzeinrichtungen‹ zu kürren – eine Kür, die es in der Regel bis in die Hauptnachrichten der Tagesschau schafft – als die defizitäre Grundausrüstung der Hochschulen zu erhöhen, wovon – zunächst – niemand etwas bemerkt. Eine Verbesserung der Studienbedingungen interessiert gegenüber der wettbewerbspolitischen Hochleistungsrhetorik erstmal kaum jemanden.

Diese Hochleistungsrhetorik nun, die mit der Wettbewerbsorientierung verbunden ist, will uns suggerieren, dass hier ein Tausch von Mehrleistung gegen finanzielle Zuwächse stattfindet. Das einzige, was sich aus der Analyse der Verteilungsstrukturen jedoch mit Gewissheit sagen lässt, ist, dass vor allem die relativ reichsten wissenschaftlichen Einrichtungen, also diejenigen, die über die besten materiellen Leistungsbedingungen verfügen, vorrangig auf dem Siegereppchen stehen. Diese Bedingungen wirken dann wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Das Förderranking 2012 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) informiert uns etwa über eine Steigerung des Drittmittelvolumens in den davor zurückliegenden zehn Jahren um 100 Prozent. Diese wettbewerblich vergebenen Drittmittel verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig über das System, da sich allein 60 Prozent davon auf 20 top-gerankte Universitäten (von knapp über 100) konzentrieren. Auf diese Top-20-Liga wiederum fallen 80 Pro-

2

Das Ranking kann hier heruntergeladen werden (Link ›Gesamtdokument‹): www.dfg.de/dfg_profil/foerderatlas_evaluation_statistik/foerderatlas/ (Referenz: 77, 89).

zent der finanziellen Zuwächse aus der Exzellenzinitiative.²

An der Spitze der Spitze nimmt der Konzentrationseffekt dann noch einmal zu: Die Unis, die im DFG-Förderranking 2009 die ersten vier Plätze belegten – die RWTH Aachen, gefolgt von den beiden Münchener Unis und Heidelberg – erwarben annähernd ein Drittel (ca. 650 Mill. Euro) der Programmsumme (1,9 Mrd.) aus der ersten Förderrunde (2006-2011) der Exzellenzinitiative.^{iv} Konsequenterweise wurden die vier im Rahmen dieses Sonderprogramms auch zu ›Eliteuniversitäten‹ ernannt.

Konvention statt Risiko

Aus dieser Verteilungsstruktur wird zudem deutlich, dass es sich nicht um einen Wettbewerb im strengen Sinne des Wortes handelt, wenn damit im Alltagsverständnis die Vorstellung verbunden ist, dass alle, die zur Teilnahme aufgerufen sind, die gleichen Chancen haben und die Besten gewinnen. In Wirklichkeit haben wir es, wie erwähnt, mit einer reinen Verteilungspolitik zu tun. Was ist die Logik der Verteilung? Das, was bereits als erfolgreich gegolten hat und akademisch anerkannt war, wird noch stärker gefördert; anders gesagt: der Mainstream. Alles, was davon abweicht, kritisch ist, die etablierten Abläufe irritiert, fällt tendenziell aus der Wahrnehmung heraus. Wissenschaftliche Innovation hingegen verlangt »ein Höchstmaß an grundsätzlich nicht messbarer, auf Abweichung von Standards zielender und nicht voraussagbarer Kreativität...«^v In dem politisch inszenierten Wettbewerb sind hingegen die Akteure auf der sicheren Seite, die sich an dem orientieren, was in der Vergangenheit bereits erfolg-

reich war, um mehr vom Gleichen (oder Ähnlichen) zu produzieren und damit mehr Geld zu bekommen. Wissenschaftlich bedeutet dies, dass akademischer Konventionalismus gefördert und wissenschaftliche Innovation jenseits des Mainstream eher erschwert wird. Die generelle Unterfinanzierung der Hochschulen unter Bedingungen, dass finanzielle Zuwächse, wenn überhaupt, nur noch selektiv an wenigen Standorten konzentriert werden, fördert zusätzlich eine Sichtweise, sich auf das allgemein Anerkannte und Risikofreie zu konzentrieren. Die unternehmerische Hochschule ist wissenschaftsunfreundlich.

Der Bamberger Wissenschaftssoziologe Richard Münch (2011) nennt dieses neue Wissenschaftsregime ›Akademischer Kapitalismus‹ und entfaltet in dem gleichnamigen Buch auf 500 Seiten die These, dass durch diese neuen – eher wissenschaftswidrigen – Steuerungsformen die gesellschaftlich relevante Innovationsrate des Wissenschaftssystems eingeschränkt wird: ein ökonomischer Wettbewerb um finanzielle Ausstattungsvorsprünge und zugleich symbolische Prestigeaufwertung, kurz: eine »zirkuläre Akkumulation von materiellem und symbolischem Kapital«^{vi} verdränge den eigentlichen – zweckmäßigen und wünschbaren – wissenschaftlichen Wettbewerb um Erkenntnisfortschritt und Anerkennung. Am Ende eines solchen – nicht ökonomischen, sondern wissenschaftlichen - Wettbewerbs würde die akademische Welt nicht in Sieger und Verlierer, auch nicht in unterschiedliche Rangplätze wie in einer Bundesligatabelle, eingeteilt, sondern die Ergebnisse, insofern tatsächlich ein Erkenntnisfortschritt erbracht wurde, kämen allen zugute: der ganzen wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Gesellschaft.³ Die Einschränkung gesellschaftlich relevanter wissenschaftlicher Entwicklungspotentiale ergibt sich allein daraus, dass bei Dominanz des vorherrschenden Verteilungsmodells Überinvestition an wenigen Exzellenzstandorten von Unterinvestition in der Breite des Hochschulsystems begleitet wird. So wird eine erhebliche Anzahl aktiver und (potentiell) leistungsstarker Forscherinnen und Forscher außerhalb der dominanten (Exzellenz-)Standorte, welche zugleich die Definitionsmacht über wissenschaftliche Relevanz monopolisieren, aus dem Geschehen ausgeschlossen und in einem entsprechenden Umfang gehen neue Ideen und alternative Sichtweisen verloren.^{vii}

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Verwaltung

Die Destruktivität des neuen Wissenschaftsregimes ist auch an der Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte einer erheblichen

3
Münch a.a.O.: 69.
Richard Münch wird häufig vorgeworfen, dass er die vor-wettbewerblichen akademischen Verhältnisse, die auch von wissenschaftsexternen Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen geprägt waren, als zu idyllisch darstelle. Das mag sein, ändert aber nichts daran, dass kaum jemand bisher die destruktiven und wissenschaftswidrigen Potentiale dieses ›unternehmerischen‹ Wettbewerbsmodells so präzise analysiert und auf den Punkt gebracht hat.

Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern messbar. Nach Angaben der DFG etwa betrug die Bewilligungsquote in der ersten Runde der Exzellenzinitiative (2006-2011) bezogen auf die Menge der ursprünglich eingereichten Antragsskizzen ganze elf Prozent, der Rest war für die blaue Tonne. Die Produktion der Anträge – schon weil es um 1,9 Mrd. Euro ging – war allerdings mit einem ganz erheblichen und überwiegend vergeblichen Arbeitsaufwand verbunden. Im Herbst letzten Jahres nun gab die DFG eine alarmistische Pressemitteilung heraus, dass trotz jährlich erheblicher Aufstockung ihrer Fördermittel, ihre Bewilligungsquote ständig sinkt (in der Einzelförderung von 47 Prozent 2009 auf 32 Prozent 2012). Kein Wunder, da den unterfinanzierten Hochschulen gar nichts anderes übrig bleibt als massenhaft Anträge in Serie zu produzieren. Die Kehrseite der Medaille: Immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigen sich bei konstant schlechter Personalausstattung mit – häufig vergeblichen – Antragsproduktionen und selbst im Erfolgsfall mit Mittelverwaltung und Leistungsdokumentation – statt mit Forschung und Lehre, wofür sie eigentlich beschäftigt werden. Die Folge ist, »dass gerade die besten Forscher in Koordination und Management versinken und Gefahr laufen, aus diesen Tiefen nicht mehr aufzutauchen...«^{viii} Prosaischer formuliert: Das neue Wissenschaftsregime verhindert Wissenschaft – solange bis es durch sich selbst implodiert. Die Wissenschaftsmanager sägen den Ast ab, auf dem das Wissenschaftssystem noch immer sitzt.

Erfolgreiche Verhinderung von Wissenschaft

Durch derartige Verhältnisse wird das Erneuerungspotential der ganzen Gesellschaft, insofern dieses wissenschaftsbasiert ist, geschwächt: »Die Umwandlung aller Funktionsbereiche in Märkte bzw. in zentral organisierte Wettbewerbe ohne Markt hat wesentlichen Institutionen der Gesellschaft, deren Autonomie ein Gegengewicht zur entfesselten Ökonomie bildet, den eigenen Boden entzogen.«^{ix} Auch wenn es paradox klingt: Dies kann sich ebenso zu Lasten der kapitalistischen Ökonomie auswirken, die gerade im High-Tech-Kapitalismus auf ein hohes Maß von unabhängig von ihr produzierter – und angemessen staatlich finanzierter – wissenschaftlicher Innovation in Form nicht-finalisierter Suchprozesse angewiesen ist. Aus »wissenschaftlichen Schließungsprozessen« versiegt auch die »Quelle des Wissens ... aus der sie [die Industrie; T.B.] sich speisen muss. Die vollständige Kurzschließung von Wissenschaft und Industrie ist deshalb kein erkenntnisförderndes Programm.«^x

Nun ist allerdings auch bekannt, dass der Kapitalismus aus sich selbst heraus noch nie die Sicherung seiner langfristigen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen zu sichern geschafft hat. Das ist nur politisch möglich. Immerhin nehmen die Zweifel am Leitbild ›unternehmerische Hochschule‹ zu. Einige Landesregierungen (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) erteilten ihm explizit eine verbale Absage, schafften es allerdings nicht – trotz anderer Beteuerungen – eine Hochschulgesetznovelle vorzulegen, die konsequent mit diesen Strukturen bricht. Die Auseinandersetzung darum hält jedoch an, und die Zweifel an diesem Wissenschaftsregime nehmen zu. Heute fordern nicht nur Studierendenvertretungen und wissenschaftlich Beschäftigte eine drastische Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen, sondern alle mächtigen Wissenschaftsverbände des Landes, einschließlich der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Sind das mächtige Verbündete? Vorerst nicht. Weil die gleichen Verbände neben dieser an sich richtigen Forderung Programme wie die Exzellenzinitiative hochjubeln und Mengen an Drittmitteln mit proportionaler ›Forschungsstärke‹ gleichsetzen. Damit kräftigen sie gerade eine öffentliche Sichtweise, die es für die verantwortliche Politik entbehrlich macht, die Grundfinanzen der Hochschulen zu erhöhen. Der Selbstwiderspruch, in dem sie sich dabei bewegen, muss politisch vertieft werden.

Der vorliegende Beitrag wurde 2014 in ›Forum Wissenschaft‹, der Vierteljahreszeitschrift des BdWi, veröffentlicht und nach geringfügigen Änderungen durch die Redaktion für diese Schrift wieder abgedruckt.

Torsten Bultmann ist politischer Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi) der auch an der Universität Lüneburg durch einige Mitglieder vertreten ist. Er ist dort zuständig für den Arbeitsbereich Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Der BdWi ist ein Verband aus etwa tausend Wissenschaftler*innen, die sich für eine emanzipatorische Wissenschafts- und Bildungspolitik engagieren. Torsten Bultmann beschäftigt sich in seiner Arbeit insbesondere mit Grundfragen der Studienreform bzw. des Bolognaprozesses; der Geschichte des deutschen Hochschulsystems; Hochschule und Demokratie; dem Konzept der ›unternehmerischen Hochschule‹; der Kritik der ›Exzellenzinitiative‹; den Bedingungen und Selbstverständnis kritischer Wissenschaft und der Zielsetzung und Arbeitsweise des CHE. ●●●●●●●●

Endnoten

- ⁱ Ulrich Teichler 2007: »Studium und Berufschancen: was macht den Unterschied aus?«, in: Beiträge zur Hochschulforschung Heft 4/2007:10-31 (hier: 22f.).
- ⁱⁱ Zur Kritik der Exzellenzinitiative: der Autor in: Forum Wissenschaft 2-2012: 38-41.
- ⁱⁱⁱ Richard Münch 2011: Akademischer Kapitalismus - Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Berlin:19.
- ^{iv} Michael Hartmann 2011: „Leistung oder ›Matthäus-Prinzip‹ - Die hierarchische Differenzierung der deutschen Universitäten durch die Exzellenzinitiative“, in: Marisol Sandoval et. al. (Hg.): Bildung MACHT Gesellschaft, Münster: 163-185 (hier: 166).
- ^v Münch a.a.O.: 72.
- ^{vi} Münch a.a.O.: 23.
- ^{vii} Münch a.a.O.: 201.
- ^{viii} Münch a.a.O.: 19.
- ^{ix} Münch a.a.O.: 67.
- ^x Münch a.a.O.: 321.

Bologna - Studierende auf Punktejagd

von Kevin Kunze

Neben der Form der ›unternehmerischen Hochschule‹ und ihren Ursachen ist ein anderer prägender Faktor für das aktuelle Hochschulwesen die sogenannte Bologna-Reform. Auf einer Konferenz an der ältesten europäischen Universität im italienischen Bologna legten Bildungsminister*innen aus 29 europäischen Staaten in einer gemeinsamen Erklärung die Gründung des ›europäischen Hochschulraumes‹ fest. Dieser umfasst dabei nicht nur die Staaten der EU sondern nahezu alle Staaten, die geographisch, historisch und politisch als europäisch aufgefasst werden können, also beispielsweise auch Aserbaidschan, Armenien, Russland oder Kasachstan. Mit der Gründung dieses Hochschulraumes waren auch Anforderungen verbunden: Die Abschlüsse sollten vergleichbar, die Mobilität der Studierenden vereinfacht und die Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) der Studierenden sollte genau wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gefördert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden die Studiengänge in zwei Stufen gegliedert, in Deutschland sind dies Bachelor und Master. Dazu wurde das Credit-Point-System eingeführt, um ein einheitliches Bewertungs- und Umrechnungsschema zu ermöglichen. Daraus ergaben sich allerdings flächendeckend eine viel kleinteiligere Prüfungspraxis, oftmals weniger Wahlfreiheit, eine deutlich größere Verschulung der Inhalte und eine größere Distanz zwischen Forschung und Lehre als zu Zeiten von Diplom, Magister und Staatsexamen. Kritisiert wurden die Reform und ihre Ergebnisse immer wieder aus verschiedensten Bereichen. Von Arbeitgeber*innenseite wird bemängelt, dass die Berufsqualifizierung nach dem Bachelor nicht ausreichend sei, den viel zu jungen Absolvent*innen Praxiserfahrung fehle, ebenso wie eine ausgeprägte Persönlichkeit. Seitens Gewerkschaften und Studierendenverbänden wird angeführt, dass schon der grundsätzliche Anspruch der Steigerung von Beschäftigungsfähigkeit – und damit das allgemeine Verwertbarkeitsdenken – dem eigentlichen Zweck von höherer Bildung entgegenstehe und die Ausformungen des Bologna-Prozesses im Zusammenspiel mit mangelnder Hochschulfinanzierung zu mehr Druck und Konkurrenz führen. Dieses Spannungsfeld führte, genau wie oft mangelhafte Realisierungen der Reformen, aber auch die nahezu zeitgleiche Einführung von Studiengebühren in vielen Bundesländern, zum Bildungsstreik 2009. Im Zuge dieser Proteste gingen an einem

Tag über 200.000 Studierende in vielen Städten auf die Straße, an etlichen Hochschulen wurden Hörsäle besetzt. In Lüneburg war der Hörsaal 1 für einen längeren Zeitraum besetzt, die Studierenden haben dort Probleme besprochen, Forderungspapiere erarbeitet und Selbstbildung betrieben. Anders als die Präsident*innen anderer Hochschulen hat Sascha Spoun seine Studierenden nicht von der Polizei aus dem Hörsaal entfernen lassen, sondern hat ihnen ihren Unmut zugestanden und Gesprächsangebote gemacht; daraus ergab sich unter anderem ein Brief des Präsidenten, in dem eine Anwesenheitspflicht ausgeschlossen wurde. Einerseits ist damit ein Teil des Anspruch an einen akademischen Dialog erfüllt, andererseits sieht ein solches Vorgehen auch für die Öffentlichkeit deutlich besser aus – und viele Forderungen der Studierenden ließen sich sicherlich verhältnismäßig gut in den Anspruch an das Leuphana-Studienmodell einfügen. An den grundsätzlichen Kritikpunkten am Bologna-Prozess änderte sich nach den Protesten jedoch wenig, bis auf punktuelle Anpassungen. Dabei ist zu beachten, dass die Kritik sich zu großen Teilen auf die Versuche zur Realisation der Reform und nicht auf die eigentlichen Ziele des Bologna-Prozesses bezieht – und dort wird vor allem die Schwerpunktlegung auf *Employability* angegriffen.

2015 stellte die LandesASTenKonferenz Niedersachsen (der landesweite Zusammenschluss der Studierendenschaften) in der parlamentarischen Anhörung zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes folgende Diagnose:

*“[...] Dazu zeigen Abbrecher*innenzahlen sowie Statistiken zu Burnout, Depression und Medikamentenmissbrauch, dass das aktuelle Bachelor- und Masterstudium, welches oft rein auf Verwertbarkeit ausgerichtet ist, Menschen krank macht. Der Druck, sich Regelstudienzeiten und Prüfungszwängen anzupassen, ist oft größer, als die Möglichkeit, die noch gebliebenen Freiheiten zu nutzen. Eine interessengeleitete Bildung, welche daran ausgerichtet ist, mündige Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen, ist spätestens mit der Umsetzung der Bologna-Reform endgültig gegenüber der Hochschule als Ausbildungsanstalt für stromlinienförmige Konsument*innen gewichen – und dies liegt nicht etwa an den einzelnen Studierenden, sondern an der Ausrichtung von Bildungssystem und Gesellschaft. 16 Jahre nach Bologna stellt sich die Frage, ob Bildungsprozesse in all ihrer Vielfalt noch als an sich wertvoll, als Selbstzweck und autonomiefördernd begriffen werden oder ob sich ihr Wert nur nach evaluierbarem Output bemisst und vorbereiten soll auf eine Praxis der Ein- und Unterordnung.”*





Wie ›Leuphana‹ nach Lüneburg kam

von Linda Macfalda

Für viele untrennbar mit der Leuphana und ihrem Studienmodell verbunden sind Präsident Sascha Spoun und sein ehemaliger Vize Holm Keller. Sascha Spoun wird 2005 zum Präsidenten gewählt und löst 2006 das Übergangspräsidium ab. Die Fusion könnte damit als endgültig abgeschlossen bezeichnet werden. Die neue Universität beginnt ihre Arbeit also als eine Institution mit neuer Spitze. Wie kommt es zur Wahl Sascha Spouns? Was sind die Hoffnungen, die in die neue Besetzung des Präsidiums gesetzt wurden? Und inwiefern sind diese Hoffnungen erfüllt worden?

Auf der Suche nach Kandidat*innen

Die Suche nach einer neuen Universitätsleitung beginnt an Stiftungsuni-

versitäten in Niedersachsen damit, dass Senat und Stiftungsrat eine Findungskommission einsetzen. Der ganze Prozess ist rechtlich geregelt und könnte eigentlich recht unspektakulär ablaufen. Das lässt sich aber über den Berufungsprozess, der Sascha Spoun nach Lüneburg holte, nicht wirklich sagen.

Die Suche beginnt im Oktober 2004 ganz konventionell mit der Ausschreibung der zu vergebenden Stelle: in der ›Zeit‹ und in der ›Universitätszeitung‹ können Interessierte auf die offene Position aufmerksam werden. Im Januar sind über 20 Bewerbungen eingegangen, die neue Universität Lüneburg scheint für viele eine interessante Herausforderung zu sein. Aus diesen Bewerbungen sind die aussichtsreichsten Bewerber*innen ausgewählt worden. Drei Kandidaten werden im April zu einer Vorstellung nach Lüneburg eingeladen: Werner Väth (damals Vizepräsident an der Freien Universität Berlin), Jörg Winterberg (damals Vizepräsident an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel) und Rolf Wolf (damals Rektor an der School of Economics and Commercial Law Göteborg).ⁱ

Bis hierhin verläuft die Suche scheinbar ruhig. Doch mit der Befragung von Rolf Wolf und seinem anschließenden Rückzug von der Bewerbung läuten die ersten Unstimmigkeiten ein. Er habe den Eindruck gehabt, eine Gruppe von Professor*innen und Senatsmitgliedern hätten schon im Vorfeld abgesprochen, ihn als ungeeigneten Kandidaten erscheinen zu lassen. Das Verhalten, was er als »unverschämt« und »unprofessionell« erlebt hat, bewegt ihn dazu, seine Kandidatur zurückzuziehen.ⁱⁱ Ein Kommentar, der neben diesem Bericht in der Landeszeitung veröffentlicht wird, analysiert, dieses Verhalten sei Bestandteil der Konflikte zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen und könne, wenn es so weiter geführt würde, fatale Folgen für die Universität haben.ⁱⁱⁱ Aus der Studierendenschaft ist eine eher positive Haltung gegenüber Wolfs Bewerbung gezeigt worden. Zeitzeug*innen beschreiben, dass die Ausgangssituation der Suche geprägt von einer Kluft zwischen Hochschulkulturen und daraus folgenden Grabenkämpfen sei. »Die öffentliche Befragung lief in einem Stil ab, dass es eher eine öffentliche Hinrichtung war.«, erinnert sich Personalvertreterin Dorothea Steffen an die Anhörung der Kandidat*innen.

Für den 4. Mai 2005 ist die Wahl der neuen Hochschulleitung angesetzt. Doch der Senat entschließt sich, die Findungskommission mit der Suche nach weiteren Kandidat*innen zu beauftragen und nicht nur zwischen den beiden verbliebenen Kandidaten zu entscheiden.^{iv} Daraufhin zieht auch einer dieser beiden Bewerber seine Kandidatur zurück.^v Von einer zweiten Ausschreibung wird aber abgesehen. Man ist der Meinung, nach der öffentlichen Debatte über die schlechte

Behandlung der ersten Bewerber fände eine neue Ausschreibung ohnehin keine Wertschätzung. Also muss eine neue Herangehensweise gefunden werden, um geeignete Kandidat*innen aufzutun.

Mitte Mai wird Prof. Dr. Klaus Landfried, ehemaliger Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, mit der Suche nach einer geeigneten Person für den Posten beauftragt. Dieser Einsatz eines ›Headhunters‹ weicht vom üblichen Prozedere der Präsidentenberufung ab und sorgt an einigen Stellen für Irritation. Doch es scheint der richtige Weg zum Erfolg der Suche zu sein. Im September wird Sascha Spoun als aussichtsreicher Kandidat für das Amt präsentiert. Die Kandidatur wird an der Universität positiv aufgenommen. In einem mehrstündigen Gespräch nimmt der Bewerber sich den Fragen der Studierendenschaft an. Das ist gut angekommen: *»Der vorherrschende Eindruck war aber: Hier kommt ein junger, engagierter Mensch, der die Wünsche und Ideen aus der Einrichtung aufnehmen und mit der gesamten Hochschulgemeinschaft weiterentwickeln will.«*, berichtet Caspar Heybl, damals studentisches Senatsmitglied, über die Stimmung in der Studierendenvertretung.

Good cop, bad cop?

Am 26. Oktober 2005 wird Sascha Spoun einstimmig vom Senat gewählt. Er ist der einzige noch verbliebene Kandidat. Im Gegensatz zu den vorherigen Kandidaten scheint die Diskussion um Spoun nicht sehr ausgiebig zu sein. In der Landeszeitung berichtet er, er habe nicht einmal Zeit gehabt den Tee zu trinken, der ihm eingeschenkt wurde, während er das Ergebnis der Wahl abwartete. In den neuen Präsidenten werden große Hoffnungen gesetzt. Senatorin Britta Viehweger äußert sich optimistisch in der Landeszeitung: *»Seine außerordentliche Fähigkeit, die Mitarbeiter zu motivieren und mitzunehmen, lässt uns hoffen, dass aus der fusionierten Modelluniversität in Lüneburg wirklich etwas zukunftsweisend Neues entsteht.«^{vi}*

Im Mai des darauffolgenden Jahres tritt der jüngste Universitätspräsident Deutschlands sein Amt an und löst das Übergangspräsidium ab. Noch im selben Monat wird auch Holm Keller als hauptamtlicher Vizepräsident gewählt. Die Ausschreibung für den Posten des hauptamtlichen Vizepräsidenten wird erst im Februar 2006 vom Senat beschlossen, die Bewerbungsfrist war Ende März – ein ungewöhnlich enger Zeitrahmen.¹ Der Ausschreibungstext ist mit Spoun abgestimmt worden, später wird der Vorwurf erhoben, dass der Text auf seinen langjährigen Freund Keller zugeschnitten gewesen sei. So wird eine *»kreative, integrale, gerne ungewöhnliche Persönlichkeit«^{vii}* gesucht, die sich mit Drittmit-

1
Das aktuelle Verfahren zur Nachbesetzung von Kellers Amt läuft seit April 2016 (Stand Februar 2018).

teleinwerbung und internationaler Vernetzung beschäftigen soll. Es werden »Führungs- und Reformenerfahrung, auch aus privatwirtschaftlichem Kontext, internationale Studien- und Berufserfahrung, möglichst aus den USA oder Asien« erwartet. Keller war nach seinen Tätigkeiten als Komponist, Journalist und Operndramaturg für die Unternehmensberatung McKinsey tätig, unter anderem in New York, außerdem für die Bertelsmann AG, ebenfalls in New York, aber vor allem in Seoul und Shanghai.

Er sei gekommen, um seinem Freund Sascha zu helfen, beschreibt Holm Keller seine Motivation sich in Lüneburg zu bewerben. Darüber hinaus gibt er an, sich gerne für die Hochschule engagieren zu wollen: »Geld habe ich genug verdient, jetzt möchte ich etwas zurückgeben. Denn wenn alle kneifen, werden wir in einigen Jahren kein intaktes Hochschulsystem für unsere Kinder mehr haben«^{viii}. Die Freundschaft der beiden neuen Präsidenten mag Stirnrunzeln über die Besetzung verursachen. Doch auch für diese Besetzung war es erforderlich, eine Findungskommission einzusetzen, die nach dem Prinzip der Bestenauswahl vorgehen musste. Prof. Dr. Jürgen Deller berichtet als damaliges Senatsmitglied: »Grundsätzlich kann ein Vertrauensverhältnis zwischen Präsident und Kanzler einer Universität für den Erfolg der Hochschule hilfreich sein. Vor diesem Hintergrund ist es nicht ungewöhnlich, dass dieses bei einer Besetzung einer Kanzlerstelle Berücksichtigung findet.«

Keller stößt von Anfang an auf Skepsis, kommt er doch eigentlich nicht aus dem Hochschulwesen, sondern aus der Privatwirtschaft. Dass Keller dazu noch eher wirtschaftsförmigen Tätigkeiten nachging, wie der Einwerbung von Drittmitteln und der Anwerbung von Kooperationspartnern, hat dazu geführt, dass er häufig als ›Strippenzieher‹ im Präsidium wahrgenommen worden ist. Da er für Finanzen zuständig war, wird auch besonderes Augenmerk auf seinen Umgang mit den Mitteln der Universität, ebenso wie seine Vergangenheit und seine Nebentätigkeiten gelegt. Daraus hat sich eine meist einseitige und undifferenzierte Kritik am Präsidium ergeben. Es erscheint, als sei Spoun der ›good cop‹, der das Studienmodell erfand und die Universität fast im Alleingang an eine wie auch immer geartete Spitze führte, und Keller der ›bad cop‹, der einige nützliche Fähigkeiten mitbrachte, die ihn für Spoun augenscheinlich unersetzbar machten, der aber trotzdem eher skandalbehaftet war. Diese Wahrnehmung führt, genau wie die formale Aufgabenteilung im Präsidium, dazu, dass Kritik häufig auf Keller abzielte und Spoun sich selten in der Schusslinie wiederfand, obwohl er nie von Kellers Plänen und Aktivitäten überrascht gewesen sein dürfte.

›Leuphanisierung‹ – Neuausrichtung im Eilverfahren

Die Neuausrichtung ist eingebettet in eine Erzählung über die vermeintlich miserable Situation der Universität zum Zeitpunkt der Amtsübernahme durch Spoun und Keller. Viel Aufhebens gibt es um eine Aussage Holm Kellers in der ›Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung‹, die Universität Lüneburg sei die schlechteste Universität Deutschlands. Die Beschäftigten der Universität, die unter großen Mühen die Fusion gemanagt und sich jahrelang für die Universität eingesetzt haben, sind wenig begeistert von einer derartigen Bewertung des Ergebnisses ihrer Arbeit. Holm Keller reagiert mit einer Richtigstellung. Seine eigentliche Aussage sei gewesen, die Universität Lüneburg sei die am schlechtesten *finanzierte* Universität Deutschlands. So steht es auch in dem heute noch zu findenden, aktualisierten FAZ-Artikel^{ix}. Auch ein Artikel in der ›Zeit‹ sorgt für Ärger. Spouns Vorgänger hätten die Universität *»nach über anderthalb Jahrzehnten autoritärer Herrschaft in einem erbärmlichen finanziellen Zustand zurückgelassen«*. Der ehemalige Präsident Hartwig Donner prüfte rechtliche Schritte, um eine andere Darstellung seiner Arbeit zu erwirken. Ein schwieriger Start für die beiden ambitionierten Visionäre.

Doch schon wenige Wochen nach dem Amtsantritt stehen weiträumige Veränderungen zur Debatte: eine Umstrukturierung nach amerikanischem Vorbild, die Einführung eines ›Lüneburg-Bachelor‹ und eines ›Lüneburg-Semesters‹ stehen im Raum. Die Neuausrichtung hin zu dem, was wir heute als Leuphana-Studienmodell kennen, wird von Spoun und Keller zügig auf den Weg gebracht. Der Senat beschließt das neue Strukturmodell bestehend aus College, Graduate School und Professional School und Forschungszentren Anfang Juli 2006. Das College soll sich auf einen Bildungsabschluss (den späteren Leuphana-Bachelor) konzentrieren und eine ganzheitliche Bildungsidee und ›Bildungsmarke‹ bieten. Der Start des College-Studienmodells mit seiner neuen Studienstruktur, bestehend aus Major und Minor, ist bereits für ein Jahr später, zum Wintersemester 2007/08, angesetzt. Diese abrupte Neuausrichtung ist durch die Veränderungen der Universität in der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit begünstigt worden. Ernst Roidl, ehemaliger AStA-Sprecher der Fachhochschule, denkt, *»dass der Fusionsprozess und die Lerneffekte die Basis bereitet haben für den zweiten großen Wandel im Form der Leuphana. Man wusste, wozu die Organisation fähig war, inwiefern Wandel von Innen heraus gestaltet werden konnte und wie entsprechende Positionen/Gremien reagieren. Auch waren die Widerstandskräfte nach Fusion & Bologna weitestgehend erschöpft, die Universität war quasi ›sturmreif‹*

geschossen für die zweite Phase.«

›Leuphana‹ und die Studierendenschaft

Die anfängliche Offenheit oder sogar Euphorie dem neuen Präsidium gegenüber bekommt schnell Risse. Studierende sind den geplanten Änderungen gegenüber skeptisch. In der Mensa findet eine groß angelegte Diskussion zwischen Sascha Spoun, Holm Keller und Studie-

2
2006 lag die Studierendenzahl bei rund 10.000. Im Sommersemester 2011 dann bei etwas über 6000. Im Winter 2017 waren dann wieder ca. 9900 Studierende eingeschrieben.

renden statt. Es gibt Gerüchte um die Reduzierung der Studierendenzahlen², die vom Präsidium dementiert werden. In der Studierendenschaft besteht Verunsicherung, was die Neuausrichtung für die Fortführung ihrer bereits begonnenen Studiengänge bedeutet.^{xi} Der AStA begrüßt in einer Stellungnahme, dass das neue Präsidium durch die Neuausrichtung die Verbesserung der Stellung der Universität im bundesweiten Hochschulangebot verfolgt. Er spricht dem Präsidium einen großen Vertrauensvorschuss für die zukünftige Zusammenarbeit aus.

Die bestehende Kritik seitens der Studierenden an der Arbeit des Präsidiums wird in der Stellungnahme benannt und erläutert: Hauptkritikpunkte sind die Unsicherheit, bereits begonnene Studiengänge nach Beginn des neuen Studienmodells angemessen fortführen zu können und eine mangelnde Transparenz und Partizipationskultur im Prozess. Ausgehend von diesen Kritikpunkten stellt der AStA Forderungen für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Präsidium:

- eine verbindliche Zusage zu studentischer Partizipation, sowie ein verankertes Mitspracherecht bei der inhaltlichen Ausgestaltung als Voraussetzung für die Unterstützung des Modells
- niedrigschwelliges Informationsmaterial
- die Bewerbung der universitätseigenen Plattform zur Verbreitung von Informationen, insbesondere von Terminen
- eine Vollversammlung vor der endgültigen Senatsentscheidung zur Neuausrichtung mit einer Informationsgrundlage, die jener der Senatsmitglieder entspricht. Zudem wird die Berücksichtigung von dort eingebrachten inhaltlichen Änderungswünschen gefordert^{xii}

Wie sich in der Stellungnahme zeigt, wird die Beteiligung am Prozess der Neuausrichtung von Seiten der Studierenden als deutlich verbesserungswürdig wahrgenommen. Es entsteht der Eindruck, Anregungen würden nur aufgenommen, wenn sie für die Neuausrichtung nutzbar gemacht werden können. Andere Stimmen werden zwar gehört, aber bei der Weiterentwicklung nicht berücksichtigt. Caspar Heybl erinnert sich an ein besonders prägnantes Erlebnis, um den

Umgang des Präsidiums mit studentischer Kritik zu illustrieren:

»Kritik wurde zwar ›aufgenommen‹, aber verschwand dann im präsidialen Notizblock. Konkrete Forderungen und Anträge, beispielsweise für die Prüfungsordnung des neuen Leuphana-Bachelors, wurden dagegen abgeblockt, ignoriert, oder kurzfristig aus Beschlussvorlagen der Gremien gestrichen. Ein Musterbeispiel für diese Umarmungsstrategie ist die studentische Besetzung des Hörsaal 1 im Rahmen der bundesweiten Hochschulproteste 2009. Bereits am nächsten Morgen zeigte sich Präsident Spoun in der Landeszeitung verständnisvoll und zitierte die studentischen Proteste als Beleg für die Notwendigkeit des Leuphana-Bachelors – obwohl sich die Besetzung auch explizit gegen die Planungen in Lüneburg richtete.«

AStA und StuPa beschließen im März 2007 erneut eine Stellungnahme, die eine bessere Beteiligung von Studierenden fordert. Der im Sommer 2006 ausgesprochene Vertrauensvorschuss sei aufgebraucht. Die Beteiligung der Studierendenschaft bei grundlegenden Schritten der Universitätsentwicklung, wie großen Teilen der Studiengangplanung und der Umbenennung, erfolgte nicht wie im Juli gefordert frühzeitig und auf Grundlage einer transparenten Informationspolitik des Präsidiums. Vielmehr muss erst eine Gruppe Studierender auf einer Senatssitzung erscheinen und ihre Unzufriedenheit kommunizieren, damit die Einrichtung einer Arbeitsgruppe erfolgen konnte.^{xiii} Die Kommunikation von geplanten Veränderungen war ein besonders prägnanter Kritikpunkt in der Zusammenarbeit von Studierendenschaft und Präsidium. Einige Aussagen des Präsidiums lassen den Verdacht einer bewussten Täuschung der Studierendenschaft aufkommen. Hier beginnt der lang andauernde Konflikt um das Zentralgebäude. Erste Gerüchte um den Bau eines neuen Audimax' kommen im November 2006 auf. Diese werden jedoch von Holm Keller auf einer AStA-Sitzung vehement dementiert: beim Zentralgebäude handele es sich um ein ›Komplettgerücht‹. Ausgehend von solchen Erfahrungen bekräftigen AStA und StuPa die Forderungen aus der AStA-Stellungnahme von Juli 2006, in der auch auf die negativen Erfahrungen aus dem Fusionsprozess Bezug genommen wurde, und fordern zudem, den AStA-Sprecher*innen einen Beobachter*innenstatus bei Präsidiumsklausuren und -sitzungen einzuräumen, regelmäßige Treffen zwischen AStA-Sprecher*innen und StuPa-Vorsitz sowie Sascha Spoun und Holm Keller abzuhalten – und eine verbesserte Informationspolitik.^{xiv} Neben der Kritik, die seitens der verfassten Studierendenschaft ge-

äußert wird, beginnt sich im ersten Leuphana-Semester eine Gruppe zu formieren, die sich selbst den Namen ›Leuphana-Studierendenschaft‹ gibt. Sie geben an, sich vom AStA nicht vertreten zu fühlen, da dort hauptsächlich ›Alt-Studenten‹ aktiv seien. Sie wollen damit eine Abgrenzung der Erstsemester aus dem Leuphana-Semester zu den Studierenden, die vor der Umsetzung des neuen Studienmodells ihr Studium begonnen haben, schaffen. Es erheben sich jedoch auch Stimmen von solchen Erstsemestern, die sich von der selbst ernannten Studierendenschaft nicht vertreten fühlen.^{xv} Die Web-Domain der ›Leuphana-Studierendenschaft‹ führt inzwischen auf die AStA-Website.

- **Linda Macfalda** (24) studiert den Bachelorstudiengang Environmental and Sustainability Studies mit Raumwissenschaften im Nebenfach und engagiert sich seit Mitte 2017 als Sprecherin im AStA. In dieser Rolle war sie auch an der Erstellung dieser Schrift beteiligt.

Endnoten

- ⁱ Landeszeitung (04.08.2005): Die zähe Suche nach neuem Unipräsidenten
- ⁱⁱ Landeszeitung (06.05.2005): Das war »unverschämt« und »unprofessionell«. Prof. Wolff zieht nach Anhörung Kandidatur für Uni-Präsidentschaft zurück
- ⁱⁱⁱ vgl. Landeszeitung (06.05.2005): Fatal für Zukunft der Uni
- ^{iv} vgl. Landeszeitung (04.08.2005): Die zähe Suche nach neuem Unipräsidenten
- ^v vgl. Landeszeitung (09. 06.2005): Winterberg ist aus dem Rennen. Schwierige Uni-Präsidentensuche
- ^{vi} vgl. Landeszeitung (27.10.2005): Alle Stimmen für Spoun
- ^{vii} Universität Lüneburg (2006): Ausschreibungstext für die Stelle eines hauptamtlichen Präsidiumsmitglieds (Vizepräsident/in)
- ^{viii} Landeszeitung (01.06.2006): Uni soll in Europa-Liga spielen
- ^{ix} Frankfurter Allgemeine Zeitung (30.03.2007): Eine arme Universität will exzellent werden <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/aufbruch-eine-arme-universitaet-will-exzellent-werden-1409375.html>
- ^x Zeit (22.03.2017): Präsident Tabula rasa: <http://www.zeit.de/2007/13/C-Portraet-Spoun>
- ^{xi} Landeszeitung (05.07.2006): Die Ängste der Studierenden
- ^{xii} Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Lüneburg (03.07.2006): Positionspapier des AStA zur Neuausrichtung der Universität Lüneburg
- ^{xiii} vgl. Studierendenparlament Universität Lüneburg/Allgemeiner Studierendenausschuss Universität Lüneburg (1.3.2007): Stellungnahme von AStA und StuPa zur Zusammenarbeit mit dem Präsidium
- ^{xiv} vgl. ebd.
- ^{xv} LeuphaNo! (26.11.2007): Wer steckt hinter der Leuphana-Studierendenschaft?

Quellen

Berichte von
 Prof. Dr. Christa Cremer-Renz
 Prof. Dr. Jürgen Deller
 Caspar Heybl
 Dr. Ernst Roidl
 Dorothea Steffen





Von der ›Universität Lüneburg‹ zur ›Leuphana‹: Eine Übernahme durch das Unternehmertum

von Daniela Steinert

»Wie wir nur zu gut wissen, gibt es diese unbedingte Universität de facto nicht. Dennoch sollte sie prinzipiell und ihrer eingestandenen Berufung, ihrem erklärten Wesen nach ein Ort letzten kritischen – und mehr als kritischen – Widerstands gegen alle dogmatischen und ungerechtfertigten Versuche sein, sich ihrer zu bemächtigen.«¹

Die Welt der Universitäten: Trotz zahlreicher Plagiatsskandale im letzten Jahrzehnt sind die Universitäten ungebrochen und mehr denn je das Ziel sowohl von jungen Menschen als auch, dank zahlreicher neuer Weiterbildungsangebote, von bereits Berufstätigen. Das Ziel ›lebenslanges Lernen‹ stellt die Bildungseinrichtungen in das Zentrum der individuellen Karriere und damit der Versprechun-

gen von Erfolg und Glück. Universitäten schaffen Wissen, sie *machen* wissend und sie haben Anteil an Politik und Gesellschaft, wie es kein anderer Akteur mit ähnlicher Akzeptanz und ähnlich würdevollem Anschein für sich reklamieren kann. Den Wissenschaftler*innen, Freidenkenden und Kunstschaffenden gilt die Universität vielfach als einer der wenigen Räume, die noch frei sind, in denen noch ohne Profitorientierung an solchen Fragen gearbeitet werden kann, für die ansonsten in der Arbeitswelt des hochtechnisierten und neoliberalisierten Kapitalismus kein Platz ist. Doch wie unabhängig sind Universitäten tatsächlich und wollen sie dies überhaupt sein? Was geschieht mit einer Universität, diesem fragilen Ort einer umkämpften Restfreiheit, wenn sie sich dem aktuell herrschenden Markt anbietet? Der vorliegende Artikel möchte einen Blick auf eine Universität richten, die genau das getan hat; auf eine Einrichtung, welche mit dem Ziel angetreten ist, sich am Markt zu orientieren, und welche diesen als

1
Dieser Text nutzt die Daten und Erkenntnisse aus meiner Magisterarbeit, die ich im August 2012 an der Leuphana Universität Lüneburg abgegeben habe und die das Ergebnis jahrelanger hochschulpolitischer Beobachtungen und theoriebezogener Erklärungen darstellte. Der vorliegende Text stellt aber ausdrücklich eine politische Aussage dar – die wissenschaftlich gestützt ist, aber nicht als wissenschaftliche Abhandlung verstanden werden darf.

2
Neben Derridas Text zur bedingten Universität, wird sich hier insbesondere auf Butlers „Kritik, Dissenz, Disziplinarität“ bezogen.

Ausgangspunkt wie als Zielpunkt ihrer Studienprogramme herauszieht: die Leuphana Universität in Lüneburg.¹

Bei einer solchen Betrachtung rückt ins Bild, was für gewöhnlich unsichtbar bleibt: Das Wissen, auf das eine Universität ihr Geschäft mit dem Wissen überhaupt erst aufbaut. Mit ›Wissen‹ ist hier ›Welt‹ gemeint. Welchen Wahrheiten folgt eine Institution, wenn sie festlegt, was sie sein möchte und wie sie Menschen bilden möchte? Und diese Frage an eine Institution zu stellen ist eben das, was nach Judith Butler und Jaques Derrida gar erst der eigene Wert einer Universität ist, den es zu verteidigen gilt – nämlich, dass die Universität eine Kritik der Kritik leisten kann.² Dass sie also sogar noch das hinterfragen kann, was als ›Wissen‹, als ›Wahrheit‹ daherkommt und was doch so selbstverständlich scheint, weil es in einer Institution manifestiert wurde. Die Universität sollte, so die Autor*innen, selbst noch die Machtabsichten und Regierungsideologien sichtbar machen, die in Kraft treten, bevor überhaupt ein einziges Buch geschrieben und ein einziges Seminar gegeben, ein einziger Forschungsbericht in die Politik hineingereicht wurde. Nicht die Wissensproduktion ist es, welche Universitäten von Unternehmen, Think Tanks und anderen Netzwerken des Wissens unterscheidet, sondern, dass die Universitäten die Grundlagen des Wissens und somit die Herkunft der Herrschaft durch das jeweilige Wissen zu hinterfragen vermögen. Denn auch eine Theorie, welche die Grenzen des bisherigen Wissens sprengt und neue Ideen ermöglicht, verfolgt eine bestimmte Absicht und basiert auf Grundannahmen, die aber in der Theorie selbst gar nicht offen dargelegt werden. Das scheinbar so

reine Wissen hat eine Geschichte. Alles, was in Politik und Gesellschaft geglaubt wird – die Wahrheiten und Erkenntnisse, welche die Ohren der Entscheidungsträger erreicht – besitzt Macht. Und die Universität muss, wenn sie denn eine Legitimation in dieser Gesellschaft haben möchte, so viel Freiheit und Unabhängigkeit aufweisen, dass sie noch die umfassendste und glaubwürdigste Wahrheit und Theorie hinterfragt: Wo kommt dieses Wissen her, welche Grundannahmen liegen ihm zugrunde, welche Absichten verfolgt es? Eine Universität, die dies nicht mehr wagt; welche diese Kritik der Kritik aufgibt und sich stattdessen in den Dienst anderer Absichten stellt, hat ihren universitären Charakter verloren und unterscheidet sich in Nichts von sonstigen Produzenten auf dem überfüllten, da profitablen Markt des Wissens. Ist einer Universität diese Freiheit verloren gegangen oder weggenommen worden, so wird sie Spielball derjenigen, welche um sie ringen und sie bestimmen wollen; welche sie mit Geldern umwerben oder mit Prestige. Um es also auf den Punkt zu bringen: Gibt die Universität das universitätseigene Prinzip der Kritik an der Kritik, des dauerhaften Hinterfragens auch des vordiskursiven Raums auf, so wird sie Instrument des derzeit herrschenden Diskurses – welcher sich in einer kapitalistischen Welt immer am Wettbewerb, am Kapital und demnach am Image orientiert.

Der nachfolgende politische Text ist ein Teil der Kritik der Kritik – ist ein Teil dessen, was eine Universität zu einer solchen macht –, denn sie stellt die Grundlagen und die herrschenden Diskurse in Frage, und sie tut dies an einem Objekt, welches selbst eine Produzentin des Wissens ist. Damit stellt die vorliegende Arbeit die Frage, inwiefern die Leuphana Universität Lüneburg (LUL) über dieses universitäre Eigene eigentlich (noch) verfügt.

Die Universität Lüneburg hat sich in den Jahren ab 2007 in eine Neuausrichtung begeben und wurde zur ›Leuphana‹. Was ist – nach Butler und mit Kant gefragt – die ›vorkritische Doxa‹ dieser Universität und mit welchem Recht und mit welchen Mitteln wird diese akzeptiert? Auf welchen Grundlagen also basiert die LUL, was nimmt sie als ›Natur‹ an und demnach als unhinterfragbare Wahrheit? Welchen Regierungsformen folgt diese Institution? Entlang welcher Glaubenssätze versucht sie, Menschen, Realität und Politik zu formen?

Ein Gegenstand offenbart sich immer selbst. Deswegen ist hier nicht interessant, was von außen über die LUL gesagt wird, sondern vielmehr, was die LUL über sich selbst sagt. In der Selbstdarstellung der LUL – in dem Diskurs also, welchen die Leuphana selbstständig und freiwillig führt und in seiner Ausrichtung gestaltet – wird deutlich, was diese Institution glaubt und sein möchte. Die institutionseigene Logik gibt die Materialauswahl vor und die hier untersuchten empiri-

3

Die Neuausrichtung zur ›Leuphana‹ wurde im höchsten akademischen Gremium, dem Senat, beschlossen, ebenso wie die Entwicklungsplanung, welche die Neuausrichtung nachzeichnet und Veränderungen sowie Ziele für die Universität grundlegend festhält. Die Ideen der Neuausrichtung wurden in Broschüren sowie auf einer nach der Änderung des Außenauftritts neu gestalteten Internetseite an die Öffentlichkeit vermittelt. Diese so nach innen und außen kommunizierten Texte sind die Grundlage, um die spezifische Logik der Neuausrichtung zu erfassen. Im ersten Schritt der Diskursanalyse kam demnach kein weiteres Material zur Anwendung, sodass alle von mir vorgenommenen Interpretationen nur auf Aussagen basieren, die zentral unter dem Namen der Universität veröffentlicht wurden, oder auf den Präsentationen, welche im Senat die Beschlüsse zur Neuausrichtung begleiteten. Der Datenkorpus beinhaltet insgesamt 22 Dokumente: 4 Broschüren,

schen Texte bezeugen demnach den Veränderungsprozess der Institution Universität Lüneburg, die sich ab 2007 einen neuen Namen, ein neues Logo, ein neues Studienmodell, ein Leitbild sowie neue Organisationsstrukturen gibt.³ Der Materialkorpus enthält mehrere hundert Seiten Text und Powerpoint-Präsentationen, die von der Universitätsleitung – also dem Präsidium – erstellt wurden und im Senat, gegenüber der Hochschule sowie der Öffentlichkeit, entweder zur Legitimierung der Neuausrichtung verwendet wurden oder zu Werbezwecken. Die Ideale und Grundbegriffe für die Leuphana wurden hier festgelegt und begründet.

Nachfolgend werden einige der Ergebnisse aus der Diskursanalyse der Leuphana-Selbstdarstellung vorgestellt. Dabei sei daran erinnert, dass der vorliegende Text politisch ist (wenn er sich auch auf wissenschaftlich belegte Fakten aus meiner Magisterarbeit stützt und alle Aussagen über den Diskurs der LUL einwandfrei belegbar sind) und seine eigene Wahrheit produziert und diese – neben der simplen Tatsache, dass der*die Autor*in ihre eigene subjektive Perspektive hat – auf spezifischen Methoden, Begriffen und Theorien fußt.⁴

1. Die Neuausrichtung zur ›Leuphana‹ wurde niemals fachlich begründet.

Die Universitätsleitung hat die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung der gesamten Universität niemals inhaltlich-fachlich begründet. Herangezogen wurden vielmehr Methoden, die aus Unternehmensberatungen bekannt sind, um die Entscheidungsträger*innen und Gremien an der Universität unter Druck zu setzen und eine ausweglose Situation für die derzeitige Hochschule zu skizzieren.

Die ersten fünf untersuchten Dokumente stellen die Präsentationen dar, mit welchen Präsident Spoun dem Senat die Pläne zur Umstrukturierung der Universität vorgestellt hat. Diese Power-Point-Präsentationen stellen die einzige Grundlage für die Entscheidung im Senat und somit für die Entscheidung um eine Neuausrichtung dar.

Diese Dokumente tun vor allem eines: Sie ersetzen Begründungen durch Pfeile und Symbole; sie verzichten auf inhaltlich-fachliche Darstellungen zu Studienprogrammen oder zu Universitätsstrukturen und wählen stattdessen Graphiken, die anhand von Kästchen und Rahmen Einheiten bilden, Strukturen symbolisieren, Zusammenhänge darstellen und auf diese

Weise ein abstraktes Eigenleben führen. Die Graphiken, mit denen die Universitätsleitung gearbeitet hat, entziehen denjenigen, die sie verstehen wollen, die Grundlage, denn sie erklären nicht genug und zugleich alles. Sie sind auf diese Weise genau das, was eine Entscheidungsfindung zu einem blinden Prozess und damit zur Farce werden lässt: Sie sind weder greifbar noch angreifbar. Und selbst dort, wo Schrift verwendet wird, also in den Broschüren und Präsentationen zur Neuausrichtung, bleibt die Universitätsleitung unbestimmt und zugleich behauptend – ich nenne das den ›feststellenden, unbestimmten Diskurs‹. Damit gemeint ist, dass durch Bild und Schrift Feststellungen getroffen werden und dass diese Feststellungen aber nicht erläutert oder belegt werden und damit unbestimmt bleiben. Dieser feststellende, unbestimmte Diskurs wird produziert, indem mit Stichpunkten, Überschriften, Graphiken, kurzen Sätzen und kurzen Textabschnitten gearbeitet wird oder mit nicht eindeutigen, unbestimmten Aussagen oder mit nicht belegten Aussagen.

Vielleicht macht ein Blick auf das, was 2007 nicht geschehen ist, die Schwere dieser Entscheidung anhand von Power-Point-Präsentationen deutlicher: Die Universität hat sich dazu bereiterklärt, sich vollständig umkrepeln zu lassen – sowohl strukturell als auch inhaltlich –, ohne eine einzige Debatte darüber zu führen, was eine Universität eigentlich überhaupt ist und was sie sein sollte. Es wurden keine wissenschaftlichen Erkenntnisse herangezogen, weder der interne noch der externe Pool an Wissenschaftlicher*innen bemüht; es wurden keine spezifischen Schwierigkeiten der Universität Lüneburg ausgemacht und sich an anderen Universitäten umgesehen, um diese Schwierigkeiten zu lösen; es wurden keine Ideale aufgestellt ... nein, die Entscheidung zur Neuausrichtung wurde tatsächlich niemals fachlich oder inhaltlich begründet.

Wie aber wurde die Entscheidung zur Umgestaltung der Universität Lüneburg dann von der Universitätsleitung begründet und herbeigeführt?

13 Präsentationen, 12 Unterseiten der Leuphana-Internetseite und 4 weitere Textdokumente. Dabei wiederholen sich die Inhalte in diesen Dokumenten. Diese Texte werden als der Diskurs der Selbstdarstellung verstanden, welcher ab 2007 die Marke ›Leuphana‹ kennzeichnet.

4

›Diskurs‹ und ›Regierung‹ sind die wichtigsten Schlagworte und diese beschreiben vor allem die Arbeiten Michel Foucaults, auf welche sich die vorliegende Arbeit stützt. Daneben sind die Wissenssoziologie, die Thesen zum unternehmerischen Selbst (Bröckling) und zum neuen Geist des Kapitalismus (Boltanski und Chiapello) sowie das Markenmanagement relevant. Als Methodik wurde die wissenssoziologische Diskursanalyse gewählt und mit dem Material anhand von Phänomenstrukturen (Keller), dichter Beschreibung und Interpretation (Geertz, Keller), Deutungsmustern und schließlich Interpretationsrepertoires (Keller) sowie Diskursstrategien/Realfiktionen

(Lueger) gearbeitet. Siehe zu einer ausführlichen Erläuterung der wissenschaftlichen Grundlagen der durchgeführten Untersuchung: Steinert: *Institution und Subjekt in der neoliberalen Gouvernementalität*, S. 4–42.

2. Die Universitätsmitglieder wurden im Stil von Unternehmensberatungen mit der selbsterfüllenden Prophezeiung ›Wettbewerb‹ in die Ecke gedrängt und standen einer vermeintlich ausweglosen Situation gegenüber.

Das Präsidium der Universität folgte einem Zukunfts- und einem Wettbewerbsprinzip. Wettbewerb diente hier als eine Strategie: Es wurde nicht darüber gesprochen, welche Probleme an der Universität Lüneburg herrschten und eine Veränderung notwendig machten, sondern mit dem Wort ›Wettbewerb‹ fallen Problem und Lösung zusammen. Präsident und Vizepräsident

haben hier das angewendet, was sie aus ihren beruflichen Hintergründen – Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensberatung – kannten: Sie haben ein Bedrohungsszenario für die Universität erzeugt, ohne dieses mit Belegen herzuleiten. Sie haben vielmehr die Zukunft – welche sie als bekannt voraussetzten – herangezogen, um diese Bedrohung real werden zu lassen.

So wurde für die Universitätsmitglieder der Zwang zur Ausrichtung am Wettbewerb geschaffen – und somit wurde der Ausrichtung an einem neuen Image ein Blankoscheck ausgestellt. Denn nur die, welche die Zukunft vorhersagen konnten und Experten des ›zukünftigen Wettbewerbs‹ waren, konnten auch wissen, welche Schritte notwendig seien, um sich auf diese Zukunft vorzubereiten. Die Neuausrichtung war ein Blankoscheck, um eine Werbemaschinerie anzuschmeißen, welche die Marke ›Leuphana‹ kreiert, und um zugleich Studienprogramme zu entwickeln, die Schlagworte bedienen, welche den Nerv des Marktes treffen.

Die Diskursstrategie der Universitätsleitung folgte dem, was ansonsten nur durch Beratungsfirmen gebeutelte Unternehmen erleben müssen (und was zum Beispiel Thomas Leif in *Beraten und verkauft: McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater* so eindrucksvoll schildert). Die Rhetorik ist: *Die Zukunft ist sicher, unausweichlich und besteht aus verstärktem Wettbewerb. Wer sich der Zukunft nicht anpasst, wird verlieren.*

Die Universitätsleitung begründet in den Senatspräsentationen die Notwendigkeit zur Neuausrichtung vor allem damit, dass sie die Zukunft vorhersagt. Angesichts dessen, was werden wird, baut sie ein Bedrohungsszenario auf und setzt somit die Senatsmitglieder und die gesamte Universität unter Druck. Die Botschaft: Untergang der gesamten Universität oder Leuphana!

Die Inhalte der Aussagen unterscheiden sich, ebenso wie die Strategie des Diskurses, nicht von dem Handeln von Unternehmensberater*innen, denn Ausgangs- und Endpunkt ist immer der Wettbewerb:

- Die Zukunft ist gesteigerter Wettbewerb.
- Die Universität Lüneburg wird in der Zukunft nicht mithalten können.
- Folglich ist die Lösung das Herstellen einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit = Leuphana.

Dort, wo die Zukunft angerufen wird, ist diese auch zugleich immer die Lösung. Die eigentlich unbekannte Zukunft gibt die Richtung vor. Alles kann in die Zukunft hineininterpretiert werden. Hier wird eine Gefahr prognostiziert, die ›Wettbewerb‹ heißt, und die zugleich ihre eigene Lösung darstellt – Wettbewerb macht Wettbewerbsfähigkeit notwendig.

Und Wettbewerbsfähigkeit für eine Universität herzustellen bedeutet nichts anderes, als das gesamte Repertoire des Markenmanagements auf eine Bildungsinstitution anzuwenden. Und dies wiederum bedeutet, inhaltliche Diskussion und Schwerpunktsetzung auf Forschung durch das zu ersetzen, was die Öffentlichkeit überzeugt. Das Herstellen einer beeindruckenden Außendarstellung bedeutet eben, sich darzustellen. Als eine Einheit, die es an einer Universität niemals geben kann. Als eine Marke also, um ein Image zu kommunizieren, das dem Trend der Zeit folgt und genug ›Likes‹ erhält. Die Kommunikation von Image, die ›Likes‹ und andere Showträger ersetzen die fachliche Diskussion und die demokratische Rechtfertigung.

Was das im Detail bedeutet und was die Konsequenzen dieser Markenbildung für das universitäre Eigene – die Fähigkeit zur Kritik – sind, wird nachfolgend beleuchtet.

3. Die ›Leuphana‹ ist das Ergebnis einer Profilbildung, die Einheiten und Markenbildung an die Stelle universitärer Strukturen und Tätigkeiten setzt.

Die ›Problemtisierungsformel Wettbewerb‹ macht die Außenwahrnehmung zu dem Kriterium, welches mithilfe von Profil- und Markenbildung zur Wettbewerbsfähigkeit führen soll. Im Zuge dessen wird die Universität gemäß einer Angebotsstruktur gestaltet und somit an einem diagnostizierten Bildungsmarkt ausgerichtet. Die Universitätsstruktur wird in zielgruppenorientierten Einheiten organisiert – College, Graduate School, Professional School, Forschung –, welche jeweils mit Merkmalen ausgestattet sind, die sie für die Öffentlichkeit erkennbar machen sollen. Ein neues Forschungsprofil möchte Alleinstellungsmerkmale aufweisen, um einen Platz im Wettbewerb zu erhalten. Diese Merkmale zeichnen schließlich auch die Menschen aus, welche die Angebote wahrnehmen und welche nach dem Profil der

5
 Dem im Diskurs beschriebenen Vorgehen der LUL folgend bedeutet Profilbildung auch Einheitsbildung: Einheit entsteht, indem Leitbegriffe und ein Leitziel die gesamte Universität repräsentieren. Einheitlichkeit ist der LUL auch hinsichtlich der Studienabschlüsse wichtig: Bereits in der ersten Grundsatzdiskussion im Senat wird – abgeleitet aus der Analyse der Ist-Situation – das Ziel der Einheitsbildung im Bachelor betont: »College: »Konzentration auf einen Bildungsabschluss, ggf. mit verschiedenen akademischen Titeln«; Der Leuphana-Bachelor soll »Bildungsmarke« und »Dachmarke« der Institution werden. Auch bei der Zusammenführung von Master- und PhD-Angeboten wird in dieser Präsentation betont, sie zu »einer Graduate School« zusammenführen zu wollen. Bestandteile beider Abschlüsse enthalten Inhalte, die für alle Studierenden unabhängig ihrer Disziplin im Studium enthalten sind. Dies ist insbesondere Kennzeichen des Leuphana-Bachelors, welcher ein

LUL ausgewählt werden. In Verbindung mit Markenzeichen werden die profilbildenden Merkmale zur Marke »Leuphana«.

Die Umstrukturierung zur »Leuphana« beinhaltete nicht nur einen neuen Namen für den Bachelor und ein neues Gebäude auf dem Campus. Vielmehr wurden historisch über Jahrhunderte gewachsene akademische Strukturen, Entscheidungskulturen und Lehrtraditionen herausgefordert und mit unternehmerischem Kahlschlag nach den Prinzipien des Managements umgestaltet. Die Profilbildung, also die Ausrichtung an einem Markt mithilfe von Markenbildung und das Ziel einer gesteigerten Außenwahrnehmung, stellt dafür die Methode dar. Diese bedeutete für die LUL:

- Es wurde ein Leitbild geschaffen, an dem alle Lehre – unabhängig der Fachrichtung –, alle Lehrenden und alle Studierenden ausgerichtet werden sollten (humanistisch, nachhaltig, handlungsorientiert).
- Es wurden neue Strukturen geschaffen, die sich an den Zielgruppen orientieren (College, Graduate School, ...) und diesen wurden – trotz aller Vielfältigkeit von Inhalten – einheitliche Mottos gegeben. Das Ziel war es, auf diese Weise Schlagworte, also kommunizierbare und wohlklingende »Häppchen« zu schaffen, die mit dem Inhalt von Forschung und Lehre nichts mehr zu tun haben – in den Worten der BWL: Man wollte Alleinstellungsmerkmale konstruieren.
- Markenbildung: Durch stete Wiederholung von Worten und Symbolen wurden Geschichten erfunden, welche bspw. den Namen »Leuphana« und das Symbol begründen sollten. So wurden der Eindruck von Historie und inhaltlicher Auseinandersetzung hergestellt (während dieses Corporate Design nicht etwa in Auseinandersetzung mit zu Lüneburg forschenden Historiker*innen erstellt wurde, sondern bei der Werbeagentur Scholz&Friends in Auftrag gegeben wurde). Der Mangel an Fachlichkeit und inhaltlicher Diskussion wird hier mit Markenbildung, also der Aufladung mit Sinn, begegnet. Dies wird besonders am Diskurs um das Audimax deutlich.

Insgesamt gibt der Diskurs der Universitätsleitung wider, dass es sich beim Projekt »Leuphana« um einen Vereinheitlichungsprozess handelt, mit dem Ziel, ein einheitliches Bild und klare

Botschaften nach außen kommunizieren zu können.⁵ Dies ist nichts anderes als das Handwerk für Unternehmensführung, welches in Marketing-Kursen gelernt wird. Dies ist passend für eine Zeit, in der das Unternehmertum sich von seinem eigentlichen Kernbereich – den Unternehmen – hin zu Institutionen, öffentlichen Einrichtungen und ganzen Regierungen ausbreitete. Ob eine Universität oder die Vereinigten Staaten von Amerika – alles scheint heute als ›ein Unternehmen‹ führbar.

Der Diskurs der Universitätsleitung sagt Folgendes aus:

Die Universität muss Strukturen, Inhalte und Menschen als Einheit konzipieren, um sie als zielgruppenorientierte Angebote in den Wettbewerb zu stellen.

Die Methode, um Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, die Profilbildung, ist zutiefst antiintellektuell und antiakademisch. Die historisch gewachsenen Fakultäten, Hierarchien und Debatte-kulturen sowie Studiengänge werden ersetzt durch den Willen, sich am Außen und somit an den Marktprozessen eines heranzitierten Bildungsmarktes auszurichten. Ist die ›Leuphana‹ damit noch Universität oder lediglich Dienstleister?

4. Das Bildungsziel der ›Leuphana‹: Menschen, die ihre Freiheit nutzen, um Leistung zu produzieren.

Leistung wird bei der Bildung des Leuphana-Profiles zum unhintergehbaren und unhinterfragbaren Prinzip. Denn Leistung ist für das Präsidium Grundlage von Wettbewerbsfähigkeit.

Der Diskurs der Universitätsleitung beinhaltet dabei ein Wechselspiel von Leistung und Freiheit: Indem der Freiheitsbegriff in der Selbstdarstellung problematisiert wird, wird er zugleich als etwas sichtbar und in den Diskurs einbezogen, was festlegbar ist. Das Präsidium bestimmt, was ein freiheitlicher Akt ist und was nicht. Das Präsidium legt fest, was in Freiheit geschehen darf und wo die Grenzen der Freiheit für Studierende und Lehrende ist. Die Grenzen von Freiheit zu definieren ist wichtig.

Denn die Ausrichtung am Wettbewerb verlangt es, dass man mit einheitlicher Gesinnung dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit entgegenstrebt. Nicht auszudenken, was geschehen würde, würden die Individuen an der Universität ihre eigentliche, rechtlich festgeschriebene Freiheit zu etwas nutzen, was nicht dem vom Präsidium vorgegebenen Markenprofil ›Leuphana‹ entspricht.

gemeinsames erstes Semester beinhaltet.

Alle Disziplinen sind demnach nach einem einheitlichen

Studienmodell strukturiert: »Das College realisiert ein einheitliches Studienmodell für alle Fächer [...] Studienmodell aus

Leuphana Semester, Komplementärstudium, Major und Minor.«

Aufgrund vereinheitlichter Titel von Studienabschlüssen – ›Leuphana-Bachelor‹, ›Leuphana-Master‹ oder ›Leuphana-Promotion‹

– wird ein standortabhängiges Studium geschaffen und die Studierenden zugleich vereinheitlicht und profiliert sowie individualisiert gegenüber den Studierenden anderer Universitäten. Die Studierenden werden so qua

Abschlusstitel zu Repräsentant*innen der ›Leuphana‹. Wie Einheitlichkeit auch durch das Verbinden der verschiedenen profilbildenden Merkmale mit dem Markenzeichen hergestellt wird, zeigt der Exkurs Markenbildungsprozess.

(siehe Steinert: Institution und Subjekt in der neoliberalen Gouvernamentalität, Exkurs Markenbildungsprozess) Einheitlichkeit soll

auch in bestimmten Grundhaltungen hergestellt werden, die alle Mitglieder der Hochschule aufweisen sollen (dazu ebd., IV.4, IV.5). Auch anhand des Einsatzes von ›Persönlichkeit‹ wird Einheitlichkeit hergestellt: Das Profil, das sich die Institution gibt, wird als Menschenbild und Ziel von Bildung formuliert, so dass es auf die Studierenden selbst angewendet wird (dazu ebd., IV.5). Einheitlichkeit im Profil der Menschen ist relevant, weil die Marke ›Leuphana‹ von dem Bild in der Öffentlichkeit lebt, welches durch die nach der Universität benannten Absolvent_innen ebenfalls beeinflusst wird.

Durch ihre Festlegung wird Freiheit somit integriert und damit auch auf bestimmte Bereiche im Studium und in der Lehre begrenzt sowie auf eine bestimmte Richtung angewendet. Leistung als vorrangiges Ziel wird als inkorporierte Prämisse für Individuen und Kollektiv verstanden, die alle Faktoren reglementiert beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht. Die Prämisse des Diskurses der LUL ist: *Der Mensch darf frei sein, solange seine Freiheit der Leistungserbringung dienlich ist und er keine unerwünschten Entscheidungen trifft.*

Die LUL will Exzellenz werden und meint damit, dass sie Exzellenz angesichts dessen werden will, was auf dem ›Bildungsmarkt‹, also in Rankings (und demnach einem an sich universitätsfremden Diskurs) als Exzellenz gilt.

Das Leistungsprinzip, dem die Universitätsleitung folgt, hat folgende Implikationen:

- Leistungen sind mess- und vergleichbar, sowohl zwischen Individuen als auch zwischen Institutionen und Ländern.
- Was Leistung ist, wird nicht definiert. Alles, was also gesellschaftlich und im ›Wettbewerb‹ als Leistung anerkannt wird, akzeptiert die LUL als richtungweisend und ruft ihre Mitglieder auf, sich daran auszurichten. Es handelt sich hier demnach um einen unspezifischen Leistungsbegriff des Vergleichs, der sich frei von Fachlichkeit an außeruniversitären Bewertungen orientiert.
- An der Leuphana soll eine einheitliche Leistungsmentalität herrschen: Als Voraussetzung für die universitäre Freiheit und für ›ungeahnte Leistungen‹ wird vom Präsidenten eine ›als selbstverständlich geteilte Leistungskultur‹ eingeführtⁱⁱ. Leistung soll kollektive Haltung sein, die keiner Rechtfertigung bedarf und folglich auch nicht in Frage gestellt wird. Indem Leistung wie selbstverständlich im Kollektiv erbracht wird, wird individuelle Freiheit erst möglich (siehe unten). Unter Leistungskultur ist zu verstehen, dass Lehrenden und Studierenden die Inhalte von For-schen, Lehren und Lernen eigene Anliegen sind und die Mitglieder persönlich überzeugt sind. Es soll des Weiteren Leistung auf der Grundlage dessen erbracht werden, dass die Hochschulmitglieder ihre Tätigkeit als Privileg verstehen. So soll Leistung an der Universität erbracht werden, weil sie erbracht werden will, kann und darf.

- Leistung muss freiwillig als Ziel gewählt und in Selbstständigkeit verfolgt werden: Innerhalb der Universität führt die LUL Leistung als unhintergehbare Maxime und Anforderung ein und verschiebt die Möglichkeit von Leistung in den Bereich des Willens. In der Festschrift zur ›Leuphana‹ beschreibt der Präsident die an der ›Leuphana‹ vereinheitlichte Hochschuldidaktik im Collegeⁱⁱⁱ: Die Hochschuldidaktik geht insbesondere von der Frage aus, »wie *Habitus und Verhalten der Studierenden gefördert werden können*«, so dass diese einen Mentalitätswandel hin zu hohem Aufwand und hin zu einer positiven Einstellung zu Leistung generell ausbilden^{iv}. Die Selbstdarstellung der LUL enthält ein Bildungskonzept, welches zum Ziel hat, eine einheitliche Haltung und demnach ein an überdurchschnittlicher Leistung ausgerichtetes Selbstverständnis herzustellen.
- Die Richtung des eigenen Handelns darf nicht selbstständig bestimmt werden, sondern es muss sich an dem Ziel der Universität, an kurzen Fristen für das Einreichen von Arbeiten und an den Ansprüchen unhinterfragt ausgerichtet werden. Selbstverantwortung darf laut Präsident Spoun nicht bedeuten, bewusst die Konsequenzen davon zu tragen, nicht zu leisten, sondern es muss, damit mensch verantwortlich handelt, den an ihn* sie gestellten Anforderungen nachgekommen werden. Die Vorgaben der Universität müssen erfüllt werden, indem sich der Mensch als Unternehmer*in des Eigenen versteht.^v

Das Leistungsprinzip bedeutet, dass der Wille zur Wettbewerbsfähigkeit den Willen nach Exzellenz mit sich bringt und dass der ›Wettbewerb‹ demnach individualisiert wird, also die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit der Marke auf jeden Einzelnen umgelegt wird. Ein Außen von Leistung gibt es nicht. Wer nicht den Maßstäben getreu leistet, handelt unverantwortlich – für sich und für das gesamte Kollektiv der ›Leuphana‹.

Das Freiheitsprinzip, das als Leitmaxime im College ausgegeben wird, bedeutet, dass frei von unmittelbarem Nutzenszwang individuell studiert werden soll, was interessiert und gefällt. Dabei geht der Freiheitsbegriff innerhalb der Selbstdarstellung der LUL aber nicht über die Wahlfreiheit im Studium hinaus. Sie wird mit dem Leistungsbegriff verbunden und so durch die Anforderung ›Leistung‹ als ›Freiwilligkeit‹ bestimmt:

- »Ein überzeugendes Studienangebot ist dem Gedanken der Freiheit verschrieben, aber nicht der Freiheit der Leistungsveragung oder des Organisationschaos, sondern der inhaltlichen Freiheit.«^{vi} Die

Selbstdarstellung bestimmt Freiheit, indem sie Wahlfreiheit zugesteht, diese Freiheit im Studienangebot soll aber nicht dazu befördern, dass die Studierenden Leistung willentlich nicht erbringen oder ihr Studium chaotisch organisieren. Der Diskurs beinhaltet so zum Einen, dass die Universität Freiheit als Grundlage integriert, indem sie ihr Studienangebot an einem von der LUL bestimmten Freiheitsbegriff orientiert. Freiheit gilt hier als etwas Bestimmbares, in das Studienangebot Einplanbares und etwas, das befördert werden kann. Zum Anderen erfolgt die Einführung von Freiheit, indem der Freiheit abzulehnende Entscheidungen von Studierenden gegenübergestellt werden, die sich auf die Leistungserbringung und die Studienorganisation beziehen. Freiheit wird zwar als inhaltliche Wahlmöglichkeit befördert, soll jedoch nicht in anderen Bereichen Verhaltensweisen befördern, welche das Präsidium als negativ betrachtet. Freiheit als Leitmaxime einzuführen, bedeutet hier nicht, Freiheit als zu befördernde Grundlage von Studium und Lebensorganisation und als höchste Prämisse einzusetzen, sondern meint, solche Bereiche kenntlich zu machen, in denen Freiheit die Prämisse sein soll, um damit gezielt Bereiche zu kennzeichnen, in denen sie nicht Prämisse sein darf. »*Freiheitliches Lernen*«^{vii} beinhaltet, Freiheit in einem Bereich leben zu dürfen, der für die LUL wenig relevant ist: Denn für die LUL bedeutet das richtige Studium, unabhängig

6
 »Vielmehr orientieren sich die Lehrveranstaltungen, die idealerweise den Forschungsarbeiten der Lehrenden entsprechen, an methodischer Strenge, fachlichen Erfordernissen und dem generellen Bildungsziel. Dieses freiheitliche Lernen bereichert die menschliche Existenz und ist eine der Leistungen unserer Zivilisation – und in diesem Sinne ganz besonders »nützlich.« (Spoun: Ein Studium fürs Leben, S. 5.)

der Inhalte intensiv zu studieren, sich anhand des Aktes des Studierens Fähigkeiten anzueignen und so der Gesellschaft und sich selbst nützlich zu sein. Freiheit bezieht sich so auf den Bereich, innerhalb dessen sie nützlich ist⁶. Im Bereich des »Wie« des Studiums sollen dagegen keine unliebsamen Entscheidungen getroffen werden, da dies der für die LUL ausschlaggebende Aspekt des Studiums und der Wettbewerbsfähigkeit der Marke »Leuphana« ist. Hier gilt es, Entscheidungen zu dirigieren. Ein solches Freiheitsverständnis stellt die »*unternehmerische Freiheit*« dar, von welcher die Universitätsleitung spricht^{viii}.

- Freiheit kann gemäß dem Diskurs der LUL von Lernenden und Lehrenden richtig oder falsch genutzt werden⁷: Wahlfreiheit ist dann möglich, wenn nicht nur eine leistungswillige, sondern auch eine dankbare kollektive Gesinnung vorherrscht. Unter solchen Bedingungen ist Freiheit nützlich für die Leistungsfähigkeit: »*Dann [wenn eine als selbstverständlich geteilte Leistungskultur herrscht und Lehren und Lernen als Privileg verstanden werden; Anmerk.d.Verf.] werden in einem solchen System der Freiheit ungeahnte Leistungen möglich, die keine*

bürokratische Regulierung oder ökonomische Anreizstruktur hervorzubringen in der Lage ist. Allerdings ist ein solches System hoch gefährdet, weil jeder Beteiligte es durch informelle Regelbrüche zerstören kann, so dass schnell ›Free Riding‹, Zynismus und in Folge Fremdsteuerung eintreten. Das ›Studienparadies‹ muss folglich jeden Tag erhalten und gepflegt werden.«^{ix}

Die gemeinsame Limitierung von Freiheit ersetzt hier strukturelle Zwänge: Freiheit wird zum Mittel, anhand dessen ohne Regulierungen oder Anregungen Leistung gewährleistet werden soll. Wird nicht freiwillig geleistet, so tritt in Folge ›Fremdsteuerung‹ ein, müssen also bürokratische Regulierungen und ökonomische Anreize den Willen durch Strukturen ersetzen. Das Freiheitsprinzip der Selbstdarstellung wird so durch die Bedrohung vor Nicht-Freiheit eingeführt: Die Freiheit, zu entscheiden, endet dort, wo falsch entschieden wird. Freiheit im Diskurs der LUL bedeutet nichts anderes als Freiwilligkeit – die freiwillige und von persönlicher Überzeugung sowie Dankbarkeit getragene Erbringung der vom ›Wettbewerb‹ eingeforderten Leistung.

In der Ausrichtung am Wettbewerb gilt individuelle Freiheit als Gefahr für das Kollektiv: Jede*r Einzelne kann das System bedrohen. Nicht zu leisten bedeutet, zugunsten der eigenen Bedürfnisse die gesamte freiheitliche Grundlage, das gesamte System, zu zerstören. Jede*r Einzelne ist demnach für die ›Leuphana‹ verantwortlich und demnach dafür, sich an die Regeln zu halten, zu leisten. Jeder andere Nutzen von Freiheit (zum Beispiel die Entscheidung, nicht zu leisten bzw. nicht das, was unter Leistung verstanden wird, zu leisten) gilt als etwas, was das Kollektiv willentlich gefährdet.

5. Die ›Leuphana‹ möchte einen Vollzugriff auf das Subjekt, um die Persönlichkeiten zu formen, die der ›Leuphana‹ zur Wettbewerbsfähigkeit verhelfen.

Für die Universitätsleitung bedeutet Persönlichkeitsbildung, dass Haltung, Wille, Fähigkeiten, Bewegung, Wohnen, Essen, Engagement, Ziele, Gesundheit, Leistungserbringung, Studienorganisation⁸ nach den Zielen der LUL – also nach dem Menschen- und Bildungsverständnis des Präsidiums – ausgerichtet werden sollen. Bildung bedeutet im Diskurs der LUL, das gesamte Leben in der Kategorie ›Fähigkeit‹ zu erfassen und bedeutet so eine umfassende

7

Voraussetzung für das freie Studienangebot ist für alle die Leistungserbringung, nämlich »eine als selbstverständlich geteilte Leistungskultur aus inhaltlichem Anliegen und persönlicher Überzeugung« sowie, dass »alle Beteiligten Lehren und Lernen als Privileg verstehen«. So muss Freiheit »durch Lehrende und Lernende im Sinne der Sache, nicht der Minimierung des eigenen Aufwands« genutzt werden. Leistung soll Wille aller sein und aus dem Willen an der Sache hervorgehen, ebenso wie daraus, dass alle Lehrenden und Lernenden persönlich überzeugt sind. Leistung soll wie selbstverständlich erbracht werden und somit keine Hinterfragung und Rechtfertigung benötigen. Eine weitere Grundhaltung wird für Lehren und Lernen vorausgesetzt.

8

dies eine nicht vollständige Aufzählung des im Diskurs impliziten Zielbildes

Anpassung an die zentral aufgestellten, einheitlichen Leitvorstellungen des Profils der ›Leuphana‹. Persönlichkeit wird als ein Begriff eingerichtet, der die Studierenden in Kriterien sichtbar werden lässt, und entlang derer es demnach möglich wird, das erwünschte Profil abzufragen und auszurichten. Persönlichkeit bildet so die Schnittstelle von Profil und Mensch, an der es möglich wird, den Menschen als individuelles Markenprofil zu erschaffen. Die LUL vertritt mit ihrer Ausrichtung am Wettbewerb demnach folgendes Bildungsideal:

Bildung bedeutet, sich umfassend zu einem Persönlichkeitstypus zu formen und formen zu lassen, welcher sich selbst als flexible gesellschaftliche Ressource versteht.

Das Komplementärstudium und das Leuphana-Semester sollen ›Persönlichkeit‹ bilden, das Zulassungssystem soll bereits die zur ›Leuphana‹ passenden ›Persönlichkeiten‹ auswählen und der Präsident spricht davon, dass die Studierenden an der Universität ›learning to be‹ vorfinden. Die Leuphana möchte Menschen umfassend bilden.

Wie umfassend die LUL Zugriff auf das Individuum wünscht, wird vor allem an einem Dokument deutlich, nämlich an der Ausarbeitung zu Studierendenwohnheimen, welche im Zuge der Campuserwicklung geplant waren/sind.

Die LUL möchte in den Studierendenwohnheimen mithilfe von Architektur und Wohnkonzept die Menschen hinsichtlich Wohn-, Ernährungs- und Bewegungskultur bilden.^x Ein Miteinander zwischen den Studierenden soll außerhalb des Studiums im Wohnraum hergestellt werden: Die Studierenden »sollen auf ein arbeitsteiliges, gemeinschaftliches und kommunikatives Miteinander vorbereitet« werden.^{xi} Die Privaträume werden begrenzt, damit die Bewohner*innen die Gemeinschaftsräume verstärkt nutzen, »dort einander begegnen und ein intensiveres Zusammenleben« wie in einer Familie oder einer Wohngemeinschaft pflegen. Im Sinne des fruchtbaren Austausches werden Mitbewohner*innen unterschiedlicher universitärer Jahrgänge und Studiengänge in den Wohnungen gemischt.^{xii} Der mithilfe der Interaktivität zu erreichende Mentalitätswandel, der den Willen und den Einsatz für das Studium garantieren soll, soll auch im Leben und Wohnen außerhalb des Studiums gefördert werden. So werden Studierende umfassend gebunden an das, was die LUL als Studieren, Bilden und Lernen versteht: Die Organisation von Ernährung und Bewegung soll mit Angeboten aus dem Komplementärstudium verbunden werden und so Kenntnisse und Fähigkeiten auch in der Praxis – bei Einkauf, Speisezubereitung, Servieren, Speisen, all das unter professioneller Unterstützung – den Bewohner*innen zur »lohnenden Aufgabe« werden^{xiii}. Ein Lebensbereich außerhalb des Studiums und aus dem Alltag der Ernährung wird so mit dem Studium verbunden

und so zu einer Studienleistung. Das gemeinsame Abendessen soll das soziale Miteinander fördern, »Gemeinschaftsgefühl stärken und die Identifikation mit dem Ort begünstigen.«^{xiv}.

Neben dem Lebensbereich ›Ernährung und Wohnen‹ soll auch der Lebensbereich ›Bewegung‹ von der Universität zentral organisiert werden: Als Konsumierende sowie als aktiv Gestaltende sollen die Studierenden an Wettkämpfen, spielerischen und weiteren Bewegungspraktiken teilnehmen.

»Ziel ist es dass jeder Studierende im Rahmen der grundlegenden Orientierung, die das Bewegungskonzept ermöglicht, eine dauerhafte Bewegungsmotivation entwickelt und seine bevorzugten Bewegungspraktiken entdeckt, die ihm lebenslang zu seinem persönlichen gesundheitlichen Nutzen zur Verfügung stehen.«^{xv}

Das Bildungskonzept der LUL möchte die Studierenden auch in den Bereichen außerhalb des Studiums nach einheitlichen Vorstellungen formen. Soziale Kontakte, Essen, Wohnen und Bewegen werden zentral organisierte Lebensbereiche, indem der Blick auf individuelle Fähigkeiten, das Sein der Studierenden, gelenkt wird. Die ›Leuphana‹ verfolgt einen Vollzugriff auf das Subjekt.

Dabei steht die Existenz des Einzelnen immer im Zusammenhang mit einer Gesellschaft, für die sein Verhalten relevant ist, entweder die Universitätsgemeinschaft oder die ›Gesellschaft des 21. Jahrhunderts‹. Die Selbstdarstellung der LUL verspricht der internen Öffentlichkeit wie den externen Zielgruppen, eigene Vorstellungen in die Universität einbringen zu können, sowie, Gesellschaft gestalten zu können und somit in einen über das Individuum hinausgehenden Zusammenhang eingebunden zu sein. Dieses Bildungsverständnis ist Teil der Marke ›Leuphana‹. Der Vollzugriff auf das Subjekt ist dahingehend ausgerichtet, dass das Individuum den Gemeinschaften, in welchen es sich aufhält, dient und dass sich die Marke ›Leuphana‹ in der ›Persönlichkeit‹ der Absolvent*innen widerspiegelt (›individuelles Profil‹).

6. Die ›Leuphana‹ folgt dem herrschenden Diskurs der Wirtschaftswissenschaften

Die ›Diskursstrategie Wettbewerb‹, welche die Universitätsleitung verfolgt, wirkt, indem sie Institution und Subjekte der Wirkmächtigkeit der wirtschaftlichen Diskurse und deren Anforderungen zuführt. Der Frage, woher denn dieser Diskurs stammt, dem die Marke ›Leuphana‹ zugrundeliegt, bin ich im zweiten Teil meiner Magisterarbeit

detailliert nachgegangen – in einer Auseinandersetzung mit den Wirtschaftswissenschaften, dem Managementdiskurs, dem neuen Kapitalismus und der neoliberalen Gouvernamentalität (nach Foucault).

Es ist nicht überraschend, dass alle oben auszugsweise dargelegten Aussagen, die hinter der Marke ›Leuphana‹ stehen, dem Diskurs der Ökonomie und damit der Praxis und dem Gedankengut der BWL, des Markenmanagements entspringen. Ohne auf diese Hypothese im Einzelnen eingehen zu können, ist doch eindeutig, wie Institution und Subjekt an einem Einheitsbild ausgerichtet werden sollen, das dem jeweiligen Trend dessen folgt, was der herrschende ökonomische Diskurs einfordert.

Mögen die obigen Ausführungen für die einen oder anderen radikal erscheinen, so liegt dies eben daran, dass die Mittel der Markenbildung, auf eine Universität und ihre Mitglieder, auf Bildungsprogramme und Menschenbilder angewandt, einen Akt der radikalen Limitierung von Vielfalt auf Schlagworte und Profile darstellen.

7. Die Medizin gegen eine übernommene Universität? Zerstört die Einheitlichkeit, zerstört die Marke!

Butlers eingangs gestellte Frage danach, *»mit welchem Recht und mit welchen Mitteln gewisse Doxa als notwendig und richtig akzeptiert werden und mit welchem Recht und mit welchen Mitteln gewisse Regierungsentscheidungen oder Gesetzesvorlagen als die vorkritische Doxa der Universität akzeptiert werden.«^{xvi}*, kann entlang der Problematisierungsformel Wettbewerb beantwortet werden: Institution und Subjekte werden an der ›Leuphana‹ nach einem anderen als dem universitären Prinzip der Kritik, der Dekonstruktion und der steten und un abgeschlossenen Wahrheitssuche geformt – nämlich nach den Prinzipien, die der Wettbewerb mitbringt.

Derrida zufolge verfügt die Universität nicht über eine Macht, die geschlossen und aus universitätseigenen Kräften den universitären Wert verteidigen könnte. Vielmehr ist es ihr eigen, keine einheitliche und unhinterfragte Macht herstellen zu können:

»Weil sie der Macht fremd, dem Machtprinzip gegenüber heterogen bleibt, verfügt die Universität auch über keine eigene Macht. [...] Wohin sie sich auch begibt, sie steht kurz davor, sich preiszugeben. Weil sie es nicht duldet, daß man ihr Bedingungen aufzwingt, ist sie blutleer und abstrakt, manchmal gezwungen, sich bedingungslos zu ergeben.«^{xvii}

Die Eigenschaften der Universität, sich zu ergeben und aufgrund ihrer Vielfältigkeit kein Zentrum von Macht aufzuweisen, zeigen zum Einen, dass Einheitlichkeit der Universität nicht eigen ist, sondern dass die Macht der Einheitsbildung (und damit der Markenbildung) aus universitätsfremden Diskursen und Strategien hervorgeht. Zum Anderen wird deutlich, dass der Ergebenheit an den Wettbewerb keine ähnliche Macht entgegenstehen kann.

Die generelle Machtlosigkeit, welche die Universität aufgrund ihrer Vielheit und ihrer Unabgeschlossenheit aufweist, erlaubt es nicht, dass die Universität den sie einnehmenden Kräften geschlossen und richtungweisend gegenübertritt. Benötigt wird, so Derrida, ein Prinzip des Widerstandes, aber auch die Kraft zum Widerstand und die Kraft zur Dissidenz^{xviii}. Ein solcher Widerstand besteht, so meine AbschlussThese, aus der Aufrechterhaltung eben des Universitären, also der Aufrechterhaltung der Kritik und somit der Zerstörung und Unmöglichmachung der Einheitlichkeit. So kann der Vereinnahmung durch die Problematisierungsformel Wettbewerb mit einem Willen zum Universitären – zur Wahrheit – begegnet werden, welchem innewohnt, geschlossene Systeme nicht hinzunehmen.

Marken funktionieren nur, wenn sie keine Widersprüche in der Öffentlichkeit erfahren. Die Sucht nach Außendarstellung und -bewertung kann demnach ein Feld für den Widerstand durch das Universitäre bieten: Die Kritik im Außen, das stete Hinterfragen und das Gegenüberstellen anderer Perspektiven in der externen und internen Öffentlichkeit untergräbt die Absicht der Marke und demnach das Profil, das die Ausrichtung am Wettbewerb benötigt wie die Luft zum Atmen. In der Verteidigung des Universitären gilt deshalb:

Wer das Universitäre bewahren möchte, muss die Einheitlichkeit der Marke unmöglich machen. Es ist ein Aufruf nötig an die wachen Geister: Pflügt die Vielfältigkeit der Perspektiven – und zwar im Außen! Bringt die glatten Oberflächen in Bewegung, äußert Kritik, produziert Widersprüche, seid ›Leuphanas‹ ungewünschte Repräsentant*innen!

- **Daniela Steinert**, heute 32, Magister der Angewandten Kulturwissenschaften, hat dem Ungetüm ›Leuphana‹ – a la ›die neue Form der aufgepimpten, präsidialhoheitlich geführten und zunehmend inhaltsleeren Studienprogrammabarbeitungseinrichtung‹ – sechs Jahre ihres Lebens gewidmet – in allen möglichen studentischen Positionen: Von 2006 bis 2012 war sie Mitglied entweder des Politikreferats, des Studierendenparlaments oder des Senats. War die Angelegenheit ›Leuphana‹ all diese Zeit und Energie wert? Nach wie vor beantwortet sie diese Frage mit ›ja‹. Im Krimi der Neuausrichtung wurde sie Teil einer Dynamik aus anonym gesendeten Informationsmaterialien, verschwörerischen Treffen mit Unimitgliedern aus allen Hierarchieebenen, deutschlandweit erfolgreicher kritischer Pressearbeit und weiteren amüsanten Geschichten eines Politthrillers. Dessen Höhepunkt war eine kollektiv von Professor*innen, Dozierenden und Studierenden finanzierte Klage gegen die Wiederwahl von Vizepräsident Holm Keller. Die größte Lektion aus ihrer Zeit? Es ist erschreckend, wie unterwürfig und anbiedernd so viele der ›ach so kritischen Wissenschaftler*innen‹, also der Professor*innen und Dozierenden, sind, sobald es um ihre eigenen Positionen geht. Daniela verstand vor allem eins: (Wissenschaftlich hergeleitetes) Kritiküben geht Hand in Hand damit, nach diesen Theorien auch zu handeln. An der ›Leuphana‹ aber haben sich zu viele Menschen verkauft. Oder eben irgendwann dran gewöhnt. Und von denen, die es nicht getan haben, haben manche schweren persönlichen und beruflichen Schaden erlitten.

Endnoten

- ⁱ Derrida: Die unbedingte Universalität, S. 10.
- ⁱⁱ Vgl. Spoun: Ein Studium fürs Leben, S. 5.
- ⁱⁱⁱ Vgl.: Spoun: Ein Studium fürs Leben, S. 3.
- ^{iv} Ebd., S. 9.
- ^v LUL: Informationen für Studieninteressierte (2010), S. 7.
- ^{vi} Spoun: Ein Studium fürs Leben, S. 5.
- ^{vii} Ebd.
- ^{viii} UL: Grundgedanken zur Neuausrichtung der Universität Lüneburg. Erste Grundsatzdiskussion S. 8.
- ^{ix} Spoun: Ein Studium fürs Leben, S. 5.
- ^x Vgl.: LUL: Studierendenwohnheim Anlage, S. 2.
- ^{xi} Ebd.
- ^{xii} Vgl.: ebd.
- ^{xiii} Vgl. ebd.
- ^{xiv} Ebd., S. 4.
- ^{xv} LUL: Studierendenwohnheim Anlage, S. 3.
- ^{xvi} Butler: Kritik, Dissenz, Disziplinarität, S. 29.
- ^{xvii} Derrida: Die unbedingte Universalität, S. 16f.
- ^{xviii} Vgl.: ebd., S. 18.



cambio
CarSharing-Station



www.cambio-CarSharing.de
Telefon 0457 76 95 95



Kein Branding für die Bildung! Der Markenname ›Leuphana‹ früher und heute

von Susanna Dedring und Jasper Kahrs

Ein wichtiger Schritt zur Bildung einer neuen Hochschule nach der Fusion war die neue Namensgebung: aus der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen wurde die *Leuphana* Universität Lüneburg. Doch wo kommt dieser Name überhaupt her? Was ist der Sinn eines solchen Marketingnamens? Und wie ordnen wir das ein? Das soll auf den folgenden Seiten erläutert werden – anhand einer Stellungnahme von 2007 und einer aktuellen Einordnung zweier ehemaliger AStA-Sprecher*innen.

Stellungnahme zur Namensfindung der Universität Lüneburg

Mit der öffentlichen Präsentation der Neuausrichtung am 21.03.07 soll auch der Prozess der Namensfindung abgeschlossen werden.

Dieser Prozess war in dieser Form einer Universität nicht würdig. Die Hochschulöffentlichkeit wurde mit einem von der Hochschulleitung gemeinsam mit einer Werbe-Agentur ausgewählten Namen konfrontiert, den die meisten zuvor noch nicht gehört haben dürften. Wenn sich eine Universität einen Namen gibt, sollte dies gemeinsam mit den Universitätsangehörigen in einem offenen Diskurs erfolgen. Universitäten sind keine Wirtschaftsunternehmen, bei denen eine Werbe-Agentur das ›branding‹ übernehmen kann und sollte.

Fehlende historische Verwurzelung

Die Universität Lüneburg ist kein Standort mit langer Wissenschaftstradition. Die Martin-Luther-Universität mit ihrem Standort ›Leucorea‹ oder die ›Viadrina‹ in Frankfurt/Oder beispielsweise sind seit Jahrhunderten Universitätsstandorte. Sie können daher begründet ihre lateinischen Namen beibehalten. Die Uni Lüneburg wurde erst 1946 gegründet. Ein griechischer Name wirkt daher aufgesetzt. Die eigentliche – und begrüßenswerte – Intention der Hochschulleitung, eine offene, zukunftsfähige Universität zu schaffen, würde mit einem modernen Namen besser unterstützt. In Zeitungsartikeln in der Landeszeitung vom 03.03.07 und 10.03.07 haben sich Prof. Dr. Udolph aus Leipzig bzw. Prof. Dr. Alpers aus Hamburg zum Namen ›Leuphana‹ geäußert. Sie stimmen darin überein, dass *Leuphana* nicht mit Lüneburg gleichzusetzen sei. *Leuphana* ist daher wissenschaftlich umstritten. Es ist zumindest fragwürdig, ob eine Werbe-Agentur im Rahmen eines Pro-Bono-Engagements tiefgehende Recherchen angestellt hat. Fraglich ist auch, warum sich das Präsidium nicht zu den Erkenntnissen der beiden Forscher geäußert hat.

Gedankenverknüpfungen ohne Bezug zu Lüneburg

Der Name ›Leuphana‹ weckt seltsame Assoziationen. Diese sind hochschulöffentlich u. a. in Form von Flugblättern breit diskutiert worden. Der Name ›Leuphana‹ mag international aussprechbar sein, wie die Hochschulleitung betont hat. Im deutschen Sprachraum jedoch hinterlässt er eine Fülle von Assoziationen, die von ›chemisches Produkt‹ bis ›schwere Krankheit‹ reichen.

Name = Erfolg?

Nicht alle Universitäten in Deutschland haben einen Namen. Leipzig, Bremen, Augsburg, Mannheim, Passau und Trier sind nur einige Beispiele dafür. Das Argument der Hochschulleitung, Lüneburg müsste bei der Namensgebung nachziehen, weil ein Name für eine Universität Standard ist, gilt daher nicht. Der Name der Ludwig-Maximilians-Universität München ist international wohl kaum leicht aussprechbar. Die Technische Universität München und die Universität Karlsruhe (TH) verzichteten sogar ganz auf einen Namen. Dennoch wurden diese Universitäten 2006 als Elite-Standorte ausgezeichnet. Diese Beispiele zeigen eindeutig, dass Erfolg auch ohne fragwürdige Namensgebung einzutreten vermag.

Fehlende Beteiligung

Die Entwicklungen der letzten Jahre an den Lüneburger Hochschulen weisen einen hohen Grad an Komplexität auf. Ein Abschluss der Neuausrichtung und des Fusionsprozesses wird der Arbeit der letzten Jahre durch die Art der Namensfindung nicht gerecht. Generell ist es zu befürworten, diesen Prozess von Alt-FH und Alt-Uni mit der Kreierung von etwas Neuem abzuschließen. Das Bild einer Universität, welche nicht nur ein Modell im Bologna-Prozess darstellt, sondern vielmehr ein starker Partner in einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist, könnte hier gemeinschaftlich geschaffen werden. Es wäre anzuregen, ein Motto zu finden, das den zukunftsfähigen Studiengängen an der Uni Lüneburg und dem in der Neuausrichtung zu entwickelnden modernen Studienmodell entspricht. Leider ließ dieser Prozess eine offene und demokratische Diskussion vermissen. Das kreative Potential an der Universität Lüneburg ist vorhanden, um diese zu gestalten. Wie sehen sich die verschiedenen Statusgruppen der Universität selbst? Dies wurde bei der Namensfindung nicht hinterfragt. Nur eines ist leider klar – wir sind *nicht* ›Leuphana‹.

Wir können auf ›branding‹ für Bildung verzichten.

Universitäten sind keine Unternehmen. Wir dürfen unser Leben und Wirken nicht kategorisch in betriebswirtschaftlichen Dimensionen denken. Eine Markenbildung ist daher für Universitäten durchaus verzichtbar. Wenn sich die Universität anstatt einer einfachen Bezeichnung einen Namen geben möchte, dann sollte

dieser auch deren Auffassung von Gesellschaft, Bildung und Forschung widerspiegeln und darf kein Kunstgebilde sein.

Lüneburg, 15. März 2007

Matthias Schröter und Sebastian Heilmann, Studenten der Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg

Was können wir also viele Jahre später zu den Befürchtungen und der Sichtweise der beiden sagen? Fast 11 Jahre nach der Namensgebung ist durchaus feststellbar, dass der Plan des Präsidiums weitestgehend aufgegangen ist: Wenn ich davon erzähle, dass ich in Lüneburg studiere, wird oft nachgefragt: »Ach – an der *Leuphana*?« Der Name wird synonym für »Universität Lüneburg« verwendet. Interessant dabei ist, dass auch laut den Veröffentlichungsrichtlinien der Universität (»Styleguide«) »Leuphana« als Bezeichnung reicht, dass »Universität« also weggelassen werden kann, niemals aber der Markenname. *Leuphana* kann demnach zum »eigenständigen Begriff« werden. Im Niedersächsischen Hochschulgesetz heißt sie trotzdem »Universität Lüneburg« und auch die Stiftung heißt weiterhin »Stiftung Universität Lüneburg«.

Allgemein werden Marken benutzt, um eine Identifikation mit Produkten zu ermöglichen und diese gegenüber anderen abzugrenzen. Genau dies versucht die Uni also mit ihren »Produkten« – z.B. Studienabschlüssen und Arbeitsplätzen. Bei ersterem – der Bildung – wird dies in einer verstärkten Profilbildung sichtbar. Das führte unter anderem zu einer Profilschärfung durch die Abschaffung von Studiengängen, vor allem der Sozialpädagogik. Weiterhin wurden nach angelsächsischem Vorbild »Schools« gegründet, die fakultätsübergreifend das jeweilige Studienmodell bestimmen. Wer am »Leuphana-College« studiert, macht nicht nur einen Bachelor, nein, wir machen einen *Leuphana*-Bachelor. Diese *Leuphana*-Schools tragen die vorrangige Verantwortung der Fakultäten für die Ausbildung in einer bestimmten Wissenschaft an eine zentrale Stelle. Einzigartig bleibt nur der *Leuphana*-Bachelor. Neben den »Schools« wurden aber im Jahr 2010 auch die Fakultäten umstrukturiert, um ein besonderes Profil zu vermitteln. Am deutlichsten wird dies sicherlich an der ersten Fakultät für Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit wird als Alleinstellungsmerkmal immer wieder hervorgehoben. Der wissenschaftlichen Leistung sei damit kein Abbruch getan; ob es allerdings dem Prinzip von nachhaltiger Entwicklung gerecht wird, wenn vor allem Profilbildung damit betrieben wird, ist äußerst fragwürdig.

Für die Arbeitsplätze an der Universität wurde mit baulichen Maßnahmen eine Einzigartigkeit geschaffen. Das Zentralgebäude soll re-

nommierte Wissenschaftler*innen anlocken, die durch ein dortiges Büro dazu gebracht werden sollen, doch lieber nach Lüneburg zu ziehen und sich hier ganz für die Universität einsetzen zu können. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass bei dem Projekt die Wirksamkeit nach außen vor der Nützlichkeit für die ›Universitätsgemeinschaft‹ stand – im Übrigen auch ein schönes Wort, das die Identifizierung mit der Institution in den Vordergrund stellt.

Laut der Stellungnahme 2007 waren die größeren Erfolgsaussichten Teil des Hintergrunds der Namensänderung. Elite-Universität innerhalb der Exzellenzstrategie ist unsere Universität auf jeden Fall noch nicht geworden, wenn auch andere Drittmittel gestiegen sind. Für Studierende und Studieninteressierte haftet das Elitäre aber dennoch am Namen und dem zugehörigen Corporate Design. Der erste Eindruck ist der einer Privatuniversität, erst bei genauerer Recherche auf der Internetseite wird klar, dass es sich um eine ›ganz normale‹ öffentliche Universität handelt. Nicht zuletzt trägt dazu aber auch der Status als ›Stiftungsuniversität‹ bei, der doch recht schwer greifbar ist.

Das Corporate Design umfasst hier natürlich nicht nur den Namen, sondern auch an herausgehobener Stellung das Logo – ein Sechseck mit gegenüber verbundenen Ecken. Dieser Salzkristall ist mittlerweile allgegenwärtig. Nicht nur wurde das Siegel dahingehend geändert – auf jeder offiziellen Veröffentlichung ist er zu sehen. Und seien es nur die A4-Zettel mit Ausschilderungen im Zentralgebäude. Diese Allgegenwärtigkeit ist ein weiterer Beitrag zu dem Versuch, eine hohe Identifikation mit der Marke zu schaffen.

Insgesamt gibt sich die *Leuphana* über eine Marketing-Maschinerie als hippe (Fast-)Elite-Universität. Dass aber zentrale Bereiche dieses Marketings wie zum Beispiel Kultur- und Umweltwissenschaften vorher bereits an dem Universitätsstandort existiert haben, wird gerne ausgelassen. Das zeigt jedoch, dass gute Lehre in Lüneburg auch ohne Markennamen funktionieren konnte.

Das Marketing ist letztlich vor allem eine Reaktion auf einen Standortwettbewerb, in den Hochschulen aufgrund einer künstlichen Verknappung von Gütern hineingezwungen werden. Der Name *Leuphana* ist in diesem Kontext ein Name, der nur notwendig erscheint, weil die Finanzierung der universitären Basis durch gesellschaftliche Mittel nicht mehr gesichert ist. Diese politisch gewollten Voraussetzungen sind wohl kaum der *Leuphana* vorzuwerfen, sie hat sich jedoch bereits bei der Namensgebung durch eine Werbeagentur diesen Voraussetzungen unterworfen, ohne sich der mangelnden Finanzierung von Bildungseinrichtungen entgegenzustellen. Die alte Universität Lüneburg vor der Neuausrichtung der *Leuphana* hatte auch schon mit

Unterfinanzierung massiv zu kämpfen. Damals sind viele – sowohl von Seiten der Student*innen als auch von Seiten der Universitätsleitung – öffentlich für eine stärkere Finanzierung eingetreten. Wenn das aktuell auch stattfindet, dann wohl eher in Einzelverhandlungen oder in Verbänden wie der Hochschulrektorenkonferenz statt auch in der Öffentlichkeit.

Trotzdem ist Branding für Bildung auf jeden Fall gelungen – »Ich studiere an der *Leuphana*«. Wichtig ist nicht mehr, dass ich an der Universität in Lüneburg bin. *Leuphana* kann im Prinzip überall stattfinden. Das, was mit der Namensgebung geplant war, hat also hervorragend funktioniert. Nur ist das leider gar nicht das, was viele sich unter erfolgreichen Bildungsinstitutionen vorstellen. Deshalb benutzen der AStA und das StuPa die Begrifflichkeit nicht. Und auch Dich kann niemand zwingen.

Susanna Dedring war von März 2016 bis Juli 2017, also auch zur Zeit der Einweihung des Libeskind-Gebäudes, als AStA-Sprecherin tätig und ist seit April 2017 studentisches Mitglied des Senats. Schon seitdem sie ihr Studium in Environmental & Sustainability Studies angefangen hat – zwei Semester davon verbrachte sie in Ungarn –, engagiert sie sich in der Hochschulpolitik. ●●●●●●●●

Sebastian Heilmann – Diplom-Umweltwissenschaftler – schreibt derzeit seine Doktorarbeit an der Universität Lüneburg zum Thema ›Nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung in der Energiewende‹. Er war Mitglied verschiedener studentischer Gremien und engagierte sich 2008 als AStA-Sprecher. 2009 gründete er die politische Hochschulgruppe campus.grün Lüneburg mit. Nach Ende seines Studiums war er als hochschulpolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg tätig (11/2011-09/2014). ●●●●●●●●

Jasper Kahrs studierte von 2011 bis 2016 an der Universität Lüneburg Kulturwissenschaften und arbeitet aktuell als Erlebnispädagoge*in. Jasper war während des Studiums gewähltes Mitglied in verschiedenen studentischen Gremien. Neben zweijähriger Mitarbeit im fzs (Dachverband der Student*innenvertretungen) war Jasper von Februar 2015 bis Juni 2016 tätig als AStA-Sprecher*in. ●●●●●●●●

Dr. Matthias Schröter, derzeit als Wissenschaftler am UFZ – Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – tätig, studierte, als er die Stellungnahme verfasste, Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg. Er engagierte sich als Ökologiereferent des AStA und war Gründungsmitglied der grünen Hochschulgruppe campus.grün. ●●●●●●●●

Leuphana und die Wirtschaft - Hochschulfinanzierung in Schlüsselbegriffen

von Julius Flinks, Kevin Kunze,
Natalia Sophie Leipholz, Linda Macfalda

Man könnte fast sagen, dass *Leuphana* ohne wirtschaftliche Verflechtungen gar nicht denkbar sei. Vermeintliche privatwirtschaftliche Verstrickungen waren häufig Gegenstand von Kritik innerhalb der Universität und in der Berichterstattung. Nicht alle Kritikpunkte waren dabei passend oder richtig adressiert. Um Licht ins Dunkel der Hochschulfinanzierung, des Drittmittelwesens und *Leuphanas* ganz eigenen Theme zu bringen, kann man sich an einigen kritischen Begriffen orientieren.

Drittmittel

Für die Finanzierung von Hochschulen und Universitäten sind in Deutschland die Bundesländer verantwortlich. Doch während der Anteil der Grundfinanzierung durch diese sinkt, stammt ein zunehmend größerer Teil der Einnahmen der Hochschulen aus Drittmitteln (2012: 29,2 %).ⁱ Darunter sind alle Mittel zu verstehen, die zusätzlich zum Hochschulhaushalt Forschung und Entwicklung, den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Lehre finanzieren. Dies reicht von projektgebundener Förderung bis hin zur Finanzierung von Stiftungsprofessuren – das sind Professuren, die von Dritten gestiftet werden, statt dauerhaft aus Landesmitteln bezahlt zu werden. Damit können weitere Aufträge verbunden sein, zum Beispiel bestimmte Tätigkeiten für die Stifter*innen.

Der größte Teil der Drittmittel stammt tatsächlich nicht aus der Wirtschaft, sondern von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) (40%) und dem Bund (25%). Die Wirtschaft steht mit 19% erst an dritter Stelle.ⁱⁱ Auch wenn eine Drittmittelförderung gerade von öffentlichen bzw. öffentlich finanzierten Einrichtungen nicht pauschal abzulehnen ist, birgt es doch verschiedene Risiken. Vor allem wird kritisiert, dass Bereiche und Studiengänge, in denen weniger Drittmittel zu erwarten sind, vernachlässigt bzw. sogar geschlossen werden und sich die Universitäten zunehmend auf die ›profitablen‹ Studiengänge und Forschungsbereiche beschränken. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass bei der Berufung von Professoren*innen zunehmend vor allem die Fähigkeit, Drittmittel einzuwerben, eine Rolle spielt und nicht mehr bloß die fachliche Qualifikation oder die Lehrtätigkeit. Des Weiteren ist zu befürchten, dass die

Freiheit von Forschung und Lehre durch die zunehmende Abhängigkeit von externen Geldgebern eingeschränkt wird und finanziell gut ausgestattete Organisationen einen zu großen Einfluss bekommen.

Es sprechen aber auch sehr praktische Gründe gegen eine Hochschulfinanzierung durch Drittmittel. So beansprucht die Bewerbung auf die ausgeschriebenen Forschungsprojekte Zeitkapazitäten, die auch für Forschung und Lehre genutzt werden könnten. Zudem werden selten Projekte gefördert, die nicht in irgendeiner Form Erfolg versprechen. Das wissenschaftliche Prinzip des Ausprobierens und des möglichen Scheiterns findet darin meistens keinen Raum. Weiterhin erhalten sehr wenige Hochschulen einen sehr großen Anteil der staatlichen Fördergelder, sodass besonders kleinere Hochschulen kaum eine Chance haben, größere Forschungsprojekte finanziert zu bekommen.

Förderkreis

Der Förderkreis Leuphana Universität e.V., der seit 2008 besteht, geht auf eine Initiative einiger Lüneburger Unternehmer zurück. Er verfolgt verschiedene Ziele: Neben der Förderung einzelner Projekte und der (Teil-)Finanzierung von (Stiftungs-)Professuren zeichnet der Verein einzelne Wissenschaftler*innen und besondere Leistungen aus und will Stipendien für Studierende der Universität Lüneburg gewähren.ⁱⁱⁱ Einzelne Aktive aus dem Förderkreis haben auch schon Reden zur Erstsemesterbegrüßung gehalten.

Innovations-Inkubator

Aufgrund einiger strukturschwacher Regionen im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg wurde dieser von der EU als sogenanntes Konvergenzgebiet eingestuft und hatte damit Zugriff auf Mittel zur regionalen Entwicklung. Für wissenschaftsbasierte Wirtschaftsförderung erhielt die *Leuphana*, die einzige Universität in der Region, 64 Mio. Euro von der EU, weitere 22 Mio. Euro vom Land Niedersachsen und 12,5 Mio. Euro aus Eigenmitteln, um die symbolische Summe von 100 Millionen Euro zu erreichen. Teile der Mittel flossen in die Realisierung des Leuphana-Studienmodells, dort vor allem in Lehraufträge und Tutorien im Leuphana-Semester und Komplementärstudium sowie in die Startwoche; in den Bau des Zentralgebäudes wurden 14 Millionen investiert, der Großteil jedoch ging in Kooperationsprojekte zwischen Forschung und (mittelständischer) Regionalwirtschaft oder in die Gründungsförderung.

Der Inkubator umfasste in seiner Gesamtlaufzeit von 2009 bis 2015 45 Projekte, die von rund 550 zusätzlich an die Lüneburger Universität gebrachten Forscher*innen geleitet wurden. Aus dem EU-Projekt sind zwölf Firmen entstanden; weitere Gründungen wurden begleitet. Die Nähe zur Wirtschaft wird hier besonders deutlich: Es wurden durch den Inkubator 420 Arbeitsplätze in der Region Lüneburg geschaffen bzw. gesichert. Außerdem nahmen über 8000 Vertreter*innen von Unternehmen an Transfer-Veranstaltungen teil. Das

Team *Regionale Vernetzung* sorgte dafür, dass Wissenschaft und Wirtschaft in der Region zueinander fanden und beispielsweise strategische Partnerschaften und Netzwerke aufbauten.

Den Abschluss im Sommer 2015 bildete eine Veranstaltung, zu der auch Niedersachsens Ministerpräsident Weil, der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise sowie der stellvertretende Generalsekretär der OECD – Stefan Kapferer – geladen waren. Laut *Leuphana* lobten sie das Projekt als »gelungenen Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft«^{iv}. Das wird den Gesamtprojektleiter Holm Keller wohl gefreut haben. Zwei unabhängige Untersuchungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris und des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestätigen den Eindruck: die Erwartungen seien mehr als erfüllt worden. Laut der niedersächsischen Bank wurden mehr als 98 Prozent des Fördervolumens in Anspruch genommen. Aber was kommt nach einer solchen Förderperiode? Viele Wissenschaftler*innen mussten ihren Arbeitsplatz wieder verlassen, da sie nur einen Zeitvertrag hatten – eine gängige Praxis im Hochschulbetrieb, aufgrund des Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das beliebig viele befristete Beschäftigungsverhältnisse erlaubt, solange die Stelle durch Mittel Dritter finanziert wird. Seitens der Wirtschaft soll es immerhin den Wunsch gegeben haben, die im Zuge des Inkubators begonnene Zusammenarbeit weiterzuführen.

kENUP

In der Startwoche 2014 setzten sich die Erstsemesterstudierenden mit dem Thema »demografischer Wandel« auseinander. Das von der *Leuphana* koordinierte Netzwerk kENUP war eng in die Durchführung der Startwoche eingebunden. Sprecher*innen und Juror*innen in der Startwoche gehörten zu Partnern der Universität aus diesem Netzwerk: Darunter gehören namhafte Universitäten wie das MIT oder Harvard, aber auch Mitglieder der Regierung Maltas. Das Netzwerk arbeitete einen beinahe 500-seitigen Antrag aus, um sich auf das EU-Förderprojekt KIC zu bewerben. KIC steht für »Knowledge and Innovation Community«, die Fördergelder wurden vom europäischen Institut für Innovation und Technologie vergeben. Es sollte sich mit großen Fragen auseinandergesetzt werden: »*Wie leben wir gesund und altern als aktive Mitglieder unserer Gesellschaft? Welche Initiativen in Europa können vom demographischen Wandel profitieren?*«^v. Die Vorbereitung des umfangreichen Antrags kostete mehr als zwei Jahre Arbeit, die in Lüneburg hauptsächlich von Holm Keller geleistet wurde. Im Endeffekt konnte kENUP die KIC-Förderung nicht bekommen. Die Entscheidung im Dezember 2014 fiel zu Gunsten von »InnoLife« aus. kENUP fühlte sich damals nicht ausreichend berücksichtigt, es wurde Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt. Dieses Jahr entschied der europäische Gerichtshof, dem Widerspruch zuzustimmen. Die Nicht-Be-

rücksichtigung des kENUP-Konsortium wurde für nicht rechtmäßig erklärt. Auch ohne die KIC-Förderung blieb kENUP jedoch nicht untätig. Eine Stiftung mit dem selben Namen und Sitz auf Malta arbeitet zu verschiedenen Zukunftsthemen, sei es Digitalisierung oder Life Sciences. Mit Holm Keller und Thorsten Kurz hat die Stiftung zwei Vorstandsmitglieder mit Leuphana-Bezug.

Leuphana GmbH

Ende 2015 hat der Stiftungsrat der Universität einer GmbH-Gründung zugestimmt. In der ›Leuphana GmbH‹ will die Universität einige Tätigkeiten bündeln, »aus Gründen der Transparenz, der Haftungsbegrenzung und aus steuerrechtlicher Perspektive«^{vi}, zitiert die Landeszeitung Sascha Spoun. Die GmbH soll zuständig sein für ›Transfer‹, also die Verknüpfung der universitären Arbeit mit der Gesellschaft. Diese Begrifflichkeit wird allgemein vor allem im Kontext von Unternehmenskooperationen genutzt. Die Uni-Firma soll unter anderem Auftragsforschung sowie (Unternehmens-)Beratung durch Hochschulangehörige vermitteln und organisieren. Als Beispielprojekte werden gerne die Firmen der TU Hamburg-Harburg oder der TU München angeführt. Tochtergesellschaft der Leuphana GmbH ist die ›Leuphana Veranstaltungs- und Vermarktungsgesellschaft‹, die vor allem für die Vermietung der Räume im Zentralgebäude für externe Veranstaltungen zuständig ist.

Netzwerke und Nebentätigkeiten

Dem früheren Vizepräsidenten Keller wurde oft vorgeworfen, vor allem Bekannte aus seinen Netzwerken und Nebentätigkeiten zu bedienen, wenn es um Aufträge, Projekte oder Stellen ging, vor allem beim Innovations-Inkubator. Präsident Spoun traf unter anderem die Kritik, er würde seinen Posten im Kuratorium der Haniel-Stiftung nutzen, um Bekannten über das McCloy-Stipendium der Stiftung zum Master of Public Administration (MPA) in Harvard verhelfen, oder besonders gerne Alumni dieses Programms einstellen. Und es gab immer wieder Personen in der Universität und außerhalb, die besonders hellhörig wurden, wann immer Zusammenhänge zwischen Spoun, Keller und neuen Universitätsangehörigen oder Kooperationspartner*innen gefunden wurden.

Ein wichtiger Teilbereich sind Nebentätigkeiten. Bei Beamten dürfen diese beispielsweise 20 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit nicht überschreiten, sie müssen außerdem genehmigt werden. Dennoch können sie aus verschiedenen Gründen problematisch sein. Menschen, die einer Nebentätigkeit nachgehen, haben logischerweise weniger zeitliche Kapazitäten für ihre Haupttätigkeit. Das ist besonders schwierig, wenn zwischen den verschiedenen Tätigkeiten größere räumliche Distanzen liegen. Besonders wenn es Schnittpunkte zwischen der Haupt- und Nebentätigkeit gibt, besteht zudem die Ge-

fahr, dass es zu Interessenkonflikten kommt. Ein Beispiel dafür wäre Holm Kellers Tätigkeit in der Proportion GmbH, die Fertighaus-Villen von Daniel Libeskind vermarkten wollte, in Kooperation mit der Firma Rheinzink. Diese Firma hat die Zinkfassade des Zentralgebäudes gesponsort. Und Libeskind ist bekanntlich dessen Architekt. Dieser Komplex wurde unter anderem vom Landesrechnungshof stark in Frage gestellt.

Das Themenfeld der Vernetzung verlangt eine besonders differenzierte Kritik. Die Wissenschaftswelt ist klein, dass Personen sich kennen, vor allem, wenn sie ähnliche fachliche Hintergründe haben, kommt vor. Ebenso, dass sie schon einmal gemeinsam publiziert haben, oder zeitweise sogar an der gleichen Institution gearbeitet haben. Genauso ist es nicht verwerflich, geeigneten Personen vorzuschlagen, sich auf Stellen oder Professuren zu bewerben. Und Kooperationspartner*innen lassen sich oft nicht einfach über öffentliche, möglichst anonyme, Ausschreibungsverfahren finden. Kooperationen haben oft gemeinsame Erfahrungen und professionelle Vertrauensverhältnisse zur Grundlage – oder zumindest ein gemeinsames Gespräch auf einer der vielen Konferenzen, die man als Wissenschaftsfunktionär*in besuchen kann. Und ist es wirklich angebracht, zu kritisieren, dass die Universität Redner*innen einlädt, die auch im Telefonbuch von Spoun oder Keller stehen?

Bedenklich sind solche Fälle immer dann, wenn sich zeigt, dass es um die Bevorteilung von Personen oder Firmen geht, wenn auch andere hätten berücksichtigt werden müssen, oder wenn es ganz offensichtlich schon beim Zuschnitt von Projekten darum geht, dass Bekannte profitieren. Die freihändige Vergabe von Stellen und Aufträgen kann problematisch sein, genau wie privatwirtschaftliche Interessen von Amtsträger*innen mit Entscheidungsbefugnissen. Völlig ungeeignet dagegen sind halbblinde Google-Suchen von Personen, bloß um sie in irgendeinen Zusammenhang zu stellen. Holm Keller kennt bekannte Leute, die vermutlich relativ unkompliziert eine Rede an der Universität halten konnten, oder hilfreiches Wissen beige-steuert haben. Ja und?

Universitätsgesellschaft

Die Universitätsgesellschaft Lüneburg wurde schon 1987 gegründet. Die dort vertretenen Bürger*innen – vor allem Unternehmer*innen – haben sich vorgenommen, den Dialog zwischen der Universität und anderen regionalen Akteur*innen zu fördern. Nach dem Prinzip des Mäzenentums sollen außerdem Projekte wie die ›Kinderuni‹ gefördert werden. Im Vereinsvorstand sind Unternehmer*innen und Universitätsmitglieder tätig. Vorsitzender ist Klaus Bergmann von der esyoil GmbH, unter deren Adresse auch die Leuphana GmbH erreichbar ist. Die Universitätsgesellschaft hat ihren Sitz auf dem Universitäts-campus, zwei Stockwerke unter dem Präsidium.

Die offensive Profilbildung der *Leuphana* wird hauptsächlich damit begründet, nur so im Wettbewerb bestehen zu können. Ein sichtbares, klares Profil und Alleinstellungsmerkmale erhöhen die Sichtbarkeit, die Assoziation der Universität mit bestimmten Themenfeldern und damit die Chance auf zusätzliche Mittel. 2017 hat die Universität sich auf mehrere große Förderprojekte beworben: das Programm ›Innovative Hochschule‹, das ›Tenure-Track-Programm‹, einen ›Sonderforschungsbereich‹ der DFG zum Thema Digitale Kulturen sowie für die ›Exzellenzstrategie‹. In keinem dieser Programme konnte die Universität einen Erfolg erzielen. In seiner Mail zum Jahresabschluss 2017 formulierte Sascha Spoun seine Bewertung:

»[...] Wir haben dabei viel gelernt.

Wahr ist allerdings auch: die Anstrengungen für die vier genannten Anträge haben am Ende noch nicht die gewünschten Früchte getragen – auch wenn die Leuphana im Einzelnen viel positives Feedback bekommen hat. Dies ist in meiner Wahrnehmung für uns eine wesentliche Nachricht. Denn nach einer sehr innovativen Phase der Universitätsentwicklung in den letzten gut 10 Jahren, die uns diese Potentiale überhaupt erst eröffnet hat, wird es in einem nächsten Entwicklungsschritt der Universität darum gehen, dass aus unserer hoffentlich immer besonderen Universität zugleich eine wird, die von den großen und forschungsstarken Universitäten auf Augenhöhe wahrgenommen werden kann und auch als kleine bzw. mittelgroße Universität Chancen hat, sich – auch gegen große Universitäten – in wettbewerblichen Verfahren durchzusetzen durch ihr besonderes Engagement, ihr attraktives Profil und ihre Innovationskraft.«

Endnoten

- ⁱ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/FinanzenHochschulen2110450127004.pdf?__blob=publicationFile
- ⁱⁱ <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2015-02/wissenschaft-drittmittel-hochschulwatch>
- ⁱⁱⁱ <https://www.leuphana.de/foerderkreis-leuphana/verein.html>
- ^{iv} <https://www.leuphana.de/kooperationen/regional.html>
- ^v LZ (2.10.2014): Wie sieht die Welt 2099 aus?
- ^{vi} LZ (2015): <https://www.landeszeitung.de/blog/lokales/289352-stiftungsrat-der-leuphana-beschliesst-gruendung-eines-unternehmens>

Quellen

- <https://www.leuphana.de/kooperationen/regional.html>
- <http://www2.leuphana.de/univativ/tedx-kommt-an-die-leuphana/>
- <https://www.landeszeitung.de/blog/lokales/292784-uni-hat-keine-foerdermittel-zu-verschenken>
- <https://ug.lg.de/>
- <http://www.taz.de/!5111806/>
- https://www.asta-lueneburg.de/wp-content/uploads/2017/01/sonderausgabe_campusentwicklung_online.pdf#
- <http://www.kenup.eu/>
- <https://www.leuphana.de/news/meldungen/ansicht/datum/2014/10/02/startwoche-2014-imagine-2099-erstsemester-suchen-loesungen-fuer-europas-alternde-gesellschaft.html>





Die bauliche Umsetzung des Unternehmens Hochschule

von Kevin Kunze und Thorben Peters

»Das Audimax ist ein Komplettgerücht«, behauptete Uni-Vizepräsident Holm Keller 2006 gegenüber dem Allgemeinen Studierendenausschuss. Im März 2017 wurde es nach fünf Jahren Bauzeit feierlich eröffnet. Mit gut 37 Metern ragen die sieben Stockwerke mit ihrer silbernen Zinkrüstung beinahe bedrohlich über die rotbackigen Wehrmachtbauten des Campus. Kaum eine Außenwand ist gerade, die Fenster sind nahezu frei von rechten Winkeln und die Architektur sucht ihresgleichen in der niedersächsischen Gebäudelandschaft. Mit sehr wahrscheinlich über 100 Millionen Euro ist dieses Gebäude pro Quadratmeter Nutzfläche teurer als die Elbphilharmonie¹. Die umfangreiche Berichterstattung über ambitionierte Pläne, berechtigte Zweifel und

1
Für die Elbphilharmonie wurden zu Beginn des Projektes 77 Millionen Euro veranschlagt, diesen Preis wird das Zentralgebäude voraussichtlich um mindestens 25 Millionen Euro übersteigen.

oftmals bissige Kritik des letzten Jahrzehnts führt beinahe alle, die auf das Thema stoßen, zur Frage: Wie war das möglich?

Der Kern der Antwort liegt in der sich stetig verschlechternden Grundfinanzierung öffentlicher Güter. Die Reaktion auf die Unterfinanzierung der Hochschulen ist die, welche auch für jeden anderen gesellschaftlichen Bereich gelten soll: mehr Wettbewerb. Aus diesem ergibt sich das Leitbild der ›unternehmerischen Hochschule‹. Der Wettbewerb findet zwischen Hochschulen auf verschiedenen Feldern statt. Beispielhaft seien genannt: Fördergelder für innovative Lehre und exzellente Forschung, die leistungsorientierte Mittelvergabe als Baustein der grundständigen Finanzierung und öffentlichkeitswirksame Rankings, in denen Hochschulen national sowie international um Prestige konkurrieren. Angefeuert wird dieser Wettbewerb durch den Bildungsföderalismus in Deutschland, in dem sich die Bundesländer zueinander auch noch in Standortkonkurrenz befinden. Es ist kein Wunder, wenn Hochschulen zunehmend Arbeit und Geld in die Erarbeitung von Marktstrategien und individuellen Profilen investieren, um in diesem Wettbewerb zu bestehen. Gerade kleineren und mittelgroßen Universitäten bleibt in Konkurrenz zu größeren Hochschulen nur die Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen.

Das Lüneburger Reformpräsidium, bestehend aus Präsident Sascha Spoun und Vizepräsident Holm Keller, hat diese an einer typischen mittelgroßen Universität schnell gefunden: ein neuer Name, pro bono entwickelt von der Werbeagentur ›Scholz&Friends‹, ein Studienmodell, welches sich als einzigartig und individuell verkaufen lässt, Hochglanzmarketing und ein ganz besonderes Leuchtturmprojekt innerhalb des Leuchtturmprojektes Leuphana: das Libeskind-Zentralgebäude.

Vom Kompletterücht zur Zinkfestung – das Bauprojekt in der Öffentlichkeit

In Lüneburg kann man inzwischen weder wohnen noch studieren, ohne zu wissen, dass beim schicken neuen Zentralgebäude der Universität längst nicht alles Zink ist, was glänzt. 2006, kurz nach dem Amtsantritt des Duos Spoun/Keller, war es noch das schon erwähnte ›Kompletterücht‹. 2007, nach einigem Verplappern, war es dann offiziell: Ein Zentralgebäude soll entstehen. Entworfen von Daniel Libeskind, in Zusammenarbeit mit Student*innen in einem Seminar. Kosten: ca. 56 Millionen Euro, Fertigstellung: 2011. Ein Problem der Entstehungsgeschichte: Oberbürgermeister Ulrich Mädge erklärte in seiner Rede zur Eröffnung des Gebäudes, dass er schon im November 2006 mit Spoun, Keller und Libeskind über Gebäudeplänen saß. Das

Seminar fand mehrere Monate nach diesem Termin statt, wird aber immer als Ursprung der Idee präsentiert.

Ursprünglich sollte der Bau in einer öffentlich-privaten-Partnerschaft realisiert werden, zusammen mit einer weitläufigen Umgestaltung des Universitätsgeländes. Entstehen sollten neben dem Zentralgebäude mit Veranstaltungszentrum ein Hotel, ein großes Parkhaus für die Gäste externer Veranstaltungen, ein Ausstellungsgebäude und ein Studierendenwohnheim. Für das Wohnheim hatte die Universität vorgesehen, Credit Point-Anteile so zu verlagern, dass gemeinschaftliche Aktivitäten mit der WG ins Curriculum eingepflegt werden. Wirklich konkret und spruchreif wurden diese Pläne, nie und so einige Gerüchte und Halbwahrheiten nahmen vielleicht auch zu viel Raum, in dem substanzielle Kritik besser untergebracht gewesen wäre. Der Plan des ÖPP-Verfahrens war durch den universitätsinternen Widerstand, vor allem der Studierenden, gescheitert, aber nicht ohne Investitionen in das wettbewerbliche Verfahren zur Suche nach Investor*innen. Dieses Verfahren wurde ohne brauchbares Ergebnis 2010 beendet. Vom Gesamtkonzept blieb nur der Zentralbau übrig. Ein Relikt aus dem ÖPP-Verfahren ist die für den normalen Universitätsbetrieb kaum nötige Gastronomie im Gebäude, genau wie das lächerlich ehrgeizige Vorhaben, durch private Veranstaltungen über Jahre hinweg Baukosten tilgen zu können – um diesen Finanzierungsbaustein umzusetzen, müssten ca. 95 externe Veranstaltungen jährlich stattfinden. Neben der Lehre, universitätseigenen Veranstaltungen wie Forschungskonferenzen und den 30 Veranstaltungen pro Jahr, die Stadt und Kreis zustehen.

Nach einigem Hin und Her, wegen der komplizierten Planung mit etlichen Finanzierungsquellen und durch eine bedrohte Vogelart – die Haubenlerche wurde auch zum Symbol des Widerstands gegen das Gebäude – fand die Grundsteinlegung am 8. Mai 2011 statt. In sengender Hitze standen Politik, Stiftungsrat und Präsidium auf der Bühne in einem Festzelt, beinahe alle mit roten Leuphana-Schals um den Hals, und legten Münzen, Schlüssel und ein kleines Gebäudemodell in den Grundstein – auch dieser natürlich im Libeskind-Design. Dazu wurde ein Ochse gegrillt, laut eines Leserbriefes gab es nicht nur – trotz Nachhaltigkeitsanspruch – keine Alternativen zu diesem, es blieb auch noch jede Menge Ochse übrig.ⁱ Zu dieser Veranstaltung titelte der leuphana-kritische, nicht selten plump-polemische, Blog »Leuphanancial Times«: »Hohepriester der Leuphanatiker weihen neuen Tempel.«ⁱⁱ Kosten zu diesem Zeitpunkt: ca. 60 Millionen Euro. Fertigstellung: 2014.ⁱⁱⁱ

Im Sommer 2013, ein paar Monate nach Antritt der rot-grünen Landesregierung und über ein Jahr nach Baubeginn, platzte dann der



Knoten. Was jahrelang nur (sehr gut belegbare) Befürchtungen waren, immer abgetan als Fantasien von Neidern und Ewiggestrigen, war Tatsache: das Gebäude wird deutlich teurer und der Terminplan kann nicht eingehalten werden. Zu diesem Zeitpunkt holte das Land sich auch Einfluss auf das Projekt zurück. Über die folgenden Monate gab es weitere Prüfungen, Konzepte und Steuerungsmaßnahmen, wie es sie vorher nicht gegeben hat. Kosten zu diesem Zeitpunkt: ca. 76 Millionen Euro. Fertigstellung: August 2015.

Für die Uni ging die unruhige Zeit Anfang 2014 direkt weiter. Die Presse berichtete von der Stellungnahme der Oberfinanzdirektion – die veranschlagten Stehlampen seien zu teuer, Brandmelder und Kabel wurden zu wenige eingeplant. Fast zeitgleich schrieb der Landesrechnungshof: es ist unklar, ob der Abriss des Rohbaus inklusive eines zweckmäßigen Neubaus billiger ist, als das Gebäude fertig zu stellen. Das Land entschied sich fürs Weitermachen – mit strenger Kontrolle. Kosten zu diesem Zeitpunkt: wahrscheinlich mindestens 90 Millionen Euro. Fertigstellung: Ende 2015. Außerdem äußerte Oberbürgermeister Mädge bei der Gebäudeeröffnung noch etwas Überraschendes: den Weiterbau habe ihm Ministerpräsident Stephan Weil vor der Bildung der rot-grünen Koalition in einem Hotelhinterzimmer zugesagt, Anfang 2013. Die offizielle Erklärung des Wissenschaftsministeriums, der Bau werde fortgesetzt, kam über ein Jahr

später, vorgeblich auf Basis einer gründlichen Prüfung.

Im Januar 2015 folgte das Richtfest mit einer aufwändigen Feier. Im Rohbau des Auditoriums versammelten sich 800 Gäste auf Bierbänken, die mit weißen Tüchern bedeckt und mit Sitzkissen bestückt waren. 800 leuphana-rote Sitzkissen, mit Datum, Libeskind's Namen und silbergrauen Linien, die an seine Entwürfe erinnern sollen, bedruckt – als Geschenk an alle Gäste. Für die große Show wurde ein jordanisch-palästinensischer Konzertpianist eingeflogen, der im vorderen Teil des Raumes auf der Bühne spielte. Zur zweiten Hälfte der Veranstaltung sollten sich alle Gäste umdrehen und auf die, von vielen unbemerkte, Bühne am hinteren Raumecke blicken. Dort wurden weitere Reden gehalten und eine Bigband spielte.

Zur Eröffnung Anfang 2017 haben Präsident und Stiftung alle Unterstützer*innen eingeladen: aktuelle und ehemalige Staatssekretär*innen, Mitglieder des Stadtrates, Kreistages und Landtages, etliche Förderer aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, den Ministerpräsidenten, den Chef des Fassaden-Sponsors Rheinzink, Ulrich Grillo², sowie die zu dem Zeitpunkt aktuelle Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić und den früheren Minister Lutz Stratmann. Es fehlte Johanna Wanka, ab 2013 Bundesforschungsministerin, von 2010 bis 2013 Wissenschaftsministerin in Niedersachsen. Sie galt als Gegnerin des Baus und Kritikerin des Präsidiums. Und sie wurde mit keinem Wort erwähnt. Kosten zu diesem Zeitpunkt: wahrscheinlich über 100 Millionen Euro. Fertigstellung: formal erfolgt, der Innenausbau dauere aber noch bis zum Wintersemester an.

Ebenfalls zur Eröffnungsfeier eingeladen waren alle Professor*innen der Universität, inklusive Familien, sowie ausgewählte weitere Beschäftigte. Bei der Eröffnung des Gebäudes waren mehr Kinder von anderen Gästen anwesend als Studierende der Universität – handverlesene zwölf studentische Gremienmitglieder haben eine Einladung erhalten³. Obwohl sie eigentlich hätten im Zentrum stehen müssen, da doch in der Außendarstellung das wichtigste Merkmal der Neuausrichtung der Leuphana-Bachelor ist.

Das in den Augen der Universitätsleitung einzigartige Studienmodell und die verstärkte Profilierung in der Forschung zu Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Entrepreneurship sollen auch nach außen zur Geltung gebracht werden. Neben der Corporate Identity der Leuphana, welche sich nicht nur im Design, sondern auch im restlichen Außenauftritt durch die Werbestrategien ihrer erstaunlich großen Marketing-Abteilung zu profilieren versucht, soll dies baulich zum Ausdruck gebracht werden. Auf der Internetseite der Leuphana heißt es hierzu: »Die Kombination einzelner Maßnahmen hat das Ziel,

2
Ulrich Grillo ist nicht nur Geschäftsführer der Zinkproduzentin Rheinzink, sondern war auch Vorstandsmitglied des Rüstungskonzerns Rheinmetall.

3
Unter anderem weil die schicke Eröffnungsfeier mit etlichen Reden nicht studierendengerecht gewesen wäre, wurde im folgenden Semester eine separate Eröffnungsfeier für Studierende angeboten. Etwas weniger schick, aber ebenfalls mit etlichen Reden.

die langfristigen Ambitionen der Leuphana als außergewöhnliches Studienzentrum, exzellente Forschungsstätte und als bedeutsamen Bildungsstandort zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht dabei die Errichtung des neuen Zentralgebäudes, dessen Entwurf vom Architekten Daniel Libeskind stammt.«

Einzigartig mangelhaft – Schlaglichter auf zehn Jahre Audi-max-Kritik

Daniel Libeskind, übrigens ein guter Bekannter und früherer Geschäftspartner des Uni-Vizepräsidenten Holm Keller, hat der Universität also einen Neubau entworfen. Das heutige Universitätsgelände ist aus einem Konversionsprojekt Anfang der Neunzigerjahre entstanden. Aus einer früheren Wehrmächts- und Bundeswehrkaserne wurde ein Universitätscampus. Libeskind's Bauten funktionieren vor allem im Kontext ihrer Umwelt, seine Architektur bedeutet Dekonstruktion und auch der fast organisch anmutende, zinkverkleidete Libeskind-Bau für Lüneburg, welcher kaum eine gerade Wand oder rechte Winkel zeigt, wird so gerechtfertigt. Eine vielleicht auch notwendige Dekonstruktion der geordneten und symmetrischen Wehrmächtskaserne - von einem jüdischen Architekten. Und nachhaltig soll es sein: Nachhaltige Entwicklung ist einer der größten Schwerpunkte der selbsterklärten ›Universität für die Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts‹, die FAZ nannte sie im Dezember 2014 ›Die grüne Kaderschmiede‹, das Zentralgebäude soll die bauliche Umsetzung des Universitätsleitbildes werden – nachhaltig, humanistisch, handlungsorientiert. Was es aber vor allem ist, ist die weitläufig real und

medial sichtbare Gebäudewerdung der unternehmerischen Hochschule.

4
Im Rahmen seiner Professur, die 2016 auslief, lehrte er ausschließlich im Komplementärstudium, er bot durchschnittlich ein Seminar pro Jahr an, dabei lehrte er nie allein und war in manchen Seminaren nicht einmal die vollständige Lehrzeit anwesend. Alle Seminare hatten die Entwicklung des Campus zum Thema.

Jörg Hillmer, CDU-Politiker im niedersächsischen Landtag, stellte in einer aktuellen Stunde zum Libeskind-Bau fest: »Das ist eine Hochschule und kein Baukonzern«, genau diese eigentlich banale Aussage fasst große Teile der Kritik zusammen. Das Studierendenparlament und der Allgemeine Studierendenausschuss wählten dieses Zitat 2014 als Titel für eine zehneitige Stellungnahme, in der die Verfehlungen bei der Planung des Baus aufgedröselst werden – das nebulöse Finanzierungskonzept, die mangelhafte Planung, der sehr knappe Zeitplan, die fehlende Zweckmäßigkeit des Baus, die undurchsichtige Vergabe der Aufträge und die privatwirtschaftlichen Verquickungen zwischen den verschiedenen Akteur*innen, die am Prozess beteiligt waren. Die Berichte lagen – Whistleblowing sei

Dank – alle vor, sodass die Planungsmängel und Kritikpunkte handfest belegt werden konnten.

Im Rahmen der Teilzeitprofessur ›Architekturentwurf⁴, mit Sonderfinanzierung vom Land, sollte Libeskind den Zentralbau entwerfen. Die Ausschreibung sowie die Berufung waren höchst intransparent, gerüchteweise heißt es, Libeskind sei der einzige Bewerber gewesen, auf eine unzureichend ausgeschriebene Stelle, die mit einem Architekten von Weltrang besetzt werden sollte. Wie passend, dass die Berufung mit einer externen Kommission⁵ stattgefunden hat, deren Mitglieder zu großen Teilen schon mit Libeskind oder der Universitätsleitung bekannt gewesen sein sollen. Berufen wurde er im Juni 2007. Doch fanden sich schon im Februar 2007 problematisch klingende Formulierungen in Gesprächsvermerken zwischen Universität und Ministerium, so wird im Bericht der Anti-Korruptionsbehörde der EU, OLAF⁶, daraus zitiert:

»DL (Daniel Libeskind) als Mitglied der Uni darf nicht als Ersteller der Pläne auftauchen [...] Die Ausschreibung von Architektenleistungen entfällt, wenn es sich dabei um eine universitäre Eigenleistung handelt.«^{iv}

Und schon vorher heißt es, Daniel Libeskind habe »großes Interesse an der Realisierung eines Bauprojektes«^v. Datiert ist dieses Zitat aus einem Protokoll des Präsidiums auf den 9. November 2006 – lange vor dem angeblich so bedeutsamen Seminar in New York. Diese Zitate lassen den Schluss zu, dass die Ausschreibungspflicht nicht regulär entfiel, sondern bewusst umgangen wurde. Wenn die Leistung vor Libeskinds Berufung zum Professor in Lüneburg erbracht wurde, wäre sie wohl keine universitäre Eigenleistung gewesen.

2011 wies der niedersächsische Landesrechnungshof in seiner Prüfmitteilung darauf hin, dass zwischen Libeskind, der Firma Rheinzink und der Proportion GmbH enge privatwirtschaftliche Verbindungen bestanden. Uni-Vize Holm Keller war Geschäftsführer von Proportion, die Firma sollte Fertighäuser im Libeskind-Design vertreiben, mit Fassaden von Rheinzink. Rheinzink sponsort außerdem die Fassaden- und Dachbekleidungen für das Leuphana-Zentralgebäude. Laut Rechnungshof wurde hier der Wettbewerb unterlaufen, in der Prüfmitteilung wird weiter erklärt: »Diese gegenseitigen wirtschaftlichen Interessenlagen – insbesondere unter Beteiligung des Vizepräsidenten der Leuphana – zeichnen ein Bild, dass das geforderte objektive Beschaffungshandeln einer öffentlich-rechtlichen Stiftung in Zweifel ziehen konnte.«^{7 vi}

5

Sog. "externe Berufungskommissionen" werden nicht von einer Fakultät und den einzelnen Statusgruppen, sondern direkt vom Präsidium, im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat, eingesetzt. Sie bestehen aus universitätsexternen Professor*innen, Studierende und Mitarbeiter*innen stellen je ein Mitglied ohne Stimmrecht.

6

Office Européen de Lutte Anti-Fraude

7

In diesem Kontext gab es eine Fußnote in der Prüfmitteilung, in der auf die Antikorruptionsrichtlinie des Landes verwiesen wird, durchaus lesbar als: Würde diese Richtlinie auch für die Stiftungsuniversität gelten, könnte das Korruption sein. 2012 hat die Universität den ASTA und Transparency International Deutschland abgemahnt und zum Schweigen aufgefordert, weil diese in einer gemeinsamen Presseerklärung von Korruptionsvorwürfen sprachen.

Von 2013 bis 2014 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Holm Keller – wegen Untreue und Subventionsbetrug. Es kam jedoch zu keiner Anklage. Keller wird oft nachgesagt, sich sehr geschickt am Rande von juristischen Grauzonen bewegen zu können. Nach Einstellung der Ermittlungen heißt es auf Seiten der Staatsanwaltschaft, Keller könne nicht strafrechtlich belangt werden, womöglich aber zivilrechtlich. Sascha Spoun ließ sich in einer Uni-Pressemitteilung dazu mit »Die Hexenjagd ist vorbei« zitieren, dort wird auch von einer »wochenlangen Medienkampagne gegen die Leuphana«^{vii} geschrieben. Jegliche erhobene Vorwürfe seien vom Tisch. Doch nicht illegal bedeutet nicht gleich legitim, an diesem Punkt gehen die Verständnisse der Universitätsleitung und der etlichen Kritiker*innen allerdings weit auseinander.

Die Universität nahm viel in Kauf, um das Gebäude realisieren zu können. Die Finanzierung hing unmittelbar an der zeitlichen Umsetzung. Es gab Verzögerungen durch Klagen von Nachbar*innen, aber auch aufgrund politischer Unsicherheit bei allen Beteiligten. Bezahlt wird das Gebäude unter anderem von der EU, vom Land und von Stadt und Kreis. Die Auszahlung der EU-Mittel war jedoch davon abhängig, wann fertig gebaut ist, der Terminplan wurde seitens der Politik sehr häufig als »ambitioniert« bezeichnet. Mit der Abnahme des Baus am 31. Januar 2017 machte die Uni eine Punktlandung auf der Deadline. Weitere Finanzierungsbausteine sind der Erlös aus dem Verkauf von Liegenschaften der Universität, in denen zum Zeitpunkt der Eröffnung noch Forschung und Lehre stattfanden. Rechnet man die Flächen gegeneinander, hat die Universität mit dem Zentralbau weniger Fläche als vorher. Klar wird in der Auseinandersetzung mit dem Gebäude vor allem, dass der Entwurf vor der Bedarfsanalyse bestand - wenn es eine solche überhaupt gab. Der Bau wurde gegen jede Zweckmäßigkeit durchgesetzt.

Als die Planungen in der Vergangenheit konkreter wurden, hieß es immer, der Bau sei »bis auf die letzte Türklinke« durchgerechnet. Es werde auf keinen Fall Kostensteigerungen geben. Der Stand von 2011 war, dass die Kosten sich auf ca. 57,7 Millionen Euro belaufen sollten. 2013, während schon gebaut wurde, war dann von 76,05 Millionen Euro die Rede. Schon 2011 hätten ca. 11 Millionen Euro mehr eingeplant werden müssen, laut der Oberfinanzdirektion wurden die Kosten »massiv unterschätzt«. 3,8 Millionen Euro der Differenz zwischen 2011 und 2013 sind auf die Preissteigerungen zurückzuführen, mit denen sich immer entschuldigt wird - diese dürfen in der Finanzplanung nicht berücksichtigt werden. Weitere 3,8 Millionen Euro seien jedoch zusätzliche Nutzer*innenwünsche. Nach der OFD-Stellungnahme hat die Universität Sparmaßnahmen umgesetzt, welche ca.

3,7 Millionen Euro umfassten. Die Endabrechnung soll im Sommer 2018 abgeschlossen sein, es wird von Kostenerwartungen von 100 bis 105 Millionen Euro berichtet – trotz Einsparungen.⁸ Das Land hat seinen Kostenanteil von 21 auf 36 Millionen Euro erhöht. In etwa diese Summe wurde öfter als Kostenpunkt für einen zweckmäßigeren Bau mit gleicher Fläche genannt. Begründet wird die Notwendigkeit des Gebäudes von seinen Befürworter*innen und – so ist es zu hören – von seinen Planer*innen damit, dass in Zukunft viele Universitäten aufgrund des demographischen Wandels geschlossen würden. Wenn aber die Leuphana zum einen durch ihre Einzigartigkeit heraussticht und zum anderen so viele öffentliche Gelder investiert wurden, ja dann gibt es keine Rechtfertigung mehr dafür, die Universität in Lüneburg zu schließen. Diese Deutung des demographischen Wandels ist jedoch fatal, offenkundig realitätsfern und wurde nicht selten als bloße Taktik gedeutet, um Rückhalt für das Projekt zu gewinnen. So ist bisher nicht zu sehen, dass die Zahl der Studienanfänger*innen sinkt – obwohl die geburtenstärksten Jahrgänge schon zu großen Teilen an den Hochschulen angekommen sind und der erwartete Rückgang schon angefangen haben müsste. Das ist eine klare Widerlegung der vormals geschürten Befürchtungen.

Die Landespolitik hat hier jahrelang Augen und Ohren zugehalten, es gab keine ausreichende Projektsteuerung und kaum Kontrolle. Nur so konnte das offensichtlich fehlerhafte Konzept 2011 genehmigt werden. Die Oberfinanzdirektion schrieb dazu Anfang 2013: »Den Planungsstand 2011 als Basis einer Einzelkostenermittlung, mit dem Wissen um diese Planungslücken, im Nachhinein zu rekonstruieren, würde aus Sicht aller Beteiligten in erheblichem Maße Zeit und Mittel binden und käme weitgehend einer Fiktion gleich, deren Aussagekraft gegen null ginge.«^{viii} Erst nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen 2013 gab es Transparenz über die Vorgänge beim Gebäude, die Verfehlungen wurden öffentlich – und sicherlich in Teilen auch erst dann festgestellt. Der Minister Lutz Stratmann und nach ihm Johanna Wanka scheinen ebenso wie der zuständige Staatssekretär Josef Lange ihre Verantwortung nicht ernst genommen zu haben, sonst wäre nicht ein so unzureichender Bau- und Kostenplan durchgewunken worden. Die Mehrkosten konnten so nur noch festgestellt, nicht aber verhindert werden.

Den Bau sowie das Prinzip der unternehmerischen Hochschule verbindet ihre einzigartige Mangelhaftigkeit. Beide zeugen von undemokratischen und intransparenten Verfahren, ihrer Unterfinanzierung, der zweckentfremdeten Planung gegen die Hochschule hin zu Drittinteressen sowie einem einseitigen Verständnis unserer Gesellschaft.

Anspruch und Wirklichkeit

Die nachhaltige Entwicklung ist einer der größten Schwerpunkte der selbsterklärten ›Universität für die Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts‹. Diese soll auch durch das Zentralgebäude symbolisiert werden. Am Anfang der nachhaltigen Entwicklung der Universität stand angeblich das Bedarfsprogramm für ein Zentralgebäude. Es sieht die multifunktionale Nutzung für die Universität, die Stadt und Region als Bildungs-, Kultur- und Kongressstandort vor. Im Sinne eines klimaneutralen Campus wurde zudem besonders Wert auf einen effizienten Umgang mit Strom in Bezug auf die Belüftung, Beleuchtung und Kühlung gelegt. Ein Grauwassersystem macht Regenwasser für die Toilettenspülungen nutzbar, das auf den begrünten Dächern und an der Fassade aufgefangen wird. Die hinterlüftende Zinkfassade reflektiert Wärme und Kälte und hält das Gebäude trocken, was sich positiv auf die Langlebigkeit des Gebäudes auswirken soll. Gegen die nachhaltigen Ziele des Gebäudes ist hierbei nichts zu sagen, im Gegenteil. In Zeiten eines sich zunehmend verschärfenden Klimawandels, ist der klimaneutrale Campus eine beispielgebende Anregung für mehr.

Daniel Libeskind will nach eigener Aussage mit seiner Architektur Orte für Begegnungen, Reflektion und Austausch schaffen. In Zentrum soll hierbei die Frage stehen, wohin wir zukünftig gehen wollen. Unweigerlich verbunden ist dies mit der Frage der gemeinsamen Vergangenheit. Das Zentralgebäude steht daher bewusst im Kontrast zu den Wehrmachtsgebäuden. Es gibt keine vordergründige Vermittlung zwischen dem Vergangenen und dem Zukunftsweisenden in Form von Tafeln, Bildern oder Skulpturen, weil diese Vermittlung durch die Menschen stattfinden soll, die den Ort beleben. In diesem Sinne soll diese Architektur nicht nur ein Haus, sondern ein kulturelles Medium für Geschichte(n) und Inspiration sein. Eine Dekonstruktion der geordneten, symmetrischen, im Faschismus erbauten Wehrmachtskaserne, von einem jüdischen Architekten, dessen Geburtsstadt Łódź von Wehrmachtseinheiten aus Lüneburg bombardiert wurde, hat hierbei einen starken Symbolwert. Leider ging es von Anfang an bei der Planung, Umsetzung sowie Nutzung des Gebäudes nicht um antifaschistische Ambitionen, sondern um extravagantes Hervorragen in einer gesamtdeutschen Hochschullandschaft im Sinne von Wettbewerbsfähigkeit. So bekommt die erinnerungskulturelle Note des Gebäudes einen faden Beigeschmack. Die Menschen, die auf dem Campus studieren, forschen, arbeiten und leben, werden zeigen müssen, ob diese Note eines Tages ins Zentrum des Gebäudes rückt.

Der Verzicht auf rechte Winkel soll nicht nur die Dekonstruktion der

Wehrmatskaserne sein, sondern ebenfalls zum radikalen Umdenken der Wissenschaft anregen. Im Raumgefühl sollen sich Orientierung und Desorientierung beständig abwechseln, da es unserer modernen Lebenswelt entspräche. Wer das Gebäude erkundet, wird feststellen, wie sehr das stimmt. Diese Desorientierung tritt eher nicht bei der wissenschaftlichen Reflektion über die Probleme der Moderne auf, sondern bei der Suche nach dem Seminarraum. Dies liegt nicht nur an der mangelhaften Beschilderung, sondern in der schwer nachvollziehbaren und teilweise in sich verschlungenen Anordnung von Fluren sowie den verschiedenen Fahrstuhlbereichen, die in verschiedene Gebäudeteile führen. Die Re-Orientierung taucht dabei nicht durch die Architektur auf, sondern durch den helfenden Rat anderer. Die Spiegelung der Moderne wird nicht zu einer kritischen Denkanregung, sondern verkommt zur Reproduktion ihrer Orientierungslosigkeit.

Schon der Eingang des Gebäudes lässt Betrachter*innen klein wirken, ragt das Gebäude doch bedrohlich über davor stehende Personen hinaus. Im Inneren des Gebäudes fällt neben der verwirrenden Anordnung der Räume auf, dass es weder praktikabel, noch komfortabel angelegt ist. Die Fenster lassen weniger Licht hinein als vermutet, die Wände sind aus kahlem, grauen Beton und so schräg, dass sich weder Bilder aufhängen noch Schränke sinnvoll aufstellen lassen. Einige Seminarräume haben sogar einen schiefen Fußboden, was entweder dringend gebrauchten Platz verschwendet oder innovative Sitzkonzepte verlangt. Das und die Tatsache, dass der Universität mehr Fläche verloren ging, als sie dadurch gewonnen hat, zeigt trotz multifunktionaler Räume vor allem eines: eine freundliche Atmosphäre, Praktikabilität sowie der Raumbedarf der Universität wurden hier dem Wunsch nach einem einzigartigen Leuchtturmprojekt untergeordnet. Begegnung, Austausch und Reflektion können an anderen Orten des Campus wesentlich besser stattfinden.

Mahnmal einer endenden Zeit

Der neoliberale Zeitgeist verliert zunehmend seine Legitimationsgrundlage, das Konzept der unternehmerischen Hochschule ist offenkundig gescheitert. Beide können der Verantwortung von Wissenschaft zur Lösung der Probleme unserer Zeit nicht gerecht werden. Genauso scheitert auch ihre Architektur an genau diesen Herausforderungen. Der Libeskind-Bau ist nur ein Beispiel und lässt sich in eine traurige Reihe von einzigartigen Gebäuden stellen, direkt neben die Elbphilharmonie und den BER.

Nicht nur Präsident und Vizepräsident mit ihrem neoliberalen Welt- und Menschenbild sondern auch die Politik, die ihre Verfehlungen erst ermöglicht und belohnt hat, stellen dabei das Problem dar. Wären Hochschulen ausfinanziert und tatsächlich demokratisch organisiert, wäre nicht nur eine ausreichende Kontrolle gegeben, sondern auch der vermeintliche Zwang genommen, sich zu profilieren. Alleinstellungsmerkmale wären nie nötig gewesen: eine Schließungsgefahr besteht und bestand sowieso nicht, die Universität Lüneburg hätte allein auf Studium, Lehre und Forschung setzen können und müssen, anstatt auf Zink und Sichtbeton. Die Rechnung des Gebäudes ist hierbei noch immer offen. Unklar ist also noch, ob die Kosten irgendwann auf die Forschung und Lehre zurückfallen werden. Nicht umsonst schließt die Studierendenvertretung ihre Stellungnahme, die in StuPa und AStA jeweils ohne Gegenstimmen beschlossen wurde, mit einer Forderung zum Rücktritt an das hauptamtliche Präsidium – sicherlich in vollem Bewusstsein, dass nicht nur das Gebäude, sondern der Gesamtkurs der beiden Uni-Reformer in diese Misere führen

musste⁹.

9 Nahezu zeitgleich, im März/April 2014, veröffentlichten über 20 ehemalige Studierendenvertreter*innen einen offenen Brief, der ähnliche Schlüsse aus der damaligen Berichterstattung zog.

Aus dem Potenzial eines Ortes der Begegnung, an dem kooperative und verantwortungsbewusste Wissenschaft als gemeinsames Projekt stattfinden könnte, wurde ein Denkmal der Konkurrenz zwischen Hochschulen gemacht. Aus einem bedarfsgerechten Anspruch für Studium, Forschung, Lehre in der Stadt sowie der Region, wird mit Hinblick auf die Aufgabe von anderen Gebäudestandorten ein Opfer an die Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Gebäude war und ist in seiner Gänze weder sinnvoll noch notwendig. Interessanterweise zeigt sich unter

den Universitätsangehörigen nach der Fertigstellung und den ersten Erfahrungen mit dem Gebäude ein deutlich konkreteres Verständnis für die Kritik – und damit auch Unverständnis für offensichtliche Flure, die als ›Unterrichtsraum‹ betitelt sind und allerhand andere Probleme, die nicht bloß Kinderkrankheiten des Neubaus sind, sondern im Entwurf selbst begründet liegen. Nicht selten hört man: Es wäre ein tolles Museumsgebäude, aber für eine Universität wäre ein Schuss mehr Zweckmäßigkeit vielleicht besser.

Jetzt, wo das Gebäude steht, muss trotzdem anders mit ihm umgegangen werden. Es gilt, sich das Gebäude anzueignen, den Anspruch an einen Ort, der faschistische und militaristische Strukturen herausfordert und der Wissenschaft einen Raum zur Entfaltung bieten will, aufrechtzuerhalten und das Gebäude mit der Bedeutung zu füllen, welche im Planungs- und Bauprozess vielleicht aus dem Fokus geraten ist, oder sich wahrscheinlich nie darin befand. Aus der Kritik, den Erfahrungen, Teilerfolgen und Fehlschlägen muss gelernt werden.

Und es muss immer klar sein: noch einmal kann sich die Universität so ein Vorgehen nicht leisten. Der sich wandelnde Zeitgeist wird zeigen, ob das Zentralgebäude ein prestigeträchtiger Leuchtturm für die Umsetzung des unternehmerischen Gedankens im Hochschulbereich sein wird oder aber ein dekadentes Mahnmal einer endenden Zeit.

Der Artikel basiert auf dem Artikel ›Wände, schiefe wie das Finanzkonzept‹ aus dem AStA-Magazin ›Resonanzraum‹ (Ausgabe 1) – geschrieben von Kevin Kunze –, sowie auf dem Artikel ›Bauliche Umsetzung des Unternehmens Hochschule - ›Leuphana‹ als Symptom neoliberaler Hochschulpolitik‹ von Thorben Peters und Kevin Kunze, erschienen in ›Forum Wissenschaft‹ (1/2015) mit dem Titel ›Verfall und Neubau‹ und wurde durch Aktualisierungen ergänzt.

Endnoten

- ⁱ Pack, Yanneck (2011): “Keine Alternative zum Ochsen”. In: Lünepost, 18.05.2011, S. 17.
- ⁱⁱ Leuphanancial Times (2011): <https://leuphanancialtimes.wordpress.com/2011/05/09/hohepriester-der-leuphanatiker-weihe-neuen-tempel/>
- ⁱⁱⁱ Vgl. Leuphana (2011): <https://www.leuphana.de/news/meldungen/titelstories/grundsteinlegung.html>
- ^{iv} OLAF (2013): Abschlussbericht – ERDF-DE-LUENEBURG UNIVERSITY
- ^v Ebd.
- ^{vi} Niedersächsischer Landesrechnungshof (2011): Prüfungsmittelung – Teil I. Maßnahmeprüfung; Zentralgebäude der Leuphana Universität Lüneburg.
- ^{vii} Leuphana Universität Lüneburg (2014), zit. n. Landeszeitung: <https://www.landeszeitung.de/blog/lokales/luneburg/159258-staatsanwalte-stellen-ermittlungen-gegen-holm-keller-ein>
- ^{viii} OFD (2013)

- **Kevin Kunze** (26) studiert nach seinem Bachelor in Wirtschaftspsychologie und Philosophie den Master Kulturwissenschaften in Lüneburg. Zum Baubeginn des Zentralgebäudes 2012 war er AStA-Sprecher, zur Rücktrittsforderung des Studierendenparlamentes an das hauptamtliche Präsidium amtierte er als StuPa-Vorsitz und erinnert sich gerne an die konstruktive Atmosphäre in der vertraulichen Beratung der erwähnten Stellungnahme, in der bis nach Mitternacht die geleakten Berichte gewälzt und Formulierungen verhandelt wurden. Seit 2016 vertritt er die Studierendenschaft im Stiftungsrat der Universität Lüneburg und ist bei den niedersächsischen Grünen als Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft für Hochschul- und Wissenschaftspolitik aktiv.

- **Thorben Peters** (30, Master Bildungswissenschaften) begleitete den Bau im Rahmen seiner AStA-Sprecheramtszeit von 2013 bis 2015 sowie als Mitglied des Studierendenparlament von 2014 bis 2016 in der Universität Lüneburg. Er ist Mitglied von dielinke.SDS sowie der LINKEN und kritisiert noch heute als Kreissprecher der LINKEN Lüneburg die Universitätsleitung für die ausstehenden sowie nicht gedeckten Baukosten, welche potenziell die Forschung und Lehre betreffen könnten.

Zeitstrahl:

Vom ›Komplettgerücht‹ zur 100-Millionen-Realität

2006

Im Jahr der Amtseinführung von Präsident Sascha Spoun und dem ehemaligen hauptamtlichen Vizepräsidenten Holm Keller gibt es das erste Mal Gerüchte über die Planung eines Zentralgebäudes, die seitens der Unileitung stark und immer wieder dementiert werden. Daniel Libeskind – Stararchitekt und späterer Professor in Lüneburg, der Gerüchten nach das Gebäude entwerfen werden soll – wird 2007 ein Seminar in New York geben, das sich u.a. mit der Entwicklung eines Zentralgebäudes beschäftigt. Er trifft sich in Lüneburg ›privat‹ mit Sascha Spoun. Auch mit Oberbürgermeister Mädge sowie der Stadtbaurätin kommt er zusammen, er trägt sich ins Goldene Buch der Stadt ein.



2007

Noch zum Jahresbeginn dementiert Spoun die Pläne für einen Neubau. Doch die Gerüchte bestätigen sich: Libeskind präsentiert, nachdem das Seminar mit Studierenden in New York stattgefunden hat, in seiner Antrittsvorlesung Modelle für ein Zentralgebäude. Der Entwurf beinhaltet das Zentralgebäude auf dem Parkplatz des Vamos, ein Parkhaus und ein Hotel hinter der Ladenzeile, sowie ein Studierendenwohnheim im Bibliotheksgarten und ein Ausstellungsgebäude im Biotop. Eine Baugenehmigung wird eingeholt. Die geplanten Kosten liegen bei 56 Millionen Euro, Fertigstellung soll 2011 sein. Im April berichtet die LZ über eine Vereinbarung zwischen Stadt, Universität und Landkreis: Die Uni sollte mittelfristig deutlich wachsen, Stadt und Kreis 20 Mio. Euro zum Audimax beisteuern, davon 13 Mio. aus dem EU-Fördertopf. Ende des Jahres wird bekannt, dass der Standort Volgershall schließen soll. Der Verbleib der Ingenieurwissenschaften scheint unsicher.



2006

Staatssekretär Lange erklärt Kellers Nebentätigkeiten, u.a. die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Libeskind, für unbedenklich – ein Rücktrittsgrund für den Stiftungsratsvorsitzenden Jens Petersen.

Der AStA deckt auf, dass die geplanten 13 Mio. Euro EU-Gelder nicht einfach so fließen, sondern Teil einer wissensbasierten regionalen Wirtschaftsförderung sein werden – später als Innovations-Inkubator bekannt.

Keller gibt bekannt, dass das Zentralgebäude ein Public-Private-Partnership-Projekt werden soll.

In einer Pressemitteilung der Uni wird erklärt, dass das Zentralgebäude 64 Mio. Euro kosten wird; 13 Mio. Euro davon erhofft sie sich vom Umweltministerium.

Erstmals wird darauf hingewiesen, dass die Haubenlerche durch das Zentralgebäude verdrängt werden könnte.

Im Herbst schließt die Uni mit Stadt und Landkreis eine Nutzungsvereinbarung für 30 Jahre: 30 Veranstaltungen pro Jahr sollen stattfinden. Der Kreistag gibt bekannt, dass er 2 Mio. Euro beisteuert, die Stadt 5 Mio.

2009

Das wettbewerbliche Verfahren zur Suche nach Investor*innen für eine Öffentlich-Private-Partnerschaft beginnt. Ziel ist, 5 Mio. Euro in den Bau des Zentralgebäudes investieren zu lassen, die Kosten der Errichtung von Hotel und Parkhaus sollen vollständig übernommen werden. Der Landesrechnungshof kritisiert die Pläne für den Bau des Zentralgebäudes stark, da die Wirtschaftlichkeit nicht garantiert sei. Der Landtag sagt trotzdem zu, den Bau mit 21 Mio. Euro zu bezuschussen. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan, für den Haubenlerchenkonflikt werden begrünte Dächer vorgesehen.

2010

Das Verfahren zur Öffentlich-Privaten-Partnerschaft wird abgesagt. Das Audimax wird in Eigenregie von der Uni geplant. Die Idee, Hotel, Wohnheim und Parkhaus auf dem Campus zu errichten, wird verworfen. Noch früher wurde auch die Planung eines Ausstellungsgebäudes auf der Fläche des Biotopgartens beendet.



2011

Am 8. Mai 2011 erfolgt dann nach der Baugenehmigung die Grundsteinlegung mit einer vorgesehenen Fertigstellung 2014. Der Landesrechnungshof sieht die Finanzierung als unzureichend gesichert an und empfiehlt eine erneute Prüfung der Ministerien sowie ggf. alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Er kritisiert den Sponsoringvertrag und die Verstrickungen von Keller, Libeskind und der Firma Rheinzink.



2012

Der Bau beginnt. Es gibt eine Baugrube für das Kellergeschoss. Der AStA arbeitet mit ›Transparency International‹ zusammen und wird für die daraus entstehende Pressearbeit von der Uni abgemahnt.



2013

Es kommt zu regelmäßigen Terminverschiebungen und Kostensteigerungen. Daraufhin wird vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur unter rot-grüner Landesregierung eine externe Aufsicht eingesetzt. Im selben Jahr ermittelt OLAF, die Anti-Korruptionsbehörde der EU (welche den Bau mit 14 Millionen Euro unterstützt), und stellt einige Unregelmäßigkeiten in Vergabeverfahren fest. Infolgedessen leitet die Staatsanwaltschaft Verden Ermittlungen gegen Keller wegen Untreue und Subventionsbetrug ein, die aber 2014 eingestellt werden, da keine ausreichenden Beweise für einen Anfangsverdacht vorliegen. Außerdem gibt es eine weitere Prüfung des Landesrechnungshofs, welche die Beratungsleistungen, die die Uni in Anspruch genommen hat, untersucht. Es werden Unregelmäßigkeiten und verfehlte Inanspruchnahmen festgestellt.



2014

Der Landesrechnungshof prüft die Wirtschaftlichkeit des Baus, um zu klären, ob ein Abriss des bestehenden Rohbaus inklusive eines zweckmäßigen Ersatzbaus günstiger wäre. Durch die Enthüllung einer baufachlichen Stellungnahme der Oberfinanzdirektion Niedersachsen werden erhebliche Planungsmängel offengelegt. Es ist unklar, ob ein Abriss oder Zweckbau günstiger wären als der Weiterbau. Das Land entscheidet sich für Letzteres. Diese Dokumente werden, genau wie alle vorherigen Berichte, von AStA und StuPa als so belastend angesehen, dass sie Sascha Spoun und Holm Keller zum Rücktritt auffordern.

2015

Im Januar wird Richtfest gefeiert.

2016

Holm Keller tritt zurück, unter anderem um als Vorstand der KENUP-Stiftung tätig zu sein. Die Universitätsleitung lässt sich aber weiter von ihm beraten.

2017

Bis zur behördlichen Abnahme Ende Januar bestand die Gefahr, dass die EU-Mittel für das Gebäude nicht ausgezahlt würden. Die zugesagten Mittel waren dann sicher, aber es ist öfters von weiteren Kostensteigerungen in der Presse zu lesen. Das Zentralgebäude wird eingeweiht. Zur Eröffnungsfeier sind die Außenanlagen noch nicht fertiggestellt und noch von Bauzäunen umgeben.





**Klein, braun,
unscheinbar -
groß, glänzend,
auffällig:
Haubenlerche vs.
Zentralgebäude**

von Lea Konow

Die Haubenlerche ist wohl das, was von Vogelfreund*innen scherzhaft als k.b.u. bezeichnet werden kann. ›k.b.u.« steht für klein, braun und unscheinbar – eine Eigenschaft, die auf so viele Vögel zutrifft, dass es wohl keine*n überrascht, die Haubenlerche nicht bereits früher wahrgenommen zu haben. Im Alltagsgeschehen auf dem Campus verhält sich der kleine Vogel recht unauffällig und kann von Laien schon mal als zu großer Spatz verkannt werden.

Die Haubenlerche siedelt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der niedersächsischen Landschaft. Seit den 1960er Jahren ist jedoch ein massiver Verlust des Bestandes zu beobachten. Dieser kommt heute nur noch in der Region Hannover, Wolfsburg, Landkreis Hildesheim, Lüneburg, Uelzen, Lüchow-Dannenberg und Gifhorn vor. Insgesamt existie-

ren in ganz Niedersachsen nur noch 80 Paare. Aufgrund des starken Rückgangs findet sich die Haubenlerche seit 2007 nicht nur in Niedersachsen, sondern deutschlandweit auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten.ⁱ



Foto: Matthias Fabian

Doch wem es an vogelkundlerischem Interesse mangelt, wird vor dem Herbst des Jahres 2009 wahrscheinlich wenig von der unscheinbaren Lerche gehört haben. Im Rampenlicht stand der kleine Vogel erst, als der Bebauungsplan für das Unigelände geändert werden sollte. Im Rahmen des Verfahrens zu dieser Änderung zeigte sich bei der Planauslegung durch die Stadtverwaltung, dass hier neue Möglichkeiten für ein Zentralgebäude und ein Hotel geschaffen werden sollten. Das Problem: dort, wo bald neue Gebäude entstehen sollen, wohnte bereits jemand – die Haubenlerche.

Wie bei Nachbar*innen mit gegensätzlichen Interessen nicht anders zu erwarten, kam es auch in diesem Fall zu klischeehaften Auseinandersetzungen – wenngleich der Vogel Naturschutzverbände für sich sprechen ließ und wenig selbstständig tätig wurde. So informierte unter anderem der BUND großflächig über die zu erwartenden Umweltauswirkungen der neuen Campuspläne und weckte damit das öffentliche Interesse. Der Nachbarschaftsstreit schaffte es sogar in

die Medien – denn es gab wenig bessere Themen, als über einen unscheinbar braunen und vom Aussterben bedrohten Vogel im Kampf gegen die böse Goliath-Uni zu berichten.

Unter den Gegner*innen der Umbaupläne wuchs die Hoffnung, dass ein kleiner Vogel das schaffen könnte, was Kritiker*innen mit Argumenten bisher nicht gelungen war: Die Uni in der Umsetzung ihrer Pläne stoppen! Der große Presserummel lohnte sich für den kleinen Vogel, da nun auch der Lüneburger Bauausschuss erneut tätig wurde. Unter den beteiligten Akteur*innen wurde nach zahlreichen Gesprächen schließlich eine Einigung erzielt: Die Uni darf das Zentralgebäude bauen, wenn sie Ausgleichsflächen für die Haubenlerche einrichtet – mit anderen Worten: die Bibliothek, die Hörsäle 1-4, das Parkhaus und das Hotel sollen begrünte Dächer erhalten.

Abgesehen von dem begrünten Hoteldach, das mangels Hotels fehlt, wurden die geforderten Maßnahmen getroffen, das Zentralgebäude gebaut. Welchen Nutzen diese Ausgleichsflächen (gehabt) haben, ist umstritten. Seit dem Medienrummel um die Lerche lebt sie heute sehr zurückgezogen. Inzwischen gilt der Vogel sogar als unbekannt verzogen, da er seit langer Zeit nicht mehr gesichtet wurde.ⁱⁱ

Sofern nicht anders angegeben, beruht dieser Artikel auf dem Artikel »Die Haubenlerche: Kleiner Vogel ganz groß« aus der »Sonderausgabe Campusentwicklung« des Magazins »StA 2.0«

Endnoten

ⁱ Landkreis Lüneburg/ Landkreis Uelzen (2016) Modellprojekt „Haubenlerche in den Landkreisen Lüneburg und Uelzen“ 2015/2016

ⁱⁱ Vgl. ebd.

Lea Konow studiert Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg. Sie ist Mitglied des Öko?-logisch! – des Nachhaltigkeitsreferates des AStA. Einen Text über die Verdrängung der Haubenlerche – dem inoffiziellen Referats-Maskottchen - zu schreiben, war für Lea, die das Öko?-logisch! lange Zeit als Referentin vertreten hat, eine willkommene Herausforderung. ●●●●●●●●





Der Libeskind-Bau der Leuphana- Universität - oder wie sich die Landespolitik hat vorführen lassen

von Victor Perli

Im Jahr 2005 mussten die Universität Lüneburg und die Fachhochschule Nordostniedersachsen fusionieren. Mit dieser nicht unumstrittenen Entscheidung wurde ein Wachstumsprozess der Universität ausgelöst, der rasch in politischen Debatten über den Aus- oder Neubau von Hochschulgebäuden mündete. Die Prognosen zu steigenden Studierendenzahlen taten ihr übriges. In dieser Zeit entstand die Idee des Libeskind-Baus als neues Zentralgebäude der Universität, maßgeblich vorangetrieben vom Präsidenten und Vizepräsidenten der Leuphana.

Die niedersächsische Landtagsfraktion der LINKEN hatte sich ab 2008 ebenfalls für einen Neubau an der Universität in Lüneburg ausgesprochen. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Hochschulen hatte auch in Lüneburg ihre Spuren und

sanierungsreife Gebäude hinterlassen. Das Land Niedersachsen ist seiner Verantwortung lange Zeit nicht gerecht geworden. Das vorgelegte Neubauprojekt haben wir aber dennoch als einzige Fraktion abgelehnt und – in enger Abstimmung mit dem AStA und der Lüneburger Linken – durchgehend kritisch begleitet. Aus guten Gründen, die sich inzwischen weitgehend bestätigt haben.

Der geplante Libeskind-Bau war von Anfang an ein überdimensioniertes Finanzierungsabenteuer. Von 2007 bis zur Fertigstellung des Gebäudes war der mehrfach geänderte Finanzierungsplan durchgehend großen Zweifeln ausgesetzt. Ursprünglich waren Gesamtkosten in Höhe von 58 Millionen Euro angesetzt, die erst auf 72 Millionen, dann auf 89 Millionen und schließlich auf eine Mindestsumme von 92,4 Millionen Euro erhöht wurden. Am Ende sind es bisher doch über 100 Millionen Euro geworden und – allen anderen Behauptungen zum Trotz – führte es zu ungeplanten Mehrausgaben für das Land und die Hochschule.

Diese Entwicklung war frühzeitig absehbar. Der Landesrechnungshof ist mehrfach eingeschritten, kritisierte die Prüfungsunterlagen als »unvollständig und nicht prüffähig«, rügte nicht eingeplante Baukosten von mindestens 30 Millionen Euro und forderte 2013 sogar das Projektende. Das Land musste deutlich höhere Zuschüsse gewähren. Bis heute ungeklärt ist unter anderem die eingeplante Vorsteuererstattung von drei Millionen Euro.

Die Hochschulleitung erwog nach den zunächst öffentlich-privaten Finanzierungsplänen (ÖPP) sogar eine weitergehende Teilprivatisierung, legte fragwürdige Sponsoringverträge vor und plante zwischenzeitlich auch noch ein Hotel ein. Die Europäische Behörde für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermittelte und kritisierte zum einen Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe und zum anderen privatwirtschaftliche Verbindungen zwischen Auftraggeber*innen, Architekt und beteiligten Unternehmen. Öffentliche Leistungen waren nicht öffentlich ausgeschrieben worden.

Diese Entwicklung führte zu heftigen, aber weitgehend folgenlosen Debatten im Wissenschaftsausschuss und im Landtagsplenum. Zwischen 2008 und 2013 hat DIE LINKE fast alle Anträge und Anfragen zu diesem Thema eingebracht. Eine besondere Anekdote ist, dass Wissenschaftsministerin Johanna Wanka den Präsidenten und seinen Vize zu einer Landtagssitzung nach Hannover zitierte, um für die Beantwortung einer dringlichen Anfrage im Landtagsplenum gerüstet zu sein. Die beiden folgten der Debatte gemeinsam mit Ministerialbeamt*innen aus einem Nebenraum, mehrfach wurden Notizzettel in den Plenarsaal gebracht. Auf die Frage nach den privatwirtschaftlichen Verflechtungen der beteiligten Akteur*innen und ihren Ne-

bentätigkeiten im Zusammenhang mit dem Libeskind-Bau, reagierte Wanka dünnhäutig und zugleich selbstentlarvend: »Das muss ich nicht wissen, und das weiß ich auch nicht.«

Das Wissenschaftsministerium hat als Aufsichtsbehörde frühzeitig die Kontrolle über das Verfahren verloren. Flankiert wurde diese Entwicklung einerseits durch die rechtliche Konstruktion der Leuphana als Stiftungsuniversität. Die Universitätsleitung konnte weitgehend frei agieren, der Stiftungsrat und das Land wollten bzw. konnten keine wirksame Kontrolle ausüben. Andererseits haben die CDU/FDP-Mehrheitsfraktionen im Landtag auch kein besonderes Interesse an den Tag gelegt, um die Risiken für das Land und die Steuerzahler*innen einzugrenzen.

Es ist deshalb nicht sehr glaubwürdig, wenn der FDP-Abgeordnete Christian Grascha im Dezember 2016 von einem »Fass ohne Boden« spricht, dem Finanzplan der Universität »zu viele Unwägbarkeiten« vorwirft und den Entzug der Bauherreneigenschaft fordert. Wenige Jahre zuvor, als die FDP noch der Landesregierung angehörte, hat derselbe Abgeordnete vergleichbare Wortmeldungen (auch des Autors dieses Artikels) brüsk zurückgewiesen.

Vor Ort wurde die Opposition zum Projekt im Wesentlichen von engagierten Studierendenvertreter*innen, einzelnen Lokalpolitiker*innen wie Michèl Pauly und einzelnen Senatsvertreter*innen gebildet. Der AStA der Universität Lüneburg legte während der Auseinandersetzung beachtliche Expertisen vor, die immer wieder Eingang in die Parlamentsdebatten fanden.

Im Landtag forderte die Linksfraktion am 20. Oktober 2010 einen Planstopp: »Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung die Realität anerkennt und ihr Finanzierungsabenteuer beendet. Es darf nicht sein, dass das Land und die Hochschule von einem privaten Betreiber und einer unbekanntem Stiftung langfristig an hohe Betriebskosten gebunden werden. Wir fordern eine Überarbeitung der überdimensionierten Pläne und einen Verzicht auf die Teilprivatisierung des geplanten Zentralgebäudes.« Wenige Tage später kritisierte die damalige hochschulpolitische Sprecherin der Grünen Gabriele Heinen-Kljajić: »Mit immer neuen, windigen Ideen versucht die Uni-Leitung, auf Biegen und Brechen den umstrittenen Libeskind-Bau zu realisieren.«¹ Die Landtags-SPD übte demgegenüber meist nur Detailkritik und wollte sich in dieser Frage auch nicht mit dem Lüneburger Oberbürgermeister und lokalen SPD-Granden anlegen. Einzig ihre Wissenschaftspolitikerin Gabriela Andretta forderte – allerdings erst 2013 nach der x-ten Kostensteigerung – den Ausstieg aus dem Vorhaben.

Dennoch haben SPD und Grüne das Projekt nie grundsätzlich in Frage gestellt. Deshalb war es auch kein Wunder, dass die Grüne Heinen-Kljajić das Projekt ab 2013 als Wissenschaftsministerin bis zum Ende begleitete und bei der feierlichen Eröffnung gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) lobende Worte sprach.

Die Kritiker*innen des Projekts haben mit ihrem Verweis auf die unhaltbare Finanzierungsplanung Recht behalten. Wenn man auf sie gehört hätte, wären der Hochschule und den Steuerzahler*innen hohe zusätzliche Kosten erspart geblieben. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die Hochschulleitung den Vorwurf eines überdimensionierten Prestigebaus langfristig ausräumen kann. Fraglich ist auch, ob Politik und Öffentlichkeit aus dieser Geschichte Lehren ziehen. Denn selbst das der niedersächsischen Metallwirtschaft nahestehende Politikmagazin »Rundblick Niedersachsen« schlussfolgerte rückblickend: »Ständig schien es so, dass die Uni-Leitung ganz bewusst bis an die Grenzen der Zumutung ging – im festen Glauben, dass die Politik es nie wagen würde, die ganze Sache scheitern zu lassen. Dieser Glaube war wohl berechtigt.«ⁱⁱ Fest steht nichtsdestotrotz, dass die intensive Auseinandersetzung mehrerer Generationen engagierter Studierender der Leuphana Universität maßgeblich dazu beigetragen hat, eine größere Öffentlichkeit herzustellen und eine kritische Auseinandersetzung an der Uni, in Stadt und Landkreis und im Niedersächsischen Landtag zu fördern. Dafür gebührt allen Beteiligten ein großes Dankeschön.

Endnoten

ⁱ Pressemitteilung vom
29.10.2010

ⁱⁱ Artikel vom 12.3.2017

- **Victor Perli** (35) war von 2008 bis 2013 niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Er hat sich in dieser Zeit als hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE sehr kritisch mit den Planungen für das neue Zentralgebäude der Lüneburger Universität auseinandergesetzt und frühzeitig vor der Kostenexplosion gewarnt. Generell sind ihm gute Lehre und Forschung wertvoller als teure Prestigebauten. Perli ist studierter Politikwissenschaftler und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen.

WIE SICH DIE LANDESPOLITIK HAT VORFÜHREN LASSEN





Nachhaltigkeit: Ein gelebtes Handlungsprinzip an der Leuphana?

von Lisa Habigt und Jonas Korn

»Die Leuphana beschreitet den Weg der Nachhaltigkeit in Forschung, Bildung, gesellschaftlicher Partizipation und im Campus-Betrieb.«ⁱ

So zumindest steht es auf der Homepage der Universität geschrieben. Da wird nicht tief gestapelt. Die Universität sucht nicht etwa Wege zur Nachhaltigkeit. Nein. Sie beschreitet schon den Einen. Doch was genau heißt das?

2008 setzte sich die Universität in ihrem Entwicklungsplanⁱⁱ das Ziel, eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete und als solche anerkannte Universität zu werden und den meisten Student*innen in Lüneburg wird es sicherlich wichtig sein, dass sich ihre Uni für Nachhaltigkeit einsetzt und eine Vorbildfunktion in dieser Hin-

sicht einnimmt. Aber woran machen die Autor*innen dieses Zitats fest, was nachhaltig ist und was nicht? Und wie stellen sie fest, dass die Universität dem entspricht? Zumindest in den Vorlesungen und Seminaren zum Thema Nachhaltigkeit wird schließlich immer betont, wie schwer eine Definition der Nachhaltigkeit ist, geschweige denn ihre Umsetzung.

Im Nachhaltigkeitsbericht der Universität Lüneburgⁱⁱⁱ lässt sich einiges zu diesen Frage finden. Hier erfährt man etwa, dass die Universität im Bereich Bildung ihre Nachhaltigkeit an der regelmäßigen Qualitätsprüfung der Studienprogramme, der Gestaltung des Leuphana-Semesters, der Möglichkeit, Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften zu studieren, und dem studentischen Engagement festmacht. Oder auch, dass im Bereich Forschung beispielsweise das Bekenntnis der Universität zu den Standards guter wissenschaftlicher Praxis, die partizipative Forschung, die Handlungsorientierung und die Internationalisierung als nachhaltig erachtet werden. Im gesellschaftlichen Bereich ist dann vor allem noch die Förderung von Unternehmensgründungen zu nennen. Außerdem werden die Nutzung von erneuerbaren Energien, Stromeinsparungen, Gender-Diversity-Zertifikate und Frauenquoten aufgeführt.

Das klingt schon sehr umfassend, aber während unseres Studiums der Nachhaltigkeitswissenschaft haben wir vor allem eines gelernt: über Nachhaltigkeit wurde und wird viel geredet – in den wichtigen Bereichen (Umweltzerstörung, Armut, Klimawandel etc.) zeigen sich bisher trotzdem keine nennenswerten Verbesserungen. Ein kritischer Blick lohnt sich also.

Wenn man sich derartige Nachhaltigkeitsberichte einmal oberflächlich anschaut, fällt zunächst auf, dass entgegen der vielerorts betonten Vielfalt an Nachhaltigkeitsdefinitionen überraschende Einigkeit darüber herrscht, was nachhaltig ist: erneuerbare Energien beispielsweise sind nachhaltig. Seit 2012 wird die Uni zu 100 Prozent mit Ökostrom versorgt, seit 2014 auch durch Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden am Campus. Außerdem wird das Sportstudio mit Solarthermie und der Hauptcampus mit Biomethan beheizt.

Auch Bildung, ob in Form von Bildung für nachhaltige Entwicklung, einem Studium oder Weiterbildung, ist nachhaltig. Alle Bachelor-Student*innen der Universität müssen durch das Leuphana-Semester und sich darin mit Problemen der Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Darüber hinaus kann man in Lüneburg im Bachelor, im Master und im Promotionsstudium Studienprogramme mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit belegen. Auch die persönliche und fachliche Weiterqualifizierung der Mitarbeiter*innen wird an der Universität gefördert, so dass seit 2010 die Weiterbildungsstunden kontinuierlich ansteigen.

NACHHALTIGKEIT: EIN GELEBTES HANDLUNGSPRINZIP AN DER LEUPHANA?

Oder auch Partizipation ist nachhaltig. Kooperationen mit der Wirtschaft und die Beteiligung anderer Akteure aus der Gesellschaft an der Forschung in Lüneburg sollen die Wirkungskraft der Universität in die Gesellschaft tragen. Dafür werden an der Uni mehrere transdisziplinäre Forschungsprojekte durchgeführt, und seit 2013 verfolgt sie im Rahmen eines vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Projektes eine Gesamtstrategie Entrepreneurship, die eine Gründungskultur in der Universität verankern soll.

Solche und ähnliche Maßnahmen findet man häufig in Nachhaltigkeitsberichten und auch die Universität Lüneburg stellt diese unter anderem als ihre konkreten Beiträgen zur Nachhaltigkeit dar. Und die Leser*innen des Nachhaltigkeitsberichts werden das wohl auch so sehen (müssen).

Damit wären wir wieder bei der anfänglich aufgeführten Problematik: es kommt auf das grundlegende Verständnis von Nachhaltigkeit an. Erneuerbare Energien beispielsweise haben zwar ohne Zweifel bestimmte Vorteile gegenüber Atomstrom oder aus Kohle gewonnener Energie, jedoch stellen sie nicht Strom zum ›Nulltarif‹ her: auch sie benötigen verschiedenste (nicht erneuerbare) Ressourcen, wie seltene Erden oder Landfläche, deren Nutzung schon jetzt sowohl zu sozialen als auch ökologischen Problemen geführt hat.^{iv v}

Grundsätzlich kann Nachhaltigkeit als eine mögliche zukünftige, vielleicht niemals erreichbare, sondern nur anzunähernde Gesellschaftsformation, also als Utopie verstanden werden, oder darunter alles gefasst werden, was eine Abkehr von zerstörerischen Lebens- und Produktionsformen verspricht, also als Weg zu weniger CO₂, weniger Naturzerstörung, mehr sozialer Gerechtigkeit usw. Beide Ideen von Nachhaltigkeit können noch beliebig ausdifferenziert werden.

Deutlich sollte sein, dass es um tatsächliche sozial-ökologische Veränderungen geht und nicht nur diskursiv bestimmte Handlungen oder Produkte mit moralischen Werten aufgebläht werden. So sind etwa die vorgeblich ›ökologischen‹ Lebensstile gerade unter den besser gebildeten Menschen, wie Student*innen, besonders häufig zu finden. Sie gehen jedoch zumindest im deutschsprachigen Raum oft einher mit einem höherem Einkommen, einem dementsprechend höheren Konsum und größerem ökologischen Fußabdruck verglichen mit dem der gesellschaftlichen, weniger gebildeten (und konsumorientierten) Basis.^{vi}

Und mit der Partizipation ist das auch so eine Sache. Aus emanzipatorischer Sicht ist es sicherlich erstrebenswert, alle Betroffenen gleichberechtigt in den Entscheidungsprozess zu einem spezifischen Problem mit einzubeziehen. Die Gleichberechtigung wird aber vielfach durch verschiedenste Umstände untergraben, etwa durch unter-

schiedliche Ressourcenausstattung wie Zeit, Geld oder Bildung. Und selbst wenn alle Betroffenen gleichberechtigt eine bestimmte Entscheidung treffen, bleibt die Annahme, dass diese auch nachhaltige Ergebnisse zur Folge hat, bis heute eine Behauptung, für die es keine Belege gibt.^{vii}

Wenn derartige Problematiken der Nachhaltigkeitsdebatte im Nachhaltigkeitsbericht einer Universität nicht aufgegriffen werden, macht das mindestens skeptisch. Natürlich, ein Nachhaltigkeitsbericht dient vor allem der Außendarstellung, da sind Kritikpunkte nur erwünscht, um Glaubwürdigkeit herzustellen, nicht um das Gesamtbild zu schädigen. Und beim Thema Nachhaltigkeit ist die Darstellung als Vorbild vor allem für die kleinen Universitäten besonders wichtig. Abseits der attraktiven Großstädte und selten durch akademische Glanzleistungen bestechend müssen sie im Konkurrenzkampf um Student*innen und Mitarbeiter*innen hier besonders punkten.^{viii} Dass dies auch für die Universität Lüneburg ein wichtiger Faktor war, wird in den Dokumenten zur Neuausrichtung von 2006 deutlich.^{ix}

Wir möchten der Universitätsleitung damit allerdings nicht unterstellen, dass sie sich dem Thema Nachhaltigkeit nicht ernsthaft und vollen Herzens verschrieben hat. Wir denken aber, dass sie dabei den vorherrschenden Argumentationsmustern in der Nachhaltigkeitsdebatte folgt, die am Kern der Problematik vorbeigehen und so bisher eine nachhaltigere Gesellschaft verhindert haben. An den Themenfeldern des Nachhaltigkeitsberichts der Universität lässt sich das gut zeigen: es geht vor allem um Effizienz. Man verbessert die Qualität der Studienprogramme, um mehr Wissen in der gleichen Zeit zu vermitteln. Man fördert studentisches Engagement, um breiter ausgebildete Student*innen hervorzubringen. Man fördert die Partizipation von Praxisakteur*innen, um effektivere Lösungen zu finden. Man spart Strom und bietet dennoch gleichbleibende Leistung. Man baut ein zwar energieeffizientes aber in seinem Design wenig zweckmäßiges, neues Zentralgebäude für mehr Prestige, was langfristig bessere Student*innen und Mitarbeiter*innen anlockt. Man fördert die Gesundheit, Motivation und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter*innen für »ein gesundheitsförderndes Betriebsklima, welches die Basis für die Leistungsfähigkeit und Kreativität der Hochschulmitglieder ist«. Hier droht Nachhaltigkeit zum reinen Instrument im Wettbewerb zu verkommen, zum bloßen Anreiz für mehr Effizienz und Leistungsbereitschaft der involvierten Individuen, zum Zwang zu Selbstoptimierung im Namen des Allgemeinwohls.

Es ist der Kontext, der solche und ähnliche effizienzorientierte Nachhaltigkeitsmaßnahmen wirkungslos oder sogar destruktiv werden lässt. Erneuerbare Energien im Kontext einer Wachstumsgesellschaft

NACHHALTIGKEIT: EIN GELEBTES HANDLUNGSPRINZIP AN DER LEUPHANA?

verschieben beispielsweise die Probleme nur, denn sie ändern nichts an der Dynamik: möglichst hohe Einnahmen mit möglichst wenig eigenen Kosten erzielen, um im Konkurrenzkampf zu bestehen – das geht immer zu Lasten von Mensch und Natur. Denn was kostet unsere ›Nachhaltigkeit‹ eigentlich die Menschen des globalen Südens? Ihre Gesundheit? Ihre Lebensgrundlage? Auch in Sachen Nachhaltigkeit gut ausgebildete Student*innen konsumieren vielleicht nachhaltigere Produkte und stehen im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt besser da, das ändert aber nichts am prekarierten Arbeitsmarkt und wahrscheinlich auch nichts an ihrem ökologischen Fußabdruck. Wenn man genauer hinschaut, verpuffen so nicht die Nachhaltigkeitsmaßnahmen der Universität durch sie überlagernde und nicht angesprochene Praxen und die (in-)direkte Aufrechterhaltung der grundlegenden Probleme?

Dass die Universität Lüneburg mit keiner ihrer Nachhaltigkeitsmaßnahmen dem Effizienzgedanken widerspricht, ist eine Sache. Dass manche dieser Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit als durchaus fragwürdig in ihrer Wirkung betrachtet werden können, wirft hingegen grundlegendere Fragen auf. Zu leicht bleiben schließlich Analyse, Kritik und praktische Maßnahmen an der Oberfläche. Aber darunter sind die eigentlichen Probleme auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, und sie sollten angesprochen und Lösungen gefunden werden. Und in den vielen Jahren, die sich die Universität nun schon dem Ziel der Nachhaltigkeit verschrieben hat, hätte zumindest ein Anfang hierzu gemacht werden können.

Lisa Habigt und **Jonas Korn** studieren Nachhaltigkeitswissenschaft an der Universität Lüneburg und haben bereits in einem Seminar gemeinsam kritische Perspektiven auf den dominanten (und gerade an der Leuphana vertretenen) Nachhaltigkeitsdiskurs entwickelt. Beide schreiben sie gerade ihre Masterarbeiten, Lisa dabei schwerpunktmäßig zur Kritik an den transdisziplinären Nachhaltigkeitswissenschaften und Jonas im Kontext des Diskurses um imperiale Lebens- und Arbeitsweise. ●●●●●●●●

Endnoten

- ⁱ Leuphana Universität Lüneburg (2017): Nachhaltige Entwicklung, URL: <http://www.leuphana.de/universitaet/nachhaltigkeit.html>, abgerufen am 16.11.2017
- ⁱⁱ http://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/INTRANET/projekte/entwicklungsplanung/files/Entwicklungsplangeschlossen/Entwicklungsplan_final_080710_fuer_Intranet.pdf
- ⁱⁱⁱ Leuphana Universität Lüneburg: Schritte in die Zukunft - Nachhaltigkeitsbericht 2015. Online verfügbar unter: https://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/uniprojekte/Nachhaltigkeitsportal/Nachhaltigkeitsbericht/files/Leuphana_Nachhaltigkeitsbericht.pdf, abgerufen am 16.11.2017
- ^{iv} acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften (Hrsg.). Rohstoffe für die Energiewende: Wege zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung. Berlin: acatech; 2017.
- ^v Paech, N. (2012): Grünes Wachstum ohne Happy End. In Forum Wissenschaft, Vol. 2: 13-16
- ^{vi} Brunner, K. (2014): Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit. Wien: Arbeiterkammer. Online verfügbar unter: http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/varueckblicke/Working_Paper_Nachhaltiger_Konsum.pdf
- ^{vii} Newig, J., Fritsch, O. (2011): Ökologische Nachhaltigkeit durch zivilgesellschaftliche Partizipation? Zum Stand der Debatte in der internationalen Literatur. In: Handler, M., Trattnigg (Hg.): Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung. Chancen. Grenzen. Herausforderungen. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Online verfügbar unter: www.partizipation.at
- ^{viii} Caspers, D., Sommer, S. (2013): Nachhaltigkeit an Hochschulen - Deutschlands Unis ergrünen. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/nachhaltigkeit-an-hochschulen-deutschlands-unis-ergruenen-12021158.html> [13.11.17]
- ^{ix} Steinert, D. (2012): Institution und Subjekt in der neoliberalen Gouvernamentalität – Eine Diskursanalyse der Selbstdarstellung der Leuphana Universität Lüneburg. Diplomarbeit, Lüneburg.
- ^x Nachhaltigkeitsbericht

NACHHALTIGKEIT: EIN GELEBTES HANDLUNGSPRINZIP AN DER LEUPHANA?





Die Schließung von Sozialpädagogik: »Wir sollten Stunk machen«

von Heika Hoja

Mittlerweile wissen Studierende nicht mehr, dass es einmal möglich war, Sozialwesen/Sozialpädagogik an der Universität in Lüneburg zu studieren, auf Bachelor, und um mit diesem Abschluss in eine berufliche Praxis der Sozialen Arbeit zu gehen. Bis 2008 herrschte in Lüneburg sogar ein doppelter Betrieb an Studiengängen der seinerzeit frisch mit der Fachhochschule fusionierten Universität. Lüneburg und das Umland sind für seine Vielzahl sozialer Einrichtungen bekannt und bieten sichere Arbeitsplätze für Absolventen der sozialen Studiengänge. An den Erstsemestern wurden sogar zeitweise Auswahlgespräche erprobt, die seinerzeit als Innovation für den Standort galten. Der Ruf des Lüneburger Sozialwesens eilte ihm landesweit voraus. Leider gibt es Sozialwesen/Sozialpädagogik seit Sommer 2008 nicht mehr.

Auch wenn es damals heiß herging, will sich nach all den Jahren kein Zorn bei den alten Aktivisten mehr regen: Schließlich waren ihnen die Arbeitsplätze sicher. In Suderburg wurde an der Ostfalia ein Ersatz geschaffen: In Lüneburg gibt es nur noch einen Aufbaustudiengang für Erzieherinnen und einen Master, den man aufgrund der Größe fast übersehen könnte. In der Metropolregion kommt das Angebot verfügbarer Kräfte aber nicht mehr der Nachfrage hinterher. Bis heute ist daher nicht verständlich, warum der Studiengang geschlossen wurde. Sicher ist nur, dass Hochschulleitungen seit der niedersächsischen Studienreform die Möglichkeit zur Schließung von Studiengängen haben. Dieser Möglichkeit kam das neu gewählte Präsidium 2008 nach.

Schon ein Jahr zuvor, im Mai 2007, zeigte sich, dass die Studierenden des Studiengangs Sozialarbeit/Sozialwesen mit dem neuen Präsidenten der Leuphana nicht Freunde werden würden: Der Präsident war in ihren Räumen im Rotenbleicher Weg zu Besuch. Die Fachschaft Sozialwesen empfing ihn mit dem Problem, in überfüllten Seminaren studieren zu müssen, und erwartete dafür eine Lösung. Der seinerzeit junge Präsident war sichtlich überfordert von der Gruppe Studierender, die selbstbewusst ihre Forderungen vortrug. Er wurde von Professor*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen deshalb sogar in Schutz genommen. Der Präsident gab offen zu, der aktuelle Jahrgang wäre zu groß. Sozialwesen müsse diese »Erbsünde« nun abtragen. Was er damit meinte, verstand leider kaum jemand in Deutschlands evangelisch geprägtem Norden. Die Studiengangsleitung sprach schnell von einem sinkenden politischen Engagement seit Sommer 2006, denn seinerzeit war eine studentische Kampagne gescheitert, die frisch eingeführten Studiengebühren auf einem Treuhandkonto zu verwahren und damit zu verhindern. Für die »SozPäds« aber, wie man sie schlicht nannte, war der letzte »Summer of Resistance« noch nicht vorbei.

Die »SozPäds« hielten eine rege informative Vollversammlung mit ihrer Fachschaft ab. Im November 2007 verdichtete sich der Eindruck der Kommilitoninnen und Kommilitonen, dass etwas nicht stimmte: »Der Zukunftsplan für unseren Studiengang hat Armutsforschung einfach gestrichen, und es passt zu unserer Hochschulleitung, dass es sie nicht interessiert, dass man sich für Menschen interessiert, die am Existenzminimum leben«, beklagte sich ein Fachschaftssprecher. Das war noch lange nicht alles, denn eine Pensionierungswelle erfasste sechs Dozentinnen und Dozenten, für die es keinerlei Nachbesetzung geben sollte. Eine Professorin fügte sogar an Ort und Stelle hinzu, auch Migration als Forschungs- und Arbeitsbereich werde einfach abgeschafft – im Rückblick auf die folgenden Jahre eine geradezu

törichte Entscheidung. Wie gut, dass der Präsident wieder einmal einen Besuch bei der Fachschaft Sozialarbeit/Sozialpädagogik einlegte. Man reservierte kurzerhand die Aula im Roten Feld, die schon für allerhand Theateraufführungen genutzt worden ist. »Wir sollten Stunk machen.«

Am 20. November war aufgrund der geöffneten Fenster 200 Meter weit im Roten Feld zu vernehmen, dass in der Aula so richtig etwas los war. Vorne saß entspannt die Fachschaftssprecherin. Anders als sämtliche Männer im Raum brauchte sie kein Mikrofon, als sie fragte: »Wer von Euch fühlt sich verarscht?« Drei Viertel der Anwesenden hoben die Hände und machten dem Präsidenten damit klar, dass seine Hochschulleitung aus ihrer Sicht deutlich an Transparenz und Teilhabe vermissen ließ. Da man des Präsidenten Worte ohnehin nicht hören wollte, ließen die Studierenden der Fachschaft ihn im Beisein der verzweifelten Studiengangsleitung auch gar nicht erst zu Wort kommen. Sprechchöre erschallten mit dem Wortlaut: »Du hast die Haare schön...« Um ihm mitzuteilen, dass sein Wort nicht interessierte, wurde eine Sprechblase hinter ihm hergetragen, auf der einfach nur »blablabla« stand. Die Fensterbänke wurden erobert. Die »SozPäds« wickelten sich medienwirksam aus Toilettenpapierrollen aus. Das war endlich mal ein spannender Artikel in der Landeszeitung.

Draußen vor der Tür waren zahlreiche Besucher*innen der Meinung, dass das universitäre Niveau sehr gelitten hätte und fragten das nächstbeste Mitglied der Fachschaft: »Musste das jetzt sein?«

Die Antwort war ganz einfach: »Wir haben alles versucht. Wir waren sogar bei ihm im Büro, und er hat uns persönliche Versprechungen gemacht. Nichts davon hat er gehalten.«

Unter vielen alten Dozent*innen war die Zustimmung im Anschluss groß. Damals, 68, hatten sie so etwas teilweise als Normalzustand erlebt, und an einem Ort, wo es gefühlt keine Lobby der Sozialwissenschaften mehr gäbe, habe man das Recht auf Widerstand. Wer auch immer in der Aula dabei war, musste die nächsten Tage immer wieder davon erzählen.

Leider half das den »SozPäds« nichts. Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen hatte ein Papier verfasst, das Informationen zur Schließung von Studiengängen vermittelte. Sozialarbeit/Sozialwesen hatte von Landesseite wenig Unterstützung zu erwarten. Das Papier sah eine zunehmende Marktorientierung vor. Die Hoffnung, durch die Fusion und die Erhebung von Studiengebühren möge der Studiengang zu neuer Blüte gelangen, schlug fehl. Bisher unterstützten dennoch viele Professor*innen den Präsidenten, da ein Vertrauen in ihn vorhanden war, es gäbe grundlegende Prozesse von Mitbestim-

mung, Kommunikation und wohlwollenden Handelns für den Studiengang. Es gab aber kein präsidiales ›Ja‹ zum Studiengang, weshalb die Fachgruppe der ›SozPäds‹ ab dem 22. Mai 2008 eine Mahnwache direkt auf dem Campus ins Leben rief. Fortan waren die Mainächte lang: Vor dem Präsidentenbüro wurde zunächst mit Grablichtern getrauert. Daraus entwickelte sich ein eigenes kulturelles Leben mit musikalisch aus dem Autoradio untermalten Abenden, der ausgegrabenen CD mit der Internationalen, Kunst mit Kreide und auf Transparenten und eigenen wilden Grillparties. Die verächtliche Bezeichnung ›Ghettokids‹ übernahm man dabei voller Stolz. Trotz manch kühler Nacht hielten die ›SozPäds‹ mit vereinten Kräften oftmals bis um drei Uhr durch. Am Tage des 28. Mai wurde die nächtliche Sitzung in den Tag verlegt. Während der Senatsitzung wollten die studentischen Vertreter*innen erfahren, ob Sozialwesen/Sozialpädagogik denn nun erhalten bliebe.

»Sie verlassen den Demokratischen Sektor« hing mittlerweile über dem Eingang des Hauses. Junge Frauen trugen selbstbewusst T-Shirts, auf denen ›Opfer‹ stand.

Als der aktuelle AStA-Sprecher, der schon immer ein Herz für die ›SozPäds‹ hatte, in der Tür stand und der aufgebrachten Menge aus Studiengangsangehörigen und solidarischen Mitmenschen keine klare Antwort liefern konnte, hob der studentische Leviathan zum Senatssturm mit dem Sprechchor an: »Wir wollen rein!«

Die Menge eilte in den Senatsaal, platzierte sich an den Wänden rings um die Anwesenden und forderte Antworten. Der Dekan des Studiengangs sprach zu leise, obwohl alle an seinen Lippen hingen. Der Präsident nahm das Megafon auch noch selbst in die Hand und machte ein Date mit den Studierenden in einem mittelgroßen Hörsaal aus. Dort angekommen, erklärte er dann, Sozialpädagogik würde er als Lehrerbildung weiterführen, aber nicht abschaffen. Damit hat er Wort gehalten; schon seinerzeit war aber für die schulfernen Praktiker*innen in den sozialen Einrichtungen klar: Schule ist nicht Sozialpädagogik.

Eine Demonstration am 24. Juni 2008 richtete sich schließlich gegen vielerlei Probleme der Hochschulstruktur und -finanzierung. Ein letztes Mal versuchten die Menschen des Studiengangs auf ihre Lage kurz vor der Abschaffung des Studiengangs aufmerksam zu machen. Da sich einige von ihnen nicht an den vorgegebenen Streckenablauf hielten, kam es schließlich zu einer der blutigsten Demonstrationen der letzten zwanzig Jahre in der Bäckerstraße.

Heute gibt es nicht mehr Sozialpädagogik/Sozialwesen als grundlegenden Studiengang in Lüneburg. Das selbst organisierte Fachschaftscafé, das sich großer Beliebtheit auch bei anderen Studien-

gängen erfreute, wurde wenige Jahre später wegen einer toxischen Belastung des Bodens geschlossen. Mit dem Studiengang verließ eine ebenso aufmüpfige wie aktive Gruppe an Studierenden die Universität. Die Behauptung, es handelte sich um unpolitische Menschen, wurde seinerzeit widerlegt. Um eine politische oder kulturelle Aufgabe im Beruf finden zu können, müssen Menschen manchmal weit fahren, niemals aber für die Not... – Wir tun gute Arbeit – vielleicht nebenan. Sogar unser damaliger AStA-Sprecher, ein Student der Umweltwissenschaften, arbeitete schon mit Obdachlosen. Wir haben an einer Universität gelernt, wie man kämpft.

Heike Hoja (41) ist Diplom-Sozialpädagogin. Gegenüber der Leuphana positioniert sie sich sehr kritisch, seitdem das Präsidium 2007 merkwürdige Veranstaltungen für die Sozialarbeit anbot. Seit 2008 ist sie aktiv im AStA (Politikreferat) und musste in dieser Zeit Zeugin der Schließung des Studiengangs Sozialpädagogik werden. Doch es mangelte an Transparenz und Wahrhaftigkeit von Aussagen, die jedoch, so Hoja, für die Glaubwürdigkeit jeglicher Institutionen das A und O seien. ●●●●●●●●





Am Höhepunkt der ›Leuphanisierung‹: Wahlkrimi in zwei Akten.

von Kevin Kunze

Vier Jahre Leuphana. Fünf Jahre nach Beginn der Amtszeit von Sascha Spoun und Holm Keller im Präsidium. Die erste Amtszeit der beiden neigte sich dem Ende zu, denn hauptamtliche Präsidiumsmitglieder sind zunächst sechs Jahre im Amt. Werden sie wiedergewählt, dauert jede weitere Amtsperiode acht Jahre. Seit einer Gesetzesänderung 2010 war es möglich, eine Wiederwahl ganz ohne Neuausschreibung vorzunehmen, sofern der Senat dem zustimmt. Das tat er, denn Spoun teilte den Senatsmitgliedern in einem Brief mit, dass er und Keller nicht zur Verfügung stehen würden, sollte eine Findungskommission eingerichtet werden, die auch andere Kandidat*innen berücksichtigen könnte. Über die Einrichtung einer solchen Kommission wurde im Senat schon

länger vorher diskutiert, der Brief sorgte dann aber für eine schnelle Entscheidung. Die Stellungnahme des AStA, es möge zur Berücksichtigung demokratischer Gepflogenheiten eine Findungskommission eingerichtet werden, hatte offenbar keinen Einfluss. Diesen Prozess könnte man bis hier schon kritisieren, schließlich war es lange Zeit ein fest etabliertes Verfahren, dass sich die Amtsträger*innen auch mal vergleichen lassen müssen – und viele behaupten ja, Konkurrenz belebe das Geschäft. Und so ein Brief mag vielleicht auch nicht die beste Art sein. Der Senat hätte ja auch selbst auf die Idee kommen können, die Uni-Spitze ohne Neuausschreibung zu bestätigen, ganz ohne das Gefühl des Sachzwanges.

Was sich aber nach diesem Brief im Senat abspielte, hätte wohl niemand ernsthaft erwartet. Am Abend des Senatsmittwochs, am 6. April 2011, wurde – trotz Vertraulichkeit – von der Landeszeitung (LZ) berichtet, dass etwas bei der Wahl schiefgelaufen sei – was genau, blieb aber unklar. Erst am Freitag wurde das mutmaßliche Ergebnis in der LZ veröffentlicht: Holm Keller wurde nicht gewählt, Spoun schon. Eigentlich hätte das bedeuten müssen, dass für Kellers Stelle eine Findungskommission einzurichten gewesen wäre, die Wahl ohne Neuausschreibung wurde schließlich abgelehnt. Stattdessen wurde noch am Abend der Wahlpleite eine neue Sitzung einberufen und eine Aussprache angekündigt. Dazu wurde von vielen in der Universität und in der Presse über eine Wiederholung der Wahl spekuliert. Und es tauchte eine neue Facebook-Seite auf, die sehr schnell viele Likes von Kommiliton*innen hatte – zum Liken wurde anonym über verschiedene Mailverteiler aufgefordert.

Erster Akt: Ein Like reicht

›Spoun4President‹ war der Titel der Kampagne, die nicht nur auf Facebook stattfand, sondern auch durch Flyer und Plakate Sichtbarkeit am Campus gewann. Nicht wenige hielten es zunächst für einen Scherz, für den Versuch von Satire, denn erst einen Monat vorher feierte eine Unterstützer-Seite für den wegen seiner abgeschriebenen Doktorarbeit zurückgetretenen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg große Erfolge und zog viel Aufmerksamkeit auf sich. Wie ein Scherz wirkte ›Spoun4President‹ auch, weil es schließlich beim Ergebnis gar nicht um Spoun ging, sondern um Keller, der nur im Nebensatz vorkam. Die Argumente auf der Facebook-Seite stützten diese Annahme, wirkten sie doch eher wie eine Karikatur der Thesen, die früher schon zu hören waren: Wenn Spoun geht, funktioniere das Studienmodell nicht mehr, der Erfolgskurs würde nicht weitergehen, die Abschlüsse hätten keinen Wert mehr auf dem

AM HÖHEPUNKT DER ›LEUPHANISIERUNG‹: WAHLKRIMI IN ZWEI AKTEN.

Arbeitsmarkt, möglicherweise könnte die Leuphana nicht vor einer Schließung bewahrt werden. Auf der Seite stand unter anderem: »Beide stehen für den Fortschritt und das Konzept der Leuphana Universität Lüneburg. Wir wollen, dass das Studienmodell und das Leuphana Konzept fortgesetzt und weitergedacht werden.«ⁱ Es war kein Scherz. Sogar Angestellte aus der Präsidiumsetage sollen mit Plakaten auf dem Campus gesehen worden sein, der Flurfunk berichtete außerdem, dass Initiator*innen der Kampagne in einer Präsidiumssitzung zu Gast waren. Nach dem Start der Seite gab es eine Fotoaktion vor der Mensa: Studierende und Beschäftigte konnten sich mit »Wir stehen hinter Spoun!«-Schildern ablichten lassen und tauchten später auf der Facebook-Seite auf. Außerdem wurden Löffel verteilt, mit der Frage »Was machst du ohne Spoun?«ⁱⁱ Ob dieses lahme Wort-



Keller steht hinter Spoun. Auch, wenn es eigentlich um ihn geht. Foto: Anonym/Spoun4President

spiel nach fünf Jahren noch überzeugend genug war?

In den Wochen des Wiederwahl-Prozesses wurden alle Kritikpunkte der vorangegangenen Zeit noch einmal ausgebreitet. Keller war zu selten an der Universität zu sehen, seine Nebentätigkeiten hinderten ihn daran, sein Amt auszufüllen, er müsste eigentlich für Personal und Finanzen zuständig sein (hat das aber ausgelagert), für einzelne Stellen im Innovations-Inkubator begünstigte er alte Freunde und Geschäftspartner, vor allem im Bereich ›Fernsehen 2.0‹, er bezeichnete die Universität Lüneburg in der Presse als ›schlechteste Uni Deutsch-

lands« (wurde dann laut eigener Aussage falsch zitiert und erwirkte eine Korrektur), und dann war da noch das Zentralgebäude. Obwohl Spoun an alledem beteiligt war und Keller immer verteidigte und

1
Spouns Nebentätigkeiten interessierten, so der Eindruck, kaum jemanden. Obwohl er beispielsweise von 2007 bis 2009 in eine Private Equity Firma in der Schweiz, gemeinsam mit u.a. dem ehemaligen Telekom-Chef Kai-Uwe Ricke, eingebunden war, die ihn sicherlich, genau wie seine Lehrtätigkeit in St. Gallen, einige Zeit gekostet hat.

2
In dieser lesenswerten Ausgabe wurden vorrangig Presseartikel aus der gesamten Amtszeit Kellers zusammengestellt, um die wahrgenommenen Verfehlungen zu beleuchten.

unterstützte, war zu dieser Zeit kaum Kritik an ihn gerichtet und die Debatte wurde auf seinen Vize zugespitzt.¹ So wie die eine Seite den Erfolg der Neuausrichtung vor allem an die Person Spoun gebunden hat, war Keller für die andere Seite die Person, die für beinahe alle Probleme der letzten Jahre verantwortlich war. Das zeigte sich im April 2011 in Stellungnahmen, Aktionen, Artikeln, Leserbriefen, auf einer studentischen Vollversammlung zum Thema und letztlich auch im Wahlergebnis für den Posten. Der AStA und andere aktive Studierende setzten alles in Bewegung, um über das Verfahren aufzuklären und ihrem Unmut Luft zu machen. Eine Jubeldemo vor der Senatssitzung, das Verteilen von Bananen mit Spoun-Banderole, um auf die bananenrepublikanischen Zustände hinzuweisen, stetige Pressearbeit und sogar eine schnell zusammengestellte Sonderausgabe der eigentlich abgesetzten Zeitschrift ›AStA 2.0‹, die sich um Keller drehte. Titel: ›The Holm Files‹². Dazu war der Kommentarbereich auf dem damals viel gelesenen Blog ›LeuphanaWatch‹ so aktiv wie nie.

Im Nachhinein mag manche Aktion überzogen wirken, einige Kritik zu undifferenziert. Versetzt man sich aber zurück in die Lage und Stimmung von 2011, in eine Zeit, zu der viele Verfehlungen und Konflikte noch sehr frisch waren, fühlt es sich doch passend und notwendig an, sich intensiv daran abzuarbeiten. Was auf jeden Fall erreicht wurde: fast alle wussten, was sich abspielt und es konnte kaum ein Messagespräch geführt werden, ohne über die Präsidiumswahl und die neuesten Artikel zu sprechen, ganz egal, ob man in Gremien engagiert

war.

Die Stimmung auf dem Campus war angespannt. Es wurde davon berichtet, dass Holm Keller vor einer der Sitzungen mehrere Senatsmitglieder auf ihren Diensttelefonen anrief, um für Unterstützung zu werben und auch etliche Treffen zwischen Präsidiumsmitgliedern und Senator*innen stattfanden, um auszuloten, wie sich ein positives Ergebnis erzielen ließe. Spoun4President-Plakate waren überall sichtbar, auch in Seminaren und Vorlesungen kam man oft vom Thema ab und sprach über die Wahl und die Presseberichte, es war von offenen, teils lautstarken Streits zwischen präsidiumskritischen Student*innen und ihren Lehrenden zu hören, aber auch von Druck, der auf Beschäftigte ausgeübt wurde, die sich nicht klar positioniert haben. Die Debatte war auch emotional aufgeladen, weil bei vielen

der Eindruck entstand, ihr Studienerfolg, ihre Berufsaussichten oder ihr Arbeitsverhältnis hingen von dieser schicksalhaften Wahl ab.

Faule Kompromisse und neu-gemischte Karten

Im April fanden mehrere Senatssitzungen mit Aussprachen statt, am 27. April nahm Spoun im öffentlichen Sitzungsteil seine Wahl an, die schon circa drei Wochen vorher erfolgte. Aus dem späteren vertraulichen Teil wurde in der Presse vermeldet, dass eine Wahl Kellers erneut gescheitert sei. Für viele bedeutete das ein Scheitern von Spouns Strategie. Es wurde weiter diskutiert, fast tägliche Presseberichte und Watchblog-Artikel haben Debatte und Gerüchteküche angefeuert. Die Forderung, beide Wahlergebnisse zu akzeptieren, wurde immer lauter. Für den 6. Mai, einen Freitag, wurde eine weitere Senatssitzung einberufen. Dort wurde ein Kompromiss gefunden: Keller besetzt nur die halbe Vizepräsidentenstelle und kümmert sich um die Campuserwicklung, ihm wird eine zweite Person, ebenfalls hauptamtlich, zur Seite gestellt, um die Ressorts Personal und Finanzen zu bedienen.

Allerdings war es damit nicht vorbei. Das Ergebnis störte immer noch einige und das Wahlprozedere schürte rechtliche Bedenken. Diese Faktoren mündeten in eine Klage studentischer Senatsmitglieder der präsidiumskritischen Liste ›EINE Uni für ALLE‹, die durch Spenden finanziert wurde. Die Liste begründete ihre Klage einerseits damit, dass in der Sitzung Formfehler passierten, aber auch, dass die Teilzeitlösung verfassungswidrig sei. Dazu verfassten sie eine umfangreiche politische Klagebegründung.ⁱⁱⁱ In der Folge hat Sascha Spoun, der formal richtig gewählt wurde, seine Amtsurkunde nicht angenommen und Kellers Wahl als Teilzeitvizepräsident war nicht rechtskräftig. Ob der Senat als demokratisches Gremium noch eigenständig handlungsfähig sein kann, wenn er bei Rücktrittsdrohungen einknickt, wurde gerne in Frage gestellt.



Omnipräsident im April 2011: Das Plakat der Spoun4President-Kampagne

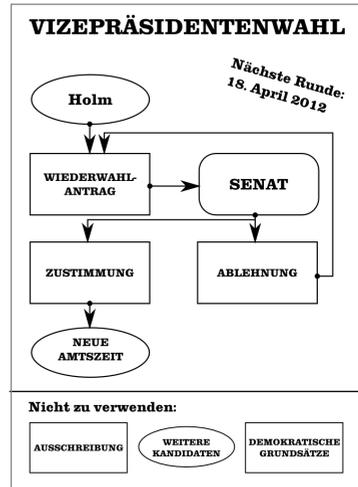
In der Studierendenschaft rumorte es. Besonders die Kritiker*innen der Wiederwahl mussten sich immer wieder anhören, sie seien Nestbeschmutzer. Die Polarisierung ist im Wahlprozess deutlich gewachsen. Bei den Wahlen für das Studierendenparlament kurz danach konnte sich die Liste der Fachschaften ›Business, Economics & Management‹, ›Volgershall‹ und ›Wirtschaftsrecht‹, mit dem Namen ›Fakultät Wirtschaft – 3 Campi, eine Liste – gemeinsam mehr erreichen!‹, sieben der sechzehn Sitze sichern. Vielleicht wegen der Motivation aus der Spoun4President-Aktion – waren dort doch zu großen Teilen Mitglieder der Fachschaft BE&M prägend. Ebenfalls ins StuPa eingezogen sind die neue Liste ›QuattroFAK – Vier Fakultäten, eine Liste mit sieben Sitzen sowie die Liste ›Grüner und autofreier Campus‹ mit zwei Sitzen.

Der bis dahin amtierende AStA wurde im Amt bestätigt, aber die Atmosphäre schien sich zu verändern. Im darauffolgenden Winter wurde erneut gewählt und es gab einige Verschiebungen: bei den studentischen Mitgliedern des Senates hatte die präsidiumsnahe Liste ›Leuphana gemeinsam gestalten‹, die auch der Fachschaft BE&M nahestand, nun die Oberhand mit zwei der drei Mandate.

Ihnen gegenüber stand die Liste ›AKUT – Alternativ, Kritisch, Unabhängig, Transparent‹, welche Überschneidungen zur nicht mehr angetretenen Liste ›EINE Uni für ALLE‹ sowie zur StuPa-Liste QuattroFAK hatte. Im Studierendenparlament konnte QuattroFAK die sieben Sitze halten, 3-Campi erhielt nur noch fünf Sitze, die grüne Liste konnte einen Sitz gewinnen und neu im Rennen mit einem Sitz war die ›Liste Leuphana‹, welche den Eliteanspruch, die Marketing-Sprache und das Corporate-Design persiflierte – die einzigen Mitglieder waren der damals amtierende AStA-Finanzreferent, ebenfalls ›EINE Uni für ALLE‹-Mitglied, sowie einer

der AStA-Sprecher von 2011. Aus dieser Konstellation ergab sich eine Patt-Situation: Nicht wenige Abstimmungen endeten in 8:8-Ergebnissen. QuattroFAK und Liste Leuphana bildeten einen Block, 3-Campi und die grüne Liste den anderen. Das zeigte sich vor allem in der Wahl der AStA-Ämter, aber auch beim studentischen Haushalt. Nach einem konfliktreichen und langwierigen Start³ wurde ein tendenziell kritischer AStA ge-

³ Die AStA-Wahl 2012 zog sich von Januar bis März, obwohl schon zur ersten Sitzung ausreichend viele Kandidaturen vorlagen.



›Leuphanancial Times‹ zur ›Wiederwiederwahl‹

wählt, das Patt-StuPa nutzte seine Kontrollfunktion aber bis zur Erschöpfung und vielleicht auch darüber hinaus.⁴

Die Hochschulwahl änderte auch in den anderen Statusgruppen einiges, der Senat ab April 2012 war ein ganz anderer. Unter anderem zogen viele Professor*innen ein, die relativ neu an der Universität waren, frühere Konflikte nicht miterlebten, erst vor Kurzem mit Sascha Spoun Berufungsverhandlungen führten und deren Stellen teilweise befristet waren.⁵

Zweiter Akt: Tiefpunkte

Wer bei der Präsidiumswahl 2011 schon an ein Low-Budget-House of Cards dachte, wird sich über die Ereignisse in 2012 nicht wundern. Der neue Senat wurde zu einem Workshop eingeladen, acht Tage vor seiner Konstituierung sollte in die aktuellen Themen und die Arbeitsweise des Senates eingeführt werden. Am Tag des Workshops – dieses Format gab es nach 2012 nie wieder und meines Wissens nach davor auch nicht – erhielten die Senatsmitglieder einen Brief von Volker Meyer-Guckel, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates. In diesem bat er den neuen Senat, eine Entscheidung zur Wiederwahl von Spoun und Keller, jeweils in Vollzeit, herbeizuführen. Den Brief verfasste er dabei offenkundig nicht im Auftrag des gesamten Stiftungsrates, sondern privat, denn die Funktion als Vorsitzender des Rates beinhaltet keinen Auftrag, alleine die Hochschulgremien zu beraten. Parallel dazu gab es ein Schreiben des Präsidenten an die Hochschulmitglieder, in dem er erklärte, dem neuen Senat in seiner ersten Sitzung einen Wahlvorschlag für das gesamte Präsidium zu unterbreiten. Im Senatsworkshop ging es also vorrangig um genau dieses Thema. Spoun erklärte, es müsse eine Wahl erfolgen, um Stabilität herzustellen, denn die Amtszeiten liefen bald aus. In dieser Argumentation stützten ihn einzelne langjährige Senatsmitglieder und erklärten weiter, ein bloß kommissarisch amtierendes Präsidium würde in Verhandlungen um Förderungen nicht ernst genommen werden. Die Lage der Bundesregierung zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels lässt dieses doch eher strategische Argument spätestens jetzt sehr unverständlich erscheinen. Eine geschäftsführende Bundesregierung kann weiterhin ohne Probleme agieren und wird ernst genommen, sogar nach geplatzen Sondierungsgesprächen und fast ein Vierteljahr nach der Bundestagswahl. Auch das Argument, Spouns Wahl müsse ebenfalls wiederholt werden, erscheint strategisch. Seine Wahl wurde rechtlich nicht beanstandet und er hat die Wahl angenommen, seine Amtsurkunde aller-

4

Dem AstA wurden 2012 bspw. über 150 parlamentarische Anfragen gestellt.

5

Zu dieser Zeit kamen etliche neue Professor*innen, da Stellen lange unbesetzt blieben, um gebündelt neue Personen berufen zu können und mit den ausgewählten und aufeinander abgestimmten Personen das Profil zu schärfen. Es gab immer wieder Vorwürfe, dass das Präsidium hier die Profilbildung im Wettbewerb der Qualität der Lehre vorzog.

dings nicht. In blumigen Worten erklärte er wieder, dass er nur zur Fortsetzung seiner Arbeit bereit sei, wenn Keller hauptamtliches Präsidiumsmitglied bleibt, obwohl sogar das damalige Wissenschaftsministerium vorgeschlagen hat, Keller seine Aufgaben in einem Angestelltenverhältnis weiterführen zu lassen. Auch wenn Spouns Wahlvorgang einzelne Merkmale aufwies, die auch bei Kellers Wahl beanstandet wurden, wäre Spoun wohl sicher gewesen, hätte er seine Amtsurkunde angenommen. Zurecht wurde also kritisiert, es sei ein strategisches Manöver, um erneut seine eigene Person an die Entscheidung über Keller zu binden.^{iv}

Nachdem ich 2011 an keiner Aktion beteiligt war, den ersten Akt der Wiederwahl aber aufmerksam verfolgt hatte und mich schließlich – auch aus Empörung über den Wiederwahlprozess – an der Gründung der Liste ›QuattroFAK‹ und später der Senatsliste ›AKUT‹ beteiligte, wurde ich nun selbst in dieses Thema geworfen. Noch in der Nacht nach dem Workshop verfasste ich, damals gerade mal zwei Monate im Amt als AStA-Sprecher, mit einigen anderen AStA-Mitgliedern einen Entwurf für eine Stellungnahme. Diese wurde direkt am folgenden Tag sowohl in der Sitzung des AStA, als auch in der Sitzung des StuPa, beschlossen. Die Gremien haben konstatiert:

»Holm Keller nun erneut in Vollzeit zum hauptamtlichen Vizepräsidenten wählen zu wollen, kommt einer Missachtung der bereits demokratisch legitimierten Entscheidung des letzten Senats gleich. [...] Wir möchten Herrn Spoun [...] dazu auffordern, die Amtsurkunde anzunehmen.

Will man das Amt des hauptamtlichen Vizepräsidenten in Vollzeit nun neu besetzen, wie es offenbar geschehen soll, sollte dies nur nach Empfehlungen einer Findungskommission geschehen. Diese Findungskommission ist unserer Auffassung nach einzurichten und mit der Suche nach geeigneten Kandidat_innen für das zu besetzende Amt zu beauftragen. Es besteht kein Zweifel daran, dass sich das entscheidende Gremium, der Senat der Universität, im letzten Jahr gegen Holm Keller als hauptamtlichen Vizepräsidenten entschieden hat. Diesen Beschluss zu ignorieren und eine neue Wahl, womöglich ohne weitere Kandidierende, stattfinden zu lassen ist unserer Meinung nach nicht zulässig. Diese Thematik wurde bereits im letzten Jahr umfangreich diskutiert. Eine, nach ausreichender Frist, stattfindende Wahl sollte in öffentlicher Senatssitzung und nach öffentlicher Vorstellung und Beratung sowie nach vertraulicher Beratung durch geheime Abstimmung erfolgen. Hierbei möchten wir ausdrücklich nicht ausschließen, dass Holm Keller ebenso gewählt werden kann.«^v

AM HÖHEPUNKT DER ›LEUPHANISIERUNG‹: WAHLKRIMI IN ZWEI AKTEN.

Es folgten in kürzester Zeit: Presseecho, Interviews, jede Menge Öffentlichkeitsarbeit, Listserver-Stellungnahmen von allen Seiten (inklusive Beleidigungen) und schließlich eine AStA-Informationsveranstaltung direkt im Vorfeld der Senatssitzung, mit anschließendem Besuch im höchsten Gremium der Universität. Praktischerweise konnten die Materialien aus 2011 in leicht aktualisierter Fassung einfach wiederverwendet werden. Neben der Tätigkeit des AStA waren auch andere aktiv – allesamt aus dem präsidiumskritischen Lager, denn die Situation hat sich umgekehrt und es war sicher genug, dass das dynamische Duo genügend Unterstützung im Senat findet. Die ›Liste Leuphana‹ sprach sich in überhöht akademischem Marketingdeutsch für das Präsidium aus, ›AKUT‹ verfasste einen offenen Brief an den Senat und ›QuattroFAK‹ wollte klarmachen, dass es Alternativen zu Keller gibt. Viele Leute ließen sich mit »Ich kann Vize!«-Schildern fotografieren und füllten Bewerbungsbögen aus, die am Anfang der Senatssitzung an Spoun zur Berücksichtigung übergeben wurden.



Inzwischen verschollenes Protest-Transparent zur Wiederwahl. Foto: Julian Frey

Da war die Stimmung im stickigen, brechend vollen Saal noch verhältnismäßig gut. Sie kippte allerdings sehr schnell. Die Klage gegen Kellers Wahl lief, wie erwähnt, immer noch und lag inzwischen beim Oberverwaltungsgericht. Das Präsidium hatte sich Beistand mitgebracht. Die Anwältin, welche die Universität in dem Verfahren vertrat, sollte als neutrale Person für einen korrekten Ablauf der Wahl sorgen – offenbar reichte Spoun die Rechtsabteilung, das Justizia-

riat, der Universität nicht. Die Kläger*innen, von denen eine immer noch Mitglied des Senates war, wurden darüber nicht informiert. Ihre Anwesenheit wurde trotzdem für unbedenklich erklärt und der Antrag eines Professors, die Wiederwahl von Spoun von der Tagesordnung zu streichen, schließlich war er ja schon gewählt, wurde abgelehnt. Damit war klar, dass über beide Kandidaten abgestimmt wird. Durch die Tagesordnungspunkte bis zur Wahl wurde außerordentlich schnell gehuscht. Als die Wahl aufgerufen wurde, gab es seitens der anwesenden Gäste sowie der studentischen Senatorin der Liste ›AKUT‹, Daniela Steinert, die Bitte nach einer Vorstellung der Kandidaten. Das Präsidium hat zuerst abgewunken, man habe sich doch im letzten Jahr schon vorgestellt. Erst als ein Senats-Neuling aus der Liste ›Leuphana gemeinsam gestalten‹ auch um Vorstellung bat, da er erst seit Wintersemester 2011 studiere, wurden Fragen an Spoun zugelassen. Davon gab es einige und natürlich fand sich in den Händen vieler Gäste ein Zettel mit möglichen Fragen, der vorher von ›AKUT‹-Mitgliedern verteilt wurde.

Mitten in der zähen Befragung quetschte sich Christian Brei, damals Ko-Leiter der Universitätsverwaltung, sichtlich beunruhigt in den Senatssaal und unterbrach die Sitzung: »Bitte verlassen Sie sofort das Gebäude, das ist kein Scherz.« Ruhig bewegte man sich durch den Flur ins Treppenhaus, vorbei an der Polizei. Zwischendurch, fast schon im Vorbeigehen, war zu hören, weshalb sich die Senatsmitglieder und ihre Gäste zusammen mit der restlichen Belegschaft aus Gebäude 10 vor ebendiesem versammeln mussten. Es hatte eine Bombendrohung gegeben. Gegenüber Studierenden, die sich vorher gegenüber der Wahl kritisch positionierten, waren vereinzelt Sticheleien und vorwurfsvolle Anspielungen zu hören – das setzte sich auch nach der Sitzung in sozialen Medien fort. Vor dem Gebäude herrschte zunächst flächendeckende Ratlosigkeit, dann Tatendrang. Die Sitzung werde im alten Senatssaal am Standort Rotes Feld fortgesetzt, anstatt sie abzubrechen und auf einen anderen Tag zu verlegen. Ins Rote Feld schafften es dann nur noch die Senatsmitglieder und der harte Kern des kritischen Lagers, die meisten anderen Gäste hatten sich nach der Räumung verabschiedet.

Direkt nach der Fortsetzung beantragte ein Professor, sofort zu Wahl zu schreiten und die Befragung abzubrechen. Und er wollte direkt beide Kandidaten wählen lassen – Keller hätte also nicht mehr befragt werden können. Der Antrag wurde knapp abgelehnt, ein studentischer Senator schlug dann vor, nur die Wahl von Spoun sofort durchzuführen: angenommen. Damit flogen hauptsächlich die anwesenden AstA-Amtsträger*innen von der Redeliste, die sowieso schon vor der Unterbrechung geschlossen war. Als Kellers Befragung begin-

nen sollte, war dieser zunächst nicht im Raum. Auch vorher lief er ständig aus dem Saal, kam wieder, tippte auf seinem Blackberry herum, ging dann wieder heraus. Er war sichtlich angespannt, dazu hat sicherlich auch das NDR-Kamerateam beigetragen, das inzwischen im Treppenhaus des Gebäudes stand. Noch vor seiner Befragung fauchte Keller der studentischen Senatorin Steinert den Vorwurf entgegen, sie habe den NDR benachrichtigt. Die Erklärung Steinerts, selbst völlig überrascht davon gewesen zu sein, vom NDR angerufen worden zu sein, als sie hinter mir im Bus saß, interessierte nicht weiter. Keller fügte sich damit aber nur in die allgemeine Atmosphäre der Senatssitzung ein. Schon bei der Befragung von Spoun, spätestens aber nach dem Umzug ins Rote Feld, wurden die kritischen Fragesteller*innen, die selbst teilweise erst neu an der Universität waren, in Zwischenrufen oder Redebeiträgen, auch auf persönlicher Ebene, von mehreren Senatsmitgliedern angefeindet. Reaktionen darauf hat Prof. Dr. Burkhardt Funk, der die Sitzung stellvertretend für Spoun leitete, oft nicht gestattet.

Während seiner Befragung wirkte Keller ebenfalls abwesend, hat kaum substantiell geantwortet, meistens darauf hingewiesen, dass er für bestimmte Fragen nicht verantwortlich sei und andere Personen gefragt werden müssten, oder dass die Themen gar nicht erst in den Senat gehören. Dabei hat er auch mehrfach den Raum verlassen. Genau wie Spoun hat Keller nicht sich sowie seine Vorhaben und Schwerpunkte für die kommenden acht Jahre vorgestellt, sondern hat bloß einige Fragen über sich ergehen lassen. Als AStA-Sprecher*innenkollektiv resümierten wir diese Sitzung in einer Presseerklärung:

»Welche Vorstellungen Sascha Spoun und Holm Keller für ihre Amtszeit haben, musste durch gezielte Fragen in Erfahrung gebracht werden. Leider wurden auch solcherlei Fragen oftmals nicht aufgegriffen, sondern nur kurz abgewiegelt oder abgewiesen. ›Daher lässt sich neben den laufenden Großprojekten nur spekulieren was wir in den nächsten acht Jahren von dem neuen Präsidium erwarten können‹, so AStA-Sprecherin Tanja Mühle zu der Wahl.

[...] AStA-Sprecher Kevin Kunze dazu: ›Würden die Senatsmitglieder sich selbst und den Senat als Gremium ernst nehmen, hätten sie sich deutlich sachlicher verhalten und äußern sollen. An der Professionalität und Seriosität dieses Senats darf gezweifelt werden.‹ [...]«^{vi}

Sascha Spoun wurde mit 15 zu 4 Stimmen gewählt, Holm Keller mit 12 zu 7.

Noch am gleichen Abend erklärten die Gruppen, die sich im Vorfeld der Senatssitzung kritisch äußerten, ihr Entsetzen über die militante Drohung^{vii}, ›Leuphana gemeinsam gestalten‹ folgte wenig später.^{viii} In der Folge der Drohung wurde die Aufnahme des Anrufes – er erfolgte aus einer Telefonzelle in der Scharnhorststraße und ging an die Polizei – an alle Universitätsangehörigen verschickt. »In zehn Minuten geht 'ne Bombe hoch im Senatssaal der Universität.« – diesen Satz hörten sich zweifelsohne fast alle an. Das führte allerdings nicht zu einem belastbaren Verdacht, dafür zu gleich mehreren ›Bomber-Remixen‹, die im Sommer 2012 auf einigen WG-Partys zu hören waren. Die vorher laufende Klage wurde von beiden Parteien für erledigt erklärt. In Reaktion auf das Wiederwahlprozedere und andere Vorgänge, in denen ständig der Anschein erweckt wurde, Entscheidungen des Senates würden nur akzeptiert, wenn sie dem Präsidium passen^{ix} und sonst übergangen oder eben wiederholt, erklärte die langjährige studentische Senatorin Daniela Steinert ihren Rücktritt aus dem Senat.^x Ihre theoretisch fundierte, umfassend und stringent begründete Rücktrittserklärung im Senat wurde vor allem von Augenrollen, halbblauten Nebengesprächen und energischem Kopfschütteln seitens vieler Senatsmitglieder begleitet.

Kein Ende der Geschichte

Die Polarisierung, die sich seit Beginn des Wiederwahlprozesses deutlicher zeigte, blieb einige Zeit bestehen. Nahezu unversöhnlich standen sich das präsidiumsfreundliche und das präsidiumskritische Lager gegenüber. Anfang 2013 wurde dann aus diesem Lager ein AStA-Sprecher*innenkollektiv gewählt, weil sich die Mehrheit im Studierendenparlament verschoben hatte. ›Leuphana gemeinsam gestalten‹ war dort auch für das StuPa angetreten, ›QuattroFAK‹ für den Senat, da sich ›AKUT‹ schon wieder aufgelöst hatte. Ein Senator von ›Leuphana gemeinsam gestalten‹ erklärte mir zum Ergebnis dieser Wahl, ganz im Leuphana-Stil, die stärkere Marke habe nun also gewonnen.

Angriffe auf die kritischen Studierenden setzten sich fort, man wurde, schon seit 2011, immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, von ehemaligen Aktiven kontrolliert zu werden, eigentlich gar nicht selbst zu denken und nur die Öffentlichkeitsabteilung einzelner Langzeitstudierender zu sein. Sogar aus der Leitungsebene der Universität wurde mir zu einem Satz aus einer Veröffentlichung, den ich selbst geschrieben hatte, gesagt: »Ich weiß ja, dass Sie nichts dafür können.« Es war für viele offensichtlich undenkbar, dass mehr als eine Handvoll Ewiggestriger von alleine auf die Idee kommen kön-

nen, dass nicht alles so läuft, wie man es von einer demokratischen, humanistisch orientierten Institution erwartet.

Der Leuphana-Patriotismus, wie er sich bei Spoun4President zeigte, setzte sich bei ›Leuphana gemeinsam gestalten‹ fort, die am liebsten den kompletten Außenauftritt der studentischen Gremien auf das Leuphana-Corporate-Design umgestellt hätten, die das Präsidium vor jeder Kritik, vor allem, wenn sie öffentlich geäußert wurde, schützen wollten und alles dafür gegeben haben, die kritische Auseinandersetzung mit der Universität, aber auch der restlichen Gesellschaft, aus dem AStA fernzuhalten. Unter anderem fiel deshalb das ansonsten jährliche antirassistische Festival aus, welches bis heute sehr un-differenzierten Angriffen ausgesetzt ist und stetig in Frage gestellt wird. Gleichzeitig argumentierten viele Personen aus dieser Gruppe, als würden sie den wahren Willen der Studierendenschaft kennen, während anderen gewählten Repräsentant*innen vorgeworfen wurde, bloß die eigene Meinung zu vertreten. Hatte man nicht gerade eine der selbst erstellten (fachlich kaum belastbaren) Umfragen zur Hand, wurde mit der schweigenden Mehrheit argumentiert. Auch wenn sich dieses Diskussionsverhalten mit der Zeit und dem Personalwechsel etwas mäßigte, gab es erschreckende Parallelen zu völkischen Argumentationsstrukturen⁶ – nur eben auf viel kleinerer Ebene.

Im Mai 2013, nach ein paar Monaten mit präsidiumsnahe Mehrheit im StuPa, überschlugen sich die Medienberichte: das Zentralgebäude wird teurer, der Bau wird länger dauern, außerdem begannen die Ermittlungen gegen Holm Keller. Tenor der Berichte und der Politik: die Kritiker*innen hatten Recht, es war doch nicht nur Spekulation. Die damaligen AStA-Sprecher*innen versäumten eine besonnene Reaktion auf die Faktenlage^{xi} und weigerten sich, eine studentische Vollversammlung einzuberufen, die dann einfach von mehreren Fachgruppenvertretungen organisiert wurde und schließlich eine Rücktrittsforderung an Keller aussprach. Außerdem scheiterte die brüchige StuPa-Koalition aus ›Leuphana gemeinsam gestalten‹, der Liste ›WiFak‹⁷ sowie der ›Grünen Liste‹, weil die ersten beiden zu harte Töne gegenüber den politischen AStA-Referaten anschlugen, was die ›Grüne Liste‹ nicht mittragen wollte und infolgedessen das Lager wechselte. Im Juni wurde dann ein präsidiumskritischer AStA-Sprecher nachgewählt, bei der nächsten Wahl verzeichnete das, inzwischen etwas anders zusammengesetzte, kritische Lager großen Stimmenzuwachs in allen Gremien und hält bis heute die absolute Mehrheit im StuPa sowie zwei der drei studentischen Sitze im Senat. Eine einiger-

6
Möglicherweise auch deshalb fanden sich bei ›LGG‹ einige Burschenschaftler wieder, ebenso wie Kandidat*innen mit Verbindungen zur Identitären Bewegung.

7
Zusammensetzung des 9. StuPa, 2013: 7 Sitze ›Leuphana gemeinsam gestalten‹, 6 Sitze ›QuattroFAK – Vier Fakultäten, eine Liste‹, 2 Sitze ›Grüne Liste – Grüner und fahrradfreundlicher Campus‹, 1 Sitz ›WiFak – Wirtschaftsfakultät – Wenn's gut werden muss‹, 1 Sitz ›Die Linke.SDS‹

maßen differenzierte Betrachtungsweise der Vorgänge an der Universität und Kritik an präsidialen Entscheidungen ist inzwischen ein lagerübergreifendes Merkmal und die Konfliktlinie besteht, verkürzt ausgedrückt, nicht mehr in dieser Frage, sondern eher in einem für Studierendenvertretungen typischen Konflikt zwischen politischem Engagement und reiner Serviceorientierung bzw. zwischen den klassischen Kategorien ›links‹ und ›rechts‹.

Ohne die umfassende Aufbereitung der Prozesse an der Universität und dem Aufzeigen einer Perspektive, die nicht dem Narrativ des Präsidiums und Universitätsmarketings entsprach, wäre dieser Wandlungsprozess vermutlich nie möglich gewesen. Selbst wenn es an einigen Stellen zu bissig, zu undifferenziert, vielleicht sogar etwas paranoid war, politisierte die Gegenerzählung nicht nur meine, sondern auch vorherige und folgende Studierendengenerationen. Denn genau mit solchen Alternativentwürfen lässt sich der kritische Geist wecken, der von einer Bildungsinstitution mehr verlangt und mehr aus ihr machen will, als eine Dienstleistungseinrichtung zur Mehrung von Humankapital.

- Kevin Kunze (26) war in seinem zweiten Semester im Bachelor Wirtschaftspsychologie, als der erste Akt der Wiederwahl anstand. Ein Jahr später war er, nach einem ganz eigenen Wahlkrimi, Sprecher des AStA und in dieser Position ebenso wie als stellvertretendes Senatsmitglied in die ›Wiederwiederwahl‹ involviert und hat sich, auch noch in seinen folgenden Ehrenämtern, intensiv mit diesem Prozess und allen vergangenen Kritikpunkten auseinandergesetzt.

Endnoten

- ⁱ Spoun4President (2011), zit. n. Landeszeitung, 11. April 2011, S. 5
- ⁱⁱ Vgl. Financial Times Deutschland, 15. April 2011, S. 15
- ⁱⁱⁱ Vgl. EINE Uni für ALLE (2011): <https://eineunifueralle.wordpress.com/klagebegrundung/>
- ^{iv} Vgl. AKUT (2012): <http://akut.blogspot.de/2012/04/13/offener-brief-an-die-senatorinnen-und-senatoren-der-universitaet-lueneburg/>
- ^v AStA und StuPa Universität Lüneburg (2012): Stellungnahme des AStA und des StuPa zur geplanten Wahl des Präsidiums am 18.04.2012.
- ^{vi} AStA-Sprecher*innen (2012): Pressemitteilung zur Senats-sitzung und Präsidiumswahl am 18.04.2012.
- ^{vii} Vgl. AKUT et. al. (2012): <http://akut.blogspot.de/2012/04/19/militante-drohungen-schaedigen-die-universitaet/>
- ^{viii} Leuphana gemeinsam gestalten (2012): <http://leuphana-gemeinsam-gestalten.de/2012/04/23/ergebnis-der-senatssitzung-vom-18-04-2012/>
- ^{ix} Vgl. dazu auch UniSpiegel (2012): EUni cest moi. <http://www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/d-89868083.html>
- ^x Vgl. Steinert (2012): <http://akut.blogspot.de/2012/05/16/ruecktritt-als-studentische-senatorin-oder-der-versuch-von-kritik-an-einer-leuphanisierten-institution/>
- ^{xi} Vgl. Spiegel Online (2013): <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/leuphana-universitaet-staatsanwaltschaft-prueft-libeskind-bau-a-904406.html>

STUDIENZIEL

Die natürlichen Ressourcen werden immer knapper. Im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten zweihundert Jahre sind viele Energiequellen über ihre Regenerationsfähigkeit hinaus beansprucht worden. Im Major Umweltwissenschaften analysieren Sie die Ursachen von Umweltproblemen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhalten von Menschen. Dabei lernen Sie, globale Klima- und Umweltprobleme naturwissenschaftlich zu erklären und abzuschätzen. Dadurch werden Sie einerseits befähigt, die gesellschaftlichen Werte, Leitbilder und Handlungsmuster zu verstehen, die solche Probleme verursachen, und lernen andererseits, neue Ansätze für schonendere Prozesse im Umgang mit natürlichen Ressourcen zu entwickeln.

STUDIENAUFBAU

Am College der Leuphana Universität Lüneburg setzt sich das Studium der Umweltwissenschaften aus vier Bausteinen zusammen: Den Auftakt bildet das **Leuphana Semester**, in dem Sie sich die methodischen und fachlichen Grundlagen eines wissenschaftlichen Studiums aneignen. Ab dem zweiten Semester gliedert sich Ihr Bachelor-Studium in **Major** (Hauptfach) und **Minor** (Nebenfach) sowie das Komplementärstudium. Im **Komplementärstudium** erproben Sie die Denk- und Arbeitsweisen anderer Fachdisziplinen und setzen sich mit gesellschaftlich relevanten Fragen auseinander.

BACHELOR THESIS				15 CP	Sustainability and Ethics	5 CP	
6	Inter- or transdisciplinary Project B	Interdisciplinary Sustainability Studies	5 CP	Compulsory elective module	5 CP	Minor	5 CP
5	Inter- or transdisciplinary Project A	Compulsory elective module	5 CP	Compulsory elective module	5 CP	Minor	5 CP
4	Interdisciplinary and transdisciplinary Concepts	Basic Concepts of Organic Environmental and Sustainable Chemistry	5 CP	Basic Concepts of Public Sustainability Governance	5 CP	Fundamentals of Sustainability Management	5 CP
3	Basic Concepts of Mathematics and Statistics	Basic Concepts of Inorganic Environmental and Sustainable Chemistry	5 CP	Basic Concepts of Ecology	5 CP	Introduction to Sustainability Economics	5 CP
2	Wissenschaftslehre Methodik I (Bachelorkompendium)	Wissenschaftslehre Methodik II (Bachelorkompendium)	5 CP	Wissenschaftslehre Methodik (Bachelorkompendium)	5 CP	Wissenschaftslehre (Bachelorkompendium)	5 CP

Das Studienmodell der Leuphana: Anmerkungen eines Ehemaligen

von Matthias von Saldern

Zur Situation der Universität vor dem neuen Studienmodell

Das Studienmodell der Leuphana ist einerseits Teil einer generellen Entwicklung in der BRD, andererseits aber an vielen Stellen ein eigenständiges Konzept, über das es sich nachzudenken lohnt. Letzteres ist aber nur möglich, wenn man die Geschichte der Universität nicht aus den Augen verliert: Der erste große Schritt war die Umwandlung einer Pädagogischen Akademie in eine Pädagogische Hochschule. Es folgte die Erweiterung zu einer Universität durch die Schaffung zweier neuer Fachbereiche: Betriebswirtschaftslehre und Kulturwissenschaften. Aus Letzterem ist später der Fachbereich Umweltwissenschaften erwachsen. Es folgte der Umzug auf das Gelände einer ehemaligen Kaserne. Schließ-

AUF EINEN BLICK

Studienabschluss: **Bachelor of Science (B.Sc.)**
Regelstudienzeit: **6 Semester (drei Jahre)**
Studienbeginn: **Wintersemester (Oktober)**
Auslandssemester: **möglich**
Zulassungsbeschränkung: **ja**
» www.leuphana.de/bachelor

MINOR-KOMBINATIONSMÖGLICHKEITEN

- Betriebswirtschaftslehre
- Bildungswissenschaft
- Digitale Medien/Kulturinformatik
- E-Business
- Industrietechnik
- Philosophie
- Politikwissenschaft
- Raumwissenschaften
- Rechtswissenschaften (Unternehmens- und Wirtschaftsrecht)
- Soziale Medien und Informationssysteme
- Volkswirtschaftslehre
- Wirtschaftspsychologie

lich wurde es gesetzlich möglich, die Universität in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln. Auch dieser Weg wurde in Lüneburg gegangen. Der letzte große Schritt, bevor die Universität zur Leuphana wurde, war die Fusion mit der Fachhochschule. Die Fusion war, was die Studiengänge anbetrifft, sicherlich der schwierigste Transformationsprozess. Dies lag daran, dass in der Fachhochschule jeder Studiengang seinen eigenen Fachbereich hatte, während in der Universität die Studiengänge größtenteils quer zu den Fachbereichen konzipiert waren.

Ich persönlich war immer ein klarer Gegner einer Fusion. Aber nicht aus universitärem Dünkel heraus, ganz im Gegenteil haben wir in der Erziehungswissenschaft vorher schon leistungsstarke FH-Absolvent*innen promoviert oder Projekte sehr kollegial gemeinsam getragen, sondern deshalb, weil dies ein reines Sparmodell sein würde. Damit habe ich wohl recht behalten, was man schon an den heutigen Studierendenzahlen im Vergleich zu früher sehen kann. Der damals angedachte Begriff ›Modelluniversität‹ war ein reiner Euphemismus. Der Begriff war auch schnell wieder verschwunden. Die Bezeichnung ›Gesamthochschule‹ wäre ehrlicher gewesen, die wollte man aber nicht. Nach Wandlung zur Universität, dem Umzug, der Veränderung zur Stiftungsuniversität und der Fusion konnte man kaum behaupten, die Universität sei innovationsresistent gewesen. Aber genau dieser Vorwurf schwebte in den Anfängen der Leuphana im Raum. Unter Hochdruck wurden nach der Fusion zahlreiche neue Studiengänge mit immensen Aufwand aus der Taufe gehoben und akkreditiert – um dann durch das neue Präsidium zu erfahren, dass völlig neue Studiengänge angestrebt werden und einige Studiengänge auslaufen sollen. Dass da keine Freude aufkam, war doch klar. Besonders, weil das Ganze stellenweise noch mit einer kaum zu beschreibenden Arroganz gepaart war. So war die Implementation des neuen Studienmodells anfangs etwas zäh.

Die Arbeit im Bachelor-Master-System

Das Studienmodell der Leuphana ist nicht zu denken ohne dessen Bezug zur generellen Entwicklung in diesem Bereich. Zur Erinnerung: Der Bologna-Prozess (1999) zielte auf:

- ein System leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse,
- ein zweistufiges System von Studienabschlüssen, wobei der erste bereits berufsqualifizierend sein sollte,
- ein Leistungspunktesystem nach dem ECTS-Modell,
- die Steigerung der Mobilität von Studierenden, Lehrkräften und Wissenschaftlern,

- die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Qualitätssicherung,
- die europäische Dimension in der Hochschulausbildung.

Auf der Folgekonferenz (Prag 2001) unterstrichen die Minister, wie wichtig die Beteiligung der Universitäten, der übrigen Hochschuleinrichtungen und insbesondere der Studierenden sei, um auf konstruktive Weise einen europäischen Hochschulraum zu errichten.

Sind diese Ziele erreicht worden? Es trat zumindest Ernüchterung ein: Das Bachelor-Master-System ist stark verschult im Vergleich zu den vorherigen Diplomstudiengängen. Die mit diesem System erhofften Verbesserungen sind allerdings nicht eingetreten (stringenteres Studieren, mehr Auslandsaufenthalte, leichter Wechsel zwischen den Universitäten). Ein Vorteil lässt sich allerdings erkennen: Unsichere Studierende werden eng bei der Hand genommen und durch das Studium geführt. Ob derartige Studierende später verantwortungsvolle Führungspersönlichkeiten werden können, bleibt zumindest umstritten, zumal durch G8 und Abschaffung der Wehrpflicht Erstsemester immer jünger wurden. Dramatisch ist der Anstieg der Abbrecherzahl beim Bachelor: 2017 haben ungefähr ein Drittel das Studium vorzeitig beendet, davon in Fachhochschulen sogar 47%. Auch die Gründe für den Abbruch haben sich verschoben: Notendruck ab dem ersten Semester, Konkurrenz um den Master-Studienplatz, usw. Ganz offensichtlich haben Politik, Universitäten und Fachhochschulen noch nicht verstanden, das Studium klientenorientiert zu gestalten. Die neue Rahmenprüfungsordnung (RPO) der Leuphana ist ein klassisches Indiz dafür, dass die Verantwortlichen nicht mehr in der Lage sind, sich in die studentische Lebenswelt (aber auch die der Lehrenden) hineinzudenken.

Um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen: Ich war immer ein Freund davon, gerade bei einem kostenfreien Studium, von Studierenden viel Leistung zu verlangen. Dies ist aber untrennbar an die Forderung gebunden, auch Leistung zu ermöglichen (keine Studiengebühren, gesicherter Lebensunterhalt, gute Betreuung, kein Windhundrennen bei Belegung von Veranstaltungen, usw.). An dieser Stelle hat das Bachelor-Master-System zu einer unübersehbaren Schiefelage beigetragen.

Das neue System hat z. B. zu einer massiven Überbürokratisierung des Studiums geführt. Es gibt auf der einen Seite immer weniger voll bezahlte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zumindest im Bereich der Bildung), auf der anderen Seite mit viel Personal ausgestattete Studiendekanate sowie Qualitätsbeauftragte und sonstige neue Instanzen. Die Formalisierung und Bürokratisierung führte

auch zu einer Einengung der professoralen Arbeitswelt. Regeln wie „Ein Professor pro Modul“ waren für Studiengänge mit vielen Studierenden die Rückkehr zu Massenvorlesungen und Seminaren, geleitet durch unterbezahlte Angehörige des Mittelbaus. (Zum Vergleich: Auch der Autor dieser Zeilen hüpfte von Zeitvertrag zu Zeitvertrag – aber immer voll bezahlt!). Die Fächer im Minor wehren sich gegen diese Tendenzen einfach durch Zulassungsbeschränkungen.

Deutschland hat mit dem neuen System sein universitäres Alleinstellungsmerkmal ohne Not aufgegeben. Man kommt sich vor wie in einer Klinik, auch dort bestimmen Ökonomen den Alltag, nicht die Medizinerzunft. Wie konnte man einen Titel wie Dipl.-Ing. oder Dipl.Päd. kippen? Die waren doch international hoch akzeptiert, aber eben alt. Die Mediziner und Juristen haben den ganzen Spuk übrigens nicht mitgemacht (Koalitionsvereinbarung 2005). Für das Lehramt scheint das Modell auch nicht sehr sinnvoll zu sein: Der Bachelor ist eben nicht berufsqualifizierend. Paradoxerweise wirbt heute der DAAD noch mit Wilhelm v. Humboldts Universitätsmodell, das es in der BRD noch gäbe.

Die Vergleichbarkeit, die Bologna versprach, wurde auch geringer zu vorher: Die Studiengänge an den Universitäten wurden durch falsch verstandene, aber gewollte Profilierung so unterschiedlich, dass keiner mehr weiß, was z. B. ein Master of Educational Science eigentlich studiert hat, einmal abgesehen davon, dass die Erziehungs- oder Bildungswissenschaften auf Datengenerierung reduziert wurden und sich an pädagogischen Diskussionen kaum noch beteiligen. Wechselt ein Student im Lehramtsbereich von Braunschweig nach Lüneburg, muss man Modul für Modul prüfen, was anerkannt werden kann. Das ist gelebte Satire.

Durch diese Entwicklung hat das Gesamtsystem gelitten: »Es entsteht unter den Lehrenden ein Zweiklassensystem, bei dem die einen die Dreckarbeit des Unterrichtens, Prüfens und Verwaltens tun und nicht zuletzt den enormen Dokumentationspflichten genügen, also Anwesenheitslisten führen und Studienkonten im Internet bereithalten, während eine kleine Gruppe von Stars in Max-Planck-Instituten, an amerikanischen Universitäten oder Wissenschaftskollegs angeregt forscht und debattiert.«¹ Die Einrichtung sogenannter Eliteuniversitäten (reiche Universitäten bekommen noch mehr Geld) hat diesen Prozess noch verstärkt.

Einzelne Leuphana Aspekte

Im Folgenden werden einige Elemente des Studienmodells der Leuphana diskutiert.

Startwoche

Die Startwoche ist eine tolle Idee: Junge, teils sehr verschiedene Menschen kommen zusammen, um zu gesellschaftsrelevanten Themen zu arbeiten. Dies erinnert sehr an John Dewey, der die Auffassung vertrat, dass man eigentlich nur durch solche Projekte demokratiefähig wird. Man kommt natürlich schnell zu der Frage, was gesellschaftlich relevant ist und wer hier die Definitionsmacht hat. Schön wäre es, am Ende gerade deshalb mehr Zeit für eine umfangreiche Reflexion zu haben.¹

Komplementärstudium

Das Komplementärstudium gibt es schon lange an deutschen Universitäten, teils unter anderem Namen. Ziel ist es, eine starke inhaltliche Verengung im Studium zu vermeiden. Wichtig sind hier Flexibilität (z. B. einfache Auswahl von Veranstaltungen anderer Studiengänge) und Qualität (z. B. durch hauptberuflich Lehrende oder nachgewiesen hoch qualifizierte Lehrbeauftragte).

1
Der College-Tag, der der Reflexion über das Leuphana-Semester und der Evaluation dienen soll, könnte also auch auf die Startwoche angewandt werden.
(Anm. d. R.)

Leuphana-Semester

Die Hervorhebung allgemeinbildender Kompetenzen im ersten Semester und der damit geleistete Querbezug zu anderen Studienrichtungen sind sinnvoll. Man wird an Wilhelm v. Humboldt erinnert: »Auch Griechisch gelernt zu haben könnte auf diese Weise dem Tischler ebenso wenig unnütz seyn, als Tische zu machen dem Gelehrten.«². Allerdings galt dieses Argument ursprünglich für den Schulbereich und ist heute noch aktuell (Die Einteilung der Schüler nach Klasse 4 fördert nicht die Allgemeinbildung.) Ein Problem liegt darin, dass dieses Semester zwar im angelsächsischen Raum eine große Rolle spielt (kein allgemeinbildendes Abitur), aber in Deutschland inkompatibel wirkt. Studierende müssen gut aufpassen, um später die Voraussetzungen für einen Master an einer anderen Hochschule zu erfüllen.

Anwesenheitspflicht?

In dieser Frage bin ich noch alte Schule. Früher galt ja: Zwei Mal unentschuldigt fehlen ist in Ordnung. Im BMS-System hieß es dann, die Studierenden hätten ein sog. Selbstlernrecht, müssten also nicht kommen. Für eine Präsenzuniversität ist dies eine seltsame Argumentation. Allerdings ist die Forderung nach Präsenz zwingend daran gekoppelt, gute Veranstaltungen zu machen. Ich habe vor den Studierenden immer die Auffassung vertreten, dass sie in der Zeit der

Veranstaltung lieber ein gutes Buch zum gleichen Thema lesen sollen, wenn ihnen die Veranstaltung nichts bringt.

Die derzeitige Lösung sieht vor, dass »Lehrende bei der Studienkommission die erfolgreiche Teilnahme als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung beantragen können. Die Studienkommission wird auf Grundlage des darzulegenden didaktischen Konzeptes für die einzelne Veranstaltung entscheiden, ob eine regelmäßige Teilnahme an einem Seminar notwendig ist.« Man stelle sich also vor, dass ein Professor die Anwesenheit beantragt und die Studienkommission lehnt ab. Das heißt: Ein Professor bietet ein Seminar an, die Studierenden brauchen aber nicht zu kommen. Das ist nicht nur Überbürokratisierung – das ist kafkaesk.

Studium Individuale

Dieses Studienmodell, angelehnt an das Bildungsverständnis der Liberal Education, klingt in manchen Ohren erstmal fremd. Dabei ist es gar nicht so schwer, die Bedeutung des Studium Individuale zu finden: Studieren jenseits von Fächergrenzen, an einer Leitfrage, einem Thema, das aus verschiedenen Perspektiven behandelt werden soll, orientiert. »Alles« geht also auch nicht, ein roter Faden sollte im Idealfall schon erkenntlich sein. Natürlich ist hier besondere Beratung angesagt, weil man bei all dem Angebot natürlich auch leicht mal den Überblick verlieren kann.

Methodenausbildung

Es gab den Trend, an Universitäten sog. Methodenzentren einzurichten. An sich eine gute Idee, allerdings führte dies zu einer völligen Zerfledderung der Methodenausbildung. Im Diplom konnte man über acht Semester einen Methodenstrang konzipieren, der von auch inhaltlich fachkundigem Personal abgedeckt wurde. Heute müssen die Studierenden eine Struktur finden: Methodenanteile im Leuphanasemester, in der BA-Ausbildung und dann in der MA-Ausbildung.

Sicherung guter Lehre

Auch das neue Studienmodell braucht gute Lehrende. Die Einführung von »Leistungspunkten« (Publikationen, Mitarbeit in der Selbstverwaltung, Drittmittelinwerbung, ...) wurde Normalität in etwa zum gleichen Zeitpunkt wie die Einführung des BMS, ist aber durchaus umstritten. Professoren werden dennoch über Leistungspunkte bewertet und nach diesen Punkten werden zum Beispiel auch Finanzmittel zugewiesen. An zwei Stellen krankt dieses System: (a) Man forscht in Bereichen, für die es Drittmittel gibt. Das eigene Forschungsinteresse tritt zurück. Satirisch: Einstein hätte an einer deut-

schen Universität keine Leistungspunkte erhalten. (b) Gute Lehre wirkt sich auf die Leistungspunkte nicht aus.

Man versucht Qualitätssicherung durch den ›Lehrpreis‹: Hier werden Veranstaltungen ausgezeichnet, die von Mitgliedern der Universität, auch Studierenden, gemeldet werden. Veranstaltungen sollen ›innovativ‹ sein. Die Frage ist, was dies bedeutet. Innovation ist zwar per definitionem etwas Neues, aber nicht immer automatisch eine Verbesserung. Klassische universitäre Vorlesungen oder Seminare anzubieten, scheint altbacken zu sein, selbst wenn die Studierenden dabei weiterkommen.

Das Kernproblem liegt aber woanders: Es lohnt sich für Professoren nicht, gute Lehre zu machen, wohl aber, nebenbei ein Ingenieurbüro oder eine Beratungsfirma zu haben. Des Weiteren gibt es zwar Lehrentlastung (›Forschungssemester‹) zu Gunsten der Forschung oder anderer Tätigkeiten. Es gibt aber keine Forschungsentlastung zu Gunsten der Lehre. Dies wohl deshalb, weil nur Wenige wirklich forschen. Die müssten eigentlich mehr Lehre machen.

Bei ›Berufungen‹ achtet man trotz anderslautender Aussagen vorwiegend auf Forschung. So saß eines Abends eine frisch berufene W3-Professorin bei uns im Wohnzimmer, die offen über ihr Problem sprach, noch nie eine Vorlesung gehalten zu haben! Gut war daran natürlich, dass sie einen alten Hasen dazu befragte. Man muss allerdings wissen, dass dies kein Leuphana-Problem ist.

Zwischenzeitlich dachte man über ›Lecturer‹ nach oder ›Lehrprofessoren‹. Man bedenke: Ohne Forschung ist man kein guter Lehrender. Nur wer forscht weiß um die Unsicherheiten seines eigenen Faches. Wenn man nur Lehrbücher vorliest, wird man leicht dogmatisch und die Studierenden glauben, die Welt sei so. Das ist so, als ob einer, der sich dem Zölibat unterwirft, die Freude am Kuschneln vermitteln soll. Man muss also heiß sein auf Forschung, dann weiß man auch, was man vor allem Erstsemestern sagen muss.

Alle diese sind keine neuen Gedanken. Ein alter Mann hat dazu schon etwas gesagt: Wilhelm von Humboldt.

Immer noch aktuell: Wilhelm von Humboldt

Bei diesen subjektiven Wertungen meinerseits muss man sich fragen, ob es nicht einen theoretischen Hintergrund gibt, um das Gesagte richtig einzuordnen. Ein wichtiger Hinweis dazu kam aus der Wirtschaft: »Die Schul- und Wissenschaftsminister, aber auch viele Universitätsleitungen haben die Größe der Aufgabe verkannt. Sie haben nachlässig und unverantwortlich gehandelt. Die heute auch aus diesem Kreis zu vernehmenden Beileidsbekundungen an die

Student*innen sind wenig glaubwürdig. Besonders ärgerlich wird es aber dadurch, dass zugleich sichtbar wird, wie ignorant man mit den großen Bildungstraditionen unseres Landes umgeht.«ⁱⁱⁱ. Gemeint ist die Konzeption Wilhelm von Humboldts. Er betonte die allgemeine Bildung, die jeglicher beruflichen Spezialisierung vorausgeht und nicht mit ihr vermischt werden soll. Für von Humboldt wäre ein berufsqualifizierender BA wahrscheinlich ein Graus gewesen. Das alte System hatte auch Schwächen, aber es war ein weltweit geachtetes Profil, das Deutschland ohne Not aufgegeben hat.

Nach Wilhelm von Humboldt muss eine Universität nämlich eine Stätte des Zweifels und des Nachdenkens sein und nicht ein Ort der reinen Ausbildung. Ich wünsche der Leuphana, diesen Aspekt zukünftig mehr zu betonen. Vor von Humboldt, Schleiermacher oder Fichte hatte die Universität einen emphatischen Wahrheits- und Weisheitsauftrag. Nach ca. 1810 sollte Wissenschaft als methodisierter Zweifel verstanden werden. Und um diesen zu erreichen, braucht man Freiräume.

Die fehlende wissenschaftlich immer notwendige Distanz zu Konzepten wie z. B. Nachhaltigkeit (um nur ein Beispiel zu nennen) führt zu einer Ideologisierung von Wissenschaft, vor der schon Max Weber warnte. Diese Diskussion war vor der Leuphana-Zeit sehr heftig geführt worden. Wieso ist der Wald noch nicht gestorben? Wieso werden Energiesparlampen empfohlen, die radioaktiv strahlen und nach Zerbrecen Sondermüll sind? Ist das nachhaltig? Durch die fehlende kritische Diskussion wird ein wichtiges Konzept wie Nachhaltigkeit entwertet. Ein weiteres Beispiel: Die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird von einigen Fachleuten kritisiert wegen ihrer rassistischen und kolonialen Tendenz. Derartige Diskussionen wurden (werden) aber an der Leuphana so gut wie gar nicht geführt. Mag sein, dass ich mich irre. Umso wichtiger war die Entscheidung, das Thema Ethik im Master zu verankern.

Fazit

Das Neue muss nicht immer das Bessere sein, so wie das Alte nicht immer das Bessere war. Dies heißt aber nicht, dass im Studienmodell der Leuphana nicht Chancen lägen. Der aktuell deutschlandweit angezielte Bildungsbegriff ist trotz aller Hochglanzbroschüren ein Rückfall in die Zeit der Aufklärung, in der man Bildung nur unter nutzbringenden Aspekten betrachtete. Der Humboldtsche Gedanke einer Selbstbildung und der Einheit von Forschung und Lehre gehen stellenweise verloren.

Das Primat des ausschließlich ökonomischen Denkens muss wieder

ersetzt werden durch das Primat des klugen Gedankens und des Zweifels, wie Wilhelm von Humboldt es sagte. Dies ist alleinige und erste Aufgabe einer Universität und muss auch in neuen Strukturen möglich sein. Ich wünsche dies meiner alten Universität von Herzen.

Endnoten

ⁱ Süddeutsche Zeitung, 2010

ⁱⁱⁱ handelsblatt. com, 27.11.2009

ⁱⁱ Königsberger und Litauischer Schulplan, 1809

Prof. Dr. Matthias von Saldern ist freiberuflicher Berater im Bereich Schulentwicklung und doziert an der Berufsakademie Lüneburg und Göttingen für die Bereiche Erziehungswissenschaft und Empirische Sozialforschung. Von 1996 bis 2014 war er an der Universität Lüneburg Professor für Schulpädagogik und zeitweise als Vizepräsident für Forschung und als Mitglied des Stiftungsrates tätig. Als »Fan von Wilhelm v. Humboldt«, wie er sich selbst nennt, interessiert ihn, inwieweit eine breite Allgemeinbildung ohne den Anspruch, immer direkt irgendwie beruflich verwertbar zu sein, noch im Studium aufzufinden sei. Die spezifische Gestaltung in Lüneburg, wie er im Text zeigt, ist und bleibt eine Herausforderung. ●●●●●●●●





Das Studienmodell des Leuphana- Bachelors - eine kritische Bewertung aus Student*innen- perspektive

von Linda Macfalda

»Mehrdimensional statt eindimensional« – so bewirbt die Uni das Studienmodell des Leuphana-Bachelors auf ihrer Internetseite. »Das besondere Studienmodell am College verwandelt das Bachelor-Modell in einen kooperativen Denkraum«, heißt es weiter. Fachübergreifende Lehre im Komplementärstudium und dem Leuphana-Semester und die Ergänzung des Hauptfaches durch den Minor können als Aushängeschild des Leuphana-Bachelors bezeichnet werden. Inwieweit wird das Modell seinen Ansprüchen gerecht? Wo hakt es und welche Schwierigkeiten bringt das Modell für Student*innen mit sich?

Leuphana-Semester

Das erste Semester – das sogenannte Leuphana-Semester – stellt den Einstieg in das Studium, also in eine

neue Art zu lernen, dar. Dieser Einstieg in das wissenschaftliche Arbeiten soll im Leuphana-Semester erleichtert werden.

Das Leuphana-Semester besteht hauptsächlich aus einer Reihe von fachübergreifenden Modulen, die von allen Erstsemesterstudent*innen gemeinsam belegt werden.

Im Modul ›Wissenschaft trägt Verantwortung‹ setzen sich die Student*innen aus verschiedensten Perspektiven mit Nachhaltigkeit oder allgemein gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaft auseinander. In interdisziplinären Gruppen sollen erste kleine Forschungsfragen bearbeitet werden. Die tatsächliche Interdisziplinarität dieser Arbeit ist allerdings kaum gegeben, schließlich sind Erstsemesterstudent*innen noch gar nicht in ihrer Disziplin verwurzelt. Manchmal hört man den ironischen Kommentar, diese Gruppen seien höchstens undiszipliniert, aber nicht interdisziplinär. Das Potential, fachübergreifender Arbeit, verschiedene methodische Arbeitsweisen und breit gefächertes Fachwissen zu vereinen, geht daher im sogenannten Verantwortungsmodul oft verloren. Das heißt nicht, dass fachübergreifende Projektarbeit im Studium nicht durchaus fruchtbar für Student*innen sein könnte. Die Erfahrung wirklicher Interdisziplinarität kann allerdings erst in späteren Semestern gemacht werden. Der Allgemeine Student*innenausschuss (AStA) regte schon 2011 in einer Stellungnahme an, interdisziplinäre Forschungsseminare eher in die Mitte oder an das Ende des Studiums zu legen.¹

Im Modul »Wissenschaft lehrt Verstehen« (früher: ›Wissenschaft macht Geschichte‹) werden die Erstsemester in Seminaren zu einem semesterweise wechselnden, übergreifenden Thema an das wissenschaftliche Schreiben herangeführt. Außerdem sollen kritische Reflexion und der Umgang mit Komplexität geschult werden. Erstsemesterstudent*innen sollen lernen, Fragestellungen differenziert aus verschiedenen Perspektiven betrachten zu können. Die Themen und Ausrichtung der Seminare sind größtenteils geistes- oder sozialwissenschaftlich. Es gibt sicherlich viele Standards wissenschaftlichen Arbeitens, die disziplinübergreifend in diesem Rahmen erprobt werden können. Einige Student*innen werden allerdings auch die Erfahrung machen, dass die Fachkultur ihres Faches andere Arbeitsweisen und vor allem ganz andere Prüfungsformen beinhaltet, als die im Verstehens-Modul erstellte Hausarbeit.

Im dritten fachübergreifenden Modul des Leuphana-Semesters ›Wissenschaft nutzt Methoden‹ stehen Wissenschaftstheorie, qualitative und quantitative Methoden auf dem Lehrplan. Es kann als Herausforderung angesehen werden, dass verschiedene Fächer sehr unterschiedliche Methoden nutzen und die fachübergreifenden Methoden

schwierig in die Methodenausbildung der einzelnen Fächer einzu-
binden ist.

Für das fachspezifische Studium, für das sich die Erstsemester gerade erst eingeschrieben haben, bleiben im Leuphana-Semester nur 10 Credit Points über. Das kann gerade so kurz nach der Entscheidung für ein Studienfach, die hoffentlich aus Interesse und Begeisterung für gerade dieses Fach gefällt wurde, zu Frustration führen. Eine Studentin, die auf dem Blog ›Was bildet ihr uns ein?‹ über ihr Leuphana-Semester berichtet, zitiert enttäuschte Kommiliton*innen, die kritisieren, man habe im Leuphana-Semester vor allem eins: weniger Möglichkeiten, die eigenen Interessen zu vertiefen.ⁱⁱ

Gegen solche Kritikpunkte wird das Leuphana-Semester auf der Universitätswebsite mit dem Satz »Die scheinbare Fachferne von Lehrveranstaltungen in diesem ersten Semester hilft Ihnen, neue Lösungsstrategien zu finden.« verteidigt. Aber: von welchen alten Lösungsstrategien sollen die Erstsemester abgebracht werden? Woher kommt der Eindruck, dass junge Menschen, die größtenteils wenige Wochen zuvor noch allgemeinbildende Schulen besucht haben, sich in der Denkweise einer Disziplin festgefahren haben könnten und auf neue Wege gebracht werden müssten, um Lösungsstrategien zu finden? Den Blick zu weiten und auch andere Perspektiven in Betracht zu ziehen, um Lösungen zu finden, ist sicherlich hilfreich. Es schadet aber wohl nicht, zuerst die ›alten‹ Lösungsstrategien, die in den Disziplinen gelehrt und in der Praxis vielfach angewendet werden, kennen zu lernen, um sie dann in Frage zu stellen und neue Strategien zu entwickeln.

Die überwiegende Fachfremde im Leuphana-Semester ist nicht nur frustrierend für alle, die zu Beginn des Studiums gespannt auf die Inhalte ihrer gewählten Disziplin sind. Sie erschwert zudem das kritische Hinterfragen der eigenen Studiengangswahl. Wie sollen Erstsemesterstudent*innen abwägen können, ob das gewählte Fach wirklich das richtige ist, wenn sie weniger als die Hälfte des Arbeitsaufwandes des ersten Semesters für dieses Fach aufbringen?

Insgesamt finden sich im Leuphana-Semester viele wertvolle Ideen für eine gelungene Hochschullehre: eine Verknüpfung von Wissenschaft mit gesellschaftlich relevanten Fragen im Verantwortungsmodul, fachübergreifende Lehre und Projektarbeit, eine Heranführung an das wissenschaftliche Arbeiten und eine theoretische Auseinandersetzung mit Wissenschaft in Form der Wissenschaftstheorievorlesung. Dennoch gibt es auch einige Kritik, die besonders den Umfang und den Zeitpunkt der fachübergreifenden Lehre betrifft.

Etwas polemisch, wird das Leuphana-Semester zuweilen auch als ›Sekundarstufe III‹ kritisiert. Diese Kritik schließt an die Frage an, in-

wiefern fachübergreifende Lehre, die einen eher allgemeinbildenden Charakter hat, im ersten Semester – also zumeist unmittelbar nach Abschluss einer allgemeinbildenden Schullaufbahn – nötig und sinnvoll ist.

Major-Minor-Kombination

Eine zweite Besonderheit des Leuphana-Bachelors ist die Unterteilung in Major und Minor oder einfacher ausgedrückt in Haupt- und Nebenfach.

Dieses Format ist genau wie das »Leuphana College« nach Elementen angloamerikanischer Hochschulbildung benannt. Wer sich ein wenig in die Eigenarten dieses Studiensystems einliest, wird allerdings schnell merken, dass es in viele Punkten schwer mit dem deutschen Hochschulwesen zu vergleichen ist. An einem US-amerikanischen College eingeschrieben zu sein, hat mitunter wenig mit einem Universitätsstudium in Deutschland zu tun. Daher können die Bezeichnungen »Major« und »Minor« für die Haupt- und Nebenfächer in gewisser Weise irreführend sein.

Das Modell der Kombination aus Major und Minor in Lüneburg ermöglicht Student*innen, verschiedene Perspektiven und Themen zu verknüpfen und sich ihr Studium nach eigenen Interessen zusammenzustellen.

Je nach Major stehen jedoch nur bestimmte Minor offen: Während an sich schon interdisziplinäre Major wie Umweltwissenschaften und Kulturwissenschaften mit einer großen Bandbreite an Minorstudiengängen kombiniert werden können, lässt ein fachspezifischerer Major wie Ingenieurwissenschaften weniger, fachlich näher am Major liegende Minorstudiengänge als Kombinationsmöglichkeit zu. So wird hier eine größere fachliche Tiefe durch fachliche Schwerpunkte im Minor ermöglicht beziehungsweise gewährleistet. Generell lässt sich feststellen: Minor können eine Ergänzung der fachlichen Perspektive der Major sein. Je nach gewählter Kombination oder Wahlmöglichkeiten, können Minor aber auch eher eine Art von Vertiefungsrichtung des Majorstudienganges darstellen.

Das Studierendenparlament äußerte in seiner Stellungnahme zur Systemakkreditierung aus dem Jahr 2012 ähnliche Vorbehalte gegenüber diesem Studienmodell. Interdisziplinarität als Leitmotiv wird begrüßt, es wird allerdings in Frage gestellt, ob sich dieser Ansatz konsequent gleich gut auf alle Studiengänge anwenden lässt.ⁱⁱⁱ Auch hier werden die eingeschränkten Wahlmöglichkeiten in eher disziplinären Studiengängen wie Ingenieurwissenschaften thematisiert.^{iv} Zudem wird die Gefahr eines Verfalls von Fachlichkeit in traditionell

schon interdisziplinären Studiengängen wie Kultur- und Umweltwissenschaften als weitere Schwäche des Studienmodells des Leuphana-Bachelors eingebracht.^v Wenn beispielsweise Student*innen sich in den Umweltwissenschaften neben Chemie, Ökologie, Kommunikation und weiteren Disziplinen, die im Major vereint sind, auch noch einer weiteren Disziplin im Minor widmen sollen, kann es leicht passieren, dass die Inhalte der einzelnen Disziplinen zu wenig umfangreich oder zu oberflächlich behandelt werden (müssen), um sie in ihrer Komplexität begreifen zu können.

Komplementärstudium

Die dritte Säule des Leuphana-Studienmodells ist das sogenannte Komplementärstudium. Das Komplementärstudium schafft Wahlmöglichkeiten, um außerhalb von Major und Minor nach eigenem Interesse fachfremde Module zu belegen. Ähnliche Formate sind auch an anderen Universitäten zu finden. Wer möchte, findet aber auch einige eher fachspezifische oder mindestens ›fachnahe‹ Kurse im Komplementärstudiumsangebot. Hin und wieder finden sich auch Angebote wie ›Persönliche Verhaltensentwicklung‹ im Vorlesungsverzeichnis. Solche ›soft skills‹ sind vermeintlich auf dem Arbeitsmarkt heiß begehrt, haben aber eher wenig Bezug zu kritischem Denken und Wissenschaftlichkeit.

Die gegebene Wahlfreiheit wird durch die Containermodule, in denen die Lehrveranstaltungen des Komplementärstudiums eingeteilt werden, allerdings wieder eingeschränkt. Die Modulnamen sind so unspezifisch gewählt, dass oft inhaltlich sehr verschiedene Veranstaltungen ein- und demselben Modul zugeordnet werden. Auch die Profilbildung oder der Erwerb von Credit Points für den Masterzugang wird durch die Struktur der Containermodule erschwert. Diese Struktur ist natürlich nicht der Idee des Komplementärstudiums an sich geschuldet, sondern eher ein Aspekt der Durchführung, welcher zu Unzufriedenheit führt.

Insgesamt kann die Idee des Komplementärstudiums, parallel zu den eigenen Studieninhalten ein fächerübergreifendes Lehrangebot auswählen zu können, sehr bereichernd sein. Es ist jedoch im Interesse der Student*innen, dass die Organisation in den Containermodulen überdacht wird. Unter dieser Voraussetzung würde das Komplementärstudium auch bessere Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung bieten, wie sie jetzt beispielsweise in Zertifikaten, die im Komplementär angeboten werden, angelegt ist.

Immer wieder in der Diskussion ist auch der hohe Anteil an Lehraufträgen im Komplementärstudium. Darunter leidet oft die Betreuung

und zuweilen auch die Qualität des Lehrangebots. Hintergrund ist, dass Lehrende unserer Uni weniger Kurse im Komplementärstudium anbieten wollen, als es die Kapazitätsrechnungen vorsehen. Im Gegenzug ist die Lehre in den Major- und Minorangeboten zum Teil besser betreut als eigentlich in der Berechnung geplant.

Das Modell als Ganzes

Anschlussfähigkeit für Masterplätze

Ein viel kritisiertes Punkt am Leuphana-Bachelor ist der Verlust von fachspezifischen Kursen durch fachübergreifende Pflichtkurse im Leuphana-Semester und Komplementärstudium, sowie durch die Kombination aus Major und Minor. Im eigentlichen Hauptfach werden dadurch im Vergleich zu anderen Abschlüssen mit einem ähnlichen Titel weniger Lehrveranstaltungen besucht. Das führt bei Bewerbungen auf und Zulassung zu Masterplätzen an anderen Universitäten häufig zu Schwierigkeiten. Dieses Problem wurde schon 2011 in einer Stellungnahme des AStA angesprochen und findet sich auch in einem Univativ-Interview mit Sascha Spoun aus dem Jahr 2016 noch als Hauptkritikpunkt am Leuphana-Bachelor wieder.^{vi}

Viele Student*innen sehen sich gezwungen, zusätzliche Kurse zu belegen, um auf eine ausreichende Anzahl fachspezifischer Credit Points zu kommen. Damit fördert das Leuphana-Modell indirekt auch, dass diejenigen Student*innen, die genug Zeit und Ressourcen haben, Zusatzmodule zu belegen, im Wettbewerb um knapp bemessene Masterplätze bevorteilt werden. Wer neben dem Studium einer Lohnarbeit nachgehen muss oder andere Verpflichtungen übernimmt, kann diese Schwäche schwieriger ausgleichen, indem sie*er einige Seminare mehr belegt. Auch wer das Studium über BAföG finanziert und dadurch an die Regelstudienzeit gebunden ist, kann weniger leicht zusätzliche Credit Points im eng getakteten Bachelor-Lehrplan unterbringen.

Leuphana-College als Eliteschmiede?

Sascha Spoun äußerte im oben zitierten Univativ-Interview: »Das Collegesystem setzt sehr stark auf das Individuum, seinen Bildungswillen, auch über die reine berufliche Nutzbarkeit hinaus.«^{vii} An und für sich ist ein universitäres Studienmodell, das sich derart auf die Fahnen schreibt, Neugier zu fördern und Bildung als Selbstzweck zu befördern, sehr begrüßenswert. So können sich an der Hochschule nicht nur Fachkräfte, sondern auch kritische Geister bilden. Der Wille, über den Tellerrand zu schauen, wird an der Leuphana allerdings weniger gefördert, sondern vielmehr als Aufnahmebedingung vorausgesetzt.

Auf dem Blog ›LeuphaNO!‹ wurde schon 2007 die Befürchtung geäußert, nur exzellente Student*innen könnten exzellente Ergebnisse erbringen, wenn durch das Leuphana-Semester der Stoff des Majors von 6 auf 5 Semester gekürzt wird.^{viii} Das Leuphana-Semester wurde daher als Indiz dafür gedeutet, das Leuphana-College sei als Eliteschmiede konzipiert.^{ix} Diese Analyse ist insgesamt etwas einseitig. So berücksichtigt sie beispielsweise nicht, dass das Leuphana-Semester auch eine Hilfestellung für Student*innen sein kann, die nicht aus einem akademischen Haushalt kommen und den Beginn ihres Studiums ohne Leuphana-Semester mitunter mehr als ›Sprung ins kalte Wasser‹ erleben würden. Dennoch ist diese Kritik nicht komplett abwegig. Das Leuphana-Modell erfordert beispielsweise durch Zusatzkurse mitunter mehr Zeit als ›herkömmliche‹ Bachelor. Darüber hinaus erfordert das Modell ein hohes Maß an eigener Reflektion, um die oftmals versteckten Verbindungen zwischen den verschiedenen Studieninhalten zu sehen und im Studienverlauf zu nutzen. Ein Studium, welches explizit eher auf Allgemeinbildung als auf berufliche Qualifikation setzt, ist für Akademiker*innenkinder attraktiver und gegenüber dem Elternhaus leichter zu rechtfertigen als für Arbeiter*innenkinder. Somit kann dem Leuphana-Bachelor eine gewisse Tendenz zur sozialen Selektion nicht abgesprochen werden.

Auch die Einführung des neuen Auswahlverfahrens, welches sich an Aufnahmeverfahren von Begabtenförderwerken anlehnt, zeigt, dass die Universität im Rahmen der Neuausrichtung einen stärkeren Fokus auf die Aufnahme besonders guter Student*innen legt.^x

Diese Bedenken müssen kein Grund zur Absage an den interdisziplinären, allgemeinbildenden Anspruch sein. Es ist jedoch anzustreben, sie zu berücksichtigen und das Modell so zu überarbeiten, dass es für Student*innen mit verschiedenen Hintergründen, Möglichkeiten zur Studienfinanzierung etc. attraktiv ist. Ob und inwiefern dieses Ziel von der Universität ernsthaft verfolgt wird, ist schwer erkennbar. Auf ›Was bildet ihr uns ein?‹ ist der Eindruck diesbezüglich im bereits weiter oben zitierten Beitrag zum Leuphana-Semester ernüchternd:

»Meiner Meinung nach führt das Leuphana Semester nicht zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Ich hatte nicht den Eindruck, dass während des Semesters mehr als an anderen Universitäten dafür getan wurde, dass eine gerechtere, chancengleichere Basis für das weitere Studium geschaffen wird, was laut Beschreibung der Leuphana auch nicht unbedingt Ziel des Leuphana Semesters ist. Schade! Bei der Erleichterung des Einstiegs in die Wissenschaft

sollte doch auch berücksichtigt werden, dass nicht alle Studierenden über einen Kamm zu scheren sind.^{xi}

Leuphana-Bachelor im größeren Kontext

Das Studienmodell der Leuphana kann nicht verstanden werden, ohne zu berücksichtigen, vor welchem Hintergrund es entwickelt wurde.

Das Studienmodell wurde nach der Fusion der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit der Universität Lüneburg und der Erklärung der Universität als »Modellhochschule für den Bologna-Prozess« eingeführt. Eine ganze Reihe von neuen Bachelor/Master-Studiengängen wurde zum Wintersemester 2005/2006 eingeführt. Zwei Jahre darauf folgte dann die Umstellung auf den Leuphana-Bachelor.

Diese Situation schaffte die Möglichkeit für viel Veränderung.^{xii} Gleichzeitig war es eine schwierige Situation. Es war nicht so richtig klar, wie die Fachhochschule wirklich zur Universität passen konnte. Die Schließung der Universität war zuvor länger im Gespräch.^{xiii} Unabhängig davon wie realistisch die Schließung des Standortes wirklich war, führte die Diskussion zu einer gewissen Drohkulisse. Was als innovatives Konzept, den Herausforderungen der zukünftigen beruflichen und gesellschaftlichen Realität zu begegnen, präsentiert wird, ist also, zumindest teilweise, auch eine Notlösung.

Die Tendenz zur sozialen Selektion im Hochschulwesen und der Wettbewerb um Studienplätze sind auch nicht nur an der Leuphana vorzufindende oder gar hier erfundene Phänomene. Der Leuphana-Bachelor erschwert in einigen Fällen den Zugang zu Masterplätzen. Es besteht allerdings politisch auch gar nicht der Wille, dass alle Bachelorabsolvent*innen einen Masterplatz erhalten. Das Angebot an Masterplätzen ist bewusst deutlich geringer gehalten als das Bachelorplatzangebot.^{xiv} Der Leuphana-Bachelor, der eher allgemeinbildend als berufsbildend konzipiert ist, ist vor diesem Hintergrund besonders problematisch, aber auch nicht die Wurzel allen Übels.

Wettbewerb herrscht allerdings nicht nur zwischen Student*innen, sondern auch zwischen Universitäten. Auch wenn Finanzierung häufig eher nach Forschung und weniger nach Lehre gewährt wird, kann der Leuphana-Bachelor als Teil der Marke »Leuphana« in gewisser Weise auch als Teil der Legitimationsgrundlage für die Existenz der ehemals unscheinbaren, vermeintlich von der Schließung bedrohten Universität gesehen werden. Der Leuphana-Bachelor macht die Universität in der Außenwirkung zu etwas Einzigartigem, was nicht durch andere kleine bis mittelgroße Universitäten in Niedersachsen ersetzt werden kann. Er ist der »Unique selling point« des hiesigen Hochschulstandortes.

Dabei sind die Konzepte auf den zweiten Blick alles andere als einzigartig. Fachübergreifende Lehrveranstaltungen, wie das Komplementärstudium finden unter anderem Namen auch an anderen Universitäten statt. Major und Minor sind dann doch nur Haupt- und Nebenfach. Diese Kombination ist zwar an anderen Universitäten nicht für (fast) alle grundständigen Studiengänge vorgesehen, aber auch nicht unbedingt die Neuerfindung des Rades.

Fazit

Der Leuphana-Bachelor birgt viele Potentiale für Student*innen: ein breit aufgestelltes Profil, andere Disziplinen verstehen lernen, scheinbar unzusammenhängende Themen zusammen denken. Aus dem Modell ergeben sich jedoch einige Schwierigkeiten, die zu Frust und Zukunftsangst beitragen und dem Ausschöpfen dieser Potentiale im Wege stehen können.

Das Verantwortungs-Modul wäre an späterer Stelle im Studium besser platziert, sodass sich die gemeinsame Projektarbeit eher den Titel ›interdisziplinär‹ verdient hätte. Es ist generell fragwürdig, ob der interdisziplinäre Leuphana-Bachelor wirklich geeignet für alle grundständigen Studiengänge ist. Die Notwendigkeit, zusätzliche Credit Points für den Masterzugang erwerben zu müssen, erhöht den ohnehin schon nicht zu geringen Stress im Studium und lässt außerdem besonders Student*innen, die die Ressourcen für diese Credit Points nicht aufbringen können, schlecht dastehen.

Insgesamt sind die im Leuphana-Bachelor zu findenden Ideen also durchaus sinnvoll, aber wohl kaum der Königsweg der Hochschullehre für alle Studiengänge, alle Student*innen oder gar alle Universitäten. Es gilt, einige Schwächen in der Umsetzung und im Konzept zu adressieren. Probleme wie der Zugang zu Bildung, sei es im Bachelor, oder wie hier viel thematisiert, im Master, können sicherlich mit dem Leuphana-Bachelor in Verbindung gebracht werden, sind aber Teil eines größeren Problemzusammenhangs und müssen als solche auch auf anderen Ebenen als nur der lokalen Universitätsebene gelöst werden.

Endnoten

- ⁱ vgl. AStA Lüneburg (2011): Verbesserungsvorschläge zum Studienmodell – Eine Stellungnahme des AStA der Universität Lüneburg
- ⁱⁱ vgl. Königshofen, Eva (2013): Fluchend nach vorn durchs Leuphana-Semester. Unter: <http://was-bildetihrunsein.de/2013/10/01/fluchend-nach-vorn/> (Stand 10.01.18)
- ⁱⁱⁱ vgl. Studierendenparlament Universität Lüneburg: Stellungnahme der Studierendenschaft zur Systemakkreditierung der Leuphana Universität Lüneburg, S. 9.
- ^{iv} vgl. ebd.
- ^v vgl. ebd. S.10.
- ^{vi} vgl. AStA Lüneburg (2011): Verbesserungsvorschläge zum Studienmodell – Eine Stellungnahme des AStA der Universität Lüneburg, vgl. Hussendörfer, Andreas (2016): Über die Leuphana und das College-Modell – Sascha Spoun im Interview. Unter: <http://www2.leuphana.de/univativ/ueber-die-leuphana-und-das-college-modell-sascha-spoun-im-interview/> (Stand 10.01.18)
- ^{vii} Univativ (2016): Über die Leuphana und das College-Modell – Sascha Spoun im Interview. Unter: <http://www2.leuphana.de/univativ/ueber-die-leuphana-und-das-college-modell-sascha-spoun-im-interview/> (Stand 10.01.18)
- ^{viii} LeuphaNO (2007): Alle über einen Kamm: Das Leuphana-Semester. Unter: <http://leuphano.blogspot.de/2007/04/alle-ber-einen-kamm-das-leuphana.html> (Stand 10.01.18)
- ^{ix} vgl. ebd.
- ^x Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Eine arme Universität will exzellent werden. Unter: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/aufbruch-eine-arme-universitaet-will-exzellent-werden-1409375.html> (Stand 10.01.18)
- ^{xi} Königshofen, Eva (2013): Fluchend nach vorn durchs Leuphana-Semester. Unter: <http://was-bildetihrunsein.de/2013/10/01/fluchend-nach-vorn/> (Stand 10.01.18)
- ^{xii} Univativ (2016): Über die Leuphana und das College-Modell – Sascha Spoun im Interview. Unter: <http://www2.leuphana.de/univativ/ueber-die-leuphana-und-das-college-modell-sascha-spoun-im-interview/> (Stand 10.01.18)
- ^{xiii} Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Eine arme Universität will exzellent werden. Unter: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/aufbruch-eine-arme-universitaet-will-exzellent-werden-1409375.html> (Stand 10.01.18)
- ^{xiv} Univativ (2016): Über die Leuphana und das College-Modell – Sascha Spoun im Interview. Unter: <http://www2.leuphana.de/univativ/ueber-die-leuphana-und-das-college-modell-sascha-spoun-im-interview/> (Stand 10.01.18)

Linda Macfalda (24) studiert den Bachelorstudiengang Environmental and Sustainability Studies mit Raumwissenschaften im Nebenfach und engagiert sich seit Mitte 2017 als Sprecherin im AStA. In dieser Rolle war sie auch an der Erstellung dieser Schrift beteiligt. Sie hat im Laufe ihres Studiums schon oft am Modell des Leuphana-Bachelors gezweifelt und sich gefragt, ob ein klassisches disziplinäres Studium nicht die bessere Wahl gewesen wäre. Gleichzeitig schätzt sie aber die Möglichkeit, sich breit aufgestellt akademisch bilden zu können, und hat immer wieder Schwierigkeiten, sich zwischen zu vielen interessanten Komplementärangeboten zu entscheiden.





Startwoche - Der erste Kontakt mit dem Leuphana-Studium

von Ronja Hesse

Die Startwoche ist der erste Schritt, den Studierende an der Universität Lüneburg zu Beginn ihres Studiums machen. Bevor die Vorlesungen und Seminare beginnen, gibt es eine Woche Intensivprogramm mit neuen Kommiliton*innen und dazu jede Menge zu tun. Die Startwoche ist integraler Bestandteil des Leuphana-Semesters und somit wichtiger Bestandteil der Neuausrichtung der Universität. Im Jahr 2007 fand die erste Startwoche statt. Seitdem haben alle Bachelor-Studierenden diese durchlaufen.

Die Uni präsentiert sie als »spannenden Einstieg in das Studium«, als »erste Erfahrung des zukünftigen Lebens an der Leuphana Universität« und als eine Gelegenheit, »die schöne Stadt Lüneburg kennenzulernen«ⁱ. Hinter der Startwoche stehen sicherlich viele sinnvolle Gedanken, wie

das Senken der Einstiegshürden für die neuen Studierenden. Doch schon seit der ersten Startwoche gibt es Kritik, die alle Jahre wieder auf dem Plan steht. Doch zur weiteren Diskussion zunächst ein kurzer Einblick in den Ablauf dieser bundesweit einmaligen und recht kostenintensiven Woche.

Zum Ablauf

Die Startwoche zieht sich in der Regel über fünf Tage. Alle Studierenden werden in Kleingruppen von in der Regel 15 Personen plus Tutor*in eingeteilt und arbeiten zu einem bestimmten Thema. Dieses wird jedes Jahr von der Planungsgruppe und in Rücksprache mit Vertreter*innen des Präsidiums ausgewählt und gilt für alle Teilnehmer*innen. Die ersten zwei Tage beginnen meist mit Inputs in Großvorlesungen, welche in den Kleingruppen in kurzen Gruppenphasen nachbesprochen werden. Ab dem dritten Tag beginnt in der Regel die Entwicklung einer Projektidee, die eine Facette des gestellten Problems beantwortet. Diese Probleme waren in der Vergangenheit zum Beispiel Europa, Diversität, oder auch demographischer Wandel und Stadtplanung. Die Projektideen werden dann weiterentwickelt und mit sogenannten Expert*innen besprochen. Schließlich wird das Projekt eingereicht und am Freitag werden dann in der Abschlussveranstaltung die glücklichen Sieger*innen von einer Jury bestimmt, diese bekamen dann bis zur letzten Startwoche einen Preis, beispielsweise einen iPod-Nano, eine Reise nach Jordanien oder ins EU-Parlament nach Brüssel, solche Sachen eben. Inzwischen werden keine Preise mehr vergeben.

Die Startwochen bis heute

Selbstverständlich hat auch die Startwoche nicht jedes Jahr das gleiche Programm. Zwar ist der Ablauf immer wieder ähnlich und was auch bleibt ist, dass die Gruppen in jedem Jahr etwas ›produzieren‹ müssen, aber Themen, Gäste und Kooperationspartner*innen changieren. So begannen die Startwochen 2007 und 2008 mit dem Case-Study-Szenarium einer fiktiven Stadt, die Gruppen mussten sich in ihren Konzepten überlegen, wie zum Beispiel das Theater dieser Stadt wieder aufgewertet und gerettet werden könnte, oder Lösungen für die ökonomischen Probleme dieser Stadt, ›Leinwig‹, entwickeln.

Im folgenden Jahr ging es dann um Street Art. Die neuen Studierenden sollten Filme zu den Kunstwerken der eingeladenen Künstler*innen drehen, welche sich teilweise immer noch im Stadtbild und

am Campus wiederfinden. 2010 waren ebenfalls Filme zu drehen – zur Gestaltung der Außenanlagen auf dem Campus. Die Konzepte von Architekturbüros, die sich für die Campusgestaltung bewarben, sollten künstlerisch beleuchtet werden. 2011 drehte sich alles um ein gerechtes Gesundheitssystem und 2012 begann dann das Gründungsfieber mit dem Thema ›Start UP‹ auch auf die Startwoche einzuwirken: »Ziel der Startwoche war es, den Unternehmergeist der Erstsemester-Studierenden schon vor Beginn ihres Studiums zu weckenⁱⁱ.«, heißt es auf der Uni-Website. 2013 und 2014 sollten die Erstsemester dann wieder Zukunftspläne in Form von Projekten für eine alternde Gesellschaft entwerfen. Erst für Lüneburg, dann im nächsten Jahr für eine ganze Gesellschaft. 2015 ging es dann wieder im Geiste des Unternehmertums um ›Societal Commitment & Social Entrepreneurship‹, wohingegen 2016 eine Videoproduktion zum Thema Diversität auf dem Plan stand. Die zehnte Startwoche drehte sich dann, angelehnt an die politische Relevanz des Themas, um Europa. Man kann erkennen, dass es eine große Breite von Themen gibt und alle sicherlich ihren Reiz und vor allem ihre Relevanz haben. Was die Startwochen jedoch darüber hinaus eint, ist, dass fast alle in Kooperation mit externen und teilweise in diesem Kontext recht fragwürdigen Partner*innen initiiert oder veranstaltet wurden und somit zumindest auch als Werbepattform für diese dienten. So geschehen 2011, wo die Boston Consulting Group (BCG) einen der Hauptsponsoren darstellte und viel Raum einnahm. Die Analyse des aktuellen Gesundheitssystems, auf deren Basis die Studienanfänger*innen gearbeitet haben, war von BCG erstellt und hat keine wissenschaftlichen Quellen einbezogen. Im Festzelt auf der Mensawiese, in dem Start- und Schlussveranstaltung der Startwoche stattfanden, gab es dazwischen die ›Leuphana Gesundheitskonferenz‹, organisiert von der Universität und BCG, mit etlichen vor allem privatwirtschaftlichen Akteuren als Gäste. Im Jahre 2014 fand die Startwoche dann praktischerweise parallel zu einer Konferenz des Konsortiums kENUP statt, welches sich unter Federführung der Universität zeitgleich um eine ›Knowledge and Innovation Community‹ [KIC] bei der EU bewarb; diese verfolgt das Ziel »die wirtschaftlichen Wachstumspotentiale des demografischen Wandels zu erschließen.«ⁱⁱⁱ Dieses Muster zeigt sich beinahe jedes Jahr auf mehr oder weniger kuriose Weise. Förderer gibt es diverse, von der EU und Bundesministerien über nachhaltige und soziale Unternehmen wie Werkhaus und Lünebohne, sowie lokalen Einrichtungen, wie dem Scala-Programmkinos oder dem Brauhaus Mälzer bis hin zu Unternehmen wie Red Bull, der Deutschen Bahn, der Commerzbank und OTTO war alles schon dabei. Ernsthafte Kriterien bei der Auswahl der Sponsoren, wie eine Orientierung am Leit-

bild der Universität, zu etablieren oder ausschließlich Einrichtungen, die kein Interesse haben, die Studierenden als Kund*innen zu gewinnen, zuzulassen, – wie schon in einer Stellungnahme der Studierendenschaft 2011 gefordert – scheint nach wie vor nicht zu geschehen. Ähnliches gilt auch für die Redner*innen in der Startwoche, hier scheint wohl eher die Regel zu gelten ›je bekannter desto besser‹. Was haben Jimmy Carter, die Prinzessin von Jordanien oder Sigmar Gabriel gemeinsam? Alle haben sie schon in der ersten Woche des Leuphana-Bachelors gesprochen. Der Bezug zur Universität, aber auch Fragen zum Geschlechterverhältnis, fallen da gern mal hinten rüber. Im Jahr 2011 beispielsweise gab es unter 56 Experten nur sechs weibliche Vornamen. Ein Missverhältnis, welches sich durch die Jahre durchzieht und sowohl von der Studierendenschaft als auch vom Frauen- und Gleichstellungsbüro mehrfach kritisiert wurde. Es ist schlichtweg peinlich, dass eine Universität, die sich als moderne und gleichstellungsorientierte Einrichtung betrachtet, es nicht einmal annähernd schafft, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf ihren selbst zusammengestellten Podien und in ihren Expert*innenrunden zu realisieren.

Format und Ablauf der Startwoche haben also wenig bis gar nichts mit Universität zu tun. Dies ist vielleicht auch nicht sehr schlimm, denn man könnte in Frage stellen, ob die Startwoche dies in ihrem zeitlichen Rahmen überhaupt schaffen kann. Es darf jedoch nicht gänzlich ignoriert werden, dass die Startwoche nach wie vor an einer Universität stattfindet und von Geldern und mit Personal dieser gestemmt wird. Eine reine einwöchige Bespaßung ist an dieser Stelle also schwer zu rechtfertigen und wird auch den Bedürfnissen der Erstsemester nicht gerecht, denn nach wie vor verlangt die Startwoche den Erstsemestern eine Menge ab, vor allem in Bezug auf ihre zeitlichen Ressourcen.

Hier kommt man schnell auf bis zu neun Stunden Programm am Tag, inklusive suggerierter Anwesenheitspflicht. Und dieser ohnehin schon starke Druck wird durch den stattfindenden Wettbewerb noch verschärft, der von den Gruppen verlangt, gegeneinander anzutreten. Zwar gab es das Wettbewerbsformat in unterschiedlichen Abstufungen und mit verschiedenen Formen von Preisen, bzw. in der Startwoche 2017 ganz ohne diese. Angesichts unseres bereits sehr stark von Wettbewerb geprägten Bildungssystems jedoch, scheint dies grundsätzlich eher überflüssig. In der Praxis führt der Wettbewerb dazu, dass die erste Woche an der neuen Universität für viele Studierende alles andere als gemeinschaftlich verläuft. In manchen Räumen, in denen zwei Gruppen arbeiten, werden von den Studierenden Trennwände aufgestellt, damit keine Ideen geklaut werden.

Viele Gruppen halsen sich zusätzliche Arbeit auf, da für den Sieg ein gutes und ausgefeiltes Projekt her muss. Es wird Druck von allen Seiten aufgebaut, forciert durch die Wettbewerbsstruktur. Es kam bereits vor, dass Teilnehmer*innen bis spät in die Nacht an ihren [fiktiven!] Projekten arbeiteten und dass Student*innen weinend im AStA-Büro wieder aufgebaut werden mussten. Ganz besonders unter der Prämisse, dass so getan wird, als wäre dies normaler Studienalltag, bekommt es einen sehr bitteren Beigeschmack – gerade für Menschen, die strukturell auf eine flexible Zeiteinteilung angewiesen sind, z.B. durch eigene Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder durch einen Nebenjob. Aber auch die Studierenden, die einfach den Wunsch haben, in Ruhe ihren Umzug und die neue Umgebung zu meistern, stoßen hier an ihre Grenzen. Wenn Menschen am Ende der Woche bei Gesprächen sagen: »Wenn das Studieren ist, dann kann ich das nicht schaffen«, muss man sich fragen, was schiefgelaufen ist. Jedes Jahr steigen Student*innen nach einigen Tagen aufgrund des hohen Arbeitsaufwands aus, was nicht für eine angenehmere Stimmung unter den verbleibenden Gruppenmitgliedern sorgt. Doch bisher haben die Planenden es versäumt, adäquat auf die Bedürfnisse der Mehrheit der Student*innen nach mehr zeitlicher Flexibilität und weniger zeitlichem Druck einzugehen, oder sie haben sich damit begnügt, an die Teilnehmer*innen zu appellieren »bereits vor Beginn der Startwoche die eventuell laufende Wohnungssuche abgeschlossen zu haben [...] Denn das hilft, sich ganz auf die Fallstudie konzentrieren zu können und den ganzen Tag dabeizusein [...]«.«^{iv}

Hinzu kommt, dass trotz des hohen zeitlichen Aufwands in der Vergangenheit zu wenig Zeit für kritische Reflexion der gewählten Inhalte blieb. Für offene Diskussionen und kritische Fragen gab es häufig keinen Raum, dafür wurden die angehenden Studierenden mit Input überschüttet. Wissenschaft braucht Reflektion, braucht kritisches Denken und somit auch Zeit. Doch wenn es, wie es der damalige Vizepräsident Holm Keller sagte, Teil der Startwoche sein soll »zu lernen wie wissenschaftliches Arbeiten funktioniert« und wenn die Projekte und Ideen, die in der Startwoche entwickelt werden müssen, »die Welt verändern sollen« (wie bei jeder sich bietenden Möglichkeit gesagt wird) und das Ganze unter der Prämisse, dass Erstsemester nur eine Woche Zeit haben und die Mehrheit zudem noch nie wissenschaftlich gearbeitet hat, dann liegt der Startwoche ein zumindest sehr unkonventionelles Verständnis von Wissenschaft und wissenschaftlichem Arbeiten zugrunde.

Dies äußert sich auch sehr deutlich in den Lösungswegen, die den Studierenden in ihren Planspielen, Projektentwicklungen und Unternehmensgründungen vorgeschlagen werden. Es fällt beispielsweise

auf, dass die Methoden, die den Gruppen an die Hand gegeben werden, um die Themenkomplexe zu bearbeiten, sehr einschlägig – und einseitig – aus der Richtung des [Social-]Entrepreneurship kommen. Um das zu erreichen, sollen auch Finanzierungspläne erstellt werden – Crowdsourcing, Fundraising und Sponsoring sind hier wichtige Stichwörter. Dass es aber um Wissenschaft gehen sollte und dass wir glücklicherweise noch nicht ganz in einer Zeit angekommen sind, in der ich mir mein nächstes Forschungsprojekt über Crowdsourcing zusammensammle, wird ignoriert. Sicherlich spielen Finanzierung und Geld auch an Wissenschaftsinstitutionen eine Rolle, aber doch in einem anderen Maße und vor allem auf eine andere Weise. Eine Startwoche an einer Universität sollte nicht dazu bewegen, sich von Ellenbogenmentalität und dem Wettbewerb durch das Sammeln von Geld oder Likes auf Plattformen einschränken zu lassen und am allermeisten sollte sie nicht suggerieren, auf diese Art Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu finden.

Darüber hinaus oder auch dadurch werden strukturelle Probleme häufig gar nicht adressiert und Möglichkeiten politischer Antworten ignoriert. Praxisbezug ist jedoch nicht gleich Individualaktionismus und solche Projektlösungen, also die Gründungen von Unternehmen, Initiativen etc. als gute und vor allem als einzige Lösungen vorzuschlagen, ist nicht nur unzureichend, sondern suggeriert einfache Lösungen für komplexe Probleme, unterstützt gesellschaftliche Vereinzelung und fokussiert sich nur auf individuelle Verantwortung, anstatt über politische und gesellschaftliche Strukturen und Bewegungen zu sprechen. Was stattfindet ist Symptombekämpfung. Das muss kein Problem sein, wenn nicht so getan würde, als ob diese singulären Projekte die Welt retten könnten. Aber als Verwertungsmöglichkeit in einem wie auch immer gearteten Wettbewerb, der integraler Teil der Startwoche ist, braucht es am Ende ein Ergebnis, welches am besten noch in irgendeiner Weise quantifizierbar, vergleichbar und einfach präsentierbar sein muss.

Viele dieser Aspekte sind mehrfach von AStA und StuPa aber auch von einzelnen Gruppen Studierender, wie zum Beispiel in Form des offenen Briefes zur Startwoche 2014, angebracht worden. Aber auch andere Institutionen, wie zum Beispiel das Frauen- und Gleichstellungsbüro, haben mehrfach die zeitliche Belastung und die mangelnde Heterogenität der Redner*innen bemängelt. Wenig ist bis dato umgesetzt worden, auch wenn ein Abschaffen der Preise, eine engere Zusammenarbeit mit Universitätsangehörigen, wie sie in den vergangenen Jahren versucht wurde, und auch eine engere Verknüpfung mit dem Leuphana-Semester wichtige Schritte gewesen sind.

Die Startwoche bleibt in jeglicher Hinsicht weit zurück hinter den An-

sprüchen, die die Universität Lüneburg an ihr Studium zu haben vorgibt. Kritisch oder emanzipatorisch ist daran nicht vieles. Aufwand, Stress und Sponsoring dominieren dafür umso mehr. Hierbei dürfen zudem auch die Arbeitsbedingungen der Organisator*innen und Ausführenden, die zu großen Teilen SHKs sind, nicht außen vor bleiben. Die Startwoche sollte sich um ihre Studierenden kümmern und auf ihre Bedürfnisse eingehen, sie neugierig machen, kritisches Denken und Kreativität fördern, und nicht hauptsächlich als Prestigeprojekt der Uni dienen. Stattdessen sollten die Organisator*innen sich darauf konzentrieren, den Studierenden einen entspannten Einstieg zu ermöglichen. Die Universität und ihre Einrichtungen kennenzulernen. Ihnen helfen, Möglichkeiten zu entdecken, sich zu engagieren, ganz ohne Zwang und Druck. Die Startwoche könnte auch ein Ort sein, in dem die Bedeutung, aber auch die Grenzen eines Studiums und von Wissenschaft andiskutiert werden, hierfür bräuchte es natürlich noch engere Kooperation mit den Verantwortlichen und Lehrenden der Fächer. Als Grundsätze der Startwoche sollten in jedem Fall gelten, dass die neuen Studierenden da abgeholt werden, wo sie sind, und dass man ihnen die Freiräume gibt, die sie brauchen, um sich parallel in Lüneburg und ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden. Zudem sollte es Kern der Startwoche sein, dass man sich an einer Universität befindet und somit darf es kein zu großes Verwechslungspotential mit Fortbildungen für junge Unternehmer*innen geben. Dass man zudem den teilweise sehr hohen Standards gerecht werden muss, die sich die Universität Lüneburg bezüglich Nachhaltigkeit und Gleichstellung gegeben hat, sollte sich von selbst verstehen.

Ronja Hesse ist Studentin des Studium Individuale im 7. Semester. ●●●●●●●●
Schon seit ihren ersten Tagen an der Leuphana engagiert sie sich in der Hochschulpolitik. So war sie Initiatorin und später studentisches Mitglied in verschiedenen statusübergreifenden Planungs- und Beratungsgruppen zur Startwoche, die sie sehr wichtig findet, da sie den ersten Kontakt zwischen Uni und Studierenden darstellt; aber gleichzeitig auch symbolisch das widerspiegelt, was an ihrer Uni so schief läuft. Beispielsweise der Mangel an Transparenz: Studierende werden in Planung und Entscheidung oft außen vor gelassen. Für zehn Monate war Ronja AStA-Sprecherin und nun ist sie als studentische Senatorin tätig.

Endnoten

ⁱ <https://www.leuphana.de/college/studienstart/startwoche.html>

ⁱⁱ <https://www.leuphana.de/college/studienstart/startwoche-2012.html>

ⁱⁱⁱ <https://www.leuphana.de/news/meldungen/ansicht/datum/2014/10/02/startwo->

[che-2014-imagine-2099-erstsemester-suchen-loesungen-fuer-europas-alternde-gesellschaft.html](https://www.leuphana.de/college/studienstart/startwoche-2014-imagine-2099-erstsemester-suchen-loesungen-fuer-europas-alternde-gesellschaft.html)

^{iv} <https://www.leuphana.de/college/studienstart/startwoche-2007/fallstudie.html>

^v <https://vimeo.com/92604033>

STARTWOCHE - DER ERSTE KONTAKT MIT DEM LEUPHANA-STUDIUM




LEUPHANA
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

Volgershall

 Studienseminar

Institut für Produkt- und Prozessinnovation
Institut für Verteilte autonome Systeme
und Technologien



Psychologie und Studienplatzwahl - Das Leuphana- Auswahlverfahren

von Jana Höbermann

Auswahlverfahren für Studienplätze können in Deutschland sehr unterschiedlich sein. Die Universität Lüneburg ist insofern besonders, als dass es normalerweise an staatlichen Universitäten noch nicht so üblich ist, Studierfähigkeitstests oder Auswahlgespräche durchzuführen – auch wenn sich diese Verfahren immer weiter verbreiten. Ausnahmen bilden dabei natürlich sportwissenschaftliche oder künstlerische Studiengänge, aber ansonsten wird der Großteil der Plätze in zulassungsbeschränkten Bachelorstudiengängen über die Abiturnote vergeben.

Die von Universitätsseite aus geäußerten Gründe für diese Besonderheit oder, wie es bei der Universität heißt, ›Vorreiterrolle‹, sind der Wunsch, besondere Fähigkeiten, Erfahrungen und Kompetenzen der Bewerber*innen einzubringen, Bewerber*innen

unterschiedlicher sozialer Herkunft anzusprechen und besonders motivierte Student*innen auszuwählen.

Ob das zeitgleich mit dem neuen Studienmodell im Jahr 2007 eingeführte Auswahlverfahren tatsächlich diesen Effekt hat, ist unklar; vor allem Menschen mit sozial schwächerer Herkunft werden wohl eher nicht davon profitieren, da bei Auswahlgesprächen ähnliche diskriminierende Faktoren wirken wie schon in der Schule. So haben Arbeiter*innenkinder beispielsweise weniger Vertrauen in sich selbst, wenn sie ein Studium beginnen und keine Erfahrungsberichte aus der näheren Familie kennen. Außerdem zeigen Studien immer wieder, dass Kinder aus Familien mit schlechter gestelltem sozialen Status schlechter bewertet werden – auch wenn die Leistungen gleich sind.ⁱ Aber eine Auswirkung des Verfahrens ist sicher: Leute, die teilgenommen haben, nehmen den angebotenen Studienplatz mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auch wirklich an. Vor allem die Studiengänge, bei denen auch ein Gespräch durchgeführt wird, haben außergewöhnlich hohe Annahmehquoten.

Im Auswahlverfahren werden zunächst Punktwerte aus Abiturnote und außerschulischen Leistungen gebildet. Leistungen, die honoriert werden, sind zum Beispiel Berufsausbildung, Freiwilliges Soziales Jahr, Auslandsaufenthalt, Tätigkeit als Schulsprecher*in, Erfolg in bestimmten Wettbewerben, aber auch Mandate in Kommunal-, Landes-, oder Bundespolitik. Die Annahme, dass einige dieser Kategorien eher eine soziale Selektivität befördern, liegt nahe. Diese Tätigkeiten sind zwar alle zu würdigen, ihre Bevorzugung im Zulassungsverfahren könnte aber Studieninteressierte benachteiligen, die nicht die Möglichkeit dazu hatten. Sei es aufgrund finanzieller Hürden oder fehlendem Rückhalt aus der Familie. Ob alle diese Kategorien Rückschlüsse auf Studieneignung zulassen, kann auch bezweifelt werden. Nach dieser Stufe wird ein gewisser Prozentwert der Besten zugelassen.

Von den übrigen wird ein Anteil zum Zulassungstest eingeladen. Der Test ist ein typisches eignungsdiagnostisches Instrument mit einigen Elementen aus Intelligenztests, angelehnt soll er an Auswahltests für Stipendien sein. Problematisch für Personen, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, sind hier Aufgaben, die sich auf das Sprachverständnis beziehen. Der Test wird als »nicht lernbar« bezeichnet. Allerdings kann Lernbarkeit auch bei Intelligenztests nie ausgeschlossen werden. Die Aufgabengruppen des Leuphana-Zulassungstests finden sich außerdem zu großen Anteilen in den einschlägigen Büchern wieder.ⁱⁱ Studien zur Eignungsdiagnostik für die Studienplatzvergabe zeigen außerdem, dass zwischen der Abiturnote und dem Studienerfolg ein sehr großer Zusammenhang besteht; dieser kann durch

Testverfahren, insbesondere IQ-Tests, nur minimal gestärkt werden, sodass solche Testverfahren sich nicht sicher lohnen.ⁱⁱⁱ Bei einigen Studiengängen ist das Verfahren nach dieser Stufe abgeschlossen, in anderen Studiengängen fällt noch ein Auswahlgespräch an.

Der Ablauf der Auswahlgespräche hat sich in der Vergangenheit häufiger geändert. Es gab Gruppengespräche, Einzelgespräche, Präsentationen oder eine Kombination dieser Elemente. Was sie leider alle gemein haben: sie steigern die soziale Selektivität. Selbst wenn die Personen, die seitens der Universität das Gespräch führen, ganz besonders darauf Acht geben, oder das Bewertungsschema besonders standardisiert ist, kann dieser Effekt nicht abgeschaltet werden. Die Personen, die die Auswahl treffen, neigen unbewusst dazu, die Bewerber*innen zu bevorzugen, die ihrer eigenen Ausdrucksweise und Gesprächsführung sowie ihrem Auftreten nahe kommen.^{iv} In einer Universität heißt das: wer aus akademischem Hintergrund kommt, hat einige Gepflogenheiten des Umfeldes angenommen und wird so möglicherweise eher angenommen als jemand ohne akademische Herkunft. Der Soziologe Michael Hartmann erklärt dazu: »Der Numerus Clausus in Medizin liegt bei 1,0. Führt eine Kommission Auswahlgespräche durch, käme höchstwahrscheinlich nicht mehr die Einser-Abiturientin aus dem schwäbischen Dorf zum Zug, sondern der Mediziner-Sohn aus Hamburg. Das zeigen Beispiele renommierter Universitäten in den USA eindeutig.«^v

Das Vorgehen wird auch oftmals damit verteidigt, dass man mit den genannten Testverfahren seine schlechte Abiturnote ausgleichen könnte. Und die Teilnahme sei freiwillig. Wenn aber alle eingeladenen Bewerber*innen nach Lüneburg zu den Auswahltagen fahren, ist das nicht mehr so freiwillig, sondern eher eine Muss-Bedingung. Und sicherlich mögen die Extrapunkte, der Test und das Auswahlverfahren bei manchen zu Vorteilen verhelfen. Diejenigen, die davon nicht profitieren, kommen in solchen Diskussionen aber nicht zu Wort, sodass es schwierig ist, sich ein klares Bild zu machen. Und auf Basis von Einzelerfahrungen über wissenschaftliche Verfahren und Ergebnisse zu diskutieren, hat noch nie viel Sinn ergeben.

2006 schrieben sich an der Universität Lüneburg im Durchschnitt 42% der Personen, die einen Studienplatz angeboten bekamen, ein. 2016 schrieben sich nach Zulassung innerhalb der ersten Stufe des Auswahlverfahrens (Note der Hochschulzugangsberechtigung und außerschulische Leistungen) im Durchschnitt 60% der Zugelassenen ein. Unter den Personen, die an der Stufe 2 (Test und ggf. Auswahlgespräch) teilgenommen haben, schrieben sich im Durchschnitt über alle Studienprogramme hinweg 80% ein.

Es ist also ein Effekt zu sehen, der auf der einen Seite wahrschein-

lich mit dem neuen Studienmodell und der Marketingabteilung zu erklären ist. Andererseits drängt sich aber auch die Idee auf, dass die Durchführung des Auswahlverfahrens eine Rolle spielt. Man könnte jetzt denken, es sei ein zufälliger Nebeneffekt, aber ein persönliches Gespräch mit der für das Auswahlverfahren verantwortlichen Person ergab: die Universität setzt dieses Mittel ganz bewusst ein. Dabei wird sich drei grundlegender psychologischer Modelle bedient.

Das erste ist das der ›kognitiven Dissonanz‹, bei der ein Mensch sich, häufig unterbewusst, unwohl fühlt, wenn zwei Kognitionen nicht miteinander vereinbar sind. In diesem Fall wird der Studienplatz eher angenommen, weil er, um den Aufwand des Tests mental zu rechtfertigen, als besser wahrgenommen wird.

Das zweite Modell, der ›Sunk Cost Effect‹ (oder ›Ausgabeneffekt‹), beschreibt die Tendenz von Menschen, ein Vorhaben fortzusetzen, wenn bereits eine Investition getätigt wurde. Im Falle des Auswahlverfahrens wurde bereits einiges an Energie, Zeit und vielleicht sogar Geld investiert, weswegen eine Ablehnung des Studienplatzes als eine Verschwendung wahrgenommen werden würde.

Und beim dritten Prinzip, dem ›Endowed Progress Effect‹, sind Leute eher bereit, ein Ziel weiter zu verfolgen, wenn sie das Gefühl haben, schon einen Fortschritt in diese Richtung gemacht zu haben. Das heißt, nachdem der Test geschafft wurde, hat man das Gefühl, schon einen kleinen Teil des Studiums bestanden zu haben.

Aus persönlicher Erfahrung kann ich bestätigen, wie stark diese Dinge auf mich als junge Abiturientin gewirkt haben. Das Zugticket nach Lüneburg war teuer und das Brötchen im ›Café 9‹ ebenfalls, das sollte doch nicht umsonst gewesen sein. Außerdem muss der Studiengang besser sein als andere, weil sich sonst nicht die Mühe gemacht würde, extra so ein Verfahren durchzuführen. Und wenn ich das jetzt bestanden habe, heißt das vielleicht, dass ich auch später im Studium besser sein werde als anderswo. Daraufhin wurde ich hier immerhin geprüft. Und die psychologischen Effekte scheinen ihre Wirkung entfaltet zu haben.

Interessant ist vielleicht auch noch, warum die Universität überhaupt an hohen Annahmequoten interessiert ist. Das hat einerseits etwas damit zu tun, dass sie so ihren ›first pick‹ an Studierenden bekommen, also die mit den meisten Punkten in Test, Engagement und Abitur-Note. Außerdem sind leere Studienplätze für Universitäten problematisch, da daran häufig der Misserfolg eines Studiengangs oder einer Universität gemessen wird und die staatlichen Gelder pro belegtem Studienplatz vergeben werden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Idee dieses besonderen Aufnahmeverfahrens ganz schön pfiffig ist. Zumindest, wenn die

Kosten und die möglichen Ausschlüsse nicht berücksichtigt werden. Mit den Jahren und der Weisheit, die ich seit der Wahl meines Bachelorstudiengangs nun gewonnen habe, würde ich mich jedoch darüber freuen, wenn die psychologischen Auswirkungen dieser Praxis deutlicher vermittelt würden, da mir aufgefallen ist, wie stark ihr Effekt auf meine Entscheidung für diesen Studiengang war. Auch sollte das Verfahren noch einmal im Hinblick darauf überarbeitet werden, wem es zu Vorteilen bei der Studienplatzvergabe hilft und wem nicht. Das sind momentan nämlich nicht die Leute, die es wirklich gebrauchen könnten.

Endnoten

- ⁱ Vgl. unter anderem Schulze, Unger, Hradil (2008): S. 4 ff.
ⁱⁱ Vgl. Hesse, Schrader (2004).
ⁱⁱⁱ Vgl. Asendorpf (2011), S. 79f.
^{iv} Vgl. Aronson et. al. (2008): S. 430 ff.
^v LAT NRW (2005) zit. n. Hartmann (2004).

Quellen

- <https://www.leuphana.de/college/bewerbung/zulassungsverfahren.html>
<https://www.leuphana.de/news/meldungen/ansicht/datum/2010/08/13/grosses-interesse-an-auswahlverfahren-der-leuphana.html>
Aronson, Elliot; Wilson, Timothy D.; Akert, Robert M. (2008): Sozialpsychologie. Hallbergmoos.
Asendorpf, Jens (2011): Persönlichkeitspsychologie. Heidelberg.
Baron-Boldt, J. (1989): Die Validität von Schulabschlussnoten für die Prognose von Ausbildungs- und Studienerfolg. Frankfurt/Main.
Deidesheimer Kreis (1997): Hochschulzulassung und Studieneignungstests – Studienfeldbezogene Verfahren zur Feststellung der Eignung für Numerus-clausus- und andere Studiengänge. Göttingen.
Hartmann, Michael (2004): Elitesozio- logie – Eine Einführung. Frankfurt/Main.
Hesse, Jürgen; Schrader, Hans (2004): Der Testknacker. Lösungswege und -strategien für Eignungs- und Einstellungstests. Wiesbaden.
Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen (2005): Hochschulzulassung und Auswahlverfahren. Eine Handreichung für Studierendenschaften zur Debatte um Auswahlverfahren. Online verfügbar unter: <http://latnrw.de/altes/IMG/pdf/vorlage.pdf>
Schulze A., Unger R., Hradil S. (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbader Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Projekt- und Ergebnisbericht zur Vollerhebung der GrundschülerInnen der 4. Klasse im Schuljahr 2006/07. Herausgegeben von: Projektgruppe Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung, Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung, Landeshauptstadt Wiesbaden. Online verfügbar unter: https://www.uni-mainz.de/presse/downloads/02_soziologie_uebergangsstudie_wiesbaden.pdf

- **Jana Höbermann** (23) hat von 2013 bis 2018 an der Universität Lüneburg Umweltwissenschaften studiert. Währenddessen war sie unter anderem Vorsitz des StuPa und danach Referentin des Anti-Rassismus-Referats. In dieser Position hat sie sich mit sozialen Ausschlüssen beschäftigt und auch das Auswahlverfahren auf diese hin untersucht. Ihr Minor Wirtschaftspsychologie hat ihr außerdem eröffnet, welche psychologischen Faktoren auch bei ihr dazu geführt haben, den Studienplatz anzunehmen.





10 Jahre Leuphana - 10 Jahre Diskurs

von Franziska Krämer

In 10 Jahren, in denen Sascha Spoun und Holm Keller unsere Universität völlig neu ausgerichtet haben, ist sehr vieles passiert. Verschiedenste Protagonist*innen spielten eine Rolle, Entscheidungen wurden getroffen und spalteten die Universität, ihre Mitglieder und die Stadt Lüneburg über ihre Grenzen hinaus. Und auch immer wieder gerät die Leuphana Universität Lüneburg, wie sie im März 2007 nach dem Vorschlag der Hamburger Agentur Scholz & Friends getauft wurde, in die Schlagzeilen. Der Prozess der Neuausrichtung und insbesondere des neuen Zentralgebäudes, das in diesem Jahr eröffnet wurde, er wird begleitet von einem breiten Diskurs der Öffentlichkeit darüber, was eine Universitätsleitung in einer solchen Neuausrichtung darf, welches Bild einer Hochschule sie vertreten sollte – und welches nicht.

Die Landeszeitung der Lüneburger Heide (LZ) war mit ihrer Berichterstattung seit Beginn der Umgestaltung und Planung des neuen Audimax sehr nah an den Entwicklungen der Lüneburger Universität dran. So erfährt die Öffentlichkeit als erstes durch die Landeszeitung von den Plänen des Audimax und dem Besuch von Daniel Libeskind in Lüneburg im Jahr 2006. Sie schafft damit das ein oder andere Mal über die Jahre hinweg ein wenig Klarheit. Doch die Art und Weise der Berichterstattung verändert sich über die Zeit: Die ersten Jahre gibt sich die Zeitung eher unkritisch, auch wenn sie vereinzelt AStA-Sprecher*innen, kritikübende Politiker*innen oder Bürger*innen Lüneburgs mit dem Abdruck ihrer Leser*innenbriefe zu Wort kommen lässt. Ganz im Gegenteil zu den Studierendenschaftsvertreter*innen in AStA und StuPa: In 10 Jahren betrachtet und hinterfragt der Großteil von ihnen beinahe jeden Schritt und jede Entscheidung des Präsidiums kritisch, die dieses zugunsten der Neugestaltung der Universität trifft. Die hauseigene Zeitschrift ›AStA 2.0‹, die bis Ende 2010 erscheint, dient als Sprachrohr zur gesamten Studierendenschaft, es erscheinen zunehmend bissige Beiträge und Karikaturen. Daneben organisiert der AStA Demonstrationen und veröffentlicht gemeinsam mit dem StuPa etliche Stellungnahmen. Als offizielle Vertretung der Studierendenschaft vermitteln die beiden Gremien somit die meiste Zeit eine sehr kritische Stellung gegenüber dem Kurs der Universität.

Im Jahr 2007 geht außerdem der erste Watchblog online: ›leuphano!‹ ist der erste von insgesamt drei Watchblogs, die von 2007 bis Anfang 2013 die Geschehnisse an der Leuphana Universität Lüneburg mitverfolgen und vor allem aus einem extrem kritischen und satirischen Blickwinkel kommentieren. Auf ›leuphano!‹ folgt in den Jahren 2010 bis 2012 der Blog ›Leuphanawatch‹ und von 2010 bis 2013 die ›Leuphanancial Times‹. Eine breite Masse aller Statusgruppen der Universität und darüber hinaus liest und diskutiert die anonym verfassten Beiträge. Wer hinter den Blogs steckt, wird bis zuletzt nicht geklärt, Vermutungen über die Identitäten der Blogbetreiber*innen erstrecken sich in alle Richtungen: Immer wieder werden Verbindungen zum AStA vermutet, andere sehen Universitätsmitarbeiter*innen oder sogar Dozierende als Verantwortliche. Die Beiträge der anonymen Blogs werden immer wieder hinterfragt und in den Kommentarspalten diskutiert. Kritiker*innen sehen in der Position der Blog-Autor*innen eine grundsätzliche Anti-Haltung, aber dennoch erreichen die Blogs eine extreme Weitreiche.

Bereits zu Beginn der Planungen des neuen Zentralgebäudes und ein Jahr nach dem Startschuss von Präsident Sascha Spoun und Vizepräsident Holm Keller kritisieren die Mitglieder von StuPa und AStA

in einer »Stellungnahme zur Zusammenarbeit mit dem Präsidium«, dass es im Präsidium an einem Willen zur Kommunikation mangelte – sie fordern eine konstruktive Zusammenarbeit. Holm Keller bezeichnet die aufgedeckten Pläne des neuen Audimax zuvor als »Komplettgerücht«, während Lüneburgs Oberbürgermeister Mägde in der Landeszeitung die Pläne schon so gut wie bestätigt. Ebenso gibt es im April 2007 bereits kritische Töne im Senat zur geplanten Rahmenvereinbarung zwischen Uni, Stadt und Land. Die Senator*innen haben laut AStA 2.0 dazu nur knapp ihren Segen gegeben.

Einen Monat später verlangen zwei Senator*innen vergeblich eine rechtliche Prüfung, weil eine externe Kommission Daniel Libeskind vorschlägt, um ihn zum Professor zu berufen. Unter dem Titel »Aus-schreibung à la Leuphana« deutet die AStA 2.0 an, dass die Berufung Libeskind zum Professor deshalb geschehe, weil somit die rechtliche Pflicht eines öffentlichen Auftraggebers wegfallen würde, ein solches Bauvorhaben öffentlich auszuschreiben. Im Juni stellen ein studentischer Senator sowie AStA und StuPa eine Senatsanfrage zur Rechtmäßigkeit der Berufung, die in den entscheidenden Punkten vom Präsidium umgangen wird. Außerdem reicht die Studierendenvertretung einen Beschwerdebrief beim Stiftungsrat ein, in dem sie neben der Libeskindberufung erneut Intransparenz der Präsidiumsarbeit und »Scheinpartizipation« kritisiert. In der LZ, aber auch den anderen regionalen Medien, findet sich von dieser Kritik bislang noch nichts.

Dagegen zeigt sich vereinzelt, dass auch Dozierende und Mitarbeiter*innen der Universität sich kritisch positionieren. Auf einer vom AStA veranstalteten Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Audimax kommen auch aus diesen Statusgruppen Fragen zu Finanzierung und Sinn des Bauprojektes. Dennoch halten sich viele Professor*innen in den Anfangsjahren mit einer offenen Kritik zurück.

Im Januar 2008 veröffentlicht der AStA eine umfassende Stellungnahme zur Campuserwicklung aufgrund der Erkenntnis, »dass die zahlreichen Gespräche mit den verantwortlichen Personen in Kernpunkten keine wesentlichen Veränderungen erreichen konnten«. In dem vierseitigen Schreiben rufen die Studierendenvertreter*innen etwa zu Transparenz, Ehrlichkeit und demokratischer Prozessgestaltung auf. Sie kritisieren das Vorgehen der Universität bei der Planung sowie die Schließung der Rahmenvereinbarung im Besonderen und weisen auf die kritische Blickweise der Hochschulmitglieder, aber auch der Lüneburger Bürger*innen hin. Es konstituiert sich somit in den Reihen der kritikübenden Studierenden zunehmend ein Misstrauen gegenüber dem Universitätspräsidium und dem Entstehungs-

prozess des Zentralgebäudes. Die Schließung des Studiengangs Sozialpädagogik, gegen die sich zuvor viele Studierende ausgesprochen hatten, und die Einführung einer externen Berufungskommission gegen den großen Protest mehrerer Senator*innen, Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und des AStAs lassen in der kritikübenden Studierendenschaft den Eindruck entstehen, dass geäußerte Kritik »komplett unbeachtet geblieben zu sein« scheint, wie die AStA 2.0 schreibt. Die Landeszeitung hält sich mit ihren Berichten über die Kritik zurück, widmet sich jedoch ausführlich dem Rücktritt des Stiftungsratsvorsitzenden Jens Petersen aus dem Stiftungsrat im Januar 2008.

Die Arbeit der Studierendenvertreter*innen intensiviert sich in den nächsten Jahren zunehmend: Im Jahr 2009 und 2010 setzen sie sich zunächst mit 2500 Unterschriften und später mit Hilfe eines Anwaltes gegen das geplante Hotel auf dem Campus der Universität durch. Es folgt ebenso Widerstand gegen eine*n privatwirtschaftliche*n Investoren*in auf dem Campus.

Doch die kritische Haltung gegenüber dem Kurs des Präsidiums steht nicht alleine: Immer wieder kommt es aus der Gesamtheit der Studierendenschaft zu Kritik am Vorgehen der Studierendenvertretung. Sie sehen die Haltungen von AStA und StuPa zu kritisch: Ihrer Meinung nach ist die von Spoun und Keller vorgenommene Profilsetzung der Leuphana zu befürworten und notwendig, um sich zwischen den Universitäten Niedersachsens hervorzutun. 2011 entscheiden 49 Studierende, sich als Kandidat*innen der Liste »Leuphana gemeinsam gestalten« (LGG) für die Wahl des Senats aufstellen zu lassen. Ihre Mitglieder verstehen sich selbst jenseits von parteipolitischen Zwängen – stärker an den Interessen der Studierenden orientiert. Zum ersten Mal konstituiert sich somit eine Liste, die forciert Kritik an der Arbeit der Studierendenvertretung übt: Die Liste wirft ihr eine pauschale Ablehnung jeglicher Entwicklungen vor und plädiert für einen Dialog mit der Hochschulleitung. Und sie scheinen zu dieser Zeit einen Nerv zu treffen, denn: 1338 Student*innen geben ihre Stimme für »Leuphana gemeinsam gestalten« ab, wodurch die Liste zwei von drei Plätzen im Senat erhält.

Währenddessen bleibt der AStA mit kritikübenden Studierenden besetzt. In einer Maßnahmenprüfung des Landesrechnungshofes heißt es, dass »die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessenlagen – insbesondere unter Beteiligung des Vizepräsidenten der Leuphana« ein Bild zeichnen, »das das geforderte objektive Beschaffungshandeln einer öffentlich-rechtlichen Stiftung in Zweifel ziehen konnte –«. Wie bereits in der Vergangenheit fordert der AStA das Präsidium auf, Stellung zu beziehen – zur schiefen Finanzierungslage sowie den auf-

kommenden Korruptionsvorwürfen gegen Vizepräsident Holm Keller. Der Bericht des Landesrechnungshofes ruft jetzt auch die Medien auf den Plan. Mit der sehr kritischen Prüfung der Landesbehörde werden nun zunehmend auch die Kritiker*innen in der Berichterstattung der LZ stärker berücksichtigt, darunter auch AStA-Sprecher*innen und die studentische Senatorin, die den Rücktritt Kellers fordern. Die Studierendenvertreter*innen bekräftigen ihre Vorwürfe im Jahr 2012 durch ihre Kooperation mit Transparency International. AStA-Referentin Lydia Bauschke bezeichnet die Leuphana Universität damals als »Paradebeispiel«, wie wirtschaftliche Interessen in die Hochschulen einziehen. Im September 2012 wehrt sich die Universität gegen die Vorwürfe und mahnt Transparency International sowie den AStA ab, »unwahre Behauptungen zukünftig zu unterlassen und richtig zu stellen«, wie es in einer Pressemitteilung der Universität lautet, die der AStA zurückweist.

Ende 2012 kommt es daraufhin zu einem Sieg der Liste »Leuphana gemeinsam gestalten« bei der StuPa-Wahl. Ein Großteil der Lüneburger Studierenden, die gewählt haben, entscheiden sich für einen Wechsel des bisherigen Kurses der Studierendenvertretung und vergeben sieben Sitze im StuPa an LGG. Die Liste QuattroFAK, die einen unikritischeren Standpunkt vertritt, erhält sechs Sitze. In der Zeit bis 2014 ist die Polarisierung der Studierendenschaft in einer Art und Weise zu spüren, die weder davor noch danach so wieder vorkommt. In StuPa-Sitzungen sind bei Themen wie etwa der Höhe der Aufwandsentschädigung der AStA-Sprecher*innen fortan in langen und emotional aufgeladenen Sitzungen kaum Einigungen möglich. 2013 wählt das StuPa einen neuen AStA. Zwei der drei AStA-Sprecher*innen kommen von LGG, der dritte von der grünen Liste. In der Folgezeit ändert sich somit die Position, die der AStA vertritt, um 180 Grad. Während das europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) einen Bericht zu seinen Ermittlungen vorlegt, die Finanzierung öffentlich infrage gestellt und eine längere Bauzeit des Zentralgebäudes vom Präsidium offiziell bestätigt wird, hält der neue AStA in einer Stellungnahme an der Notwendigkeit des Zentralgebäudes fest – es zeigt sich also ein radikales Umdenken der Vertreter*innen in den neu besetzten Positionen.

Ebenso zu einer entscheidenden Veränderung kommt es in der Berichterstattung der LZ: Galt sie bis 2013 als Hofberichterstatterin der Leuphana, wird der Kritik in der Lokalzeitung mit dem OLAF-Bericht, den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stade und den explodierenden Kosten des Baus deutlich mehr Platz eingeräumt. Ob in bissigen Kommentaren der Lüneburger*innen oder der Redaktionsleitung selbst – die Kritik hagelt von allen Seiten und erhält ein Forum in der

LZ, aber auch allen anderen regionalen und überregionalen Medien. Die Universitätsleitung spricht von einer »Hexenjagd«, einer »Medienkampagne gegen die Leuphana«, als die Staatsanwaltschaft Stade die Anklage 2014 fallen lässt. Auch für diese Formulierungen gibt es wieder Kritik von der LZ.

Im Laufe des Jahres 2014 löst sich die Polarisierung in der Studierendenschaft bereits wieder auf, Anfang 2014 setzen sich wieder deutlich kritischere Studierende bei Wahl um die Positionen der AStA-Sprecher*innen durch. Die Gründe hierfür mögen im Nachhinein je nach Blickwinkel unterschiedlich sein. Zum einen verließen entscheidende Wirkungsträger*innen von LGG die Universität, zum anderen mäßigten die Verbliebenen ihre Positionen. Zwar erhielt LGG Ende 2013 erneut sechs Sitze im StuPa, bei der Wahl der AStA-Sprecher*innen konnten sie sich jedoch nicht mehr durchsetzen. Die Mitglieder der Liste kritisierten in der Zukunft zwar erneut die Arbeit des amtierenden AStAs und distanzieren sich nach einer ersten Zustimmung von den Rücktrittsforderungen an Spoun und Keller, verabschieden aber dennoch eine gemeinsame Stellungnahme zum »Aufbruch zu einer demokratischen Hochschule ohne unternehmerische Zwänge«. Doch LGG tritt im Dezember nicht erneut zur Wahl an, da es ihnen »nicht gelungen« sei »ausreichend Nachwuchs heranzuführen um unseren eigenen Ansprüchen an eine starke und ergebnisorientierte studentische Vertretung in der Hochschulpolitik in Zukunft gerecht werden zu können«, wie sie auf ihrer weiterhin bestehenden Internetseite schreiben.

Der intensive Diskurs, der in dieser Zeit an der Universität stattfindet, ist im Vergleich zu den vorherigen Jahren sehr viel mehr von interner Natur. Die Haltungen zur Art und Weise, wie die Leuphana Universität geleitet wird und wurde, sind somit nicht einheitlich. Dennoch hat in den Folgejahren zu keinem Zeitpunkt eine derartige Polarisierung stattgefunden, auch wenn die derzeitig im StuPa vertretende Liste für die Fakultäten Wirtschaft, Recht und Bildung, »die dr3i«, sich ähnlich wie LGG positioniert.

Der neue AStA und das StuPa führen die Kritik an der Universität wie erwartet fort und fordern, nachdem bei der Finanzierungsplanung des Baus erneut bei einer Wirtschaftlichkeitsprüfung der Oberfinanzdirektion (OFD) erhebliche Mängel festgestellt werden, den Rücktritt von Vizepräsident Holm Keller und Präsident Sascha Spoun. In einer Forderung sind sich die Mitglieder aller Listen einig: Gelder aus Forschung und Lehre dürfen für die Finanzierung auf gar keinen Fall genutzt werden. Bis zur Eröffnung des Zentralgebäudes bleibt die Position des StuPas und des AStAs im öffentlichen Konsens rund um die Finanzierung und Planung des Zentralgebäudes bestehen.

Letztes Jahr im März wurde das Audimax offiziell eröffnet. Es ist ein Ereignis, das von viel Begeisterung und wenigen kritischen Tönen begleitet wird. Nur die AStA-Sprecher*innen bringen ihre jahrelange Kritik am Gestaltungs-, Planungs- und Durchführungsprozess durch ihre Rede in die Eröffnungsveranstaltung mit ein, der nur wenige Studierende beiwohnen dürfen. Auch außerhalb der Eröffnung machen Studierende mit Bannern auf ihre Kritik aufmerksam. Der AStA weigert sich als Konsequenz der jahrelangen Ablehnung weiterhin, Räumlichkeiten im neuen Gebäude zu beziehen. Das Echo der Presse enthält in diesen Tagen wenige kritische Töne. Weitere Kostensteigerungen wurden auch von der Landeszeitung kritisch begleitet, doch zur Eröffnung ist von den kritischen Tönen in einer Sonderausgabe der LZ weniger zu lesen.

Quellen

- | | |
|--|---|
| Alle Ausgaben der „AStA 2.0“
Landeszeitung für die Lüneburger
Heide | 2017
Landesrechnungshof (2011-2014):
Prüfmitteilungen zum Zentral-
gebäude |
| Persönliche Gespräche mit Kevin
Kunze Christopher Bohlens
www.leuphana-gemeinsam-gestal-
ten.de | Oberfinanzdirektion (2013): Bau-
fachliche Stellungnahme
OLAF (2013): Abschlussbericht |
| Archiv vom Lüneburger Hoch-
schulmagazin Univativ auf www.
univativ-magazin.de | Watchblogs:
http://leuphano.blogspot.de
http://leuphanawatch.blogspot.de |
| Pressemitteilungen und Stellung-
nahmen des AStAs von 2008 bis | https://leuphananciantimes.word-
press.com |

Franziska Krämer studiert Kulturwissenschaften (5. Semester) an der Leuphana Universität Lüneburg und arbeitet als Autorin für das Hochschulmagazin Univativ. Als sie die Anfrage erhält, ob sie einen Text für den Jubiläumsreader schreiben möchte, ist sie vorerst skeptisch, da sie mit ihrer nur zweijährigen Leuphana-Erfahrung möglicherweise nicht genug Expertise für ein so weitläufiges Themengebiet mitbringe. Doch gerade als ›Leuphana-Frischling‹, so bemerkt sie während der Recherche von Zeitungen und Pressemitteilungen, schafft sie es womöglich besser als ›ein alter Hase‹, beim Erarbeiten des Themas die Objektivität zu bewahren, die eine solche chronologische Aufbereitung erfordert. ●●●●●●●●





Zehn Denkfehler und Irrwege nach Rolf Dobelli, die Sie auch an der Leuphana besser anderen überlassen - Erfah- rungen aus vielen Jahren kritischer Gremienarbeit

von Corinna M. Dartenne, Mitglied des Senats

An der (alten) Universität Lüneburg habe ich meinen Magisterabschluss gemacht und an der (neuen) *Leuphana* promoviert.ⁱ In all den Jahren dazwischen und seither nutze ich die Möglichkeiten zur Mitgestaltung, die allen Studierenden und MitarbeiterInnen offenstehen. »Selbstverwaltung ist [...] ein wichtiger Baustein einer lebendigen Demokratie und ermöglicht den Betroffenen eine eigenverantwortliche Mitgestaltung«, so Wikipediaⁱⁱ. Als Mitglied in verschiedenen Gremien und Kommissionen in dieser Universität, vor allem im Senat und im Rat der Fakultät Bildung, bereite ich die unterschiedlichsten Themen vor, höre zu, diskutiere mit, bringe Ideen ein, formuliere Texte und vertrete dabei die Interessen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Das sind mehr als 400 Menschen, die mit anderen zusammen jeden Tag da-

für sorgen, dass Forschung und Lehre an unserer Universität möglich sind. Ich mag diese Universität und hänge an ihr und ihrem Potenzial, an all den kleinen Besonderheiten und besonderen Menschen mit ihren besonderen Vorstellungen.

So hat auch unser Präsident Sascha Spoun eine eigene Art, eine Universität zu betrachten. Und er kennt Rolf Dobelli. Der hat eine eigene Art, über die Kunst des klaren Denkens und klugen Handelns zu schreibenⁱⁱⁱ. Beide haben an der Universität St. Gallen – Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie Internationale Beziehungen (abgekürzt: HSG)^{iv} – in der Schweiz promoviert. Wenn Sie nicht nur unsere Universität besser kennenlernen, sondern darüber hinaus in Zukunft auch klarer denken und klüger handeln möchten, dann folgen Sie meiner Einladung zu Schlaglichtern auf die letzten zehn Jahre Leuphana entlang der von Rolf Dobelli aufgestellten »104 Denkfehler und Irrwege, die Sie besser anderen überlassen«^v. Ich habe zehn davon ausgewählt, um charakteristischen Mechanismen auf die Spur zu kommen, die sich – einmal erkannt – (natürlich nicht nur) an unserer Universität geradezu verblüffend deutlich aufdrängen.

Durch typographische Hervorhebung sind die Dobelli-Zitate kenntlich gemacht. Ich habe diejenigen herausgesucht und mit Kommentaren versehen, die sich mit meinen Erfahrungen als Gremienmitglied an unserer Universität illustrieren lassen^{vi}. Hier und da gefriert einem dann schon mal das Lachen im Gesicht: Mechanismen, die wir eher aus dunklen Machenschaften von Wirtschaftsunternehmen in herrlich bösen Blockbustern kennen, schimmern plötzlich auch in einer sensiblen Institution wie unserer Universität durch.

Aber alles der Reihe nach und hier nun die zehn ausgewählten Denk- und Irrwege:

1. Salienzeffekt

Saliente Informationen [das sind ›laute‹ Informationen, die durch auffallende Merkmale hervorstechen und unmittelbar die Aufmerksamkeit auf sich lenken, Anm. CMD] **haben einen überproportionalen Einfluss auf Ihr Denken und Handeln. Versteckte, sich langsam entwickelnde, leise Faktoren hingegen nehmen Sie zu wenig ernst. [...] Nehmen Sie die mentale Energie, um gegen scheinbar offensichtliche Erklärungen anzukämpfen (347).**

Die Immatrikulation macht Sie zu akademischen Bürgern, d.h. zu den eigenständigen Universitätsmitgliedern, ohne die der ganze institutionelle Betrieb nicht existieren würde. Das im Universitätsgesetz verankerte Recht auf Partizipation in Form der Studierendenvertre-

tung bringt Ihnen das Vertrauen entgegen, verantwortungsvoll und eigenständig in der Institution agieren, sich engagieren zu können (Partizipation ist übrigens nicht gleichzusetzen mit Evaluation!). Dazu müssen Sie natürlich erst einmal gewisse Gepflogenheiten und Kulturtechniken des akademischen Betriebs kennenlernen, kurz gesagt: den akademischen Habitus. Lesen Sie doch einmal achtsam das (gar nicht so) Kleingedruckte der Versprechungen, Vereinbarungen und PR – und vergleichen Sie das in der Theorie Wohlerdachte und rhetorisch verführerisch Präsentierte mit der Ihnen in den nächsten Semestern tagtäglich vorgelebten Praxis. Achten Sie auf die lauten und leisen Töne zu den je interessanten, eingängigen oder spektakulären, kurzfristig glitzernden, oberflächlichen oder eher sperrig wirkenden, noch in der ›Inkubationsphase‹ schlummernden, erst mühsam zu erringenden, dafür aber umso nachhaltiger wirkenden Belohnungen und Erkenntnissen. Ihr innerer Kompass ist gut genug, den Dingen auf den Grund zu sehen und zu gehen! Aber Navigieren durch Vernebelungstaktiken will geübt sein, vor allem, wenn auch noch das meist unsichtbare, dafür umso spürbarere Phänomen vom [2.] In-Group/Out-Group-Bias hinzutritt:

2. In-Group/Out-Group-Bias

Gruppen können auf Basis von minimalen, ja oft trivialen Kriterien gebildet werden. [...] Da sich Gruppen oft aufgrund gemeinsamer Werte bilden, bekommen Gruppenmitglieder überproportional viel Unterstützung für die eigenen Ansichten. Diese Verzerrung ist gefährlich (331) ...

... und sie kann zu (strategisch inszenierten) moralischen Konflikten führen. In-Group- und Out-Group-Phänomene lassen sich beispielsweise auf die Statusgruppen-Hierarchie einer Universität übertragen. Haben Sie eigentlich eine Vorstellung davon, wo Entscheidungen an unserer Universität getroffen werden? Auf der gewählten Ebene der allgemeinen Gremien und des Akademischen Senats – und damit unter Beteiligung auch der Studierenden? Oder in der Verwaltung? Oder in den Dekanaten und Institutsleitungen? Im Präsidium oder vom Präsidenten? Oder von einer privilegierten, nach unbekanntem Kriterien um selbigen gescharten Gruppe?

Viel zu häufig hörte ich in den letzten zehn Jahren die Frage: Ist sie/er auch loyal? Loyalität ist die Währung der Gruppenzugehörigkeit. In einer Rede auf der Konferenzwoche 2015 sagte unser Präsident: »Begeisterung sucht nach dem Dialog und lebt von der Beschränkung; ›Ich kann mich irren, vielleicht hast du Recht.« Und dieses ›Du‹ kann jeder sein, jeder Mensch der uns begegnet. Lernbereitschaft

kennt kein Misstrauen, keine Herkunft, kein Geschlecht.«^{vii} Ich möchte hinzufügen: Lernbereitschaft in diesem Sinn – sowohl im Studium als auch in der Gremienarbeit – kennt keine Loyalitätsfrage. Und problematisch wird die Frage nach Loyalität immer dann, wenn sie gefordert wird. Jeder, der die Frage stellt, ob man loyal sei, ob man für oder gegen ihn sei, verlässt die dringendst nötige sachliche Ebene.

3. Primär- und Rezenzeffekt

Am Anfang und am Ende eingehende Informationen werden besser erinnert. Dies, weil unser Kurzzeitgedächtnis äußerst wenig Speicherplatz hat. Kommt etwas Neues hinein, wird etwas Älteres hinausgeworfen (303).

Als Senatorin und als Fakultätsratsmitglied habe ich unzählige Male erlebt, wie wichtig es ist, welche Person die Rednerliste führt. Wenn die Moderatorin oder der Moderator bestimmt, wer zuerst und wer zuletzt das Wort erhält, so lässt sich damit die Entscheidung des gesamten Gremiums beeinflussen. Das Gewicht des letzten Arguments, beispielsweise eines bis dahin stillen Professors, noch dazu mit tiefer Stimme vorgetragen, ist fast unschlagbar. Schon manche scheinbar klare Entscheidung des Senats wurde dadurch im letzten Moment gekippt. Es lohnt sich eben doch, das erste und das letzte Wort zu haben.

4. Schläfereffekt

Das Wissen um die Quelle zerfällt schneller als die vorgebrachten Argumente. [...] Deshalb gewinnen Informationen aus einer unglaubwürdigen Quelle mit der Zeit an Glaubwürdigkeit (290). Versuchen Sie sich bei jedem Argument, das Ihnen geläufig ist, an die Quelle zu erinnern. Wer sagt das? Und wieso wohl? Gehen Sie vor wie ein Ermittler, der sich die Frage stellt: Cui bono? Wem nützt das? Das ist viel Arbeit und macht Ihr Denken langsamer. Dafür klarer (291) ...

... und nicht nur das, man könnte auch sagen: akademischer. Denn genau dieses Vorgehen dürfen Sie in Ihrem wissenschaftlichen Studium lernen. Sie sollen keine kurzsichtigen und gedankenlosen AnwenderInnen von Rezepten und Instrumenten werden, sondern souveräne und kritische Geister, die praktizieren und argumentieren, wovon Sie überzeugt sind; die nicht urteilen, ohne zu prüfen. Natürlich kann man nicht alles selbst durchdringen und überblicken, sondern muss sich – arbeitsteilig – auf ExpertInnen verlassen (Vorsicht: vgl. die auch hier auftretenden Gefahren vom [7] Overconfidence-Ef-

fekt). Aber auch für das Identifizieren solcher Personen, denen ich trauen kann, brauche ich Kriterien. Und die wichtigsten, die für alle Bereiche gelten, sind: (argumentative) Transparenz und ein solider Herkunftsnachweis.

Außerhalb der Wissenschaft – und dazu zählen auch die universitären Gremien – gibt es viel zu viele mit Verve vorgetragene Behauptungen, die in der Kürze der Diskussionszeit nicht überprüft werden können. Daher lohnt es, Pausen zu fordern, ein Vertagen zu beantragen oder einschlägige Quellen zur Hand zu haben. Nur so entlarven Sie unglaubliche Quellen und spüren Argumentationen auf, die bewusst vorenthalten werden.

5. Aufmerksamkeitsillusion

Uns fallen nur diejenigen überraschenden Dinge auf, die uns eben auffallen – und nicht jene, die wir übersehen. Wir haben keine Evidenz für unsere fehlende Aufmerksamkeit. Das gibt uns die gefährliche Illusion, dass wir alles Wichtige wahrnehmen. [...] Deshalb: Rauben Sie sich selbst diese Aufmerksamkeitsillusion immer mal wieder. [...] Was lauert neben, was lauert hinter den medialen Brennpunkten? Wovon spricht niemand? Wo ist es merkwürdig ruhig (375)?

Merkwürdig ruhig war es im Jahr 2013 um ein Buch. Geschrieben hatte es ein ehemaliger Mitarbeiter in der Marketingabteilung unserer Universität. Das Buch handelt von einer Universität im Norden der Republik, denn der Titel lautet: »Wir sind Uni: Eine bildungspolitische Provinzposse – Und Humboldt kam nicht über die Elbe«. Und obwohl kaum zu leugnen war, dass für die fiktive Universität die Leuphana-Universität Modell gestanden haben muss, war der Campus-Roman in der Auslage der Buchhandlung direkt auf dem Universitätsgelände nicht zu sehen. Später wurde auch behauptet, das Buch sei anonym geschrieben worden. War es nicht, im Gegenteil: der Verfasser Robert Lucius Groh hatte den Mut, es unter seinem richtigen Namen zu veröffentlichen. Er muss aber nicht nur Mut besessen haben, sondern auch Wut. Sonst hätte er dieses Buch nie geschrieben. Trotz einiger unangemessener Textteile ist es ein lesenswertes Buch – welches im Jahr 2013 fast jeder las, aber von dem niemand sprach. Es war merkwürdig ruhig.

6. Not-Invented-Here-Syndrom

Wir sind von unseren eigenen Ideen betrunken. Um wieder nüchtern zu werden, halten Sie ab und zu Abstand, und betrachten

Sie die Qualität Ihrer Einfälle rückblickend. Welche Ideen der letzten zehn Jahre waren wirklich herausragend (311)?

Nach zehn Jahren Leuphana-Studienmodell wäre diese Frage eine der wichtigsten. Welche Ideen setzten sich durch, weil sie wirklich ein Gewinn gewesen sind? Oder auch: Welche Ideen wurden groß verkündet und klein bzw. gar nicht aufgegeben?

Was ist zum Beispiel aus der ›Leuphana Denkerei‹ in Berlin geworden? Die Website gibt es noch: www.leuphana.de/denkerei. Den Leuphana-Schriftzug am Oranienplatz 2 in Berlin nicht mehr. Großartig und für uns SenatorInnen überraschend war sie im Jahr 2011 angekündigt worden, um »der Leuphana eine Stimme im politischen Berlin zu geben«^{viii}.

Oder: Was ist aus dem von Holm Keller gepriesenen KENUP-Konsortium geworden? Noch im Dezember 2014 konnten wir ihn auf einer Leuphana-KENUP-Website sehen und folgende Worte direkt über seinem Foto lesen: »The large and expanding kenup-network requires strong leadership to steer a course towards the project's goals.«^{ix} Im Jahr 2014 war Holm Keller übrigens noch hauptberuflicher Vizepräsident unserer Universität. Wir haben nie erfahren, wie diese Führungstätigkeit mit der Führung unserer Universität in Einklang gebracht werden konnte.

Ein spezielles Invented-Here-Ziel der Leuphana ist es, eine ›Professorenuniversität‹ zu sein. In der Entwicklungsplanung für unsere Universität heißt es nämlich: »Im Gegensatz zum deutschen Lehrstuhlssystem setzt die Leuphana verstärkt auf Professuren unterschiedlicher Karriere­stufen«^x. Was bedeutet dies für das vielbeschworene auszubalancierende Verhältnis zwischen Forschung und Lehre? Inwieweit kann das an einer somit egalitäre Strukturen versprechenden ›Professorenuniversität‹ dann umgesetzt werden? Um es gleich vorweg zu nehmen: Kann es nicht. Die grundständige Studienversorgung funktioniert jetzt noch, weil es eine Vielzahl von LfbAs gibt (= Lehrkräfte für besondere Aufgaben), die zwar wissenschaftlich hochqualifiziert ausgewiesen sein müssen, aber mit 18 SWS Lehre schlichtweg kaum Zeit mehr haben zu forschen. Und es funktioniert, weil Hunderte von Lehrbeauftragten auf Honorarbasis (= DozentInnen ohne Anstellung, ohne soziale Absicherung) in der Lehre arbeiten, um ein Stück vom Statusapfel abbeißen zu können. Ergo: Es gibt viele Ideen. Aber sind oder waren sie wirklich so herausragend, wie das Marketing es uns weismachen möchte?

7. Overconfidence-Effekt

Der Overconfidence-Effekt misst den Unterschied zwischen dem, was Menschen wissen, und dem, was sie denken zu wissen. Wirklich überraschend ist das: Experten leiden noch stärker am Selbstüberschätzungseffekt als Nichtexperten (14).

Zusammen mit dem [6.] Not-Invented-Here-Syndrom manifestiert sich seit Jahren eine enorme Selbstüberschätzung an unserer Universität. Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr, so der Volksmund. In den letzten zehn Jahren ist nicht nur viel Geld für das Universitätsmarketing ausgegeben worden, wir alle – Studierende, ProfessorInnen und Mitarbeitende – sind Publikum, LeserInnen und ZuhörerInnen gewaltiger Worte geworden. Lange Zeit erhielten wir jeden Montag eine Mail von Sascha Spoun, in der sich die Superlative den Platz streitig machten. Einzig der Titel ›Montagsmail‹ blieb schnörkellos. Die Leuphana ist eine tolle Universität, aber nicht, weil wir uns ständig im Wettbewerb mit anderen Universitäten behaupten und beweihräuchern müssen. Wie wohltuend, wenn in der vom Deutschen Hochschulverband herausgegebenen Zeitschrift ›Forschung und Lehre‹ Jürgen Wertheimer beschreibt, dass wir [= Universitäten allgemein!] am Tropf fragwürdiger Rankings hängen und in einer permanenten Castingshow der Besten, der Sichtbarsten, der Internationalsten rotieren.^{xi}

Übrigens: Rolf Dobelli erklärt mit dem Overconfidence-Effekt auch die legendären Kostensteigerungen bei großen Bauprojekten.

8. Social Proof

Wenn Millionen von Menschen eine Dummheit behaupten, wird sie deshalb nicht zur Wahrheit (17).

Social Proof ist ein Denkfehler, der vor Tausenden von Jahren das Überleben sichern konnte, der aber nicht mehr trägt, wenn es um Entscheidungen in der modernen Welt geht. Eine Entscheidung ist nicht gut, weil viele sie treffen. Ein Handeln ist nicht sinnvoll, weil viele es tun. Und doch richten wir uns – auch hier, im Senat, in den Fakultätsräten, in den Kommissionen – immer gern nach der Mehrheitsmeinung. Und wenn wir dies nicht tun, stattdessen uns allein mit einer kritischen Frage melden, so spüren wir ihn: den Gruppendruck. Ein Beispiel: Mehrere Mitglieder eines Führungsgremiums empörten sich, als ich vor einigen Jahren den Vorsitzenden fragte, wie er mit dem ausführlich in der Presse berichteten Wahlergebnis (ein knappes Ergebnis) hinsichtlich seiner Wahl umgehe. Eine solche Frage sollte ich nicht stellen, das sei unhöflich, unmenschlich, das

Ergebnis hätte nicht bekannt werden dürfen. Ich sollte die Frage zurücknehmen. Mit klopfendem Herzen ob der unerwartet heftigen Reaktion gestandener Personen des öffentlichen Lebens entgegnete ich, dass ich ganz im Gegenteil die Frage für sehr menschlich hielte (eine Frage, die übrigens nach jeder knappen Wahl jeder/jedem PolitikerIn gestellt werden darf).

Social Proof, Gruppendruck, kann freilich sogar dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Bloß nicht auffallen, bloß nicht Grund für Disharmonie in der Gruppe geben. Genau das widerspricht aber dem akademischen Habitus. Sie studieren an einer Universität, weil diese einer der wenigen Räume (auch zeitlich gemeint) ist, in denen aufeinander reagierende Argumente hin- und herflitzen sollen. Manchmal äußert sich der Gruppendruck durch Gesten und Handlungen wie ein scheinbar banales Gähnen, Weggucken oder auch Augenschließen (!). Die Signale verraten, dass die Gremienmitglieder keine Bereitschaft (oder Durchhaltevermögen?) mehr haben, länger zu diskutieren. Wir sind alle nur Menschen mit einfachen Bedürfnissen (PartnerInnen oder Familie, die nun warten müssen; Hunger oder Durst, der sich meldet, ein stickiger Sitzungsraum, etc.). Missachten Sie im eigenen Interesse solche Bedürfnisse anderer nie! Keiner wird Ihr Anliegen unterstützen, wenn der Magen knurrt und eine längere Diskussion in der dritten Sitzungsstunde das ersehnte Steak nach hinten schieben könnte. Ich habe schon erlebt, dass wichtige Entscheidungen aus einem solchen Grund im letzten Moment gekippt wurden, denn dann kann der [3.] Rezenzeffekt geschickt genutzt werden. Oder auch – so banal es zu sein scheint – der Reziprozitätseffekt: Du bekommst Dein Steak, ich bekomme Deine Stimme für die Abstimmung, mit der die Diskussion in meinem Sinn beendet werden kann.

9. Geschichtsfälschung

Indem wir unbewusst die vergangenen den heutigen Ansichten anpassen, umgehen wir die peinlichen Momente, in denen wir mit unserer Fehlbarkeit konfrontiert werden. Eine angenehme Strategie, denn egal, wie abgehärtet wir sind: Fehler einzugestehen ist eine der emotional schwierigsten Aufgaben (326).

Eigentlich sollte es gerade an einer Universität wichtig sein, Fehler zuzugeben. Wissenschaft ist nicht denkbar ohne Falsifikation, ohne Irrtum, ohne Korrektur. Aber was für Forschung und Lehre essentiell ist, scheint nicht für Hochschulpolitik zu gelten. Dort, wo Amtszeiten befristet sind und Positionen von einer Wiederwahl abhängen, herrscht eine ganz andere Systemlogik. Eine Fehlerkultur suche ich

dort vergeblich. Ich habe nicht wenige Sitzungen erlebt, in denen die Wahrheit schwer greifbar war, in denen geschickt von der eigentlichen Kritik abgelenkt, in denen das Katz-und-Maus-Spiel dürftiger Antworten auf wichtige Fragen bedient und nicht zuletzt mit Hilfe vieler von Dobelli beschriebener Effekte tunlichst vermieden wurde, Fehler zuzugeben.

Aber wieviel überzeugender wäre es (auch für die zukünftigen WählerInnen), wenn souverän Fehler zugegeben und die Konsequenzen gezogen würden? Wenn das entrepreneurial Trial and Error ernstgenommen und damit eine Entwicklung dieser Universität ermöglicht würde, für die das Adjektiv ›humanistisch‹ keine Übertreibung mehr wäre? Statt Superlativen, Hochglanzpapieren und Neomanie – auch ein Effekt, der von Dobelli beschrieben wird – gäbe es Raum für ehrliche Auseinandersetzungen mit den Geschehnissen in diesem kleinen nordostniedersächsischen Uni-Kosmos.

Aber dafür braucht es Mut, viel Mut, und entsprechendes Selbstvertrauen aller Beteiligten. Und wenn Sie sich nicht sicher sein sollten, ob es sich lohnt, diesen Mut in akademischen Gremien einzusetzen, so empfehle ich Ihnen die Lektüre der Sozialforscherin Brené Brown und ende diesen Absatz mit einem Zitat aus einer Rede von Theodor Roosevelt, welches ihr Buch ›Daring Greatly^{xiii} inspirierte: »The credit belongs to the man who is actually in the arena, whose face is marred by dust and sweat and blood; who strives valiantly; who errs, who comes short again and again, because there is no effort without error and shortcoming.«^{xiii}

10. The Authority Bias

Warum Sie gegenüber Autoritäten respektlos sein sollten (39).

Rolf Dobelli erwähnt an dieser Stelle beispielhaft, wie wichtig es sei, dass Piloten lernen, offen und schnell Ungereimtheiten anzusprechen. Er erklärt, dass viele Flugunfälle passierten, weil der Flugkapitän einen Fehler begehe, der Kopilot diesen bemerke, aber sich aus Autoritätsgläubigkeit nicht traue, den Fehler zu benennen (vgl. S. 38). Seit den 1970er Jahren gibt es deshalb das Crew Resource Management, eine Schulung, in der Unfällen durch menschliches Versagen vorgebeugt werden soll. Dabei geht es auch darum, ausschließlich hierarchisch begründete Entscheidungen (»Weil ich die Chefin / der Chef bin«) abzuschaffen.

Und genau hier liegt der Segen der Gremienarbeit: Sie haben als gewählte/r VertreterIn im Senat, im Fakultätsrat, im Studierendenparlament, in einer Kommission, das Recht und die Pflicht, Ungereimtheiten an- und auszusprechen. Sie dürfen, ja Sie müssen sogar

die oft zur Schau gestellte Autorität anderer Beteiligter hinterfragen. Allerdings nicht, weil Sie Lust am Protest haben, sondern weil Sie sehr gut vorbereitet sind^{xiv}, sich die Drucksachen gut durchgelesen haben und trotzdem Fragen übriggeblieben sind. Dann und nur dann dienen Ihre Fragen nicht der Provokation, sondern Sie beteiligen sich konstruktiv und helfen dem Gremium, die bestmögliche Entscheidung – ohne Authority Bias – zu fällen.

Ende (gut – alles gut?)

Diese Auswahl aus Dobellis Handreichungen mag genügen, um die Suggestionskraft zu brechen, die in der Macht der Worte, Positionen, Arrangements und Schachzüge liegt, die sich auch an der *Leuphana* seit mehr als zehn Jahren beobachten lassen.

Sollte Ihnen einer dieser Denk- oder Handlungsfehler über den Weg gelaufen und das Lachen vergangen sein, so hilft eine Handvoll Folgendes, um aus dieser Erstarrung wieder herauszukommen: (1) Humor bewahren als beste Methode der Selbstdistanzierung; (2) Kontrolle über die eigenen Rechte, mehr noch: Pflichten (!) zu erlangen, um das Geschehen um sich herum zu begreifen und sich nicht ohnmächtig ausgeliefert zu fühlen, sondern eine Haltung dazu einnehmen zu können; (3) Unerschrockenheit anpeilen und sich nicht durch Nebenschauplätze, Drohgebärden oder Abhängigkeiten irritieren lassen: Wir alle sind frei geboren, haben ein Recht auf idealistische Visionen und darauf, respektiert zu werden. Unsere Phantasie und Kreativität sind die notwendige, aber noch nicht hinreichende Ausstattung, um in einer nachhaltig gedachten Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts bestehen zu können. Daraus folgt: (4) Das höchste Gut, das eine Universität bietet, ist das unschlagbare Angebot, sich möglichst viel Wissen anzueignen und zu praktizieren, wie man dieses klug anwendet, um Ideen in eine zur Gestaltung angemessene Form gießen oder Rhetoriken durchschauen zu können. Das bedeutet (5) für jeden Einzelnen – ob nun der Statusgruppe Studierende, Lehrende, Verwaltende, Präsidierende zugehörig – den Verlockungen zur Wissbegier zu folgen, nicht aus Bequemlichkeit zu erlahmen oder, schlimmer noch, zu resignieren, und nicht die angeborene Neugier zu unterdrücken, sondern aus eigenem Antrieb *eines* exzessiv zu tun: Lernen! Diszipliniert an den Disziplinen und an sich selbst arbeiten. Und nochmals: Lernen! Erst dann werden Sie das ganze Geschehen hier und Ihr eigenes Tun darin mit passender Distanz als lustvolle Existenz der Lehr- und Wanderjahre erfahren.

Liebe Studierende, lassen Sie sich nicht verführen, wenn blumige Prognosen wunderschöne Geschichten erzählen, prüfen Sie – hier und anderswo –, welches Interesse die MärchenerzählerInnen haben dürften. Das mag schon die Botschaft eines berühmten Märchens gewesen sein, das vor ziemlich genau 180 Jahren erschien. Es wirkt wie eine geradezu ideale Umsetzung einiger Denk- und Handlungsfehler, die Ihnen inzwischen bekannt sind. Doch lesen (und urteilen) Sie selbst:

So ging der Kaiser unter dem prächtigen Thronhimmel, und alle Menschen auf der Straße und in den Fenstern sprachen: »Wie sind des Kaisers neue Kleider unvergleichlich! Welche Schleppe er am Kleide hat! Wie schön sie sitzt!« Keiner wollte es sich merken lassen, daß er nichts sah; denn dann hätte er ja nicht zu seinem Amte getaugt oder wäre sehr dumm gewesen. Keine Kleider des Kaisers hatten solches Glück gemacht wie diese.

»Aber er hat ja gar nichts an!« sagte endlich ein kleines Kind. »Hört die Stimme der Unschuld!«, sagte der Vater; und der eine zischelte dem andern zu, was das Kind gesagt hatte.

»Aber er hat ja gar nichts an!« rief zuletzt das ganze Volk. Das ergriff den Kaiser, denn das Volk schien ihm recht zu haben, aber er dachte bei sich: »Nun muß ich aushalten.« Und die Kammerherren gingen und trugen die Schleppe, die gar nicht da war.»^{xv}

Dr. Corinna Maria Dartenne studierte 1989 bis 1994 Angewandte Kulturwissenschaften an unserer Universität. Seit 1995 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der hiesigen Fakultät Bildung und hat bisher in DFG-Forschungsprojekten, im Studiendekanat und als Leiterin (Organisation) der EPSL gearbeitet. Während ihrer Tätigkeiten hat sie sich stets in der Selbstverwaltung unserer Universität engagiert, seit 2010 ist sie Mitglied des Senats der Universität. Sie betrachtet mit Sorge das Schwinden einer lebendigen Demokratie in der Leuphana Universität. Mit ihrem Artikel ermuntert sie, versteckte Denk- und Handlungsmuster zu erkennen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. ●●●●●●●●

Endnoten

- ⁱ An dieser Stelle mein persönlicher Dank an alle engagierten, kreativen und klugen MitstreiterInnen der vergangenen Jahre Leuphana-Selbstverwaltung! Für eine Vertragsdauer gehörte dazu auch die Literaturwissenschaftlerin Myriam Isabell Richter, die – in Forschung und Lehre auf dem Feld der Wissenschafts- und Universitätsgeschichte ausgewiesen – an diesen Überlegungen mitgedacht und -gefeilt hat.
- ⁱⁱ <https://de.wikipedia.org/wiki/Selbstverwaltung>, Zugriff 11.01.2018
- ⁱⁱⁱ Dobelli, Rolf (2011/12): Klar denken, klug handeln – 104 Denkfehler und Irrwege, die Sie besser anderen überlassen. München
- ^{iv} In einem Artikel von Ruedi Widmer in DAS MAGAZIN, vermutlich die Wochenendbeilage von vier Tageszeitungen der deutschsprachigen Schweiz aus dem Jahr 2001, erfahren wir ein wenig von dieser Institution in der damaligen Zeit. Der Titel des Artikels lautet: »Erst Kotzen, dann Klotzen. Betriebswirtschaft ist die Weltreligion des 21. Jahrhunderts. An der Universität St. Gallen werden die Business-Eliten von morten trainiert. Wer ist das? Wie denken sie? Welche Werte zählen?«
- ^v So der Untertitel des Buches von Rolf Dobelli.
- ^{vi} Die Chronologie der Ereignisse spielt keine Rolle.
- ^{vii} https://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/Aktuell/images/Startseitenbeitraege/2015/Konferenzwoche/rede_konferenzwoche2015_sascha_spoun.pdf, Zugriff 21.06.2017
- ^{viii} www.leuphanade/denkerei, Zugriff 16.01.2018
- ^{ix} www.kenup.eu/driving-minds/management, Zugriff 10.12.2014
- ^x Entwicklungsplanung 2016-2025, S. 66.
- ^{xi} Vgl. Wertheimer, Jürgen 2017: »Langeweile-Legebatterie«. In: Forschung und Lehre, Heft 6, S. 481.
- ^{xii} Brené Brown 2012: Daring Greatly. How the Courage to be Vulnerable Transforms the Way We Live, Love, Parent and Lead. Penguin Random House, UK.
- ^{xiii} Ebd., S. 1. Der Vortrag des amerikanischen Präsidenten „Citizenship in a Republic“ wurde am 23. April 1910 an der Universität Sorbonne in Paris gehalten.
- ^{xiv} Im Englischen wunderbar auf »das P« gebracht: Prior proper planning prevents poor performance (PPPPPP).
- ^{xv} Andersen, Hans Christian 1883: Des Kaisers neue Kleider [Erstdruck 1837]. In: Sämtliche Märchen. 2. Aufl - Nachdr. d. Ausg. Leipzig 1850. Dortmund.

Nachwort

Zehn Jahre *Leuphana* liegen hinter uns. In dieser ›kritischen Festschrift‹ wurde versucht, einen Überblick über die vergangenen Ereignisse zu geben und Kritikpunkte deutlich zu machen. Wir konnten sehen, wie es zu der zeitweise schwierigen Beziehung zwischen Präsidium und Studierendenschaft kam, wie die Kritik am Zentralgebäude mit der Kritik an der Marke *Leuphana* zusammenhängt und wie Markenbildung in Hochschulen überhaupt zustande kommt. Und damit wurde ein Raum eröffnet, um fundierte Kritik an vergangenen Ereignissen äußern und verstehen zu können.

Leuphana-Semester, Startwoche, Libeskindbau: Die Marke *Leuphana* hat viele Bestandteile. Im Hochschulalltag begegnen sie uns als Elemente einer innovativen Hochschulentwicklung, die von einigen besser und von anderen weniger gut angenommen werden. Die Reflektion der Werdung von *Leuphana* hat gezeigt, dass es sich jedoch keineswegs an jeder Stelle um das Ergebnis eines pluralen, diversen und demokratischen Dialogs handelt. Vielmehr wurde demokratische Meinungsvielfalt in einigen Entscheidungen durch die Herrschaft von ›Prinzessin Standort‹ und ›König Sachzwang‹ ausgehöhlt.

Uns ist natürlich bewusst, dass dieses Buch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erfüllen kann und keine umfassende Erklärung aller Ereignisse, die sich in den letzten zehn Jahren an dieser kleinen Universität abgespielt haben, bietet. Wir haben den kritischen Stimmen bewusst viel Raum gelassen. Sicherlich gibt es Akteur*innen, die ein positiveres Bild von *Leuphana* zeichnen, die hier nicht zu Wort gekommen sind. Warum *Leuphana* gut und wichtig, ja vielleicht sogar notwendig sei, ist beispielsweise auf der Website der Universität nachzulesen, ebenso wie im Großteil der Berichterstattung über die Universität. Daher haben wir uns dagegen entschieden, diese Argumente hier nochmal ausführlich aufzugreifen, sondern wählen den Weg einer Erzählung aus kritischer Perspektive.

Bei der Reflektion der letzten zehn Jahre *Leuphana* ist nicht außer Acht zu lassen, dass Akteur*innen in Lüneburg auch in Rahmenbedingungen und Zwängen handeln, die nicht (nur) auf lokaler Ebene bestimmt werden. Die Marke *Leuphana* als Paradebeispiel der Ökonomisierung von Bildung lässt sich nur in einem hochschulpolitischen Rahmen verstehen, der geprägt ist von politisch gewollter

mangelnder Grundfinanzierung, ›leistungsorientierter Mittelvergabe‹ und dem ständigen Wettbewerb um Drittmittel, damit überhaupt Forschung stattfinden kann.

Auch wenn Konflikte und die Auseinandersetzung damit einen großen Teil dieser Schrift einnehmen, ist sie doch keine Streitschrift, die beabsichtigt, diese Konflikte wieder neu zu befeuern. Uns ist bewusst, dass keine der Entscheidungen, die hier kritisiert werden, aus Missgunst gegenüber Studierenden oder aus böser Absicht getroffen wurden. Daher ist die vorliegende Schrift keine Anklage, keine Suche nach Schuldigen, sondern vielmehr eine Möglichkeit, kritisch zurückzublicken und auch jüngeren Generationen dieser Universität zu zeigen, dass sie sich nicht unter idealen Bedingungen entwickelt hat. Wir sehen eine grundlegende Meinungsverschiedenheit darüber, wie Entscheidungsfindungsprozesse ablaufen und wie mit herrschenden Bedingungen umgegangen werden sollte. Dass Entscheidungen immer eine gute oder eine bessere Universität zum Ziel hatten, soll nicht in Abrede gestellt werden.

Aber was ist eine gute Universität? Darauf gibt es keine objektive, keine richtige oder wahre Antwort. Gerade deshalb muss diese Frage immer wieder gestellt und die Antwort immer wieder neu verhandelt werden. Um für das Wohl der Institution einzutreten, braucht es eine immer offene Debatte, die alle Positionen einbindet, in der Kompromisse gesucht und bestenfalls auch gefunden werden. Denn gerade dort gibt es verschiedene Verständnisse, die nicht immer miteinander vereinbar sind; darum darf nie vergessen werden, dass auch die jeweilige Gegenseite vielleicht eine bessere Antwort parat haben könnte. Dabei sind die Rahmenbedingungen der Universitätsentwicklung natürlich nicht außer acht zu lassen. Sie sollten aber auch nicht als unveränderlich und einzig möglicher Rahmen, aus dem sich unumgängliche Entscheidungen für die eigene Weiterentwicklung ergeben, verstanden werden.

Die Bologna-Reform ist ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Die finanzielle Situation von Hochschulen in Deutschland ist ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Die Möglichkeit, Stiftungsuniversitäten einzurichten, ist ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Die Fusion der Fachhochschule Nordostniedersachsen mit der Universität Lüneburg war ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Und auch *Leuphana* ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Dass politische Entscheidungen gerade auf höherer Ebene einen Rahmen vorgeben, der unser Handeln auf der lokalen Ebene bestimmen kann, soll nicht in Frage gestellt werden. Aber die Regeln, die aus politischen Entscheidungen entstehen, sind keine Naturgesetze. Politische Entscheidungen sind angreifbar, die politischen Rahmenbedingungen sind veränderbar. Das gilt auch für *Leuphana*.

Im Februar 2018 endet die Vorlesungszeit des zehnten Leuphana-Semesters. Ein guter Zeitpunkt zum Zurückblicken auf die letzte Dekade einer turbulenten Zeit. Zehn Jahre stetiger Veränderung und stetiger Kritik bieten Anlass zur Reflektion der Ereignisse, ihrer Vorbedingungen und des Rahmens, in dem sie stattfinden.

Der Allgemeine Student*innenausschuss der Universität Lüneburg lässt in dieser Schrift aktuelle und ehemalige Akteur*innen zu Wort kommen, um Prozesse und Themen aufzubereiten, mit denen sie sich umfassend auseinandergesetzt haben. Dabei nehmen sie eine Perspektive ein, die nicht nur kritisch mit den Vorgängen umgeht, sondern auch mit der eigenen Position und der früheren Kritik.

Diese kritische Festschrift soll dabei nicht nur eine Chronik von Ereignissen und Kritik sein, sondern auch eine Position ermöglichen, aus der die universitäre Neuausrichtung, sowie alles damit Verbundene, als Ergebnis von Entscheidungsprozessen, als veränderbar, und nicht als unausweichlich alternativlos verstanden werden kann.